G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Stuby
Die „Staatskrise" in der BRD und der Stellenwert der Auseinandersetzungen in der SPD

Manfred Boni
‚Historischer Kompromiß" oder „Strategie der Spannung"?
Die Krise an den Hochschulen und die jüngste politische Entwicklung in Italien

Sergio Vilar
Ohnmacht der Diktatur und Macht der Demokratie
Spanien nach den Parlamentswahlen

Holm Gottschalch
Humanisierte Arbeit?

Horst J. Andel
Keine Chance für den Frieden?
Zur Lage im Nahen Osten

Jörg Goldberg
Wirtschaftskrise und Krisentheorie

7'77

Juli 1977 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juli 1977

CHRONIK DES MONATS JUNI 1977 775

KOMMENTARE UND BERICHTE

Belgrad und die Entspannung ..... *Achim Maske* 778

Steuerrebellen und Rüstungsrekorde. Zur Haushaltsdebatte 1977 *Wiebke Krüer-Buchholz* 783

Wirtschaftsdiplomatie auf hohen Touren. Vom Londoner Wirtschaftsgipfel zur OECD-Ministerratstagung ..... *Dirk Ipsen* 786

Aufbruch im südlichen Afrika ..... *Rainer Falk* 789

HAUPTAUFSÄTZE

Die „Staatskrise" in der BRD und der Stellenwert der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD ..... *Gerhard Stuby* 793

„Historischer Kompromiß" oder „Strategie der Spannung"? Die Krise an den Hochschulen und die jüngste politische Entwicklung in Italien ..... *Manfred Boni* 810

Die Ohnmacht der Diktatur und die Macht der Demokratie. Zur politischen Lage in Spanien nach den Parlamentswahlen ..... *Sergio Vilar* 831

Humanisierte Arbeit? Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt ..... *Holm Gottschalch* 841

Keine Chance für den Frieden? Zur Lage im Nahen Osten ..... *Horst J. Andel* 855

Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung (II) *Joachim Eisbach* 864

BÜCHER

Wirtschaftskrise und Krisentheorie. Eine kritische Literaturübersicht *Jörg Goldberg* 874

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 884

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten ..... *Jörg Goldberg* 885

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Französisch-sowjetische Deklaration vom 22. Juni 1977 (Wortlaut) 889

Offener Brief von Dr. Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann und 145 weiteren Persönlichkeiten an die Bundestagsabgeordneten von SPD und FDP anläßlich der Beratung des Rüstungsetats im Mai/Juni 1977 (Wortlaut) 894

Antwortschreiben von 24 Bundestagsabgeordneten an Dr. Ingeborg Drewitz und Bernt Engelmann vom 23. Juni 1977 (Wortlaut) 895

Entschließung des Ortsvereins Bonn-Poppelsdorf/Venusberg der SPD zu den Parteiordnungsverfahren wegen der Mitarbeit im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 30. Juni 1977 (Wortlaut) 896

Artikel des ehemaligen Generalbundesanwalts Max Güde über Berufsverbote und Verbotsdrohungen gegen DKP und „K-Gruppen" in der „Stuttgarter Zeitung" vom 5. Juli 1977 (Wortlaut) 897

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 7/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juni 1977

1. 6. – A f r i k a. UN-Generalsekretär Waldheim bezeichnet in einer Erklärung die anhaltenden militärischen Operationen Rhodesiens auf dem Territorium von Moçambique als eine Gefahr für das gesamte südliche Afrika und verlangt den sofortigen Truppenrückzug. Die Regierung von Moçambique meldet mehr als 150 Grenzüberschreitungen durch rhodesisches Militär in den letzten zwölf Monaten. – Am 2. 6. heißt es in Salisbury, die rhodesischen Einheiten hätten die „ihnen gestellte Aufgabe erfüllt" und den Rückzug angetreten. – Am 30. 6. fordert der UN-Sicherheitsrat alle Staaten auf, der Regierung von Moçambique unverzüglich materielle Hilfe zu leisten. Ein entsprechender Resolutionsentwurf, der das „illegale rassistische Minderheitsregime in Südrhodesien" wegen seiner Aggressionshandlungen verurteilt, wird einstimmig angenommen.

3. 6. – K I W Z. Ohne Einigung über die strittigen Probleme der weiteren Energie-, Rohstoff-, Handels- und Entwicklungspolitik wird in Paris die Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit/KIWZ („Nord-Süd-Dialog") beendet (vgl. „Blätter", 1/1976, S. 3). An der Konferenz (30. 5. – 2. 6.) hatten 27 Delegationen aus westlichen Industriestaaten und Entwicklungsländern (Gruppe der 19) sowie Beobachter verschiedener internationaler Organisationen teilgenommen.

– U S A / K u b a. Das State Department in Washington veröffentlicht Einzelheiten aus einem Notenwechsel zwischen den USA und Kuba vom 30. Mai 1977. In den in New York

ausgetauschten Noten ist vorgesehen, nach 16 Jahren unterbrochener diplomatischer Beziehungen gegenseitige Interessenvertretungen (Interest Section) zu errichten. Die amerikanischen Diplomaten sollen im Rahmen der Botschaft der Schweiz in Havanna, die kubanischen Diplomaten im Rahmen der Botschaft der CSSR in Washington tätig sein.

– B e l g i e n. Ministerpräsident Leo Tindemans (Christliche Volkspartei) bildet eine neue Koalitionsregierung, der nach drei Jahren Opposition auch die Sozialisten wieder angehören (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 17. April 1977 in „Blätter", 5/1977, S. 521). Neben der Christlichen Volkspartei und der Sozialistischen Partei sind die Flämische Volksunion und die Demokratische Front der Frankophonen im Kabinett vertreten. Außenminister ist Henri Simonet (Sozialistische Partei).

4.–5. 6. – S e y c h e l l e n. Staatspräsident James Richard Mancham, der sich zur Teilnahme an der Commonwealth-Konferenz in London aufhält, wird gestürzt. Die Präsidentschaft übernimmt vorläufig Ministerpräsident France-Albert René, der auch die Ressorts für Finanzen, Wirtschaft sowie Luft- und Seetransport verwaltet.

5. 6. – T ü r k e i. Aus den Parlamentswahlen geht die Republikanische Volkspartei unter Bülent Ecevit mit 41,4 % der Stimmen und 213 (bisher 185) Mandaten als stärkste Fraktion hervor; die Gerechtigkeitspartei unter dem amtierenden Regierungschef Süleyman Demirel erhält nach dem vorläufigen Endergebnis 39,6 Prozent und 189 (149) Sitze. Ecevit erklärt nach der Wahl, er wolle versuchen, in der Kammer (450 Abgeordnete) das Vertrauen für ein von ihm geführtes Minderheitskabinett zu erhalten, um die Vier-Parteien-Koalition unter Demirel abzulösen. Seine Regierung werde Griechenland Verhandlungen über das Zypern-Problem anbieten und verschiedene Artikel des Strafgesetzbuches aussetzen, die das Verbot der Kommunistischen Partei und einiger Religionsgemeinschaften betreffen. – Am 21. 6. bildet Ecevit eine Minderheitsregierung, die vom Präsidenten bestätigt wird.

8.–11. 6. – U d S S R / Ä g y p t e n. Der ägyptische Außenminister Fahmi konferiert in Moskau mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko. Fahmi, der am 10. 6. von Generalsekretär Breschnew empfangen wird, erklärt bei der Ankunft, sein Besuch gelte dem „gegenseitigen Bemühen um Zusammenarbeit zwischen Moskau und Kairo".

8.–15. 6. – C o m m o n w e a l t h. In der britischen Hauptstadt findet die 21. Tagung der Regierungschefs des Commonwealth statt. Von den 36 Mitgliedsstaaten sind zwei (Uganda und die Seychellen) nicht vertreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Lage im südlichen Afrika, der Zypernkonflikt und Probleme der Weltwirtschaftsordnung.

13. 6. – A b r ü s t u n g. Entsprechend einer im März 1977 während des Besuchs von Außenminister Vance in Moskau getroffenen Vereinbarung (vgl. „Blätter", 4/1977, S. 391) werden die amerikanisch-sowjetischen Konsultationen über Abrüstungsprobleme in verschiedenen Arbeitsgruppen fortgesetzt. Zunächst behandelt eine Arbeitsgruppe in Washington (13.–18. 6.) das vollständige Verbot der Nuklearversuche. Es wird beschlossen, unter Einschluß Großbritanniens „dreiseitige Konsultationen" über dieses Thema im Juli 1977 in Genf aufzunehmen. Eine weitere Arbeitsgruppe in Moskau (Beginn 22. 6.) befaßt sich mit der Rüstungsbegrenzung im Gebiet des Indischen Ozeans. Expertengespräche über chemische und radiologische Waffen hatten schon früher (9.–16. 5.) im Rahmen der Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT) in Genf stattgefunden.

14.–15. 6. – U d S S R / B R D. Bundesaußenminister Genscher führt in Moskau Gespräche mit Außenminister Gromyko. Genscher trifft auch mit Generalsekretär Breschnew zusammen, dem er eine persönliche Botschaft von Bundeskanzler Schmidt überbringt.

15. 6. – K S Z E. Vertreter aus den 35 Signatarstaaten der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), unterzeichnet in Helsinki am 1. August 1975 (Text in „Blätter", 8/1975, S. 899 ff.) treten in Belgrad zusammen, um „Datum, Dauer, Tagesordnung und die sonstigen Modalitäten" der für den Herbst 1977 geplanten KSZE-Folgekonferenz festzulegen.

– S p a n i e n. Erstmals seit Februar 1936 finden Parlamentswahlen statt. Die Wahlbeteiligung beträgt 78,4 %. Nach dem vorläufigen Ergebnis (das amtliche Endergebnis des Innenministeriums soll erst im Juli veröffentlicht werden) entfallen auf die aus 12 Parteien bestehende Koalition des Ministerpräsidenten Suarez, die Union des Demokratischen Zentrums (UCD) 33,9% der Stimmen und 165 Sitze in der Abgeordnetenkammer (Congreso), auf die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) 28,5%/118 Sitze, auf die Kommunistische Par-

tei 9,2%/20 Sitze und auf die neofranquistische Volksallianz 8,2%/16 Sitze. – Am 28. 6. kündigt Suarez die Bildung einer Alleinregierung der Parteien der UCD an.

16. 6. – U d S S R. Auf einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern des Obersten Sowjets (Unionssowjet und Nationalitätensowjet) wird der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnew, zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets gewählt; das Präsidium übt entsprechend der Verfassung kollektiv die Funktion des Staatsoberhauptes aus. In einer Mitteilung über den bisherigen Vorsitzenden heißt es: „Während der Tagung wurde eine Erklärung Nikolai Podgornijs entgegengenommen; er bat darum, von seinen Pflichten . . . entbunden zu werden, um in den Ruhestand zu treten." Nach seiner Wahl erklärt Breschnew in einer Rede u. a.: „Sie, Genossen, verstehen natürlich gut, daß der Beschluß des Mai-Plenums unserer Partei (vgl. „Blätter", 6/1977, S. 649) über die Vereinigung des Postens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU mit dem des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR bei weitem kein formeller Akt ist. Der Beschluß des Plenums hat einen tiefen politischen Sinn. Das ist in erster Linie eine Bekundung der ständig wachsenden Führungsrolle der Kommunistischen Partei, die den Kern unseres ganzen politischen Systems . . . bildet."

16. 6. – I r l a n d. Bei den Wahlen zum Unterhaus (Dáil) gewinnt die Oppositionspartei Fianna Fáil unter dem früheren Premierminister Jack Lynch mit 84 (bisher 69) von 148 Mandaten die absolute Mehrheit. Die von Fine Gael und Labour Party gebildete Regierungskoalition erhält 60 (73) Sitze. Premierminister Liam Cosgrave demissioniert und legt auch den Vorsitz von Fine Gael nieder. Neuer Ministerpräsident wird Jack Lynch.

16.–17. 6. – B R D / F r a n k r e i c h. Staatspräsident Giscard d'Estaing und Premierminister Barre kommen in Bonn mit Bundeskanzler Schmidt zu ihrer regelmäßigen Konsultation zusammen. Nach dem Treffen äußert sich Giscard d'Estaing auf einer Pressekonferenz: „Was die bilaterale Zusammenarbeit betrifft, so haben wir vor allem über die bilaterale Kooperation auf dem Gebiet der Kernenergie gesprochen, und wir werden diese Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland Frankreich gemäß den bestehenden Abkommen und Richtlinien fortsetzen."

– S D U. In Mönchengladbach wird eine neue Partei, die Soziale Demokratische Union (SDU) gegründet. Vorsitzender ist der aus der SPD ausgetretene Oberstadtdirektor von Braunschweig, Günther Weber.

20. 6. – I s r a e l. Premierminister Menachem Begin gibt die Regierungserklärung ab und stellt der Knesset sein neues Kabinett vor (vgl. „Blätter", 6/1977, S. 649), dem der frühere Verteidigungsminister Moshe Dayan als Außenminister angehört. Das Parlament spricht der Regierung mit 63 gegen 53 Stimmen das Vertrauen aus.

20.–22. 6. – F r a n k r e i c h / U d S S R. Auf Einladung von Staatspräsident Giscard d'Estaing hält sich der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets und KPdSU-Generalsekretär Breschnew in Paris auf. Zum Abschluß des Besuches werden mehrere Dokumente unterzeichnet (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

21. 6. – B u n d e s t a g. Bei der Beratung des Etats des Bundeskanzleramtes bringt die CDU/CSU-Fraktion einen Mißbilligungsantrag gegen Bundeskanzler Schmidt ein, der sich auf einige (vom Bundesverfassungsgericht gerügte) Entscheidungen des Bundeskanzlers während seiner Tätigkeit als Finanzminister bezieht. Der Antrag wird mit 253 gegen 243 Stimmen abgelehnt.

27. 6. – D j i b o u t i. Die bisherige französische Kolonie konstituiert sich als 49. Staat auf dem afrikanischen Kontinent. Staatspräsident wird Hassan Gouled. In einem Militärabkommen mit Frankreich ist auch künftig die Stationierung von mehr als 4000 französischen Soldaten in Djibouti vorgesehen.

29.–30. 6. – E G. Die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften halten in London ihre halbjährliche „Gipfelkonferenz" ab. In einer besonderen Nahost-Erklärung werden das „legitime Recht des palästinensischen Volkes" auf Verwirklichung seiner nationalen Identität und auf „eine Heimstatt" (Homeland) anerkannt.

30. 6. – S E A T O. Der Vertrag über die Südostasienpakt-Organisation (Southeast Asia Treaty Organization/SEATO) tritt formell außer Kraft. Der Vertrag war im Jahre 1954 von Australien, Frankreich, Neuseeland, Pakistan, den Philippinen, Thailand, Großbritannien und den USA geschlossen worden. Schon früher hatten Frankreich (im Jahre 1967) und Pakistan (1972) ihre Mitarbeit eingestellt (vgl. „Blätter", 10/1975, S. 1063).

Belgrad und die Entspannung

Am 15. Juni haben in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad die Vertreter der Außenminister die Vorbereitungen für die vor zwei Jahren in Helsinki vereinbarte Nachfolgekonferenz der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), begonnen. Dabei geht es darum, „. . . den durch die Konferenz eingeleiteten multilateralen Prozeß fortzusetzen: a) indem sie (die Teilnehmerstaaten, d. Verf.) einen vertieften Meinungsaustausch vornehmen, sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben, als auch im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa, und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft."[1])

Der Beginn der Belgrader Konferenz hat eine rege diplomatische Aktivität hervorgerufen. Es erscheint daher sinnvoll, einige Momente der gegenwärtigen Entwicklung der internationalen Politik genauer zu betrachten.

Einige der führenden Staatsmänner Europas, der USA und Kanadas haben auf dem abschließenden Gipfel in Helsinki hervorgehoben, daß die KSZE die Wende von einer historischen Etappe zu einer anderen markiert. Das Internationale Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, ein Gremium interessierter Kreise der Öffentlichkeit, hatte nach der Konferenz festgestellt: „Der Beweis ist erbracht, daß es möglich ist, durch Verhandlungen zwischen Partnern, die sich als ihresgleichen behandeln, zur Ausarbeitung von Prinzipien und Regelungen, die geeignet sind, ihre Sicherheit zu garantieren und zur Festlegung der Grundlagen ihrer Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu gelangen. Sie (die Konferenz, d. Verf.) widerlegt von Grund auf die noch zu sehr verbreitete Idee, daß der Krieg schicksalsbedingt ist, sie zeigt durch die Tatsachen die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Ländern unterschiedlicher politischer und sozialer Systeme."[2])

Es gilt festzuhalten, daß die Schlußakte der KSZE in ihrer Gesamtheit darauf ausgerichtet ist, zur Vertiefung der Entspannung, zur Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit beizutragen. Dem dient der Katalog der Prinzipien, die die Grundlage für die Beziehungen der Teilnehmerstaaten bilden, souveräne Gleichheit und Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte, Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität der Staaten, friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, Zusammenarbeit der Staaten und Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Dem dienen auch die vereinbarte Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur sowie die vertrauensbildenden Maßnahmen und die Festlegungen über die Fortsetzung der KSZE.

Wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Entwicklung seit der Unterzeichnung der Schlußakte betrachtet, ergeben sich

1) „Blätter", 8/1975, S. 941.

2) „Blätter", 8/1975, S. 946.

zwei gegenläufige Tendenzen. Zum einen ist nicht wenig getan worden, um die Schlußakte in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen. Regelmäßige politische Kontakte zwischen den Regierungen, zahlreiche Vereinbarungen und Abmachungen über konkrete Projekte der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur haben das Vertrauen in Europa erhöht und damit die Lebenskraft der Vereinbarungen von Helsinki unter Beweis gestellt. Besorgnis mußte aber der Versuch entspannungsfeindlicher Kräfte hervorrufen, die mit Helsinki eingeleitete positive Wende wieder zunichte machen; dies um so mehr, weil unter dem Druck dieser Kräfte eine Reihe von Regierungen westlicher Staaten nur zögernd und halbherzig an die Verwirklichung der Bestimmungen gingen und sich an Versuchen beteiligen, die das erkennbare Ziel haben, die Dynamik des Entspannungsprozesses abzubremsen. Erinnert sei hier an die offenen Versuche der Regierung der Vereinigten Staaten und einiger EG-Regierungen, sich in die inneren Verhältnisse Portugals, Italiens und Frankreichs einzumischen. Hier muß festgestellt werden, daß es Sache der Völker selbst ist, darüber zu entscheiden, welche gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Ländern herrschen sollen und welche Parteien an der Regierung beteiligt sind oder nicht. Dieser Umstand macht deutlich, daß es zur Verwirklichung der Schlußakte der Aktivitäten der Öffentlichkeit bedarf.

Eine schwerwiegende Belastung des internationalen Klimas und weiterer Fortschritte der Entspannungspolitik hat sich aus der mit großem Aufwand betriebenen „Menschenrechts- und Dissidentenkampagne" ergeben. Diese Aktivitäten einer Reihe von westlichen Regierungen und Massenmedien entwickelten sich schon vor dem Gipfel von Helsinki erfuhren aber nach dem August 1975 eine erhebliche Verstärkung und wurden insbesondere seit dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Carter noch einmal erheblich intensiviert. Wegen ihrer negativen Auswirkungen erscheint es notwendig, sich mit dem sachlichen Inhalt dieser Kontroverse zu beschäftigen.

Die Achtung der Menschenrechte und -freiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit ist Bestandteil des Völkerrechts und eines der zehn Prinzipien der Schlußakte. Die Einhaltung dieser Verpflichtung wird also zur Verwirklichung der Schlußakte. Zu der Art und Weise, in der einige westliche Regierungen und Presseorgane, insbesondere die neue Carter-Regierung, in dieser Frage aktiv geworden sind, muß aber einiges angemerkt werden.

Zuerst einmal ist interessant, in einem Leitartikel der „Welt" vom 9. 6. 1977 zu lesen: „Es geht also nicht um die ‚Bekehrung' des Kreml zur westlichen Demokratie, sondern um die Öffnung des sowjetischen Imperialismus. Daher ist es klug und umsichtig, wenn Carter seine Politik nicht mit den alten, verbrauchten antikommunistischen Parolen, sondern mit der Forderung nach Menschenrechten und Informationsfreiheit verbindet." An anderer Stelle heißt es im gleichen Artikel: „Zunächst haben Stil und Inhalt der Washingtoner Politik nichts mehr mit jenem dogmatischen Antikommunismus der Dulles-Ära zu tun, der weitgehend defensiv konzipiert war." Aus dem Zusammenhang des Artikels geht hervor, daß der „Welt"-Autor Carters Politik ausdrücklich begrüßt. Ohne darüber zu argumentieren, wie selbstverständlich geht er davon aus, daß es Carter nicht darum geht, einzelnen oder Gruppen von Menschen zur Gewährleistung ihrer Menschenrechte zu verhelfen, sondern daß die Menschenrechtsfrage ein geeignetes Propaganda-Instrument gegenüber der Sowjetunion sei.

Es muß nachdenklich machen und zu der Frage anregen, mit welchem Ziel immer wieder von der Verletzung der Menschenrechte in den sozialistischen Staaten gesprochen wird, wenn diejenigen, die dies tun, wahrlich genug Anlaß zu

Selbstkritik haben. Man möchte meinen, daß z. B. führende amerikanische Politiker Grund hätten, dieses Thema peinlich zu vermeiden – angesichts der brutalen Verletzung des grundlegenden Menschenrechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit von Hunderttausenden von Vietnamesen, deren sich die USA bis in die jüngste Vergangenheit hinein schuldig gemacht haben. Das gleiche gilt für die Verwicklung amerikanischer Behörden in den faschistischen Putsch in Chile und die seitherige Kollaboration mit den faschistischen Machthabern durch eine Reihe von Regierungen. Die Konzentration von westlichen Regierungen und Medien auf die Aktivitäten kleiner Gruppen sogenannter Dissidenten in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern steht in einem krassen Mißverhältnis zu den eklatanten Mißachtungen der Menschenrechte in den eigenen Ländern, zu der Nichtgewährleistung des grundlegenden Menschenrechts auf Arbeit, die eine millionenfache Tatsache in allen kapitalistischen Ländern ist, oder zu der Gesinnungsschnüffelei und den Berufsverboten für Tausende von Bundesbürgern oder der massiven Verletzung der Menschenrechte der Millionen von US-Bürgern, die keine weiße Hautfarbe haben, der massiven Unterdrükkung von Tausenden Bürgerrechtskämpfern in den USA. Angesichts dieser Diskrepanzen erscheint die Schlußfolgerung naheliegend, daß es den Initiatoren dieser Kampagne um die Schürung von Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern geht, was gewollt oder ungewollt in der Öffentlichkeit Zweifel an der Richtigkeit der Entspannungspolitik überhaupt wekken muß.

Zu Entspannung und friedlicher Koexistenz kann es aber im Atomzeitalter keine Alternative geben. Der Rat erscheint daher angebracht, die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki in bezug auf die Menschenrechte mit der nötigen Seriosität zu betreiben und sie nicht zu einem Propagandainstrument herabzuwürdigen. Man überlege sich einmal, wie in großen Teilen unserer Presse die Haltung der Sowjetunion beurteilt würde, wenn sie die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen etwa von der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit im Westen abhängig machen würde.

Die Vermutung, daß es auch bei denen, die sich an dieser Kampagne mehr oder weniger beteiligt haben, Befürchtungen gibt, US-Präsident Carter könnte die Menschenrechtsfrage bei der Belgrader Konferenz „überstrapazieren", wird dadurch erhärtet, daß die Regierungschefs der neun EG-Staaten Bundeskanzler Schmidt beauftragt haben, gegenüber Präsident Carter die Besorgnis über die Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses deutlich zu machen[3]).

In der Öffentlichkeit ist im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Schlußakte immer wieder die Hoffnung ausgedrückt worden, daß die Kodifizierung der Grundlagen der Beziehungen der Teilnehmer der KSZE Fortschritte bei Rüstungsbegrenzung und Abrüstung begünstigen könnte. Obwohl die KSZE sich mit diesen Fragen nicht direkt beschäftigt hat, sieht man einmal vom Randgebiet der Manöverankündigung ab, wurde diese Hoffnung doch dadurch genährt, daß es in der Schlußakte heißt: „Die Teilnehmerstaaten (. . .) sind von der Notwendigkeit überzeugt, auf diesen Gebieten (Verminderung der militärischen Konfrontation und Förderung der Abrüstung, d. Verf.) wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen und die zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt führen sollen."[4]) Unbestreitbar ist, daß, solange es nicht gelingt, das Wettrüsten zu beenden und in einem schrittweisen Prozeß

3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 2. 7. 1977.
4) „Blätter", 8/1975, S. 908.

das Ziel der vollständigen und totalen Abrüstung zu erreichen, es keine Garantie für die Verhinderung eines Krieges gibt, der angesichts der waffentechnischen Realitäten katastrophale Wirkungen haben müßte. Der Beendigung des Wettrüstens und Fortschritten bei der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung kommt daher unbedingte Priorität zu.

Entgegen der in den Massenmedien intensiv verfochteten Behauptung von einer Überlegenheit der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder auf militärischem Gebiet, die durch Äußerungen einer Reihe von Politikern und Militärs genährt wird, deuten alle ernsthaften Untersuchungen auf diesem Gebiet darauf, daß es heute ein grobes Gleichgewicht der militärischen Kräfte zwischen Ost und West gibt. Dies bezeugen nicht nur die Äußerungen verantwortlicher Politiker der Bundesrepublik – darunter sogar von Verteidigungsminister Leber, von dem gelegentlich allerdings auch Äußerungen zu vernehmen sind, die gegenteilig verstanden werden können[5]) – sondern auch zahlreiche Erklärungen des ehemaligen Außenministers Henry Kissinger. Am 28. Januar 1977 stellten die vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte in Erwiderung auf entsprechende Äußerungen eines ehemaligen hohen Nachrichtenoffiziers fest: „Die Vereinigten Stabschefs stimmen der Ansicht nicht zu, daß die Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten militärische Überlegenheit erzielt hat."[6]) Diese strategische Parität ist eine geeignete Ausgangsgrundlage für Reduzierungen des Rüstungspotentials in Ost und West. Dennoch muß gegenwärtig festgestellt werden, daß es auf diesem Gebiet keine substantiellen Fortschritte gibt.

Der Vorschlag der Staaten des Warschauer Vertrags vom 26. November 1976, einen Vertrag über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zwischen allen Teilnehmerstaaten der KSZE abzuschließen – seinem Inhalt nach einer der bemerkenswertesten Beiträge zur Realisierung und Fortsetzung der KSZE –, wurde praktisch ohne ernsthafte Prüfung von der NATO auf ihrer Tagung vom 9./10. Dezember 1976 zurückgewiesen. Auch bei der Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa sind keine Fortschritte erkennbar. Trotz der Äußerungen führender bundesrepublikanischer Sozialdemokraten wie Brandt und Wehner und des Abgeordneten Pawelczyk von diesem Frühjahr, die erkennen ließen, daß sie es für notwendig halten, von der bisherigen starren NATO-Position abzugehen und noch in diesem Jahr ein erstes Abkommen in Wien zu erreichen, ist keine tatsächliche Veränderung der NATO-Position in Wien erkennbar. Im Gegenteil – die erneute Verabschiedung von Rekord-Rüstungshaushalten in den USA und der Bundesrepublik und die von der NATO-Frühjahrskonferenz Anfang Mai in Aussicht genommene jährliche reale Steigerungsrate der Rüstungshaushalte von 5% (was für die Bundesrepublik bei einer Inflation von 4–5% eine nominelle Steigerung von 9–10% bedeuten würde) sind kaum als Geste guten Willens für die Wiener Konferenz zu deuten.

Beunruhigend ist aber vor allem die Tatsache, daß sowohl die Regierung des ehemaligen Präsidenten Ford, als auch die neue Carter-Administration sich nicht in der Lage gesehen haben, das zwischen Ford und Breschnew 1974 getroffene Rahmenabkommen über SALT II zu realisieren. Nachdem Präsident Ford anfangs das Stagnieren der SALT-Verhandlungen mit Problemen des amerikanischen Wahlkampfes erklärt hatte, ist inzwischen deutlich geworden, daß sich die

5) Auf der Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO am 17. Mai 1977 erkärte Georg Leber: „Ich bin mit Secretary Brown einig, daß die Sowjetunion nicht die Absicht hat, ihre militärischen Kräfte in einem Krieg gegen uns einzusetzen. Ich glaube vielmehr, daß diese Kräfte nach dem Willen der dortigen politischen Führung als Ermutigung für politische Entwicklungen im Westen dienen sollen, die dem Osten genehm sind, daß sie also keine Speer-, wohl aber eine Schildfunktion haben." „Europa-Archiv", 12/1977, D 345.
6) „Europa-Archiv", 7/1977, D 170.

USA nicht durch ein Abkommen bei der Entwicklung einer ihrer modernsten Waffentechnologien, der Marschflugkörper (Cruise missiles) binden lassen möchten. Bei seinem Besuch in der Sowjetunion vom 28. bis 30. März 1977 hat der amerikanische Außenminister Cyrus Vance zwei Alternativen für SALT II vorgeschlagen: Entweder solle ein Abkommen, wie in Wladiwostok vereinbart, abgeschlossen werden, das aber die Cruise missiles und einen sowjetischen Mittelstreckenbomber (NATO-Code: Backfire) ausklammern müsse, oder es solle ein sogenanntes „weitergehendes Paket" vereinbart werden, das eine stärkere Reduzierung der Abschußeinrichtungen für Flugkörper und Flugkörper mit Mehrfachgefechtsköpfen vorsieht, wobei der amerikanische Vorschlag insbesondere auf die Reduzierung der stärksten Interkontinentalraketen der Sowjetunion abzielt. Beide Vorschläge sind von der Sowjetunion als nicht mit dem Prinzip der gleichen Sicherheit vereinbar abgelehnt worden.

Auf einer Pressekonferenz am 31. Mai 1977 hat sich der sowjetische Außenminister Gromyko ziemlich empört über die amerikanische Haltung geäußert und Einzelheiten der Verhandlungspositionen mitgeteilt. Nach Lage der Dinge scheint die amerikanische Regierung zu versuchen, mit Hilfe der Technologie der Cruise missiles einseitige militärische Vorteile zu erzielen. Nach allen Erfahrungen mit dem Wettrüsten ist nicht daran zu zweifeln, daß die Sowjetunion in der Lage sein wird, innerhalb relativ kurzer Frist Abwehrmöglichkeiten oder eigene ähnliche Waffensysteme zu entwikkeln. Die am 1. Juli getroffene Entscheidung von US-Präsident Carter, die Cruise missiles ohne Beschränkung der Reichweite zu entwickeln, um sie in hohen Stückzahlen in den amerikanischen Streitkräften einzuführen, könnte eine neue Runde des strategischen Wettrüstens eröffnen, die erhebliche Gefahren für den Weltfrieden heraufbeschwört[7]) und die Rüstungskosten ohne Zweifel weiter in die Höhe treiben wird[8]). Mit der gleichfalls von Carter am 1. Juli getroffenen Entscheidung, den neuen amerikanischen Bomber B1 nicht zu bauen, werden aber auch gleichzeitig die Grenzen amerikanischer Aufrüstungspolitik deutlich. Nach Presseberichten (FAZ v. 2. Juli 1977) sind es vor allen Dingen die ungeheuren Kosten des B1-Programms, das zu dessen Ablehnung durch Carter geführt haben.

Angesichts der jüngsten Entwicklung wird sichtbar, wie stark die Positionen die Rüstungslobby auch in der neuen demokratischen Administration der USA sind. Deutlich wird darüber hinaus auch eine neue propagandistische Methode der USA, ihre Politik gegenüber der Weltöffentlichkeit zu verkaufen. In erstaunlicher Parallelität zu dem amerikanischen Auftreten in der Menschenrechtskampagne wird ein neuer amerikanischer Rüstungsschub kombiniert mit der Ankündigung der Bereitschaft zu weitgehenden Abrüstungsvorschlägen.

Kann man hinter der amerikanischen Menschenrechtskampagne das Motiv vermuten, das internationale Prestige der Sowjetunion herabzusetzen, um den vor allem durch die Vietnam-Aggression lädierten Ruf der USA aufzupolieren, so scheint es sich bei der Carter-Politik in bezug auf Abrüstungsprobleme um den Versuch zu handeln, das durch die intensive sowjetische Entspannungs- und Abrüstungspolitik ebenfalls angewachsene sowjetische Prestige zu verringern. Eine Äußerung des Sicherheitsberaters Carters, Brzezinski, am 1. April 1977 deutet in diese Richtung. Brzezinski äußerte: „Die Sowjetunion hat sich im Verlauf der letzten Jahre gerühmt, bei Abrüstungsvor-

7) Unklar ist bisher, ob sich die weiter oben erwähnte Besorgnis der EG-Staaten über Carters Politik gegenüber der Sowjetunion auch auf diese Entscheidung bezieht.

8) Zu den SALT-Verhandlungen siehe die Dokumentation amerikanischer und sowjetischer Stellungnahmen, in: „Europa-Archiv", 11/1977, D 279–309; zur Frage der Cruise missile den Artikel des amerikanischen Experten Alexander R. Vershbov, Die Cruise missile und ihre Folgen, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zum „Parlament", 13/1977 v. 2. 4. 1977.

schlägen an vorderster Front gestanden zu haben."[9]) Schmackhaft gemacht wird der Öffentlichkeit die Fortsetzung des Wettrüstens übrigens mit einer intensiven Berichterstattung über die Perfektion moderner Militärtechnologie, mit der offensichtlich der Eindruck hervorgerufen werden soll, daß es doch Möglichkeiten gebe, eine dauerhafte amerikanische Überlegenheit zu etablieren, die politische Lösungen überflüssig mache.

Besorgnis muß auch die Äußerung Präsident Carters hervorrufen, daß er den Einfluß der Sowjetunion auf „aggressive" (aber natürlich „friedliche") Weise wieder zurückdrängen will. „Ich selbst neige dazu, die Sowjetunion aggressiv, natürlich auf friedliche Weise in den Gebieten der Welt herauszufordern, die heute oder potentiell in zehn oder fünfzehn Jahren für uns von entscheidender Wichtigkeit sind. Dazu gehören Länder wie Vietnam, der Irak, Somalia und Algerien, Länder wie die Volksrepublik China und sogar Kuba. Hier zu zögern, halte ich für unangebracht."[10]) Eine solche Äußerung läßt auf ein Verständnis von Souveränität der Staaten und Nichteinmischung schließen, das in klarem Gegensatz zur Charta der Vereinten Nationen und zur Schlußakte der Konferenz von Helsinki steht. Eine solche Strategie könnte ohne Zweifel zu gefährlichen Krisen und Zuspitzungen der internationalen Lage führen.

Daß es im Westen aber auch weiterhin realistische Einschätzungen der Entspannungspolitik gibt, macht nicht nur die bereits zweimal erwähnte Initiative der EG gegenüber Carter, sondern auch der Verlauf des Besuchs von Leonid Breschnew in Frankreich deutlich[11]).

Gegenüber mancherlei Irritationen, die von der Entwicklung der US-amerikanischen Politik ausgehen, bleibt aber festzuhalten, daß sich die Entspannungspolitik auf eine objektive Basis gründet. Das ist einmal die Tatsache, daß es keine aussichtsreiche Möglichkeit gibt, auf Dauer einseitige militärische Überlegenheit zu konservieren, daß die gigantischen Kosten moderner Rüstung breite Bevölkerungsschichten zu immer intensiverem Widerstand gegen eine zügellose Fortsetzung des Wettrüstens bewegen. Das ist die Einsicht realistischer Politiker, daß der Friede nicht auf Dauer durch Konfrontation und Aufrüstung gesichert werden kann, und die Hoffnung breiter Volksschichten, durch eigene Aktivität für Entspannung und Abrüstung den Frieden zu festigen. Die Regierung der Bundesrepublik hat bei den Konferenzen in Wien und Belgrad und anläßlich des bevorstehenden Besuchs von Leonid Breschnew in der Bundesrepublik die Chance, konstruktive Beiträge zur Vertiefung der Entspannung und zur Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen zu leisten. Die intensive politische Diskussion über diese Fragen, die durch den Aufruf „Beendet das Wettrüsten" und die großen Demonstrationen am 21. Mai in der Öffentlichkeit ausgelöst wurden, sind ermutigend. Die durch diese Bewegung geschaffenen Ansätze gilt es auszubauen.

Achim Maske

9) „Europa-Archiv", 11/1977, D 305.
10) „Die Welt" v. 13. 6. 1977.
11) Siehe Dokumentation dieses Heftes.

Steuerrebellen und Rüstungsrekorde

Zur Haushaltsdebatte 1977

Am 24. Juni 1977 wurde in Bonn nach viertägigen Beratungen der Bundeshaushalt 1977 verabschiedet. Mit einem Volumen von 171 Mrd. DM ist er nominal um 5,8% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und die Netto-Neuverschuldung konnte mit 20,7 Mrd. DM um gut 10 Mrd. DM gegenüber 1976 reduziert werden.

Dieser Haushalt ist im engen Zusammenhang mit weiteren haushaltspolitischen

Umverteilungsmaßnahmen zu sehen: dem Steuer- und Sozialpaket. Seine besondere politische Dimension erhält er durch einen einmaligen Vorgang in der Geschichte des deutschen Bundestages: die CDU/CSU-Fraktion lehnte den Verteidigungshaushalt einmütig ab.

Nachdem im Wahljahr 1975 mit der Steuerreform eine kurzfristige Entlastung der Lohnsteuerpflichtigen erreicht wurde, bemühten die Unternehmen und Unternehmensverbände die Krise, um nachhaltige Steuererleichterungen zur Verbesserung ihrer Liquidität und Selbstfinanzierung durchzusetzen. Die Unternehmenssteuerlast wird in der öffentlichen Meinungsbildung wiederholt für den Rückgang der Investitionen und für die zunehmende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Ein erster Schritt in diese Richtung war der 1976 eingeführte Verlustrücktrag, der zweite die zum 1. Januar 1977 in Kraft getretene Körperschaftsteuerreform und der vorerst dritte, aber sicherlich nicht letzte Schritt die Senkung der Vermögenssteuer zum 1. Januar 1978. Eine „Korrektur der Torheit", so Prof. Werner Flume im „Handelsblatt", denn „als Beeinträchtigung der Investitionen ist die übersteigerte Vermögenssteuer zu ihrem Teil wesentlich mitverantwortlich für die Arbeitslosigkeit und damit die erzwungene Freizeit der Arbeitslosen"[1]). Die Senkung der Vermögenssteuer von 1% auf 0,7% bringt zwar den Unternehmen – vor allem den Großunternehmen – ein Steuergeschenk von 1,5 Mrd. DM, aber mit Sicherheit keinen neuen Arbeitsplatz. Das gesamte Steuerpaket wird Einnahmeausfälle in Höhe von 7 Mrd. DM bringen, die durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf 12% ausgeglichen werden sollen. Die Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung wie Anhebung des Kindergeldes u. ä. stehen in keinem Verhältnis zu den Steuererleichterungen für die Unternehmen, und diese Maßnahmen vollstrecken erneut eine Politik der unsozialen Umverteilung.

1) „Handelsblatt" v. 15. 6. 1977.

Mit dem Steuerpaket fielen die letzten Positionen sozialdemokratischer Steuerreformziele der Unterordnung unter Kapitalinteressen zum Opfer. Diesen vollständigen Bankrott sozialdemokratischer Steuerreform wollten einige Abgeordnete der SPD-Fraktion nicht hinnehmen. Das vernichtende Wort „Steuerrebellion" machte in den vergangenen Wochen Schlagzeilen. „Dissidenten", „Fünfer-Bande", „Nein-Sager-Coppik", „Pirouetten-Rudi" waren nur einige der Diffamierungen, mit denen etwa das „Handelsblatt" diese fünf, sich gewerkschaftlichen Positionen verpflichtet fühlenden SPD-Abgeordneten belegte[2]). Übrig blieb von dieser Steuerrebellion allerdings nur Koalitionsarithmetik: mit 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen aus den eigenen Reihen wurde das Steuerpaket mit der Vermögenssteuersenkung am 16. Juni 1977 vom Bundestag mit knapper Mehrheit angenommen.

Eine Woche später passierte das „Sozialpaket" zur „Sanierung der Rentenversicherung und zur Dämpfung des Kostenauftriebs im Gesundheitswesen" mit Hilfe der FDP/CDU-regierten Bundesländer Niedersachsen und Saarland den Bundesrat und trat zum 1. Juli 1977 in Kraft. Diese „Linksabweichung" der niedersächsischen und saarländischen CDU wurde von der CSU heftig attackiert[3]). Dabei bringt dieses sogenannte Sozialpaket einen massiven Abbau sozialer Leistungen und ist einer der schärfsten Angriffe auf den Besitzstand gesellschaftlicher Reproduktionsbedingungen. Neben der Einschränkung der Alters- und Kriegsopferrentenanpassung, der Rentnerkrankenversorgung, der Aussetzung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten bei Bezug von Arbeitsentgelt ist Kern des Kostendämpfungsgesetzes über ärztliche Vergütungen und Arzneimittelhöchstbeträge. Praktisch bedeutet das

2) Vgl. „Handelsblatt" v. 20. 6. 1977.

3) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 25. 6. 1977, „Albrecht läßt das Sozialpaket passieren, Strauß fürchtet um die Glaubwürdigkeit der Union".

eine Einschränkung der ärztlichen Versorgung und wachsende Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten.

Den Auftakt zur Haushaltsdebatte bildete ein Mißbilligungsantrag der CDU/CSU-Fraktion gegen den Bundeskanzler. Schmidt sei für den „schweren Verfassungsbruch persönlich und politisch verantwortlich"[4]), den er dadurch beging, daß er Ende 1973 über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 2 Mrd. DM verfügte. Nirgendwo wird die Instrumentalisierung des Bundesverfassungsgerichts für die politischen Ziele der Rechtskräfte deutlicher als an diesem Scheindebakel um die parlamentarische Haushaltskontrolle. Nicht nur, daß Konrad Adenauer die Wiederaufrüstung und deren Finanzierung hinter den Kulissen des Parlaments betrieb, sondern auch der damalige Finanzminister Franz Josef Strauß war einer der vehementesten Verfechter einer Ausweitung der Regierungskompetenzen bei Haushaltserstellung und -vollzug. Mit der 15. Änderung des Grundgesetzes und der Haushaltsreform 1969 wurden für diese Praxis die rechtlichen Grundlagen gelegt.

Gegenüber dem Regierungsentwurf wurde der Haushalt 1977 während der Beratungen um 800 Mio DM gekürzt. Die stärksten Einbußen mußte der Einzelplan 11 des Arbeitsministeriums hinnehmen. Von 39,325 Mrd. DM 1976 wurde er auf 38,222 Mrd. DM im Entwurf und dann nochmals um weitere 97 Mio. DM gekürzt. Gestrichen wurden vor allem Mittel für die Arbeitsförderung und Arbeitslosenunterstützung. So soll Arbeitslosengeld nur noch für insgesamt 11 Monate und nicht mehr für zwölf Monate gezahlt werden, wenn ein Arbeitsloser ihm angebotene Arbeiten verweigert. Für das Sonderprogramm zur „Wiederbeschäftigung von längerfristig Arbeitslosen" wurden 430 Mio. DM eingesetzt, von denen aber mindestens 100 Mio. DM eingespart werden sollen. Auch der Einzelplan 31, Bildung und Wissenschaft, wurde mit einem um 4,2% niedrigeren Ansatz stark eingeschränkt.

Offiziell ist der Etat des Arbeitsministers mit seinen 38 Mrd. DM der größte Einzelplan. Ihm folgt der Einzelplan 14, Verteidigung, mit 32,8 Mrd. DM, der damit um 1,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Dieser Betrag, so räumt jedoch der Generalreferent für Haushalt und Finanzplanung im Bundesverteidigungsministerium, Alf Fischer, ein, täusche[5]). Aus dem Etat Allgemeine Finanzverwaltung sind als Personalverstärkungsmittel 600 Mio. DM hinzuzurechnen, weitere 300 Mio. stehen für investive Vorhaben aus früheren Transferierungen in die USA zur Verfügung[6]). Damit weist der so erweiterte Verteidigungsplan bereits die gleiche Steigerungsrate wie der Gesamthaushalt aus. Faßt man die Verteidigungslasten nach NATO-Kriterien zusammen, so ist mittlerweile die 50-Mrd.-Grenze überschritten, was bedeutet, daß ungefähr ein Drittel der gesamten Bundesmittel im militärischen Bereich absorbiert werden. Für die Rüstungsbeschaffungen werden in diesem Jahr 6,6 Mrd. DM ausgegeben, davon entfällt über die Hälfte auf die Anschaffung neuer Kampfpanzer des Typs „Leopard II." Insgesamt sollen hiervon 1800 Stück mit einem Gesamtvolumen von fast 7 Mrd. DM angeschafft werden[7]). Weitere neubeschlossene Rüstungsvorhaben: 212 Panzerabwehrhubschrauber für rd. 860 Mio. DM, das Minenabwehrsystem „Troika", das eine halbe Milliarde kostet, und der Bau von sechs Fregatten für die Bundesmarine, die in erster Rate 2,5 Mrd. DM schlucken.

In einem Jahr, in dem weltweit die Aktionen für Frieden und Entspannung sich verbreitern und die Genfer Abrüstungsverhandlungen unterstützen, rüstet die Bundesrepublik mit Rekordsummen verstärkt auf. Der CDU/CSU-Fraktion reichten die entspannungshemmenden „An-

4) „Handelsblatt" v. 22. 6. 1977.

5) Vgl. „Handelsblatt" v. 25. 6. 1977.
6) Vgl. ebd.
7) Vgl. „Handelsblatt" v. 24./25. 6. 1977.

strengungen" der Bundesregierung indes nicht: sie lehnte den Einzelplan 14 geschlossen ab, auch nachdem der verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Wörner, für Annahme plädiert hatte. Mit dieser Ablehnung sollte Verteidigungsminister Leber ein Denkzettel wegen seiner Haltung gegenüber einigen besonders reaktionären Generalen verpaßt werden und weil er mit seinen Wehrdienst- und Zivildienstnovellen „die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht" betreibe[8]).

Auch die Debatten um die anderen Einzelpläne waren von demagogischer Taktik der Opposition gekennzeichnet. Der Regierung wird Alternativlosigkeit und verantwortungsloses Handeln gegenüber dem Arbeitslosenproblem vorgeworfen, weil die Investitionsanreize zu gering, die Belastung der Haushalte mit überzogenen Soziallasten zu hoch sei, die Politik der Steuererhöhungen den Leistungswillen hemme und die Notwendigkeit einer erhöhten Verteidigungsbereitschaft zu wenig zu beobachten sei. Ziel ist es, den Regierungskurs noch weiter nach rechts abzudrängen.

Wiebke Krüer-Buchholz

Wirtschaftsdiplomatie auf hohen Touren

Vom Londoner Wirtschaftsgipfel zur OECD-Ministerratstagung

Im Abstand von wenigen Wochen trafen sich die Regierungschefs und Wirtschaftsminister der westlichen Industriestaaten bei der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds, auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel sowie der anschließenden NATO-Ratstagung in Brüssel und nunmehr jüngst auf der Ministerratstagung der OECD in Paris. Diese Zusammenballung von internationaler Wirtschaftsdiplomatie wirft deutliche Schlaglichter auf den Stand der internationalen Kooperation bei der Stabilisierung der jüngsten Wirtschaftskrise und ihrer Folgeerscheinungen:

– Sie signalisiert den wachsenden Druck auf eine internationale Kooperation, je hartnäckiger die Wirtschaftskrise andauert, je enttäuschender der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung ausfällt und je stärker die nationalen Stabilisierungspolitiken im Dilemma zwischen Krise und Inflation gelähmt sind.

– Sie offenbart jedoch gleichzeitig die übergroße Diskrepanz zwischen dem Wollen und Können angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage der westlichen Staaten und der sich daraus ergebenden Interessenkollisionen.

– Sie zeigt zugleich, auf welcher Ebene sich, allen Interessengegensätzen zum Trotz, ein Minimalkonsensus herausgebildet hat, um kommende Krisenerscheinungen zumindest auf hinterer Linie aufzufangen.

Im Mittelpunkt des Interesses stand der Londoner Wirtschaftsgipfel – der dritte seiner Art – auf dem ein weit gespannter Katalog von Problemen und Krisenelementen thematisiert wurde: Das Problem der *Massenarbeitslosigkeit* in seiner unheilvollen Verknüpfung mit der anhaltenden *Inflation*, die chronischen *Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte* und die daraus stets erwachsende Versuchung einzelner Staaten, die Zuflucht bei *protektionistischen Handelspraktiken* zu suchen; das *Energieproblem* im Zusammenhang mit Fragen der nuklearen Sicherheit, wie es von Präsident Carter so massiv den deutschen Atomgeschäften mit Brasilien entgegengesetzt wurde; und schließlich die Problematik der sog. *„Nord-Süd-Beziehungen"*.

Man versetze sich zehn oder auch nur fünf Jahre zurück in unserer ökonomischen Entwicklung, so wird überdeutlich, daß

8) Vgl. FAZ v. 24. 6. 1977.

das Abschlußdokument[1]) der Londoner Gipfelkonferenz allein durch die Benennung dieser Probleme in ihrer Zusammenballung und ihrer Verkettung einen hohen dokumentarischen Wert besitzt. Es spiegelt den wirtschaftlichen Niedergang in den 70er Jahren wider. Dazu gehört auch, daß sich die auf der Konferenz angestrebten Gemeinsamkeiten in der Haltung gegenüber den vielfältigen Problemen und den möglichen Lösungsansätzen allzu oft in allgemeinen Absichtserklärungen erschöpfen, während sich auf der anderen Seite eine gemeinsame Aktion im Sinne der von Präsident Carter geforderten – und insbesondere von deutscher Seite bekämpften – Konjunkturstimulierung durch die wirtschaftlich „starken Länder" (USA, Japan, BRD) nicht hat durchsetzen lassen.

So wundert es nicht, daß die Londoner Gipfelkonferenz unterschiedliche Bewertungen erfahren hat in der Spannweite von der vorsichtig-skeptischen Distanz gegenüber der Londoner „Gipfelrhetorik" („Neue Zürcher Zeitung") und dem Auftrumpfen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die den Bundeskanzler Schmidt zum „Sieger von London" erklärte, weil er es zuwege gebracht habe, daß der „deutsche Standpunkt . . . sich in wichtigen Fragen der Weltwirtschaftspolitik durchgesetzt" hat.

Zu einer realistischen Beurteilung dieser Art internationaler Koordination und Kooperation gehört jedoch sicher mehr als das Kriterium der politischen Durchsetzungsfähigkeit eines Landes oder das Kriterium der Praktikabilität von Programmen. Man wird den Londoner Gipfel sowohl im Zusammenhang mit den übrigen internationalen Wirtschaftskonferenzen, insbesondere mit seinen beiden Vorläufern von Rambouillet im November 1975 und von Puerto Rico im Juni letzten Jahres sehen müssen, als auch die jeweiligen ökonomischen Konstellationen zu berücksichtigen haben, um den veränderten Problemdruck zu erfassen.

1) Vgl. „Blätter", 6/1977, S. 759 f.

In jedem Falle wird man diese Art internationaler Kooperation als den Ausdruck einer strukturellen Diskrepanz begreifen müssen, die sich aus der Internationalisierung des Kapitals sowie aus dem Grad der Handelsverflechtung und der nach wie vor überwiegend auf nationaler Ebene angesiedelten Entscheidungskompetenz für eine Geld- und Fiskalpolitik ergeben hat. Diese Diskrepanz hat eigentlich seit dem Untergang der englischen Wirtschaftshegemonie und des damit verbundenen Goldwährungssystems immer nur kurzfristig überspielt werden können: Sei es, daß die USA und das von ihr getragene Dollar-Währungssystem vorübergehend die englische Rolle übernahmen, sei es, daß günstige wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen vorübergehend zu einem Nachlassen des Kooperationsdruckes führten.

Seit den frühen 70er Jahren bewirkte dann aber die Krise des Währungssystems, eine Welle inflationärer Preissteigerungen und schließlich die jüngste internationale Wirtschaftskrise einen steigenden Druck in Richtung auf Abstimmung und Kooperation zwischen den nationalen Stabilisierungspolitiken. So war es mehr als ein Zufall, daß das erste dieser Treffen in Rambouillet im November 1975 angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit 45 Jahren stattfand. Dabei war es weniger schwierig, inmitten der Krise zu einer gemeinsamen konjunkturpolitischen Absichtserklärung in traditionell keynesianischen Sinne zu gelangen, als eine Stabilisierung der Wechselkurse zu erreichen – drohte doch das anhaltende Absinken des Dollarwertes gegenüber den europäischen Währungen, den Europäern den lebensnotwendigen Zugang zum US-amerikanischen Markt zu blockieren.

Diese alle Länder umfassende Gemeinsamkeit im Tiefpunkt der Krise bestand ein gutes halbes Jahr später nicht mehr, als im Juni 1976 der zweite Wirtschaftsgipfel in Puerto Rico stattfand. Die USA, Japan und die BRD lebten damals in der

Hoffnung eines anhaltenden stabilen Wirtschaftsaufschwungs, während Großbritannien, Frankreich und Italien bei hohen Inflationsraten den Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht hatten. Die Gruppe der „starken Wirtschaftsnationen" sah ihre wesentliche Aufgabe darin, einer inflationären Übersteigerung des Aufschwungs rechtzeitig vorzubeugen und die übrigen Länder mit unsanftem Kreditdruck zu einer inflationseindämmenden Anpassungspolitik zu bewegen. Die Doktrin des „mäßigen, inflationsfreien Wachstums" verband insbesondere die Administration Ford in den USA mit der sozial-liberalen Regierung Westdeutschlands unter Bundeskanzler Schmidt.

Insofern war dieses zweite Gipfeltreffen mehr als reine „Gipfelrhetorik". Es diente der Profilierung jener „Führungstroika" der kapitalistischen Welt, bestehend aus den USA, Japan und der BRD, von deren finanzieller Unterstützung eine Reihe europäischer Länder und die Mehrzahl der Staaten der Dritten Welt bei der Finanzierung ihrer Zahlungsbilanzdefizite abhängig sind. Gleichzeitig bildete diese konzertierte Aktion auf internationaler Ebene ein nicht zu unterschätzendes Element der wechselseitigen Absicherung für jene ökonomisch riskante und sozial unheilvolle Politik im Inneren: Die de facto zunehmend restriktive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände trotz anhaltender Massenarbeitslosigkeit und hohen unausgelasteten Produktionskapazitäten aus Furcht vor einer neuen Inflationswelle.

Doch auch diese Form der Kooperation und die damit verknüpfte Führungsstruktur überdauerte kaum ein Jahr: Die wirtschaftliche Lagebeurteilung vom Juni 1976 erwies sich als falsch; es gibt keinen maßvollen stetigen Wirtschaftsaufschwung, sondern einen labilen und stotternden Prozeß des „Treppensteigens", in dem sich kurze Phasen des Aufschwungs mit Stagnationstendenzen abwechseln.

Auf der anderen Seite genügt diese schwach ausgeprägte Expansion, um die altbekannten Wachstumsprobleme erneut aufbrechen zu lassen: In den Expansionsphasen steigen auch prompt die Inflationsraten an, es wächst der Energieverbrauch und im Gefolge auch die Zahlungsbilanzdefizite, die finanziert sein wollen. In den USA war Carter zum Präsidenten gewählt worden mit den Stimmen der Arbeiter, der Angestellten und der Schwarzen, gefördert von den Gewerkschaften, weil er versprochen hatte, die Arbeitslosigkeit durch eine Politik der massiven Konjunkturstimulierung zu beseitigen und die Inflation notfalls durch Preiskontrollen zu beherrschen. Indessen versuchten alle übrigen westlichen Länder, eine Politik der Nachfragedämpfung im Inland mit einer Ausweitung ihrer Exporte zu verbinden in der Absicht, auf diese Weise den Aufschwung zu sichern, ohne die Inflation im eigenen Lande zu haben. Gelungen ist das aber nur den Japanern und – in begrenztem Umfang – den Deutschen.

So tat sich bereits im Vorfeld der Londoner Gipfelkonferenz eine tiefe Kluft zwischen den drei starken Wirtschaftsnationen auf. Die Japaner wurden wegen ihrer Handelspraktiken und ihres „schmutzigen" Floatens vor amerikanische und europäische Tribunale gezerrt. Die Bundesregierung wurde zur massiven Konjunkturstimulierung aufgefordert, um anderen Ländern einen größeren Markt zu bieten. Die starken Länder sollten Defizite im Außenhandel bewußt hinnehmen, um den übrigen die unerträgliche Last der Defizite zu nehmen. Japan und die BRD wehrten sich vehement dagegen, ihre Trumpfkarten aus der Hand zu geben, sich der Inflationsgefahr auszusetzen und obendrein die Machtposition einzubüßen, die sie als internationale Gläubiger haben. Sie haben sich in London weitgehend durchsetzen können.

Daß die allseits erwartete Konfrontation in London ausgeblieben ist, daß Präsident Carter sich gegenüber Japan und der

Bundesrepublik nicht durchsetzen konnte, galt als die eigentliche Sensation der Gipfelkonferenz. Und doch ist es weit gefehlt, von einem Sieger zu sprechen: Die Deklaration von London zeigt in ihren allgemein gehaltenen Formulierungen, daß es einen gemeinsamen Willen nur abstrakt gibt und ein gemeinsamer Weg zur Problemlösung nicht existiert. An die Stelle des amerikanischen Drängens auf ein gemeinsamen Stimulierungsprogramm, das immerhin der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit trotz aller Inflationsfolgen gedient hätte, ist die Position des „ein jeder sehe zu", des Abwartens auf die Selbstheilungskräfte des Marktes getreten.

Daß das Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes nur allzu oft ein anderer Ausdruck für die Kapitulation vor den Marktkräften und den dahinter stehenden Interessen ist, mußte auch Präsident Carter in den ersten 150 Tagen seiner Präsidentschaft erfahren: Er mußte den Kern seines Stimulierungsprogramms in Form von Steuerrückzahlungen fallen lassen; er mußte hilflos zusehen, wie die amerikanische Stahlindustrie kräftige Preiserhöhungen trotz unausgelasteter Kapazitäten durchsetzte; er mußte schließlich statt einer Konjunkturstimulierung ein (hilfloses) Antiinflationsprogramm verkünden. Wie wollte er da in London mit politischer Stärke auftreten?

Andersherum geht es der Regierung Schmidt, die bei weiter anhaltender Massenarbeitslosigkeit unter politschen Druck der Gewerkschaften gerät, ohne einen Ausweg anbieten zu können. Ganz zu schweigen von den politisch-ökonomischen Zwangssituationen, in denen sich die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens befinden. So gerät das Londoner Gipfeltreffen zwangsläufig in die Perspektive der Differenz von Kooperationserfordernis und faktisch weitgehender Hilflosigkeit.

Und doch gibt es ein praktisches Resultat der wirtschaftlichen Gipfeldiplomatie, wenn auch die eigentlich wichtigen Entscheidungen vorweg und andernorts getroffen wurden: Der internationale Währungsfond erhielt „mehr Mittel" und „mehr Macht", um die zu erwartenden Zahlungsbilanzprobleme vieler Länder jedenfalls im Nachhinein durch Kredite unter „harten wirtschaftspolitischen Auflagen" (Apel) abzusichern. Die Netze für die kommende Krise des internationalen Zahlungsverkehrs werden bereits gespannt. Die Gegenrechnung für diese erweiterten Möglichkeiten zur Kreditierung von Zahlungsbilanzdefiziten wurde nunmehr auf der OECD-Ministerratstagung auch öffentlich präsentiert: Es ging um die Verlängerung jenes Stillhalteabkommens, das alle Mitgliedsländer verpflichtet, auch unter dem Druck von Zahlungsbilanzproblemen von einseitigen Handelsrestriktionen abzusehen. Der Minimalkonsensus besteht in einem Kompensationsgeschäft: Die Märkte bleiben offen, gerade auch im Interesse der Überschußländer (BRD, Japan, Niederlande, Schweiz) und dafür gibt es Kredite mit „harten" Auflagen seitens eben derselben Länder.

Dirk Ipsen

Aufbruch im südlichen Afrika

Auf den Tag genau einen Monat nachdem 92 Mitgliedsstaaten der UNO in Maputo, der Hauptstadt der Volksrepublik Moçambique, den Schiedsspruch der Internationalen Gemeinschaft über die Ächtung der illegalen Herrschaft der Rassistenregimes in Namibia und Zimbabwe erneuert hatten, wurde die Hauptstadt jenes Landes zum Schauplatz eines Treffens der weltweiten Solidaritätsbewegung, dessen Befreiung vom Faschismus 1974 den letzten Ausschlag gab für den Sieg der nationalen Unabhängigkeit in

Angola, Moçambique und Guinea-Bissau. Unter der Schirmherrschaft des Weltfriedensrates und der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) sowie der Führer der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika versammelten sich in Lissabon vom 16. bis 19. Juni d. J. über 300 Delegierte aus 70 Ländern und Abgesandte von 14 internationalen Organisationen, darunter hohe Repräsentanten der Vereinten Nationen, zur Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika.

Freunde wie Feinde spüren heute in den Ländern des südlichen Afrika die grundlegenden Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis, die der Sturz des portugiesischen Kolonialismus inzwischen bewirkt hat. Man erkennt die gründlich gewandelte strategische Situation im Süden des afrikanischen Kontinents an den Fortschritten der Patriotischen Front in Zimbabwe und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in Namibia. Man sieht den Einfluß der Befreiung der Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien an der aufstrebenden Massenbewegung in der Republik Südafrika (RSA), dem stärksten Bollwerk des Rassismus. Auch das hektische Suchen der Westmächte nach neokolonialen Lösungen für das südliche Afrika, das seit der Kissinger-„Safari" von vor einem Jahr nicht mehr abreißt, ist ein überdeutliches Indiz für diese veränderte Situation, die der Sieg der MPLA und der FRELIMO in Angola und Moçambique nach sich zog.

Dieser Sieg der Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien war nicht nur der Markstein für den Abschluß des seit Beginn der 60er Jahre sich vollziehenden Prozesses der politischen Entkolonialisierung Afrikas. Wie kaum ein anderes Beispiel der Geschichte des antikolonialistischen Kampfes symbolisiert der Sieg der Völker von Angola, Moçambique und Guinea-Bissau die wachsende Fähigkeit der nationalen Befreiungsbewegungen, das Ziel der nationalen Unabhängigkeit mit dem Kampf um die soziale Emanzipation ihrer Völker zu verknüpfen und so neokolonialen Abhängigkeiten ein für allemal den Weg zu versperren. Der III. Parteitag der FRELIMO vom Februar d. J. hat dafür einen eindrucksvollen Beweis geliefert. Er proklamierte als langfristiges strategisches Ziel des freien Moçambique die „Errichtung einer Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete"[1]). Nach einem langen und komplizierten Prozeß der sozialen Differenzierung und Auseinandersetzung transformiert sich die FRELIMO nunmehr aus der nationalen Befreiungsbewegung in eine revolutionäre Avantgarde-Partei, die zielstrebig und realistisch die Überwindung der Folgen der Kolonialherrschaft und die Schaffung der Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft angeht. Es ist das erklärte Ziel der Führung der Volksrepublik Angola, trotz aller Schwierigkeiten denselben Weg wie die Kampfgenossen der FRELIMO zu gehen.

Nicht nur die Verknüpfung der nationalen Frage mit der sozialen Emanzipation verleiht der Entwicklung in Angola und Moçambique einen Vorbildcharakter für den Befreiungskampf der Völker Namibias, Zimbabwes und Südafrikas. Eine eminent praktische Bedeutung für die Entwicklung des südlichen Afrika besitzt die internationalistische Position der Regierungen dieser Staaten, die sie zum zuverlässigen Hinterland der Patriotischen Front, der SWAPO und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der Befreiungsbewegung Südafrikas, werden läßt. Deshalb zielen die allenthalben zu beobachtenden Destabilisierungsanstrengungen der Westmächte gegen fortschrittliche Staaten in Afrika auch darauf, weitere Fortschritte im Prozeß der Befreiung der letzten Horte des Kolonialismus und des Rassismus an der Südspitze des Kontinents zu blockieren.

Am deutlichsten ist dies in den letzten Wochen an der Eskalationsstrategie zu

1) Programm der FRELIMO-Partei, in: „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (AIB), 5/1977.

beobachten, die das Smith-Regime gegen die VR Moçambique betreibt. 1432 ermordete Zivilisten binnen eines Jahres, das ist die tödliche Bilanz jener Internationalisierungstaktik, in der das illegale Regime von Salisbury nach der Intensivierung des bewaffneten Kampfes durch die Patriotische Front über zwei Drittel des rhodesischen Territoriums und nach dem Scheitern der Genfer Rhodesienkonferenz seine einzige Überlebenschance sieht. Im Falle Moçambiques hat diese unter Berufung auf ein „Verfolgungsrecht" systematisch eskalierte Verletzung souveräner Staatsgrenzen zu einem Zustand geführt, den Samora Machel jüngst als „Stufe der Invasion" und „offenen Krieg gegen Moçambique" bezeichnet hat[2]).

Es ist keineswegs so, daß dies der Amoklauf eines Regimes auf verlorenem Posten sei: Die Anti-Apartheid-Bewegung der BRD hat aufgedeckt, daß bei den Invasionszügen des Smith-Regimes gegen die junge Volksrepublik bundesdeutsches Kriegsmaterial, darunter Raketen vom Typ „Milan", zum Einsatz kam. Dies wirft ein eindeutiges Licht auf die Fadenscheinigkeit der von der Bundesregierung und anderen westlichen Regierungen verfochtenen Konzeption einer „friedlichen Lösung" für das südliche Afrika. Anstatt die Legitimität des den Befreiungsbewegungen aufgezwungenen bewaffneten Kampfes anzuerkennen, wie es die UN-Konferenz von Maputo und die Kräfte der Solidaritätsbewegung in Lissabon taten, werden die schwarzen Völker und ihre Vertreter mit „Friedensaufforderungen" bedacht, ohne ihren Unterdrückern die Unterstützung zu entziehen.

Es stimmt nicht, daß der Westen Rhodesien und Namibia aufgegeben habe, was die landläufige Presseberichterstattung zu suggerieren sucht. Allenfalls Mahnungen, längst fällige Anpassungen an die veränderte Situation zu vollziehen, sind an der Tagesordnung, um im Kern alles beim alten zu lassen. Denn im Kern unterscheidet sich z. B. der gegenwärtig vom britischen Außenminister Owen propagierte Plan für Rhodesien um keinen Deut vom Lösungskonzept eines Kissinger: Während zu einer neuerlichen Verfassungskonferenz für Rhodesien die USA hinzugezogen werden sollen, um den Forderungen der imperialistischen Staaten mehr Nachdruck zu verleihen, werden nach wie vor „Vorbehalte" gegen die von den Vereinten Nationen längst verfügten Rhodesien-Sanktionen geltend gemacht, ist eine Übergabe der Macht mitsamt den für ein unabhängiges Zimbabwe lebenswichtigen Kontrollorganen (Polizei und Militär) an die Patriotische Front nicht vorgesehen. Stattdessen setzt der Westen genau wie Smith auf den wegen seiner erwiesenen Kollaboration mit dem Regime von Salisbury in Afrika diskreditierten Bischof Muzorewa.

In Namibia ist es ähnlich. Wenngleich die Turnhallen-Konferenz als gescheitert angesehen werden kann, weigert sich das illegale Besatzer-Regime Vorster, die von UNO und SWAPO formulierten Grundvoraussetzungen einer Lösung der Namibia-Frage zu erfüllen: Nach wie vor steht dort eine Besatzungstruppe von 50 000 Mann; nach wie vor weigert sich das Rassistenregime, alle politischen Gefangenen freizulassen. Die SWAPO, die von der UNO als einzige legitime Vertreterin des Volkes von Namibia anerkannt wurde, soll an „Wahlen" allenfalls unter „ferner liefen", neben den von Pretoria abhängigen Marionetten-Häuptlingen, teilnehmen können. Wahlen aber unter der Kontrolle der südafrikanischen Armee stehen in eklatantem Gegensatz zu der Lösung, die heute geboten ist und die die Internationale Gemeinschaft fordert: Nur die Vereinten Nationen und die SWAPO sind berechtigt, für Namibia zu sprechen.

Immerhin zeigt das Scheitern der Turnhallen-Konferenz, daß heute in Namibia keine Lösung mehr möglich ist ohne die SWAPO. Auch in Zimbabwe hat sich das

2) Rede Samora Machels am 18. 6. 1977 vor dem Diplomatischen Korps in Maputo, erscheint in: AIB, 9/1977.

Blatt dank der Intensivierung des bewaffneten Befreiungskampfes zugunsten der Patriotischen Front gewendet. Die Patriotische Front, ein sich zusehends stabilisierender Zusammenschluß der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) und der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), wurde im Januar d. J. von den Frontstaaten Angola, Moçambique, Tansania, Sambia und Botswana als die einzige legitime Repräsentantin des Volkes von Zimbabwe anerkannt, die ihren Kampf immer effektiver unterstützen. Im April d. J. tagte in Luanda eine Konferenz, an der erstmals neben den Frontstaaten die Patriotische Front, die SWAPO und der ANC Südafrika teilnahmen. Die hier zum Ausdruck gebrachte Solidarität des fortschrittlichen Afrika mit den drei authentischen Befreiungsbewegungen manifestierte sich vor allem darin, daß von dieser Seite erstmals explizit den Manövern der Westmächte entgegengetreten wurde, Südafrika als Sonderproblem zu behandeln und aus der aktuellen internationalen Diskussion um die Befreiung des südlichen Afrika herauszuhalten. Die Frontstaaten und die Befreiungsbewegungen definierten dort den Prozeß der nationalen Befreiung in allen drei Ländern als einheitlichen Prozeß, den sie nunmehr gleichermaßen intensiv unterstützen wollen.

Ein Jahr nach dem Massaker und dem Aufstand von Soweto ist so der Blick der internationalen Öffentlichkeit wieder stärker auf die Hochburg des Imperialismus im Süden Afrikas, das rassistische System der RSA, gerichtet. Unter dem Eindruck einer anhaltenden Massenbewegung und der damit provozierten Instabilität jener menschenunwürdigen Verhältnisse, die dem internationalen Kapital bislang traumhafte Profitraten garantierten, sucht der Westen Vorster zu kosmetischen Operationen zu bewegen, um die Aufrechterhaltung des quasi-kolonialistischen Ausbeutungssystems besser legitimieren zu können. „Es muß alles getan werden, um Südafrika zu halten", umschrieb die „Zeit"-Chefredakteurin v. Dönhoff am 1. April d. J. diese Position. Indessen verdeutlicht die sich verschärfende Krise des Regimes, das die für das Auslandskapital lebenswichtige politische Stabilität nur noch schwerlich herzustellen vermag, daß auch in Südafrika der Befreiungskampf in eine neue Phase eingetreten ist.

In dieser Situation hat die Weltkonferenz von Lissabon mehr noch als die UN-Konferenz von Maputo der internationalen Solidaritätsbewegung einen Weg gewiesen, der gemeinsam von den dort anwesenden gesellschaftlichen Kräften und den Führern der Befreiungsbewegungen – Oliver Tambo, Sam Nujoma, Joshua Nkomo und Robert Mugabe – projektiert wurde:

Es geht um die verstärkte politische und materielle Unterstützung des ANC, der SWAPO und der Patriotischen Front, die die einzigen legitimen Repräsentanten ihrer Völker sind. Es geht auch um die Solidarität mit den – ständigen Souveränitätsverletzungen ausgesetzten – Frontstaaten.

Eine besondere Bedeutung kommt der international immer stärker mißbilligten Rolle zu, die die Bundesregierung im südlichen Afrika spielt. Neben anderen Westmächten gehört die BRD heute – so stellte die Konferenz immer wieder fest – zu den Hauptstützen des rassistischen Vorster-Regimes. Nach der erwiesenen Kollaboration Bonns mit Pretoria auf atomarem, militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet greift die von der Bundesregierung betriebene Dementi-Politik immer weniger. Nur eine konstruktive Haltung, die auf den Konsenspositionen der UNO, der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit und der Befreiungsbewegungen beruhen muß, ist heute bei den Völkern des südlichen Afrika und ihren Repräsentanten gefragt. Das aber erfordert einen prinzipiellen Kurswechsel der Bonner Südafrika-Politik.

Rainer Falk

Die „Staatskrise" in der BRD und der Stellenwert der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD

Von Gerhard Stuby

In der Geschichte der SPD der Bundesrepublik sind Parteiordnungsverfahren und Ausschlüsse nicht neu. Sie tauchen vor allem an entscheidenden Wendepunkten der bundesrepublikanischen Geschichte auf. Erinnert sei nur an die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Remilitarisierung der Bundesrepublik oder an die Auseinandersetzungen um das Godesberger Programm[1]). Daß hiervon vornehmlich Linke betroffen sind, während am rechten Ende der Partei in dieser Weise kaum Abgrenzungen erfolgen, ist allgemein bekannt. Interessanter ist die Frage, welche Ausschlüsse von der „veröffentlichten" Meinung in Presse, Rundfunk und Fernsehen, die ja nur sehr bedingt sozialdemokratischem Einfluß ausgesetzt sind, wahrgenommen werden, vor allem, welche Argumente sie begleiten. Der öffentliche Rummel um das „Komitee für Abrüstung, Frieden und Zusammenarbeit", der seit Monaten sowohl das Parteiordnungsverfahren gegen den suspendierten Vorsitzenden der Jungsozialisten Benneter als auch die Diskussion um die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Komitees begleitet, weist darauf hin, daß die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik in der Frage der Abrüstung einen neuralgischen Punkt für die weitere gesellschaftliche und politische Entwicklung in der Bundesrepublik erblicken. Jedem Beobachter, dessen Blick nicht völlig vom systematisch geschürten Antikommunismus vernebelt ist, fällt auf, daß der im Vordergrund der Diskussion stehende Problemkreis, nämlich die Zusammenarbeit mit Kommunisten, in welcher Form auch immer, lediglich vorgeschoben ist. So wichtig die Thematik international und ihre Rückwirkungen auf die bundesrepublikanische Szene sein mögen, innenpolitisch hat diese Thematik im Augenblick lediglich tendenzielle Bedeutung. Sicherlich spielt für die Reaktion, die ja eine in über 100 Jahren Klassenauseinandersetzungen Erfahrene ist, das Argument „Wehret den Anfängen" eine große Rolle. Wichtiger und entscheidender ist die hinter der verteufelten Aktionseinheit erscheinende Zielsetzung, sei es die Abrüstung, sei es die Aufhebung der Berufsverbote, sei es der Umweltschutz usw., um nur einige neuralgische Punkte zu nennen. Von diesen Zielsetzungen ist jedoch in der öffentlichen Diskussion nur sehr wenig die Rede und wenn, dann in einer selbst für den naiven Beobachter schnell durchsichtigen, verzerrenden Form. So wurde z. B. den sozialdemokratischen Mitgliedern des Komitees vom Präsidium der SPD[2]) vorgeworfen, sie übernähmen kommunistische Forderungen nach ein-

1) Vgl. zu den Ausschlußverfahren in der Phase des Weges zum Godesberger Programm Ossip K. Flechtheim, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 501 ff.; Hofschen und Ott, Die SPD nach 1959. Wandlung und innere Differenzierung sozialdemokratischer Politik, in: v. Freyberg/Fülberth u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, Köln 1975, S. 307 (S. 337 ff.), S. 364 ff.
2) Präsidiumsbeschluß vom 24. 5. 1977. vgl. FAZ 25. 5. 1977, S. 4.

seitiger Abrüstung des Westens. Selbst Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine" (FAZ) oder die „Frankfurter Rundschau" (FR) waren hier genauer.

Es stellt sich die Frage, warum die SPD-Führung bzw. genauer gesagt, Teile von ihr, just in diesem Augenblick der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik und zudem noch an einer solchen Frage wie der Abrüstung dem Druck reaktionärer Kreise nachgeben und den seit Jahren in Organen wie dem „Bayernkurier" und in jüngster Zeit zunehmend auch in Organen wie der FAZ und der FR erhobenen Forderungen nach Trennung von sogenannten verfassungsfeindlichen Kräften in ihrer Partei nachgeben.

Die gegenwärtige ökonomische und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik

Die Entwicklung der Bundesrepublik in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht, vornehmlich in ihren Auswirkungen auf die internationale Szene, steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß die SPD nicht nur für das bundesrepublikanische, sondern für das internationale Großkapital in den weltweiten Auseinandersetzungen einen zentralen Stellenwert erhält.

Die schwerste Wirtschaftskrise in ihrer Wirtschaftsgeschichte, die die BRD 1975 durchleben mußte, konnte zwar 1976 und 1977, was den Produktionsrückgang, genauer Produktion und Investitionen, anlangte (1975 minus 7% und damit ein Rückfall auf das Niveau von 1972), wieder aufgefangen oder zumindest gemildert werden. Ihre Folgen wirken aber noch nach, und in bestimmten Bereichen haben sie sich sogar verschärft. Nach wie vor droht ein Defizit im Staatshaushalt wegen des Steuerausfalles, nach wie vor sind die Produktionskapazitäten bei weitem nicht ausgelastet. Großfusionen, Bankrotte kleinerer und mittlerer Unternehmen, ja sogar mittlerer Konzerne, stehen immer noch auf der Tagesordnung. Vor allem aber die sozialen Auswirkungen werden immer drückender. Nach wie vor gibt es Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeitshetze wird immer spürbarer. Ihre Auswirkungen auf das persönliche Leben von Millionen, die bis hin zur Zunahme der Selbstmordziffer und der psychischen Erkrankungen reichen, lassen sich kaum mehr wegdiskutieren.

Von seiten der Arbeitgeberverbände und der ihnen nahestehenden Wirtschaftswissenschaftler des Sachverständigenrates werden diese Phänomene, vor allem die Arbeitslosigkeit, aus der gesunkenen Kapitalrentabilität erklärt. Dabei wird verschwiegen, daß die Profite der marktbeherrschenden Großunternehmen nie höher waren als heute. Nach herrschender Meinung aber haben die Lohnforderungen der Gewerkschaften und die „zu teure" Reformpolitik der sozialliberalen Koalition zum Sinken der Kapitalrentabilität geführt. Dementsprechend richten die Genesungsvorschläge sich auf einen Abbau der Ansprüche beider Bereiche.

3) Entfällt.

Die Politik der sozialliberalen Koalition

Es kann hier nicht im einzelnen ausgeführt werden, daß die Maßnahmen der Regierung der sozialliberalen Koalition auf wirtschaftlichem Gebiet sich genau auf der vom Sachverständigenrat vorgezeichneten Linie halten. Das Investitionsprogramm, die Haushaltsbeschlüsse, die Vorschläge zur Änderung des Steuerrechtes und anderes mehr, um nur das Wichtigste zu nennen, laufen alle im Endeffekt darauf hinaus, die sozialen Errungenschaften in erster Linie im Bereich der Sozialversicherung, aber auch in anderen Bereichen wie im Personalbereich des öffentlichen Dienstes abzubauen und die Folgen der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Daß die Erkenntnis wächst, daß diese Politik sich letztlich als arbeitnehmerschädlich erweist, und zwar bis tief in von der Sozialdemokratie beherrschte gewerkschaftliche Kreise, zeigen die Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, die am 29. April von 75 Wirtschaftswissenschaftlern vorgelegt wurden[4]). Das Neue an diesem Phänomen ist nicht nur, daß bislang mehr reformistisch eingestellte, aber die integrationistische Linie der SPD-Führung abdeckende Kreise mit außerhalb der Sozialdemokratie stehenden radikaldemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Kräften zusammengehen. Sie stellen zudem einen gezielten Forderungskatalog auf. Zum einen wird einer „Gesellschaftsordnung", die diese Entwicklung lang andauernder Arbeitslosigkeit mit allen ihren schädlichen Wirkungen für die Betroffenen hervorbringt, die Frage nach ihrer „Entwicklungsperspektive" vorgelegt und einer „Politik, die Dauerarbeitslosigkeit als die drückendste Belastung arbeitender Menschen nicht energisch und wirksam beseitigt", die Frage nach ihrer „Legitimität und Interessenorientierung" gestellt.

Zum anderen – und das scheint mir noch wichtiger – werden hier kurzfristige und langfristige Vorschläge zur Überwindung der Arbeitslosigkeit entwickelt, die eine wirkliche Alternative zur gegenwärtigen Politik darstellen, vor allem insoweit sie bewußt und offen aussprechen, daß nur solche Vorschläge wirksam für die Mehrheit der Bevölkerung sein werden, die den Konflikt mit den großen Konzernen auf ökonomischer und politischer Ebene riskieren, also das gegenwärtige Gesellschaftssystem transzendieren.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung, ihre Konformität mit Vorschlägen der Reaktion – hierzu sind auch die neuesten Mitbestimmungsregelungen zu zählen, obwohl es auch noch rechtere Überholversuche gibt –, sind aber nur die eine Seite. Hand in Hand hiermit geht der rasante Abbau demokratischer Rechte, an dem sich die sozialliberale Koalition aktiv beteiligt. Die Berufsverbotepraxis und ihre tiefgehenden Auswirkungen auf die demokratische Substanz unserer Verfassung – sei es im Bereich der Meinungs- und Organisationsfreiheit, vor allem der Chancengleichheit der Parteien, sei es in der Zersetzung jedes kritischen Bewußtseinsansatzes – sind zu bekannt, als daß sie hier noch dargelegt werden müßten, ebenso wie die mächtige und breite Bewegung gegen diese Politik.

4) „Blätter", 5/1977, S. 625ff.

Ebenso alarmierend und eigentlich erst seit der Abhöraffäre so recht ins öffentliche Bewußtsein getreten, sind die verschiedenen Maßnahmen der sozialliberalen Koalition auf dem Gebiet der sogenannten inneren Sicherheit. Um die Effektivität der Strafverfolgung zu stärken und um dem Mißbrauch von Rechten der Verteidigung vorzubeugen, sind mit dem Argument, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen, tiefgreifende Eingriffe in das Strafrechts- und Strafprozeßsystem vorgenommen worden, die den Strafprozeß hinter den Standard zurückfallen lassen, die er selbst im Bismarckstaat von 1877 hatte[5]). Wie die Auseinandersetzungen um die Überwachung des mündlichen Verkehrs zwischen Beschuldigtem und Anwalt zeigen, hat dieses „Reformprogramm" noch kein Ende genommen. Selbst liberale Kritiker, die nicht im Geruch stehen, irgendwelche sozialistischen Anwandlungen zu haben, zeigen sich von diesen Tendenzen beunruhigt[6]).

Die Abhöraffäre um den Atomwissenschaftler Traube und das Bekanntwerden weiterer ungesetzlicher Abhörmaßnahmen haben für viele Bürger bis tief hinein in die Sozialdemokratie und gewerkschaftlich orientierte, aber auch liberal-demokratische Kreise schlagartig offenbar werden lassen, daß an den Analysen und Hinweisen „linker" Kritiker, vornehmlich in dem als Stamokap-Gruppe diffamiertem Bereich, über die Verselbständigung des Staatsapparates selbst gegenüber Regierungs- geschweige denn parlamentarischer Kontrolle etwas dran ist. Aber das für diese Kreise Erschütternde ist wohl weniger die Tatsache des ungesetzlichen Abhörens, was man sowieso immer vermutete, als die Art ihrer Legitimierung durch ehemals als liberal und demokratisch eingeschätzte wissenschaftliche Repräsentanten wie durch den jetzigen Bundesinnenminister Werner Maihofer. Deutlicher als er konnte man nicht dokumentieren, daß die Verfassung gegenüber der „Staatsräson", die offensichtlich einen Wert in sich selbst darstellt, ein Fetzen Papier ist, der im Feuer der auf Carl Schmittsche Tradition zurückgehenden Legitimierungsklauseln in Asche zerfällt.

Das eher hilflose Gestammel und Gemurmel in SPD-Fraktionskreisen gegenüber diesem Verhalten der Regierung, aber auch die auf der gleichen Linie liegenden Vorschläge hinsichtlich parlamentarischer Kontrolle der Nachrichtendienste[7]) stauen immer mehr Unmut in den Parteien der sozialliberalen Koalition auf. Die Proteststimmung vieler aufrechter Sozialdemokraten und Liberaler kann aber immer noch von den herrschenden Gruppen in den Parteien aufgefangen, schlimmstenfalls in Resignation kanalisiert werden.

Man könnte sicherlich noch mehr Bereiche aufführen, in denen die sozialliberale Koalition auf der ganzen Linie, mit im Zusammenhang gesehen unwe-

5) Vgl. Gerald Grünwald, Die Strafprozeßreform – Sicherung oder Abbau des Rechtsstaates, in: „Vorgänge", 6/1975, S. 36ff.
6) Vgl. hierzu vor allem die Stellungnahme des Anwaltsvereines wie die Stellungnahme von 22 Strafrechtswissenschaftlern, in: „Blätter" 4/1977, S. 506.
7) In ihrem Schlußbericht (Bundestagsdrucksache 7/5924) hat die Enquête-Kommission Verfassungsreform einen parlamentarischen Ausschuß zur Kontrolle der Nachrichtendienste mit dem Argument abgelehnt, daß Vertreter von Radikalen, im Bundestag evtl. vertretener verfassungsfeindlichen Parteien in derartige Ausschüsse Eingang finden könnten, S. 62ff. Insofern sind Überlegungen innerhalb der SPD-Fraktion, dennoch derartige Kontrollausschüsse zu verlangen, schon äußerst „mutig".

sentlichen Abweichungen, dem Druck der Opposition nachgibt und längst aufgehört hat, irgendwelche Alternativvorstellungen zu entwickeln. Wen wundert es daher, daß sich außerhalb und weitgehend unbeeinflußt vom Diskussionsprozeß innerhalb der Partei Initiativen von Bürgern der verschiedensten politischen Schattierungen unter Einschluß von resignierten Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern gebildet haben, die im kritischen Protest zur herrschenden Politik Alternativen suchen, formulieren und in den verschiedensten Formen gegen den Abschirmungsmechanismus der veröffentlichten Meinung zu propagieren suchen. Jugendarbeitslosigkeit, Berufsverbote, Umweltgefährdung u. a. durch ungesicherten Ausbau der Kernenergie und jetzt Abrüstungsprobleme sind die herausragendsten Beispiele. Der Abwehrmechanismus, nämlich die Verketzerung derartiger Initiativen als kommunistisch gesteuert oder unterwandert, ist ein altes, aber immer noch wirksames Rezept, um sich um die inhaltliche Auseinandersetzung mit Alternativen zu drücken.

Die Mechanismen des Antikommunismus in der SPD

Aber genügen all diese Gesichtspunkte, um das Vorgehen der rechten SPD-Führung (und seine Hinnahme durch reformistische Kräfte in der Führungsspitze) gegenüber dem Juso-Bundesvorstand und gegenüber den Komitee-Mitgliedern gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt zu erklären?

Das Argument, die Sozialdemokratie müsse sich von den „linken Extremisten" trennen, damit sie von der Bevölkerung nicht in einen Topf mit den Kommunisten geworfen werde, ist zwar ebenfalls alt, nicht minder aber auch die Erfahrung, daß solche Reinigungen im Endeffekt auch unter Wahlgesichtspunkten nichts gebracht haben, weil im Wettlauf um die beste Propagierung des Antikommunismus die SPD aus objektiven Gründen die CDU/CSU nie übertreffen kann. Was sie auf der einen Seite gewinnt, verliert sie auf der anderen. Also wird sie sich immer in der Situation des Hasen vor dem Igel befinden, wenn sie sich auf dieses Geschäft einläßt. Aber diese sicherlich richtige Reflexion beseitigt nicht das Faktum des tiefsitzenden Antikommunismus in unserer Bevölkerung, auch in der werktätigen, dessen sehr komplexe Ursachen hier nicht untersucht werden können. Das Entscheidende ist, daß – in Abstufungen – auch große Teile der Sozialdemokratie von einem solchen Antikommunismus nicht frei sind, der ständig wie in einer atomaren Kettenreaktion Abgrenzungsimpulse von oben nach unten erzeugt. Insofern wird auch jede gesellschaftliche Veränderung, die sich außerhalb der Sozialdemokratie vollzieht, und die herrschenden Kräfte, zum Teil verfilzt mit Führungskräften der SPD, zu antikommunistischen Attacken provoziert, seismographisch in der SPD aufgenommen und weitergegeben.

Wachsende Schlüsselrolle der Bundesrepublik im internationalen Kontext

Welcher Vorgang könnte aber den Anlaß zu solchen Kraftakten geben, wie sie jetzt angekündigt werden? Sie lassen sich nicht allein aus innenpolitischen Vorgängen erklären, sondern finden nur eine hinreichende Aufklärung in ei-

nem internationalen Kontext, in dem die Bundesrepublik im westlichen Lager neben den USA und Japan zunehmend eine Schlüsselrolle erhält. Im Sinne der Erhaltung des kapitalistischen Gesamtsystems kann die BRD jedoch nur aktiv werden, wenn im Inneren die SPD ihre traditionelle integrative Wirkung ausübt. Gerade wegen der zunehmenden internationalen Schlüsselfunktion der Bundesrepublik bedeutet nämlich umgekehrt jede Desintegration des kapitalistischen Systems, positiv ausgedrückt, jede tendenzielle Entwicklung zu Demokratie und Sozialismus in der Bundesrepublik – als einem der wichtigsten Pfeiler des westlichen Systems – in der gegenwärtigen geschichtlichen Situation eine unter Umständen lebensgefährliche Gefährdung des Gesamtsystems. Hier können nur einige skizzenhafte Andeutungen gemacht werden.

a) Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition

Kennzeichen und fast Wahrzeichen der veränderten Außenpolitik der sozialliberalen Koalition im Vergleich zu früheren Bundesregierungen war die neue Ostpolitik. Dies ist übrigens ein Wort, das wie Blitzkrieg und Berufsverbot, weniger erfreuliche Erscheinungen deutscher Prägung, in den internationalen Wortschaftz eingegangen ist. So ganz aus freien Stücken ging die SPD-Führung auf diese neue Politik nicht ein. Der Druck der Westmächte auf die BRD, sich den von ihnen ebenfalls zähneknirschend (und nicht zuletzt aus komplexen inneren Gründen) anerkannten internationalen Realitäten anzupassen; der innere Druck aus der SPD selbst, der ebenfalls zunächst „außen" entstanden war, nachdem man in früheren Perioden hervorragende alternative Kräfte aus der Partei expediert hatte[8]), und nicht zuletzt die Geschäftsinteressen bestimmter Wirtschaftskreise hatten diese Rapallo-Situation auf neuer Stufenleiter geschaffen. Es mögen zahlreiche innere Vorbehalte gemacht, manche Schnörkel laut gedacht worden sein – was letztlich in den Verträgen niedergelegt wurde und was sich bis in die Schlußakte von Helsinki durchgehalten hat, war die Anerkennung des durch den Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegsperiode entsprechend dem Kräfteverhältnis entstandenen territorialen Status quo in Europa in völkerrechtlich verbindlicher Form[9]).

Aber selbst in Sachen neue Ostpolitik, dem scheinbar ureigensten Gebiet sozialdemokratischer Politik, zeigte sich zunehmend ein Zurückweichen vor den Attacken der CDU/CSU und ihrer konsequent betriebenen Politik des Rückdämmens, des „Offenhaltens der deutschen Frage", im Klartext des Hinarbeitens auf die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Die Benutzung der scheinbar völkerrechtskonformen Krücke von friedlicher Grenzänderung in Europa, die Berufung auf eine Viermächteverantwortung und die Spekulation auf die innere Anpassung der sozialistischen Gesellschaftssysteme an westliche Kriterien macht diese Anpassung nicht besser, sondern vernebelt sie nur vor den Augen derer, die an die Kontinuität

8) Bezeichnend und lehrreich in diesem Zusammenhang sind die Ausschlußverfahren gegen Abendroth, Flechtheim und Heidorn. Hierzu vor allem Hofschen und Ott, a.a. O., S. 366.
9) Einzelheiten hierzu: Stuby, Die Einwirkung des Systems der Ostverträge auf das Grundgesetz, in: Mayer/Stuby, Das lädierte Grundgesetz, Köln 1977, S. 280ff.

der Ostpolitik glauben. Hand in Hand mit dieser neuen Interpretationsstrategie geht ein Sichsperren gegenüber einer Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses, wie er für Europa in der Helsinki-Schlußakte und auf Weltebene in verschiedenen bilateralen Vereinbarungen der Großmächte und verschiedenen UNO-Resolutionen vorgesehen ist.

b) Der Stellenwert der Abrüstungsfrage

Einstellung des Wettrüstens durch Begrenzung und Abbau der Massenvernichtungsmittel wie der konventionellen Waffen mit dem Ziel der vollständigen und kontrollierten Abrüstung ist nach wie vor das von allen Seiten erklärte Ziel. Ausgangslage ist die Annahme eines grundsätzlichen Kräftegleichgewichtes auf beiden Seiten wie auch die Anerkennung eines beiderseitigen Sicherheitsinteresses. Jede in diesem Rahmen zu führende Diskussion, wer mit der Aufrüstung begonnen habe und wer nur auf sie reagieren mußte, ist daher ebenso auszuschließen wie Forderungen auf Abrüstungsvorleistungen von irgendeiner Seite. Vielmehr ist vereinbart die gleichmäßige und kontrollierte Abrüstung auf beiden Seiten. Die faktisch bestehenden Ungleichgewichtigkeiten, z. B. hier stärker konventionelle, dort stärker strategische Waffensysteme usw., müssen im Verhandlungsweg festgestellt werden, ebenso der Stellenwert bestimmter Waffensysteme im Gesamtsystem der Verteidigung, militärtechnisch als Feuerkraft bezeichnet. Daß es möglich ist, sich auf den militärischen Wert bestimmter Waffensysteme vertraglich zu einigen und von hier aus Rüstungsbegrenzungen zu vereinbaren, wenn das politische Vertrauen besteht – was nicht zu verwechseln ist mit dem Vertrauen in die Möglichkeit von Kontrolle, die auf dem heutigen Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung kein Problem darstellt –, haben die bisherigen SALT-Abmachungen zwischen den Großmächten gezeigt.

Welches sind die Gründe für den Stillstand oder zumindest die offensichtliche Verzögerung sowohl bei den Verhandlungen der beiden Weltmächte als auch bei den multinationalen Verhandlungen auf europäischer Ebene in Wien? Für jeden einigermaßen objektiven Beobachter ist es klar, daß die derzeitigen Verzögerungen und Abblockungen von westlicher Seite ausgehen, durch vorgeschobene Argumente wie Einführung von Diskussionskomplexen, die von der Geschäftsgrundlage her außerhalb der Diskussion bleiben müssen, wie Anzweifelung des Kräftegleichgewichtes, direkte oder verdeckte Forderungen nach Vorleistungen, Verknüpfung mit demagogischen Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte usw. Für jeden Kenner der Geschichte der Diplomatie der Sowjetunion[10]), insbesondere ihres Verhaltens gegenüber der Abrüstungsfrage, wie der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus steht es außer Frage, daß jeder Aufrüstungsschritt den

10) Dieser Nachweis ließe sich führen angefangen beim Friedensdekret, über die Vorschläge bei der Genua-Konferenz 1922, den Rapallo-Vertrag, den Erklärungen zum Beitritt des Völkerbundes bis zu den verschiedenen Vorschlägen der Gestaltung der UNO-Charta und den Vorschlägen der Behandlung Deutschlands nach dem Kriege. Vgl. weitere Nachweise bei Stuby, Die Antihitlerkoalition und der Weg zum Potsdamer Abkommen, in: Mayer/Stuby, Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, Köln 1976, S. 13 ff. Diese Zusammenhänge sind gut herausgearbeitet in: J. Ellenstein, Histoire de l'U.R.S.S., 4 Bände, Paris 1975. Die zum Teil berechtigten Einwände gegen seine Geschichte des „Stalinismus", Berlin (West) 1977, können m. E. nur beschränkt für diese vierbändige Geschichte der UdSSR zutreffen.

Aufbau im sozialistischen System hindert (z. B. die Lösung des chronischen Arbeitskräftemangels) und jeder Abrüstungsschritt notwendige Ressourcen für den weiteren Aufbau freigibt[11]). Da die Wirtschaft in den sozialistischen Ländern unbestrittenermaßen – und in diesem Punkt sind sich Gegner wie Anhänger einig –, was Investition, Produktion und Gewinnverteilung anlangt, zentral gesteuert ist (der Streitpunkt, ob auch im Interesse der Gesamtgesellschaft, bleibe hier ausgeklammert), gibt es keine unseren privaten Großmonopolen vergleichbaren Gebilde, die ökonomisch an Rüstungsprofiten interessiert sind. Politische Rüstungsnotwendigkeiten vermitteln sich hier unmittelbar ökonomisch und nicht umgekehrt. Das bedeutet nicht, daß in kapitalistischen Systemen kurz- und mittelfristig durchaus auch ein ökonomisches Interesse an Abrüstungsschritten bestehen kann, um gewisse strukturelle Mängel wie Vernachlässigung bestimmter Infrastrukturbereiche und vor allen Dingen das Problem der Arbeitslosigkeit anzugehen. Da aber langfristig die Rentabilität des Großkapitals durch die Abrüstung betroffen ist und damit im Gegensatz zum Sozialismus die Abrüstung systemsprengend wirkt, liegt es auf der Hand, daß die Abrüstung bei uns gegen mächtige ökonomische Interessen durchgesetzt werden muß.

Aber es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu. Allein die Existenz einer alternativen Gesellschaftsordnung, mit welchen Mängeln sie auch historisch und in ihrer Entwicklung bis heute belastet sein mag, stellt eine Bedrohung des Systems der „freien Marktwirtschaft" dar. Daß man sie seit ihrem Entstehen in der Oktoberrevolution von 1917 nicht militärisch beseitigen konnte, liegt nicht an der pazifistischen Einstellung ihrer Gegner – daß es versucht worden ist, dafür braucht man wohl keine Belege anzuführen –, sondern an der durch die Konkurrenzwidersprüche bedingten Uneinigkeit im westlichen Lager, dem dem allzustarken Macchiavellismus Grenzen setzenden Legitimationsdruck, der von der eigenen Bevölkerung ausgeht; und es liegt an der auf 60 Jahre gesehen geschickten Diplomatie der Sowjetunion und später des sozialistischen Lagers, die es verstand, zunehmende militärische Stärke und die Ausnutzung der Widersprüche des Gegners zu kombinieren.

Die historische Wahrheit erfordert es, festzustellen, daß die Sowjetunion vom Augenblick ihres Bestehens an, den Westmächten Abrüstungspläne in vielen Variationen angeboten hat. In ein Stadium wirklicher Verhandlungen zur Abrüstung ist dieser Prozeß aber erst getreten, seit durch die Kräfteverschiebung im Gefolge des Zweiten Weltkriegs ein faktisches Kräftegleichgewicht eingetreten ist. Der Rückschlag des Kalten Krieges, der nachweislich auf der zeitweisen atomaren Überlegenheit der USA und der Wiederaufnahme der westlichen Politik der Bildung eines „Cordon sanitaire" beruhte, konnte durch die Herstellung des Gleichgewichtes (Entwicklung atomarer Waffen in der Sowjetunion, Sputnik-Schock usw.) ausgeglichen werden. Dennoch wird man auch heute noch, wenn man die nach wie vor aus ganz bestimmten histori-

11) Vor allem Huffschmid, Ökonomie der Abrüstung, in: „Blätter", 5/1977, S. 532 ff. Vgl. auch Vaclav Regner, Soziale und ökonomische Folgen der Abrüstung, in: „Neue Perspektiven, Journal des Weltfriedensrates", 1/1977, S. 8 ff.

schen Gründen[12]) bestehende ökonomische Unterlegenheit, insbesondere was den wissenschaftlich-technischen Fortschritt anlangt, der sozialistischen Länder berücksichtigt, eine Waffenüberlegenheit des Westens annehmen können. Es ist aber abzusehen, insbesondere wenn man die Verschärfung der allgemeinen Krise in der westlichen Welt berücksichtigt und die zunehmende Dynamik der sozialökonomischen Entwicklung in den sozialistischen Ländern, daß letztere noch bestehende Rückstände gegen Ende dieses Jahrhunderts wettgemacht haben können, vorausgesetzt, der Weltfrieden kann weiterhin aufrechterhalten werden.

c) Die neue NATO-Strategie

Nun zeichnet sich seit Helsinki immer stärker ab, daß die NATO insgesamt und innerhalb dieses Paktsystems besonders die USA und die BRD unter Ausnutzung ihrer militärtechnischen Überlegenheit Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten erhoffen. In der Auseinandersetzung zwischen konservativen und elastischeren Kreisen der Monopolbourgeoisie scheinen sich die auf militärische Überlegenheit pochenden konservativen Kräfte vorerst durchzusetzen. Nicht nur die Sprache bei den Abrüstungsverhandlungen ist härter geworden, nicht nur die strategischen Konzepte (z. B. die Ministerrichtlinien von 1975, die Ergebnisse der NATO-Tagungen in Ottawa, Brüssel und London) fordern einen präzisierten Kernwaffeneinsatz im Rahmen der sogenannten „flexible response", die durchaus einen Ersteinsatz – unter ausdrücklichem Beifall von Minister Leber – seitens der NATO für möglich erklärt.

Die ohne weitere Umstände erfolgte Ablehnung der Vorschläge des Warschauer Paktes, den Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen vertraglich festzulegen, liegt ganz auf dieser Linie. Die enorme Steigerungsrate in den Rüstungshaushalten, allen voran die der BRD, die weitere Differenzierung, Rationalisierung und Standardisierung, die Arbeitsteilung zwischen den NATO-Partnern usw. zielen insgesamt auf eine ausgewogene Streitkräftestruktur in der NATO aus gegenseitig abhängigen, strategisch-nuklearen, taktisch-nuklearen und konventionellen Elementen. Wenn in diesem Pakt die USA allein schon wegen ihrer Überlegenheit an strategischen Waffensystemen, die offensichtlich auch in eine neue Qualität überführt werden, nach wie vor die Führungsrolle besitzen, so ist die zunehmende Konkurrenz der BRD, die den zweiten Platz einnimmt, jedoch nicht zu übersehen. Die führenden Kreise beider Länder – und diese überschneiden sich vielfältig mit den Repräsentanten der Rüstungskonzerne – forcieren das Wettrüsten nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Wiedergewinnung bzw. des Ausbaues der militärischen Überlegenheit, sondern auch um bewußt die sozialistischen Länder zum Nachziehen zu zwingen, um von diesem Punkt aus das ökonomische Entwicklungstempo der sozialistischen Länder zumindest zu bremsen.

12) Die relative Rückständigkeit Rußlands im Jahre 1917 im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern, die Härte des Bürger- und Interventionskrieges, die hierauf folgende Politik des „Cordon sanitaire" der Westmächte, die Fehler der Stalinschen Politik, die Auswirkungen des faschistischen Aggressionskrieges und letztlich die des Kalten Krieges. Diese Zusammenhänge werden sehr gut bei Elleinstein, a.a.O., herausgearbeitet.

Die politische Auseinandersetzung um die Abrüstung ist also an einen neuralgischen Punkt gekommen. Daß es sich um eine politische Frage handelt und nicht um einen unabwendbaren ökonomischen Zwang, ergibt sich schon aus der politischen Bedeutung, die die herrschenden Kreise dem Wettrüsten geben[13]).

Ob ihr strategisches Konzept durchsetzbar ist, hängt u. a. davon ab, ob es der Bundesrepublik gelingt, unter Ausnutzung ihrer relativen ökonomischen Stärke und sozialen Stabilität mittels NATO und EWG auf die inneren Prozesse in anderen EWG-Ländern einerseits und in Ländern der Dritten Welt andererseits so einzuwirken, daß bestimmte Desintegrationserscheinungen aufgehalten oder zumindest verzögert werden können, so daß die NATO als Instrument der äußeren und inneren Stabilisierung verwandt werden kann.

Die BRD und die EWG

Seit einiger Zeit ist die Aktivität der Bundesrepublik immer stärker darauf ausgerichtet, an den Schwachstellen von EWG und NATO einzugreifen, um einerseits zur Erhaltung des westlichen Gesamtsystems beizutragen und andererseits die Hegemoniestellung auch gegenüber den USA und Japan auszubauen. Hierbei spielt ihre Politik gegenüber den Entwicklungsländern eine gezielte Rolle.

Die Ausprägung der Wirtschaftskrise in allen Mitgliedstaaten, das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Widersprüche, die Währungskrise, die anhaltenden Inflationsprozesse, die Energiekrise und die Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der EWG, zwischen ihr und den USA sowie Japan beeinflussen die Integrationsprozesse in Westeuropa immer stärker. Die Bundesrepublik konnte ihre relative Stabilität in diesem Kreise dazu nutzen, wenn auch mit Abstrichen (so in Fragen der Stabilitätspolitik, der Währungspolitik usw.), ihren Einfluß auf ein gemeinsames Außenverhalten der Gemeinschaft geltend zu machen, so etwa im Bereich der Energiepolitik, in einer koordinierten Politik gegenüber den sozialistischen Ländern, im Vorgehen gegenüber Portugal, um der inneren Entwicklung eine dem Bündnis genehme Richtung zu geben – oder auch gegenüber Spanien und Griechenland, die zugleich strategische Schwächen der Südflanke der NATO darstellen. Die wichtigsten Ergebnisse der gemeinsamen Politik der EWG-Staaten gegenüber den Entwicklungsländern bestehen vor allem im Abschluß eines neuen Abkommens mit 46 Entwicklungsländern Afrikas, des karibischen und pazifischen Raumes, des Abkommens von Lome. Hier zeigt sich aber sehr deutlich, daß die EWG-Staaten gezwungen waren, ihre im Grunde neokolonialistische Politik flexibler zu gestalten. In Anbetracht der komplizierten Lage, in der sich die EWG befindet, nahmen die Aktivitäten zu, die po-

13) Sicherlich ist die Aufrüstung zur Erhaltung der Profite der multinationalen Konzerne des militärisch-industriellen Komplexes notwendig, so daß man die Aufrüstung als eine Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus bezeichnen könnte; andererseits aber darf dabei nicht übersehen werden, daß durch die Aufrüstung die Widersprüche (vor allem die Kluft zwischen hochentwickelten kapitalistischen Ländern und Entwicklungsländern) in rasantem Tempo verschärft werden, so daß diese Dialektik den eigenen Untergang des Systems heraufbeschwören könnte. Vgl. hierzu Richard Andreamanjato, Abrüstung und Entwicklung, in: „Neue Perspektiven. Journal des Weltfriedensrates", 2/1977, S. 5ff.

litische Zusammenarbeit der EWG-Staaten zu verstärken, politische Strukturen der EWG zu etablieren. Hierzu zählt in erster Linie das Übereinkommen, 1978 Direktwahlen zum europäischen Parlament durchzuführen[14]).

Insgesamt orientieren sich die Vorstellungen, an deren Formulierung die Regierung der sozial-liberalen Koalition maßgeblich beteiligt ist, auf eine politische Integration, die Schaffung einer politischen Gruppierung mit militärischen Aspekten, auf die Realisierung einer sozial-reformerischen Konzeption, um die sozialen Widersprüche, insbesondere in Frankreich und Italien, zu entschärfen und eine Anziehungskraft der EWG nach außen, in erster Linie auf die Entwicklungsländer, zu erreichen. Einen wichtigen Platz nimmt die Einbeziehung und Forcierung der militär- und rüstungspolitischen Zusammenarbeit in das Tätigkeitsfeld der angestrebten „europäischen Union" ein. Damit wird den Forderungen des militärisch-industriellen Komplexes weitgehend entsprochen. Die EWG-Organe unternehmen nunmehr auch konkrete Schritte, um die Rüstungsproduktion zu fördern. So schließt das EG-Aktionsprogramm für die Luftfahrt auch die „Vergemeinschaftung" der Produktion und des Handels mit Kampfflugzeugen und Einzelteilen ein. Insgesamt soll die EWG mit dem Übergang zur „europäischen Union" zu einem komplexen Koordinierungszentrum für die Außen-, Innen-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik Westeuropas und zu einer politischen Gruppierung mit weltpolitischem Einfluß werden, über die vornehmlich die BRD global tätig werden kann.

Trotz bestimmter wirtschaftlicher Rivalitäten zwischen den USA und der BRD (Exportfrage, Devisenausgleichsabkommen usw.) berührten diese Gegensätze vorerst nicht die politisch-militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Mit Hilfe der USA baute die BRD vielmehr ihre NATO-Position aus. Innerhalb und außerhalb der Euro-Gruppe übte sie Druck auf andere NATO-Staaten aus, um sie von Rüstungsverminderungen abzuhalten. Bei den Wiener Verhandlungen nahm die BRD die härteste Position ein. Vor allem wurde die BRD an der Südflanke der NATO tätig. Kapital- und direkte Militärhilfen für Griechenland, die Türkei, Portugal usw. entsprechen dieser Linie. Bei der Einmischung in die inneren Entwicklungen von Portugal spielte die SPD innerhalb der sozialistischen Internationale eine große Rolle, und Willy Brandt übernahm den Vorsitz des von führenden Vertretern sozialdemokratischer Parteien Westeuropas gegründeten „Komitees der Solidarität, Freundschaft und Unterstützung des demokratischen Sozialismus".

Die Bundesrepublik und die Entwicklungsländer

Sichtbar aktivierte die BRD ihre Politik auch gegenüber den außereuropäischen Staaten des Mittelmeerraumes, im Nahen und mittleren Osten, in Afrika und in Lateinamerika. Die Regierung faßte Beschlüsse, die auf eine In-

14) Die Bundesregierung und die SPD-Spitze haben ziemlich unverblümt in der Öffentlichkeit erkennen lassen, daß sie, gestützt auf ihre ökonomische Stärke in der EG, über den Weg der Direktwahlen zu einem westeuropäischen Parlament den anderen EG-Staaten ihre innere Ordnung vorschreiben (z. B. Ausdehnung der Berufsverbote), die Regierungsbeteiligung von Kommunisten verhindern und die anderen sozialistischen Parteien Europas auf ihre Linie zu ziehen gedenken.

tensivierung und flexiblere Gestaltung der Beziehungen zu den Staaten der „Dritten Welt" und der Entwicklungspolitik gerichtet waren, um die Rohstoff- und Energieversorgung zu sichern und auf die Politik der Entwicklungsländer wirksam Einfluß nehmen zu können. Aktiv beteiligte sich die BRD an der Konferenz kapitalistischer und Entwicklungsländer in Paris, wo sie allerdings nur unvollkommen ihre Position durchsetzen konnte, insbesondere was die Verfügung über Rohstoffquellen anlangte. Besonders ausgebaut wurden die Beziehungen zu Saudi-Arabien, dem Iran, Israel, Ägypten und der südafrikanischen Republik. Hartnäckig widersetzte sich Bonn lange Zeit der Anerkennung Angolas.

In Lateinamerika ist Brasilien wichtigstes Zielland. Gegen amerikanischen Einspruch wurde 1975 ein Vertrag über die atomare Zusammenarbeit abgeschlossen, der u. a. die Lieferung von acht Kernkraftwerken und anderen Ausrüstungen und brasilianische Uranlieferungen in die BRD vorsieht. Auch mit Chile arbeitet die BRD (nach 1975 erfolgte ein Umschuldungsabkommen im Werte von 63,5 Mill. DM) wirtschaftlich, diplomatisch, aber auch militärisch engstens zusammen[15]). Eine militärisch-ökonomische Achse Südafrika, Israel, Brasilien, Chile zeichnet sich ab, die zum Teil sogar gegen US-Interessen verstößt. Der Konflikt hält sich aber wegen des imperialistischen Gesamtinteresses in Grenzen.

Seit 1973 ist die Bundesrepublik Mitglied der UNO und seit 1976 Mitglied des Sicherheitsrates. Ihr Verhalten in diesen Gremien entspricht dem genannten Interessengeflecht[16]). Auf eine nähere Darstellung muß hier verzichtet werden. Erwähnt sei lediglich die ambivalente Stellung der BRD hinsichtlich der Abrüstungsfrage. So stimmte sie bei wichtigen Resolutionen in den genannten Gremien in Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung entweder mit Nein oder enthielt sich der Stimme, so z. B. bei der Resolution 3478 (XXX), die ein Abkommen zum Verbot ausnahmslos aller Kernwaffenversuche anzielt, oder bei der Resolution 3479 (XXX), die ein Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Massenvernichtungswaffen und Systeme solcher Art vorsieht. Das gilt auch für die Torpedierung der konkreten Vorbereitungsarbeiten für die seit mehreren Jahren auf der Tagesordnung stehende Weltabrüstungskonferenz.

Die Funktion der SPD für das internationale Großkapital in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsphase

Die Kompliziertheit der internationalen Lage wie die inneren Schwierigkeiten in den kapitalistischen Ländern, die allen imperialistischen Bestrebungen immer eindeutigere Grenzen ziehen, zumindest was direkte oder allzu offensichtliche Gewaltanwendung und Einmischung in die inneren Angelegen-

15) Vgl. hierzu ASK (Herausgeber), Die Beziehung der BRD zur faschistischen Militärjunta in Chile. Plädoyer für den Boykott der Junta, S. 29ff.
16) Hier kann selbstverständlich nicht die ganze Tätigkeit der UN-Organe auch nur in ihren wichtigsten Punkten dargestellt werden. So wäre z.B. auch auf die wichtige Resolution 387 (1976) des Sicherheitsrates hinzuweisen, in der die südafrikanische Aggression gegen die Volksrepublik Angola verurteilt wurde, oder ein anderer wichtiger Komplex: die Konvention zur Abschaffung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid von 1973, gegen die bezeichnenderweise auch die Bundesrepublik in der UNO-Vollversammlung gestimmt hat.

heiten von Ländern mit demokratischen Entwicklungstendenzen betrifft, kann nur von flexiblen Kräften der herrschenden Gruppen gemeistert werden. Das trotz aller Rückschläge nicht aufzuhaltende Erstarken der nationalen Befreiungsbewegungen, das angesichts der äußeren und inneren Schwierigkeiten stetige ökonomische, soziale und kulturelle Wachsen des sozialistischen Weltsystems und das ständige Erstarken der Bewegungen für Demokratie und Sozialismus in den kapitalistischen Ländern läßt nur sublime, hauptsächlich die Schwächen des Gegners ausnutzende Strategien und Taktiken, also reaktives Verhalten zu, das im Gegensatz zu früher vornehmlich über den ideologischen Faktor wirkt.

Eine politische Kraft wie die CDU/CSU wäre in ihrer gegenwärtigen Form[17]) zu einer solchen Herrschaftsausübung nicht imstande, selbst wenn man einberechnet, daß sie im internationalen Kontext ein liberaleres Image präsentiert als im Inneren der BRD[18]). Nur eine politische Kraft, die es versteht, die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik so zu integrieren, daß die, wenn auch labile, „soziale Stabilität" wenigstens gehalten werden kann, erfüllt diese politische Funktion. Diese soziale Stabilität in der Bundesrepublik ist notwendig, um ihr ökonomisches und militärisches Potential flexibel zur Restabilisierung des Gesamtsystems einsetzen zu können, ohne daß von innen her ein zu großer Änderungsdruck entsteht. In den Augen des Großkapitals bzw. derjenigen Teile, die ihre Kräftesituation einigermaßen realistisch einschätzen, ist diese Kraft nach wie vor die SPD. Seine politischen Repräsentanten wollen daher die Schlüsselfunktion der SPD in ihrem Sinne erhalten wissen und versuchen, durch entsprechenden Druck, der in vielfältiger Weise ausgeübt werden kann, die SPD-Spitze in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Bei all diesen Erwägungen ist jedoch eines nicht zu vergessen. Wolfgang Abendroth, ein Kenner der SPD-Geschichte aus eigener Erfahrung, hat die SPD als das „unter den Parteien der Bundesrepublik heute zwar zweifellos nicht immer konsequenteste, wohl aber größte Demokratisierungspotential" bezeichnet; denn ihre Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung sei nach wie vor gegeben und sie sei daher auf die Unterstützung der Arbeiterwähler angewiesen. „Dies setzt Versuchen zur völligen Identifizierung ihrer Politik mit den Interessen der kapitalistischen Systemerhaltung eine zwar weitgesteckte, doch immer wieder spürbare Grenze."[19]) Hier liegt auch das Ambivalenzrisiko für die herrschenden Gruppen, sich in ihrer Herrschaftsausübung auf die SPD zu stützen, was aber gerade wegen der skizzierten internationalen Lage unumgänglich ist. Jede noch so reformistisch gemeinte Politik der SPD-Spitze, d. h. eine Reformpolitik, die mit Blick auf das Wohlwollen der großkapitalistischen Machtträger betrieben wird, muß entweder von einem bestimmten Punkt an die Rücksichtnahme auf dieses Wohlwollen beiseite

17) Im europäischen Kontext der christdemokratischen Parteien steht die CDU wie übrigens auch die SPD in der Sozialistischen Internationale am äußersten rechten Rande. Allerdings läuft die Klassenlinie quer durch sie ebenso wie in der SPD, dies im Gegensatz zu den Thesen Benneters.
18) So schloß sich der CSU-Generalsekretär Gerold Tandler den diversen Resolutionen der europäischen Union christlicher Demokraten ebenso an wie Kai-Uwe v. Hassel als Präsident dieser Union, z. B. eine gegen die Militärjunta in Chile gerichtete Resolution und eine Resolution zur KSZE-Schlußakte, die keine Spitzen gegen die sozialistischen Länder enthielt. Vgl. hierzu „Frankfurter Rundschau" v. 5. 5. 1977.
19) Freyberg/Fülberth u. a., a.a.O., S. 6f.

schieben oder die Reformen einstellen bzw. sich neue Integrationsmechanismen zur Verdeckung der Demagogie einfallen lassen. In dieser Zwickmühle zwischen Erwartungen des Großkapitals und enttäuschten Hoffnungen ihrer Mitgliedschaft ist augenblicklich die SPD-Führung stärker denn je gestellt. Weitgehender Verzicht auf Reformpolitik und rigoroser sozialer Abbau wird vom Großkapital, von den die sozial-liberale Koalition tragenden Kräften aus ökonomischen und politischen Gründen gefordert, gleichzeitig soll die SPD aber als Partei ihre Integrationskraft gegenüber der Arbeiterklasse ausüben[20]). Es sind dies zwei widersprüchliche Anforderungen, die nur miteinander vereinbar sind, wenn in der Arbeiterschaft völlige Bewußtlosigkeit über ihre soziale Lage herrscht. Es ist aber nicht zu übersehen, daß in der Bundesrepublik das Klassenbewußtsein in den letzten Jahren auch in den von der Sozialdemokratie beherrschten Bereichen gestiegen ist. Hinsichtlich der neuralgischen Punkte der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik, aber auch in ihren internationalen Beziehungen werden vom linken Teil der SPD entweder in Zusammenarbeit oder zumindest unter theoretischem Einfluß von marxistischen, außerhalb der SPD insbesondere in organisatorischem Zusammenhang mit der DKP stehenden Kräften immer präzisere Alternativvorstellungen formuliert, denen zumindest tendenziell Massenwirksamkeit nicht abzusprechen ist. In dieses sehr komplizierte Beziehungsgeflecht versuchen nun die gegenwärtigen Disziplinierungsmaßnahmen der Parteispitze in ihrem speziellen Sinne einzugreifen, um einer Staatskrise vorzubeugen, die zu einer Bedrohung der politischen und ideologischen Positionen des Großkapitals führen könnten.

Stellenwert der gegenwärtigen Parteiordnungsverfahren

Die Parteiordnungsverfahren werden auf verschiedenen Ebenen eingesetzt:

Mit dem Ausschlußverfahren gegen den Vorsitzenden der Jungsozialisten Benneter soll versucht werden, die sog. Stamokap-Fraktion der Jusos lahmzulegen. Es ist sicherlich ein trauriges Zeichen für den kulturellen Stand einer Gesellschaft bzw. ihrer kulturellen Einschätzung durch eine bestimmte Gruppe, die entweder von Zynismus oder von antikommunistischer, jede Realitätsaufnahme verhindernder Verblendung beherrscht ist, ein Kürzel für einen wissenschaftlichen Tatbestand zur gesellschaftlichen Diskriminierung derjenigen für geeignet zu halten, die den Tatbestand beim Namen nennen. Es soll ja schon Zeiten gegeben haben, in denen Anhänger der Relativitätstheorie, weil sie von einem Juden kam, als außerhalb der Gesellschaft stehend betrachtet wurden. Die Geschichte hat über die einen und wird über die anderen ihren Stab brechen. Bei allen Inkonsequenzen oder verbal radikalen Verzerrungen, die auch den bewußtesten Kräften der Jusos nicht ganz abzusprechen sind, kann aber nicht mehr darüber hinweggesehen werden, daß sie innerhalb der SPD diejenige Gruppe sind, die am ehesten hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, der Jugendpolitik, der Bildungspolitik, der Europapolitik usw.

20) Die terroristische Herrschaftsausübungsvariante scheidet wegen des internationalen Kräfteverhältnisses im Augenblick aus.

Alternativpositionen zur gegenwärtigen Regierungspolitik formuliert hat, an denen die praktische Politik der Herrschenden nur durch Diffamierungen, nicht mehr aber durch Diskussionen sich vorbeidrücken kann.

Im weitgesteckten Rahmen sozialdemokratischer Diskussion ist es im Hochschulbereich eindeutig der SHB, der in vielfach erfolgreichen Bündnissen mit dem MSB Spartakus, aber auch mit den von der Parteispitze eigens zur Austrocknung des SHB geschaffenen Juso-Hochschulgruppen für die Mehrheit der Studenten einsichtige Vorschläge formuliert. Dies geht bis hinein in die konkrete Studienreform, bis zu Vorschlägen zur Verbesserung der sozialen Lage der Studenten, aber vor allem zu Aktionsformen, die zur Mobilisierung der Studenten insgesamt geeignet sind. Alle Maßnahmen gegen den SHB haben bislang nicht gefruchtet (Entzug des Namens, Finanzsperre usw.), um sozial-demokratisch orientierte Studenten gegen seinen Einfluß immun zu machen. Das Damoklesschwert des Unvereinbarkeitsbeschlusses wird zwar immer wieder bewegt, aber es ist in der Tat zweischneidig, unter Umständen sogar auf der einen Seite schon von früheren Schnitten her stumpf; denn eine Mitgliederzufuhr in die Juso-Hochschulgruppen aus dem SHB-Kreis würde nach einer solchen Maßnahme das alte Problem in neuem Gewande schaffen. Mit einem Ausschlußverfahren gegen die Vorsitzende des SHB hofft die Parteispitze, diese Auswirkungen zu vermeiden und gleichzeitig den Einfluß des SHB insgesamt eindämmen zu können.

Ähnlich verhält es sich bei solchen Organisationen wie der Vereinigung demokratischer Juristen, in der viele Sozialdemokraten zusammen mit Liberalen und Kommunisten an alternativen Rechtsvorschlägen arbeiten. Alle noch so stark verbreitete Demagogie über angebliche kommunistische Steuerung, selbst mit Hilfe des Innenministeriums der sozial-liberalen Koalition, konnte nicht fruchten. Im Gegenteil: hier hat sogar die Notwendigkeit internationaler Gesichtswahrung die sozial-liberale Koalition zu Rückziehern gezwungen.

Die Tätigkeit des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, vor allem die machtvollen Demonstrationen am 21. Mai 1977 haben die sozialliberale Koalition an einem ganz empfindlichen Punkt getroffen. Wie die Vorschläge des SPD-Abgeordneten Pawelczyk und die Äußerungen Wehners über die Untätigkeit der Bundesregierung in Abrüstungsfragen zeigen, besteht auch innerhalb der Bundestagsfraktion ein tiefes Unbehagen über das Verhalten der Bundesregierung bei den Wiener Rüstungsbegrenzungsverhandlungen. Hier zeichnet sich tendenziell ein Störungsfaktor hinsichtlich der internationalen Funktion der Bundesrepublik vornehmlich auf dem Gebiete der Abrüstung in oben dargelegtem Sinne ab. Das ganze Dilemma zeigen auch die Begründungen, mit denen die Parteispitze versucht, gegen die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Komitees vorzugehen. Auch hier können die Zielsetzungen des Komitees – wenn sie nicht falsch wiedergegeben werden – kaum als Angriffsobjekt genommen werden, wenn die Parteispitze sich nicht der Gefahr aussetzen will, in der Öffentlichkeit der Doppelzüngigkeit überführt zu werden. Daher bleibt allein die Verteufelung der Zusammenarbeit mit Kommunisten.

Was heißt aber für die SPD-Spitze überhaupt Zusammenarbeit mit Kommunisten, die Sanktionen auslöst? Auf Betriebsebene, in den Hochschulen, in den Gewerkschaften usw. muß sie diese Zusammenarbeit akzeptieren, wenn sie sich nicht völlig ins Abseits manövrieren lassen will[21]). Daher ist sie gezwungen, mehr oder weniger willkürlich zu bestimmen, wo Zusammenarbeit möglich sein soll und wo nicht. Sie versucht dies über die immer baufälliger werdende Brücke der sogenannten „kommunistischen Steuerung". Aber was bedeutet dieser aus dem Arsenal des Verfassungsschutzes genommene Begriff in Wirklichkeit? Daß bestimmte Zielsetzungen wie z. B. gleichmäßige, beiderseitige Abrüstung unter Respektierung des gegenseitigen Sicherheitsinteresses von den diskriminierten Initiativen als richtig akzeptiert und übernommen werden? Ähnliches spielt sich auf internationaler Ebene ab. So z. B. mit dem Begriff der friedlichen Koexistenz, der mittlerweile in ein gemeinsames Dokument zwischen der USA und der UdSSR Eingang gefunden hat[22]). Sind deshalb die USA „kommunistisch gesteuert"?

Das hat bislang nicht einmal die CSU behauptet. Könnte es vielleicht aber sein, daß der Imperialismus nicht mehr imstande ist, richtig, d. h. der gesetzmäßigen gesellschaftlichen Entwicklung entsprechende Erkenntnisse zu formulieren, geschweige denn zu artikulieren, so daß er auf dieser Ebene nur noch zur passiven Rezeption fähig ist?

Was tun?

Wer seine Brille von antikommunistischem Belag einigermaßen befreit hat, wird nicht umhin können, festzustellen, daß viele Initiativen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen und zum Ausbau des sozialen und demokratischen Rechtsstaates national und international von den Kommunisten kommen. Sollen Sozialdemokraten, weil sie nicht mit allem einverstanden sind, was in der historischen Entwicklung der sozialistischen Länder geschehen ist oder weil ihnen einiges im heutigen Herrschaftssystem dort nicht gefällt, obwohl sie den grundsätzlichen Weg zum Sozialismus akzeptieren müssen, wenn sie nicht einem völlig pervertierten Begriff von Sozialismus aufsitzen, das Zusammengehen zur Verwirklichung dieser Vorschläge mit Kommunisten ablehnen? Warum? Weil noch viele Menschen in unserem Lande beim Wort Kommunist innerlich Barrieren herunterlassen, die dieses Etikett so fest zurren, daß ein Blick auf den verdeckten Inhalt nicht mehr möglich ist. Wer aber erkannt hat, daß diese antikommunistischen Barrieren nicht nur ein Problem der Kommunisten und der Möglichkeit ihrer politischen Entfaltung sind, sondern ebenso eines der Sozialdemokraten, soweit sie ihre eigenen historischen Zielsetzungen ernst nehmen, wird sich offensiv mit diesem Antikommunismus als Massenbewußtseinsproblem, in das jeder individuell ebenfalls verwoben ist, auseinandersetzen müssen, im eigenen wie im Inter-

21) Der sog. Antikommunismusbeschluß des Parteirates der SPD von 1970 ist jedenfalls so gefaßt, daß eine solche Zusammenarbeit nicht auszuschließen ist. Der Antikommunismusbeschluß ist abgedruckt in H. Weber, Das Prinzip links, 1973, S. 292 (Dok. 117).

22) Vgl. die Zwölf-Punkte-Erklärung über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 29. 5. 1972 in: Völkerrecht-Dokumente, Bd. 3, Köln o. J., S. 1364.

esse der Massen – und nicht opportunistisch irgendwelchen Eintagsfliegen nachjagen.

Diese Erkenntnis verbreitet sich gerade angesichts des von allen Seiten heftig angefachten antikommunistischen Propagandawirbels. Die SPD-Spitze glaubt, mit der Beseitigung einiger „Rädelsführer" oder „Chefideologen" das Problem für sich bereinigen zu können. Dieser von Relikten der Führerideologie besessenen Theorielosigkeit ist das Prinzip der kollektiven Schlauheit und Weisheit fremd. Sonst könnte man nicht auf den Gedanken verfallen, daß die Ausschaltung einiger Personen eine soziale Bewegung ersticken könnte. Sicherlich gibt es im Arbeitszusammenhang von kollektiver Weisheit und Schlauheit auch Erfahrenere und weniger Erfahrene, die bereit sind zu lernen. Eine solche Bewegung ist gegenüber derartigen Maßnahmen also nicht völlig unempfindlich. Aber wichtiger ist, daß sich das zur gesellschaftlichen Entwicklung notwendige Klassenbewußtsein entweder in vielen Köpfen entwikkelt hat oder noch gar nicht wirksam geworden ist. Das Verhalten der Parteispitze spiegelt daher eher Hilflosigkeit und Ratlosigkeit als Stärke wider. Geschichtliche Erfahrungen, auch wenn sie unterdrückt sind, produzieren zumindest Ahnungen, z. B. die, daß man auf dem Ast sitzen könnte, an dem man herumsägt. Eines ist sicher, die Klassenlinie, die quer durch die SPD läuft, wird deutlicher werden. Die Aufgaben für die Linken in der SPD, d. h. für diejenigen Kräfte, die die gegenwärtige an die Interessen des Großkapitals angepaßte Regierungspolitik aus welchen subjektiv vermittelten Gründen auch immer nicht akzeptieren können, sind eigentlich klar. Über alle möglichen noch bestehenden politischen Differenzierungen hinweg müßten sie die Kraft aufbringen, im eigenen Interesse nicht nur einen rigorosen Stopp der anlaufenden Ausschlußpraxis zu fordern, sondern eine inhaltliche Änderung der Politik, jedenfalls auf den Gebieten, auf denen die Alternativen sichtbar sind und schon formuliert wurden: Wirtschaftspolitik, Militärpolitik, Bildungspolitik, entschiedenes Halt beim Abbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates usw. In diesen Zielsetzungen ihrer Propagierung und organisatorischen Durchsetzung ohne opportunistische Berührungsängste müßten sich alle Strömungen zusammentun, ehe es für jede einzelne zu spät ist – nicht in dem Sinne, als sei der Fortschritt je auf Dauer aufzuhalten, aber im Sinne einer schmerzlichen Verzögerung und der Erhöhung des Maßes an Opfern, die die Erreichung des gemeinsamen Zieles verlangt.

Neuerscheinung

Walter Böttger: Kultur im alten China

Mit zahlreichen Farbphotos und Zeichnungen.
250 Seiten, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, DM 32,–

Pahl-Rugenstein

„Historischer Kompromiß" oder „Strategie der Spannung"?

Die Krise an den Hochschulen und die jüngste politische Entwicklung in Italien

Von Manfred Boni

Seit dem Frühjahr 1977 hat in Italien eine Serie schwerer Zusammenstöße zwischen der Polizei und studentischen Gruppen eingesetzt, die schließlich sogar Besorgnis um den Bestand der demokratischen Ordnung des Landes auslösten. Dies nicht nur wegen der fatalen Gewalttätigkeit, die bei diesen Schlachten um sich griff und zu Todesopfern führte. Kritisch erscheint die Lage, weil die studentischen Proteste Alarmsignale einer wachsenden Unzufriedenheit – nicht nur von Studenten – über den wiederaufkeimenden politischen Immobilismus des Landes sind, einer Enttäuschung über das Ausbleiben konkret spürbarer Resultate einer vielleicht voreilig, vielleicht irrtümlich bereits als „historische Wende" angesehenen Parlamentswahl im letzten Jahr, eines Zweifels gegenüber den politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen. Und Alarmsignale für den Zustand einer „öffentlichen Ordnung", in der – wachsend auf dem Boden von sozialem Elend und Arbeitslosigkeit – eine schwer durchschaubare Mischung aus „gewöhnlicher" Kriminalität, organisiertem Verbrechen und politischem Terrorismus wächst, in die die Schichten der an den Rand des gesellschaftlichen Lebens gedrängten Pauperisierten und Arbeitslosen hineingezogen zu werden drohen.

I

Die Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 hatten statt zu einer Klärung eher zu einer Polarisierung der allgemeinen politischen Situation Italiens geführt. Die Democrazia Cristiana (DC) erzielte 38,7% der Stimmen, die Kommunistische Partei, der PCI, 34,4%. Nach den Stimmenverlusten bei vorhergehenden Regionalwahlen zeigte sich die DC – entgegen dem Trend – „erholt" und gestärkt. Die Alleinregierung, die unter Ministerpräsident Giulio Andreotti gebildet wurde, konnte jedoch als Minderheitskabinett der DC kaum mehr als ein „geschäftsführender Ausschuß" sein, der im Parlament von der Stimmenthaltung und dem Nicht-Aussprechen des Mißtrauens der anderen Parteien, wegen seines Gewichts aber vor allem des PCI, abhängig war und ist. Diese Regierung wurde allgemein als ein Übergangskabinett angesehen, das der formellen Beteiligung des PCI an einer Koalitionsregierung den Weg bahne, so wie es die Strategie des „Historischen Kompromisses" von PCI und DC vorsah und anstrebte.

Es ist durchaus ein Prozeß zu beobachten, in dem die DC – seit dreißig Jahren in den Schlüsselpositionen der Macht – sich auch formell gegenüber dem PCI öffnet. Nicht nur werden Gesetzesvorlagen der Regierung informell mit der

kommunistischen Parlamentsfraktion vorher abgesprochen. Nach den Wahlen übernahm das PCI-Mitglied Pietro Ingrao den Vorsitz in der Abgeordnetenkammer, und auch der Vorsitz in einigen wichtigen Ausschüssen fiel an den PCI. Anfang Mai 1977 – nicht zuletzt unter dem Eindruck der dramatischen Entwicklung in diesem Frühjahr – kam es zum erstenmal nach dreißig Jahren, nämlich nach dem Ausschluß der Kommunisten aus der Nachkriegsregierung im März 1947 durch Alcide de Gasperi, zu einer offiziellen Begegnung der beiden größten italienischen Parteien. Wenn es auch in diesem Gespräch, das eine Serie von bilateralen Gesprächen der DC mit allen Parteien des „Verfassungsbogens", d. h. unter Ausschluß der Faschisten, einleitete, nicht um die Bildung einer Koalitionsregierung ging, so bedeutet der Versuch, eine programmatische Einigung zu finden, doch einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Realisierung der Strategie des PCI. Mit Hilfe des vereinbarten Programmkonsenses soll die Regierungstätigkeit kontrollierbaren Anforderungen aller demokratischen Parteien im italienischen Parlament unterstellt werden, soll von der Regierung des „Nicht-Mißtrauens" der Weg zu einer Regierung geebnet werden, die eine parlamentarische Mehrheit besitzt.

Von der augenblicklichen Regierung können kaum die politischen Optionen erwartet werden, mit deren Hilfe Italien aus der historischen und durch die Weltwirtschaftskrise aktualisierten Krise des Landes einen Ausweg finden kann. Die wichtigste politische Aktivität der Regierung Andreotti fand bisher im außenpolitischen Feld statt. In Verhandlungen auf internationaler Ebene und zwischen der Regierung, den Parteien und den Gewerkschaften wurden die Bedingungen für einen Währungskredit des Internationalen Währungsfonds (IMF) geschaffen, ein Kredit, mit dessen Hilfe das Zahlungsbilanzdefizit Italiens abgedeckt und mithin ein weiterer Kursverfall der Lira verhindert werden soll. Ziel dieses Kredits soll die Unterstützung des konjunkturellen Aufschwungs sein, und als Bedingung für seine Gewährung wurde vor allem von der Bundesregierung der „eigene Beitrag" Italiens zur Sanierung der Wirtschaft verlangt. Vor der Bewilligung des Kredits stand so die Auflage, eine Senkung bzw. eine Begrenzung im weiteren Steigen des „costo del lavoro", der Bruttolohnkosten, der italienischen Wirtschaft durchzusetzen. Dies sollte hauptsächlich durch eine Änderung des Systems der „scala mobile" (Lohngleitklausel) erreicht werden, eines automatisch wirksam werdenden Inflationsausgleichs, der das Lohnniveau mit Verzögerung von drei Monaten an die Preissteigerungsraten des Vorzeitraums anpaßt. Die Gewerkschaften widersetzten sich zwar erfolgreich einer prinzipiellen Änderung oder gar Abschaffung dieses Systems, willigten jedoch angesichts der Schwere der Krise in eine Reihe von „Opfern" ein, die mit dem Wegfall vorher bestehender gesetzlicher Feiertage begann und in der Steuererleichterung für die Soziallasten den wohl wichtigsten Beitrag fand. Die Zustimmung der Gewerkschaften zu diesem Austerity-Programm wurde von ihnen selbst als Beweis ihres nationalen Verantwortungsbewußtseins gewürdigt, indem sie durch die zugestandenen Opfer den Weg zu einer Wiedererholung der Wirtschaft öffneten.

Gleichwohl bestand innerhalb der Gewerkschaften – vor allem von seiten norditalienischer Gewerkschaftssektionen – ein deutlicher Widerstand gegen

die als „Opfer ohne Gegenleistung" angesehenen Zugeständnisse. Dabei konnte die Argumentation gegen eine drastische Reduktion des costo del lavoro, die nach den Auflagen des IMF die Hälfte der für 1977 anfallenden Steigerungen eliminieren sollte, mindestens zwei gewichtige Argumente ins Feld führen: Einmal ein wirtschaftliches, weil die Handelsbilanzdefizite Italiens nicht allein durch im Vergleich zum Ausland höhere Lohnkosten – die zudem durch die krisenbedingte mangelnde Kapazitätsauslastung derzeit überhöht ausgewiesen sind – verursacht sind; zweitens ein politisches Argument, weil – wie aus dem Beispiel der Bundesrepublik Deutschland gelernt wird – sich eine über Lohnsenkung vermittelte Rentabilitätssteigerung des Kapitals ohne Kontrolle der Investitionen in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage vor allem in Rationalisierungsinvestitionen niederschlägt, die, statt die konjunkturelle Arbeitslosigkeit abzubauen, zu einer Zementierung struktureller Arbeitslosigkeit infolge der intensiv erweiterten Reproduktion führen. In diesem Konflikt über die Verhandlungsführung der Gewerkschaften mit der Regierung trat deutlich ein prinzipielles Problem der italienischen Gewerkschaftsbewegung zutage. Angesichts eines Arbeitslosenheeres von – nach gewerkschaftlichen Schätzungen – derzeit etwa viereinhalb Millionen sehen die Gewerkschaften in den Lohnzugeständnissen der beschäftigten Arbeiter eines der Mittel, mit denen neue produktive Arbeitsplätze geschaffen werden können. Gleichzeitig aber erwarten die beschäftigten Arbeiter, daß ihre Reallöhne gegen eine zunehmende Inflation verteidigt werden. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften besteht so auch darin, einen Interessenantagonismus und eine – korporatistische – Konfrontation zwischen den beschäftigten und arbeitslosen Teilen der italienischen Arbeiterklasse zu verhindern, eine Gegenüberstellung innerhalb der Arbeiterklasse, die sich überlagert mit den regionalen Widersprüchen zwischen Nord und Süd und denen zwischen Groß- und Kleinbetrieben.

Innerhalb der Arbeitslosigkeit hat die der Jugendlichen besonderes Gewicht: Im Januar 1976 waren nach gewerkschaftlichen Schätzungen[1]) 1 020 000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 24 Jahren arbeitslos, unterbeschäftigt oder auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz. Von diesen stammten 600 000 aus den südlichen Regionen Italiens, und 360 000 waren Jugendliche mit Hochschulreife („diplomati").

Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Suche nach dem ersten Arbeitsplatz: Januar 1976

	Alter 14–24	*Alter 14–29*
Total	*1 020 000*	*1 200 000*
davon:		
mit Hochschulreife („diplomati")	*360 000*	*425 000*
mit Hochschulabschluß („laureati")	*90 000*	*105 000*

Quelle: Ceres, nach: „Rinascita" v. 22. 4. 1977, S. 7.

1) Quelle: Centro ricerche sociali (CERES), zit. nach: „Rinascita" v. 22. 4. 1977.

Trotz einer Studienabbruchquote zwischen 45 und 50% ist die Zahl der Hochschulabsolventen in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Während in den ersten zwanzig Jahren der Nachkriegszeit jährlich im Mittel etwa 20 000 „laureati" die Hochschulen verließen, stieg diese Zahl 1973 auf 63 000, 1975 auf 73 000 und auf mehr als 80 000 im Jahre 1976. Für 1978 werden – nach vorsichtigen Schätzungen – 130 000 Hochschulabsolventen erwartet. 1979 wird voraussichtlich ein Drittel von ihnen ohne Arbeit sein[2]). Ebenso perspektivlos erscheint die Lage für viele der Jugendlichen, die nach Abschluß der Schule die Hochschulreife erworben haben. Viele dieser „diplomati" gehen nur deswegen zur Universität, weil ihre Bemühungen, einen Arbeitsplatz zu finden, erfolglos waren. So sprach man bisher von der Universität als einem „Parkplatz", auf dem man auf die erste Anstellung wartet. Doch auch diese Hoffnung, auf der Universität einen vorübergehenden Ausweg aus der drohenden Arbeitslosigkeit zu finden, wird angesichts der Lage der Hochschulabsolventen zunehmend zerstört.

Besonders gravierend sind die Zustände an der Universität von Rom. Das „Ateneo romano", unter dem Faschismus für etwa 20 000 Studenten geplant und gebaut, erlebte seit dem Ende der 60er Jahre die stärkste Zuwachsrate aller italienischen Universitäten. Im akademischen Jahr 1966/67 waren in Rom 63 970 Studenten eingeschrieben, 1975/76 dagegen 134 476, in diesem Jahr sind es mehr als 150 000. An einen „ordnungsgemäßen" Ablauf des Studiums, von Lehre und erst recht von Forschung ist nicht zu denken. Nach Schätzungen besuchen nur zwischen 10 und 15% der eingeschriebenen Studenten regelmäßig Vorlesungen, Seminare und Labors. Ein Viertel der Studenten, ca. 35 000, lebt außerhalb der Gemeindegrenzen von Rom und erscheint vornehmlich nur zu Prüfungsterminen in der Universität. Regelmäßige, vor allem aber ungesicherte Schwarzarbeit wird wahrscheinlich von fast der Hälfte der römischen Studenten während des Studiums ausgeübt. 1975/76 hatten nicht zuletzt auch deshalb ca. 28 000, also 21% der eingeschriebenen Studenten, die normale, zur Ablegung der Prüfungen vorgesehene Studienzeit von zwischen vier und sechs Jahren überschritten (sog. „fuori corso"). Das Anwachsen der Zahl dieser Studenten und das der Neueinschreibungen führt dazu, daß trotz absolut steigender Absolventenzahlen der Anteil der „laureati" an der Gesamtzahl der eingeschriebenen Studenten sinkt: Von 8,4% im akademischen Jahr 1970/71 auf 7,6% im Jahr 1974/75.

II

In der römischen Universität beginnt die Chronologie der Ereignisse des Frühjahrs.

Am Morgen des 1. Februar dringen 60 bis 100 bewaffnete Mitglieder der faschistischen Studentenorganisation auf das Universitätsgelände von Rom vor. Molotow-Cocktails fliegen gegen das Rektoratsgebäude. Herbeilaufende Studenten werden angegriffen, etwa 20 Faschisten versuchen, im Innern der Universität stattfindende Versammlungen zu sprengen. Schüsse fallen, und

2) Angaben nach: „Corriere della Sera" v. 11. 5. 1977.

der 21jährige Student G. Bellachioma wird schwer verletzt. Unbehelligt, ohne ein Eingreifen der Polizei, ziehen sich die Faschisten wieder zurück. Diese Aktion entsprach genau der auf dem letzten Kongreß der faschistischen MSI von dessen „Führer" Almirante ausgegebenen Losung: Auf breiter Ebene organisierte Gewaltaktionen gegen „Rote" und Antifaschisten provozieren und die vorhandenen sozialen Probleme ausnutzen, um die „Unregierbarkeit" des Landes zu demonstrieren.

Am selben Tag wird ein „Reformprojekt" des Erziehungsministers Malfatti bekannt, das sofort von den Parteien der Linken und den Gewerkschaften als unzulänglicher Gegenreformversuch zurückgewiesen wird. Neben organisatorischen Umstrukturierungen sollen danach die Studienabschlüsse differenziert und damit eine zusätzliche Selektion betrieben werden. Neben die bisherige „Laurea", die als normaler Abschluß nach allgemein vier Jahren beibehalten werden soll, sollen ein nach zwei Jahren abzulegendes Diplom und ein im Anschluß an die laurea in weiteren vier Jahren erwerbbarer „Forschungsdoktor", der dann den Eintritt in die Hochschulkarriere eröffnet, treten. Die Stellung der Ordinarien will das Konzept zu Lasten eines neu geschaffenen „assoziierten" Professors stärken. Gegen diesen Vorschlag empören sich die halbbeschäftigten Assistenten und Dozenten, die bei miserabler Bezahlung nun schlicht um ihre zukünftigen Existenzbedingungen fürchten. Beunruhigt und aufgebracht sind die Studenten jedoch besonders durch ein gleichzeitig bekannt gewordenes Schreiben, das Malfatti am 6. Dezember 1976 an die Rektoren und Institutsdirektoren Italiens geschickt hatte. Danach soll statt der seit 1969 den Studenten gesetzlich garantierten Möglichkeit, ihre Studienschwerpunkte persönlich auszuwählen, eine rigidere Festlegung des Studienganges durchgesetzt werden.

Während auch in anderen Universitätsstädten die Mobilisierung gegen den faschistischen Überfall in Rom und die Pläne Malfattis beginnt, erlebt Rom am 2. Februar einen Tag schwerer Zusammenstöße zwischen Studenten und der Polizei. Am Morgen hatten die Gewerkschaften und die politischen Parteien und Gruppen [PCI, Partito dell'Unità proletaria per il comunismo (PdUP), Avanguardia operaia (AO), PSI, Lotta continua (Lc) und Autonomia operaia (die sogenannten „autonomi")] eine Protestkundgebung gegen die Ereignisse des Vortages abgehalten. Schon hier wurde deutlich, daß die Gewerkschaften keinen entscheidenden Einfluß auf die sich entwickelnde neue Studentenbewegung würden nehmen können. Der PCI, dem wegen seiner Politik der Stimmenthaltung im Parlament Komplizenschaft beim Malfatti-Programm vorgeworfen wird, steht außerhalb der Bewegung.

Im Anschluß an die Versammlung bewegen sich etwa 4-5000 Demonstranten zum Sitz des MSI in der Via Sommacampagna, überwiegend Anhänger von Lc und „autonomi", die zum „militanten Antifaschismus" aufrufen. Auf den Sitz des MSI werden Molotow-Cocktails geworfen, nach einigen Zeugenaussagen schießen Faschisten aus dem Innern des Gebäudes auf Demonstranten. Der Demonstrationszug bewegt sich weiter in die Piazza Indipendenza in der Innenstadt Roms. Ein Zivilwagen der Polizei mit drei Insassen in Zivil wird von

mehreren Demonstranten umlagert. Zwei Polizisten steigen aus dem Fahrzeug, ziehen ihre Waffen, und eine Maschinengewehrsalve wird ausgelöst. Ohne daß die Herkunft der Schüsse genau ausgemacht werden kann, sinkt einer der beiden Polizisten, Arboletti, schwer verletzt zu Boden. Der andere schießt auf die Demonstranten. In der Piazza Indipendenza, die – obwohl entfernt vom ursprünglichen Demonstrationsobjekt – offensichtlich voll von bewaffneten Polizisten in Zivil ist, fallen weitere Schüsse. Zwei Studenten werden verletzt, der eine schwer. Nach Ansicht der Polizei haben sie die Schüsse auf Arboletti abgegeben, werden verhaftet und in das Gefängniskrankenhaus verlegt.

Die Besetzung der römischen Universität breitet sich auf alle Fakultäten aus, so wie auch in anderen Städten gegen die Reformpläne Malfattis und die faschistische Provokation mit Versammlungen, Demonstrationen und Institutsbesetzungen protestiert wird. Träger der Bewegung sind politische Kollektive, die vielfach den „autonomi" nahestehen, während die Gewerkschaften und der PCI, aber – mit Ausnahme von Lc – zunehmend auch die Gruppen der Neuen Linken in die Minderheit gedrängt werden und kaum Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse nehmen können. Am Mittwoch, 10. Februar, demonstrieren mehr als 30 000 Studenten gegen das Reformprojekt Malfattis und für die Freilassung der beiden verhafteten Studenten. Während verschiedentlich Slogans aus dem Pariser Mai 1968 wieder aufleben, Pfiffe gegenüber der PdUP – die gleichwohl mit zu dieser Demonstration aufgerufen hatte – laut werden und der PCI in Sprechchören angegriffen wird („Was soll der Kompromiß, was soll die Stimmenthaltung, der einzige Ausweg ist die Revolution"), gibt die Mehrheit dem Bewußtsein Ausdruck, sich in der angstvollen Lage drohender Arbeitslosigkeit zu befinden. Auf dieser Demonstration tauchen auch für die Öffentlichkeit zum erstenmal die „Indiani metropolitani", die Großstadt-Indianer, auf, die Gesichter in Kriegsbemalung, eine politisch schillernde „Freak"-Gruppe mit ironisch-antiautoritärer Haltung.

Der Bruch zwischen dieser Studentenbewegung und der „historischen" und auch der Neuen Linken wird am folgenden Tag für jedermann sichtbar. Um die Beteiligung der Kommunisten an der Universitätsbesetzung hatte es in der römischen Sektion des PCI und vor allem seiner Jugendorganisation FGCI, die offensichtlich den Grad der Mobilisierung der Studenten unterschätzten, harte Auseinandersetzungen gegeben. Erst nachdem der Professor A. Asor Rosa die römische Parteileitung beschuldigte, schwerste Fehleinschätzungen der Lage vorgenommen zu haben, rief die Jugendorganisation des PCI zu einer Demonstration am 11. Februar auf. Sie wurde außer von den Sozialisten und Republikanern auch von der PdUP und der AO unterstützt, diese beiden Gruppen befanden sich jedoch in einer sehr schwierigen Zwischenposition, den PCI kritisierend und gleichzeitig von der neuen Studentenbewegung angegriffen. Obwohl die FGCI mit der Demonstration, der ca. 40 000 Studenten und vor allem Schüler folgten, beweist, daß sie genauso stark wie die neue Studentenbewegung auf den öffentlichen Plätzen präsent sein kann, wird diese teilweise Wiedergewinnung verlorenen Terrains mit einer deutlicheren Haltung gegen die DC und die Alleinregierung Andreottis bezahlt, eine Hal-

tung, die zu diesem Zeitpunkt den Parteiführern des PCI kaum erwünscht sein konnte.

Um ihren Einfluß zurückzugewinnen, entschließen sich PCI und die Gewerkschaftsföderation CGIL-CISL-UIL, den Generalsekretär der CGIL, Luciano Lama, in der römischen Universität sprechen zu lassen. Während schon vorher deutlich wird, daß die „autonomi" eine auch physische Machtprobe mit den Gewerkschaften anstreben, spricht sich die Mehrheit der römischen Studenten am Vortag für eine ernsthafte politische Auseinandersetzung aus, in der sie ihre Kritik an der Haltung der Gewerkschaften und Parteien in eigenen Redebeiträgen vortragen will. Am 17. Februar, dem „schwarzen Donnerstag", erscheint Lama in der Universität, begleitet von 3-4000 Mitgliedern des PCI, geschützt von einem Ordnungsdienst aus wohl 1000 Gewerkschaftern, Arbeitern – teilweise in „Blaumännern" –, ehemaligen Partisanen und Lehrenden. Der Ordnungsdienst ist nervös, offensichtlich auf seine Aufgabe nicht oder nur schlecht vorbereitet, irritiert von den Sprechchören und Plakaten, die in teils ironischen Wortspielen mit dem Namen des Gewerkschaftsführers teils aggressiv Kritik gegenüber den Gewerkschaften artikulieren. Den Studenten erscheint die Anwesenheit des Ordnungsdienstes als Provokation, die Haltung wird feindselig.

In dieser Situation hat Lama obendrein Fehler begangen, die auf schlechte Information zurückgeführt werden müssen. So spielte er auf studentischen Vandalismus an – in der Nacht zum Dienstag waren in der biologischen Fakultät Mikroskope gestohlen und andere Geräte zerstört worden –, ohne zu wissen, daß dies die Nacht war, in der die Studenten das Institut nicht besetzt gehalten hatten, und die übergroße Mehrheit der Studenten empfand die Vorhaltung Lamas schlicht als verleumderisch. Und schließlich: Nichts falscher, als von Arbeitslosen einerseits und „Parasiten, die nicht arbeiten wollen", andererseits zu reden, eine Charakteristik, die als Affront empfunden werden mußte. Während die „autonomi" hart antworten: „Lama zum Henker!", „Weg mit der neuen Polizei!", geben die Indiani metropolitani ironische Sprechchöre von sich: „Mehr Arbeit, weniger Lohn", „Wir wollen mehr Opfer bringen", „Mehr Baracken, weniger Häuser". Farbbeutel fliegen, Handgreiflichkeiten setzen ein. Lama beendet hastig seine Rede, nach kaum einer halben Stunde, eine Rede, die häufig unterging in Pfiffen und Sprechchören. Eine Gruppe der „autonomi" überwindet den Widerstand des Ordnungsdienstes und schlägt den Lastwagen, der als Rednertribüne gedient hatte, buchstäblich in Stücke.

Die Mehrheit der Studenten fühlt sich mehr denn je im Stich gelassen von den politischen Kräften des Landes, von den Vertretern der Arbeiterorganisationen, von der öffentlichen Meinung. Konsterniert, angewidert und verängstigt erleben sie vor ihren Augen eine Explosion von Gewalt. Sie verurteilen die „Invasion" des PCI genauso wie die Aktionen der „autonomi", die den Gewerkschaftern und PCI-Mitgliedern auf dem Universitätscampus eine Schlacht liefern mit Stöcken, Stangen, Engländern, mit Steinen. Nach ca. zwei Stunden ruft der Rektor A. Ruberti, Mitglied des PCI, die Polizei, die nachmittags erscheint. Barrikaden werden errichtet, Autos gehen in Flammen auf. Die

Polizei, mit gepanzerten Fahrzeugen, einem Bulldozzer, räumt unter einem Hagel von Tränengasgranaten die Institute. Die Zerstörungen, durch Studenten wie Polizei verursacht, sind beträchtlich. Bis zum 1. März bleibt die Universität geschlossen.

In der sozialistischen Zeitung „La Repubblica" schreibt E. Scalfari: „Die Rede Luciano Lamas in der Universität von Rom ist ein politischer Irrtum gewesen. Ohne Zweifel waren die Absichten des Sekretärs der CGIL die besten: die Studentenbewegung aus der Isolation, in der sie erstickt zu werden drohte, wiederzugewinnen, ihr das Bündnis der Gewerkschaft anzubieten, die extrem gewalttätigen Gruppen, also der ‚Autonomia', zu isolieren, politische Ziele und Wege zu eröffnen. . . . Gleichwohl reichen die sicherlich gut gemeinten Absichten Lamas und des PCI nicht, den Irrtum abzumildern, und vor allem, sie haben nicht die dramatischen Folgen des Irrtums verhindert. Die Konfrontation, die sich nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Studentenbewegung und dem PCI ergeben hat, geht weit über diese Episode hinaus. . . . Die Ereignisse stellen vieles in Frage. Und, zuallererst, stellen sie eben die Strategie des historischen Kompromisses in Frage. Unterschätzen wir nicht die Ernsthaftigkeit dieser Strategie, aber stellen wir die Frage: Wie soll eine Jugend, die verzweifelt und zur Arbeitslosigkeit verdammt ist, in ein Projekt der sozialen Erneuerung einbezogen werden, das als Kompagnons die alten herrschenden Klassen sieht, die abgenutzt und korrumpiert sind von dreißig Jahren Machtausübung?"[3])

Während 30 000 Studenten erneut in Rom demonstrieren und ihre Kundgebungen und Sprechchöre sich nun einhellig gegen den PCI und die Gewerkschaften richten, beginnt im PCI eine Selbstkritik, zuerst gegen die politisch und technisch-organisatorisch unzureichende Improvisation der Lama-Rede, die den römischen Partei-, CGIL- und FGCI-Sektionen angelastet wird. Am 19. Februar verabschiedet die Direktion der Partei ein Dokument. Darin werden zunächst für die unerträgliche Lage an den Universitäten die jahrelange Politik der DC und insbesondere der scharf angegriffene Minister Malfatti verantwortlich gemacht. Bezogen auf die Ereignisse des Donnerstags, aber auch allgemeiner im Hinblick auf das Verständnis der Studentenbewegung, wird von „Irrtümern und Unsicherheiten" gesprochen. „Vor allem aber fehlte ein volles und sofortiges Verständnis bereits in den Vortagen über das Klima, das sich in der Universität durch die Anwesenheit von organisierten und bewaffneten squadristischen Gruppen ausgebreitet hatte. Auch wenn in den Vortagen darauf hingearbeitet wurde, ein Klima der demokratischen Auseinandersetzung wiederherzustellen, das eine einheitliche Entwicklung der Studentenbewegung erlaubte, so hätte die Lage doch wohl rechtzeitigere und entschlossenere Initiativen verlangt, um die Provokation zu isolieren und ihr zuvorzukommen." Die Studentenbewegung wird als in sich widersprüchlich charakterisiert, deren Mehrheit sich jedoch „für eine Reform der Universität und für eine Erneuerung des Landes" einsetze. Andererseits gebe es solche, die „eine Schlacht ohne Ziele und Perspektiven führten" und unter denen die

3) „La Repubblica" v. 19. 2. 1977.

„Todfeinde der Partei und der Arbeiterbewegung" – zu denen auch die „autonomi" gerechnet werden – Raum für ihre faschistische „Strategie der Spannung" und des Terrors finden. Ihnen gegenüber wird eine entschlossenere Wachsamkeit gefordert, vor allem aber „eine klare Initiative aller demokratischen Kräfte, die Gewalt, das Abenteurertum und die Intoleranz zu isolieren und zu binden". Der Appell, eine Bewegung zu entwickeln, die fähig ist, die großen Probleme, die mit der Lebenssituation der Jugendlichen verbunden sind, anzugehen und zu lösen, verbindet sich mit der Selbstkritik, bisher auf diesem Gebiet vieles versäumt zu haben[4]).

Am 22. Februar tagt das Zentralkomitee der FGCI. In dem Bericht ihres Generalsekretärs M. d'Alema wird die Selbstkritik fortgesetzt. Er fordert eine Gegenoffensive der Kommunisten innerhalb der Studentenbewegung, jedoch nicht nur mit den Studenten, sondern gemeinsam mit den Schülern und arbeitslosen Jugendlichen, gegen alle die, die den PCI aus der Protestbewegung ausschließen wollen. Gegen resignative Tendenzen in der eigenen Organisation gewandt, warnt er vor der Versuchung, nur weil es mit den „autonomi" keine Diskussionsbasis gebe, der Bewegung insgesamt fernzubleiben. Gemeinsame Initiativen der Studentenbewegung und der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften und den Linksparteien, eine Kampagne gegen gewalttätige Abenteurer, die zu isolieren sind, und die Entwicklung von realistischen Zielvorstellungen werden als Hauptaufgaben genannt. Die Bedeutung der Sitzung wird verstärkt durch die Anwesenheit G. Chiaromontes vom Sekretariat des PCI. Ein scharfer Angriff auf Andreotti, auf die allgemeine Unzulänglichkeit der Regierung, die mit politisch falschen Handlungen dabei sei, die Krise des Landes noch zu verschärfen, bestimmt seine Rede. „Diese Regierung ist nicht unsere Regierung. Es muß klar sein, daß unser Ziel darin besteht, die augenblickliche politische Situation zu überwinden, für eine Regierung der Einheit aller demokratischen Kräfte und des Volkes, die die notwendige Mobilisierung schaffen kann, um Italien aus der Krise zu bringen."[5])

Am Wochenende des 26. und 27. Februar treffen sich Studenten praktisch aller Universitäten Italiens in Rom zu einem ersten nationalen Treffen der neuen Studentenbewegung. Mehr als 5000 Delegierte der politischen Kollektive der jetzt seit drei Wochen besetzten Universitäten tauschen ihre Erfahrungen aus, bemühen sich um eine Vereinheitlichung der Bewegung. Im Mittelpunkt ihrer Diskussionen steht das Verhältnis zwischen Studenten, Arbeitslosen und marginalisierten städtischen Schichten. Einhellig wenden sie sich gegen den Versuch, die Studentenbewegung zu kriminalisieren. Als ein Film die Ereignisse des „schwarzen Donnerstags" noch einmal zeigt, bestätigen die Kommentare und Zwischenrufe die weiterbestehende Kluft zwischen diesen Studenten und dem PCI. Trotzdem wird nach harten Auseinandersetzungen über die Einladung der Metallarbeitergewerkschaft FLM diskutiert, auf deren Kongreß vom 7. bis 9. März in Florenz Delegierte zu entsenden. Die Mehrheit erkennt in diesem Angebot der FLM den Versuch, eine gemeinsame Strategie von Arbeitern und Studenten vorwärtszubringen, die Gräben zwischen Stu-

4) „Corriere della Sera" v. 20. 2. 1977.
5) „La Repubblica" v. 24. 2. 1977.

dentenbewegung und den Gewerkschaften wieder zu überwinden. Doch der zweite Tag des Treffens enttäuscht alle Hoffnungen. Eine Versammlung, in der die „autonomi" ihre Vormachtstellung durchsetzen. Sie präsentieren sich hier zum erstenmal auch gegenüber den übrigen Studenten der Bewegung als die „bewaffnete Partei", als „die Freunde der P 38". Das Zeichen der schießenden Pistole wird gegen die Diskussionsleitung, gegen Feministinnen gerichtet. Die Feministinnen, die den Diskussionsstil kritisieren, werden von ihnen mit sexistischen und faschistischen Parolen niedergeschrien. Auch die „Indiani metropolitani", die den Mangel an Kreativität und an neuen Formen politischer Auseinandersetzung monieren, werden als „neue Polizei" beschimpft und ebenfalls aus dem Saal getrieben. Eine Delegierte der PdUP, die die Ereignisse um die Rede Lamas als „einen schmerzlichen Spalt in der Bewegung" bezeichnet, wird allein deswegen schon als Komplizin des PCI am Weiterreden gehindert.

„Auf der Versammlung lastete vor allem die Tatsache, daß die Gewalt und die Intoleranz einer organisierten Minderheit die Oberhand hat gewinnen können. Die Chronik dieser beiden Tage ist das Zeugnis, wie von tatsächlich terroristischen Methoden Gebrauch gemacht wurde, von Einschüchterungen, der ‚physischen' Besetzung des Vorsitzes, dank derer die Redebeiträge selektiert wurden, dank derer die Stimme dessen, der nicht zustimmte, unterging. . . . In dieser Atmosphäre, als ein Großteil der Delegierten bereits wieder abgereist war und viele das Feld verlassen hatten, weil sie sich weigerten, auf denselben Stil der Minderheit, die sich der Kontrolle der Versammlung bemächtigt hatte, herabzusteigen, wurde eine Resolution verabschiedet, die das Falscheste und Älteste, was man sich denken konnte, wiederholte: Die frontale Entgegenstellung zur Gewerkschaftsbewegung, und die Einladung nach Florenz, die von der FLM vorgeschlagen worden war, wurde aus einer Begegnung verkehrt in die Autonomie der Bewegung, in eine getrennte und alternative Demonstration in Florenz. . . . Diese Minderheit hat Stimmungen und Tendenzen verstärkt und zu extremen Konsequenzen geführt, die ihre Wurzeln in einem Teil der Bewegung haben. Sie wachsen aus der Logik der Verweigerung demgegenüber, der über sie hinaus weiterdenkt, der Verweigerung des Systems, ohne sich damit zu befassen, wie, mit welchen Kräften und Strategien es wirklich zu begraben ist, ohne sich damit zu beschäftigen, welche alternative Gesellschaft aufzubauen ist."[6])

Trotz dieses Ausgangs des Delegiertentreffens hält die FLM ihre Einladung aufrecht, vorausgesetzt, die Studenten entsenden eine einheitliche und repräsentative Delegation nach Florenz. Basis könne auf keinen Fall die von der Mehrheit der Studenten nicht unterstützte Schlußresolution von Rom sein, jedoch sei man auf jeden Fall zu einer Diskussion bereit, auch wenn sie nur dazu diene, die unterschiedlichen Ansichten deutlich zu machen. An mehreren Universitäten beginnt daraufhin die Wahl der studentischen Delegierten. Auf dem FLM-Kongreß in Florenz beginnt vielleicht ein erster Schritt, die Studenten, die nun langsam die Gruppe der „autonomi" zu isolieren beginnen, und

6) „il manifesto" v. 2. 3. 1977.

die Gewerkschaftsbewegung wieder einander anzunähern. Die Kritik der Studentenvertreter an den Gewerkschaften ist hart. Gleichwohl gelingt es Bruno Trentin, dem Generalsekretär der FLM, diese erste Begegnung trotz manchmal auftretender Unruhe unter den Gewerkschaftern, die sich bisweilen ungerecht beurteilt und provoziert fühlen, sich als ruhige Aussprache abwickeln zu lassen. Den Gewerkschaften wird von den studentischen Sprechern vor allem vorgeworfen, sich nicht früher mit den Problemen der Jugendlichen beschäftigt zu haben, und daß es nicht genügen könne, wenn die Gewerkschaften gegen einige politische Entscheidungen der Regierung ihren Dissens aussprechen. Sie verlangen einen politischeren Syndikalismus.

Die FLM stellt sich das Ziel, die Studenten, Arbeiter, Arbeitslosen und die Jugendlichen, die zur Schwarzarbeit gezwungen sind, einander näherzubringen. Gleichzeitig nimmt sie die undankbare Aufgabe auf sich, den Studenten klar zu sagen, daß angesichts der bestehenden Arbeitslosigkeit das Diplom und die „laurea" keine Garantie mehr für einen dieser Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz mit entsprechendem garantierten Gehalt sein können. Vielmehr müßten sich die Studenten darauf vorbereiten, auch eine produktive (Hand-)Arbeit in den Fabriken anzunehmen. Voraussetzung dazu sei jedoch die grundsätzliche Änderung des Verhältnisses zwischen Handarbeit und intellektueller Arbeit, in der die erste nicht als ein Fluch und die zweite nicht als, wenn auch noch so geringes, Privileg, als Herrschaftsinstrument über die Massen angesehen werden.

Am Freitag, dem 11. März, verlagert sich unerwartet der Schauplatz der Ereignisse von Rom, wo in Erwartung der nationalen Studentendemonstration gegen den Malfatti-Plan am morgigen Samstag Polizeitruppen aus dem ganzen Land zusammengezogen sind, nach Bologna, der Stadt in der Emilia Romagna, die durch ihre kommunistisch-sozialistische Verwaltung über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist. In der Universität von Bologna hatte am Freitagmorgen die rechtskatholische Gruppe „Comunione e Liberazione" eine Veranstaltung zum Malfatti-Plan durchgeführt, an der ca. 500 Studenten teilnahmen. Als sich auf ihr zwei Studentinnen – nach anderen Darstellungen vier Studenten – der Studentenbewegung zeigen, werden sie hinausgeworfen. Daraufhin entsenden die Studenten eine Delegation, nicht mehr als 50. Die Gruppe „Comunione e Liberazione" verbarrikadiert sich im Hörsaal. Um 11 Uhr ruft der Rektor die Polizei, die fast unmittelbar darauf erscheint, jedoch ohne, wie üblich, vorher den Bürgermeister verständigt zu haben. Kaum daß sie die Studenten zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert hat, feuert sie Tränengasgranaten ab. Steine werden geworfen, während die Studenten aus dem geräumten Institut fliehen. Sie organisieren sich, und dann versuchen sie, einzeln in die Gassen, in die Stadt auszuweichen. Dort treffen sie wieder auf Polizei und Carabinieri, und hier wird ein Student, Francesco Lorusso, Examenskandidat in Medizin und den Studenten vielfach bekanntes Mitglied von Lc, von einer Polizeikugel tödlich getroffen. Am Nachmittag gibt es eine Studentenversammlung, die sich mehr und mehr füllt und sich schließlich verbarrikadiert. Ein Demonstrationszug formiert sich zur Präfektur. Die Buch-

handlung der Gruppe „Comunione e Liberazione" geht in Flammen auf. Als die Tränengasvorräte der Polizei erschöpft sind, geht diese zum Schußwaffengebrauch über. Die Schlacht dauert bis weit in die Nacht.

Während aus dem ganzen Land Polizeikräfte nach Bologna beordert werden und die DC den Einsatz der Armee fordert, verurteilen die Gewerkschaften das Vorgehen der Polizei und insbesondere ihren unverantwortlichen Schußwaffengebrauch. Verbitterung, Schmerz und Verurteilung des Verhaltens der Polizei sind auch die ersten Reaktionen der linken Parteien. Das nationale Sekretariat der FLM verteilt wenige Stunden später in Bologna ein Kommuniqué, in dem es „den eigenen tiefen Schmerz über den Tod des jungen Studenten Francesco Lorusso ausdrückt und den entschiedensten Protest gegen das unverantwortliche Vorgehen der Ordnungskräfte . . . Ein weiteres Mal verschärft das Verhalten der Carabinieri die sozialen Spannungen, die von den Jugendlichen ausgedrückt werden, verhindert die Suche nach positiven Antworten auf diese Spannungen und nährt ein Klima der Restauration und der Angst. Diese Episoden – die sich in den letzten Wochen häufen – können nicht mehr als zufällig betrachtet werden, sie fügen sich immer mehr in einen repressiven Plan ein und fragen deshalb unmittelbar nach der ursächlichen Verantwortlichkeit der Regierung: es ist weiterhin nicht mehr tragbar, daß Demonstrationen – selbst solche bescheidenen Ausmaßes wie die, in der die Erschießung des Studenten in Bologna erfolgte – sich systematisch in Episoden der Gewalt verwandeln. Die FLM drückt, auch bei dieser tragischen Gelegenheit, noch einmal ihre feste Überzeugung aus, daß es nur durch die größte Einheit zwischen den Studenten und der Arbeiterklasse möglich sein wird, diesen zersetzenden Plan aufzuhalten"[7]). Am folgenden Tag, Samstag, 12. März, erleben Bologna und Rom bürgerkriegsähnliche Zustände, nach denen die Überzeugung wächst, daß sich die Ereignisse nach einem vorgefaßten Plan abwickeln.

Am Morgen haben in Bologna die Gewerkschaftsföderation CGIL-CISL-UIL und die die Stadt regierenden PCI und PSI zu einem dreistündigen Generalstreik „gegen den verfehlten Einsatz der Ordnungskräfte" aufgerufen. Auf einem Platz in der Innenstadt hören 10 000 die Rede der Gewerkschafter, die die Ereignisse des Vortages verurteilen.

Der Bürgermeister Bolognas, der Kommunist Zanghieri, richtet seine Vorwürfe gegen den Rektor, der am Vortag die Polizei gerufen hatte, und gegen das Verhalten der Polizei. „Weiter müssen wir sagen, daß es einige beunruhigende Fragen zu den Ereignissen des Freitags gibt, und wir sind nicht sicher, ob nicht das, was geschehen ist, nicht frei ist von einem Plan, der als Ziel Bologna hat. Seit einigen Monaten ist wiederholt versucht worden zu zeigen, daß man auch in Bologna nicht in der Lage ist, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten."[8]) In einem Interview erklärt Zanghieri auf die Frage, warum gerade Bologna ausgewählt wurde: „Ich schließe daraus, daß diese Ereignisse Konsequenzen wenn nicht eines Planes, dann aber sicherlich koordinierter

7) „il manifesto" v. 12. 3. 1977.
8) „Corriere della Sera" v. 13. 3. 1977.

Aktionen gewesen sind. Und koordiniert nicht nur hier in Bologna, sondern auch in anderen Großstädten. Jene hatten ein besonderes Interesse, Bologna zu schlagen, eben wegen all dem, was Bologna im demokratischen Leben des Landes repräsentiert."[9])

Auch der Ablauf der Ereignisse am selben Wochenende in Rom bestärkt durch manche eigentümliche Details die Vermutung, daß hinter ihnen ein Plan oder eine Koordination steht. In den letzten Tagen als Demonstration gegen die Universitätsreform von den Kollektiven der Studentenbewegung organisiert, hatten die Ereignisse von Bologna die Studenten weiter mobilisiert, und die Stoßrichtung des Protests ging jetzt gegen die Erschießung Lorussos. Am Samstag treffen mit Sonderzügen ca. 50 000 Studenten aus allen Teilen Italiens in Rom ein. Die Demonstration gerät ihren Veranstaltern jedoch schon bald außer Kontrolle, teilt sich auf, die Aktionen der Polizei und der „autonomi" beherrschen die Stadt. In Gruppen von 200–300 Personen nutzen vornehmlich „autonomi" – aber einmal begonnen, welche Gelegenheit auch für andere Provokateure – die Massendemonstration dazu, als „groupes de choc" zu operieren: zwei Waffenläden werden geplündert, die chilenische Botschaft und der Sitz des „Popolo", der Zeitung der DC, überfallen, Carabinieri-Kommandos angegriffen. Gruppen von zwei bis drei Personen, zu Fuß oder in Autos, greifen gezielt Polizisten mit Schußwaffen an, vor einem Gefängnis werden zwei Carabinieri durch Pistolenschüsse aus einem vorbeifahrenden Auto verletzt. Die Polizisten, viele von ihnen demoralisiert, Befehle ihrer Offiziere verweigernd, kontrollieren erst nach Stunden das Stadtzentrum, wo eine Spur der Verwüstung zurückbleibt. Der politische Wert einer großen Studentendemonstration war zerstört, ihr politischer Protest diskreditiert.

In der folgenden Woche erscheint in der „Rinascita" unter der Überschrift „Die Partei des bewaffneten Kampfes" ein Artikel, der sich ausführlich mit den „autonomi" beschäftigt. Dabei wird diese Gruppe zunächst von den „brigate rosse" (den „Roten Brigaden") und den NAP, den „nuclei armati proletari" (den „bewaffneten proletarischen Zellen") unterschieden[10]). Weiter heißt es: „Die Geschichte der letzten Jahre lehrt, daß immer in solchen Operationen (wie die Ereignisse auf der Demonstration in Rom und in Bologna), oft in bestimmender Weise, Männer und Mittel der (faschistischen; d. Verf.) ‚Strategie der Spannung' wirken. Sich jedoch allein auf die Rolle der professionellen Provokateure und Infiltranten zu beziehen, genügt nicht: Dies kann letztlich auch die Suche nach einem bequemen Alibi darstellen. Die reaktionäre Provokation sucht niemals zufällig das Feld aus, auf dem sie sich entwickelt. . . . Bewaffnete Partei haben wir die ‚autonomi' genannt. Folglich handelt es sich nicht um eine spontane oder plötzliche Explosion; und auch nicht um eine

9) „Rinascita" v. 18. 3. 1977.

10) Die „Brigate rosse" gingen aus dem Zerfall der Studentenbewegung von 1968/69 hervor und entwickelten vornehmlich in Norditalien, im industriellen Dreieck von Genua, Mailand und Turin, ihr Operationsfeld. In dieser Gruppe fließen teilweise Strömungen des italienischen Anarchismus in der Arbeiterbewegung, zum anderen Ideologeme vergleichbar mit denen der RAF zusammen. Die NAP, die erst seit Herbst 1974 in Erscheinung treten, versuchen dagegen, den bewaffneten Kampf in und im Umfeld der Gefängnisse zu organisieren. Ihre erste Organisationsstruktur geben sie sich vornehmlich bei Gefängnisausbrüchen, ihr Operationsfeld ist vor allem Süditalien, mit eindeutigem Schwerpunkt in Neapel, in dem sie sich verborgen im städtischen Subproletariat mit der organisierten „malavita" verbinden.

Bewegung, die, unfähig, sich selbst zu disziplinieren, ‚fatalerweise' in den Terrorismus stürzt. . . . Während sich die NAP bis zum Verwechselt-Werden mit der gemeinen Kriminalität verflocht, verfolgte die ‚Autonomia' parallel eine andere Straße. Sie versuchte nämlich, sich in den proletarischen Stadtteilen und in den sozial am meisten aufgelösten Zonen der Großstädte zu verwurzeln. . . . Mit anderen Worten, sie versuchte, entweder sich an die Spitze der spontanen Bewegungen zu stellen, die aus der sozialen Mühsal und dem tiefen Elend der marginalisierten Jugendlichen kommen, oder sich mit einigen politischen Strukturen (wie den [aus der Drogenszene erwachsenen; d. Verf.] ‚Zirkeln des jugendlichen Proletariats' u. a.), die in den städtischen Vororten bestehen, zu verbinden, um sich dann ihrer zu bemächtigen. . . . Das theoretische Zentrum dieser Gruppen ist vertreten durch das Konzept der Autonomie: die Praxis, in vielen Fällen konsequent (theoretisch gesehen fast unumgänglich), ist die der ‚Genossin P 38', der Gewalt als vorgetäuschtem Ausdruck des eigenen Anders- und Dagegen-Seins. . . . Einerseits als das Weitertreiben der sozialen Auflösung, die durch die Krise geschaffen wird, über die Entfesselung der Spontaneität und der Autonomie; aber andererseits besteht auch ein konsistentes Organisationskonzept, ein politisches Konzept, das gegen das System zu realisieren ist. Nicht mehr nur die alte konspirative Vorbereitung der bewaffneten Insurrektion auf die Stunde X, sondern die Diffusion, geleitet und organisiert durch die bewaffnete Widersetzlichkeit. . . .

Fehler und Versäumnisse der Arbeiterbewegung und die idiotische antikommunistische Freude bestimmter Sektoren von ‚Dritten Kräften' (auf der Linken neben PCI und PSI; d. Verf.) und – man braucht es gar nicht zu sagen – der Christdemokraten werden ausgenutzt. Die Ziele, die erreicht werden sollen, sind klar, nämlich zwei: Die inneren Widersprüche im Block der sozialen Kräfte, die sich um den PCI sammeln und sich auf die Gewerkschaftsbewegung und allgemeiner auf die demokratischen Kräfte beziehen, diese inneren Widersprüche auseinanderzutreiben, um sie dann explodieren zu lassen; und gleichzeitig immer weitere Massen der Jugendlichen in Guerilla-Aktionen hineinzuziehen versuchen, in eine Spirale ohne Ausweg von Kampf-Repression-Kampf. Und dies offensichtlich nicht nur, um fortschreitend die Zahl der potentiellen ‚Guerilleros' zu vergrößern, sondern um eine besondere, diffuse Psychologie zu verbreiten, die schließlich den bewaffneten Kampf und die Guerilla als normales Datum des alltäglichen Lebens betrachtet, und um, gleichzeitig, die gesamte politische Lage einen Salto machen zu lassen, bis zur extremen Konsequenz des Notstands-Staates und zum Ende der ‚demokratischen Heuchelei'. . . . Das wirkliche Problem besteht darin, daß diese Ansichten Gefahr laufen können, die Überzeugung von breiten Massen der Jugendlichen zu werden, Rechtfertigung ihres Hasses und ihrer Verachtung der Demokratie."[11])

Am Montag, 14. März, verkündet Innenminister Cossiga Sondermaßnahmen, von denen er bereits am 20. Februar gesprochen hatte, als er in einem spektakulären Fernsehauftritt seine Entschlossenheit bekundete, Italien nicht zum

11) „Rinascita" v. 18. 3. 1977.

„Wilden Westen" werden zu lassen. Für zehn Tage werden die Universitäten von Rom und Bologna geschlossen. In Bologna wird der Einsatz gepanzerter Fahrzeuge verfügt. Schließlich wird für Rom und die Provinz Rom das Verbot jeder öffentlichen Demonstration und Veranstaltung erlassen.

Am selben Tag beginnt eine dreitägige Sitzung des Zentral-Komitees des PCI, die nach dem „schwarzen Donnerstag" im Februar einberufen worden war. Der nationale Sekretär der FGCI, M. d'Alema, hält die einleitende Rede über die Lage an den Universitäten, in der er die Isolierung der squadristischen Gruppen der „autonomi", deren Hauptangriff gegen den PCI gerichtet sei, fordert. Doch die Diskussionen gehen über diese Thematik hinaus: im Mittelpunkt steht das Verhältnis des PCI zur DC, zur Regierung, zum Immobilismus des politischen Systems insgesamt. Drei Positionen, die z. T. hart aufeinanderstoßen, bestimmen die Debatte: L. Libertini fordert die Rückkehr des PCI in die Opposition. Trotz mancher Erfolge des PCI im politischen System Italiens sieht er in der Fortsetzung der Politik der Stimmenthaltung die Gefahr einer historischen Niederlage der Partei. G. Amendola spricht sich für die Fortsetzung der bisherigen Linie der Partei aus, weil er andernfalls reaktionäre Rückschläge voraussieht. In den Aktivitäten der „autonomi" sieht er Anzeichen für einen von anderen Kräften eingeleiteten Destabilisierungsplan – eine Auffassung, die vom Innenminister Cossiga am 26. März in bezug auf die Ereignisse in Bologna und Rom offiziell geteilt wird, und Amendola vergleicht die aktuelle Situation mit der Zeit vor der Machtergreifung Mussolinis, mit den Jahren 1919–1922. Die Auffassung, die von G. Chiaromonte und G. Pajetta vertreten wird, setzt sich schließlich durch. Nach der Erfahrung, daß dem PCI in breiten Teilen der Bevölkerung auch ohne seine formelle Zugehörigkeit die Mitverantwortung für die Regierungspolitik angelastet wird, weil der PCI sie durch seine Politik der Stimmenthaltung konditioniert und stützt, werden nun Initiativen in Richtung auf eine neue Regierung gefordert, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit unter Einschluß der Kommunisten stützen kann. G. Pajetta: „Es darf sich nicht eine Lage versteinern, die wir sicherlich nach den Wahlen vom 20. Juni 1976 gewollt haben, die wir aber immer nur als eine Übergangsstufe definiert und verstanden haben."[12]) Für den erkrankten Parteisekretär Berlinguer hält Giorgio Napolitani die Schlußrede. Ihr politischer Kern zielt auf eine Änderung der Haltung der DC, die aus ihrem Immobilismus heraus und zu einer konkreteren Öffnung gegenüber dem PSI und dem PCI gezwungen werden soll. Die Verantwortung für die weitere Entwicklung wird damit der DC gegeben.

Am 18. März erlebt Italien den Generalstreik von mehr als zehn Millionen Arbeitern – ein Generalstreik, der überall befolgt wird, mit Ausnahme der Stadt Rom, in der er wegen des Kundgebungsverbots F. Cossigas auf den 23. März, für den der Innenminister eine 24stündige Ausnahmeerlaubnis erteilt, vertagt wird. Dieser Generalstreik war nach entsprechenden Forderungen in Norditalien von der Gewerkschaftsföderation CGIL-CISL-UIL Anfang Februar beschlossen worden. In den norditalienischen Fabriken hatte sich die Kritik an

12) „La Repubblica" v. 16. 3. 1977.

der Verhandlungsführung der Gewerkschaften mit der Regierung bis zu spontanen Arbeitsniederlegungen verdichtet. Wegen des Kredits des IMF wollte die Regierung das System der „scala mobile" in wichtigen Punkten modifizieren – ein Angriff auf eine soziale Errungenschaft der italienischen Arbeiterbewegung, der nicht hingenommen werden konnte. Um eine direkte Konfrontation mit der Regierung Andreotti zu vermeiden, hatte die Gewerkschaftsföderation CGIL-CISL-UIL damals den Generalstreik auf den 18. März angesetzt. Die zwischenzeitlich bekanntgewordene Absicht der Regierung, faktisch die Möglichkeit zu betrieblichen Tarifverhandlungen für 1977 zu blokkieren, die Ereignisse der Zwischenzeit und die veränderte Haltung des PCI ließen jedoch jetzt diesen Generalstreik zu einer Demonstration gegen die derzeitige Regierung werden.

Als am 15. April offiziell der Text des Gesetzentwurfs Malfattis zur Universitätsreform vorgelegt wird, spitzt sich die Lage an den Universitäten wieder zu. In fast allen Städten kommt es zu Kundgebungen, Versammlungen und Demonstrationen. Die Drohung, daß ein weiteres Aussetzen der Lehrveranstaltungen und der Examensprüfungen die Aberkennung des akademischen Jahres zur Folge haben wird, kommentiert diese neuerliche Bewegung. In Rom ruft am 21. April der Rektor, nach einstimmigem Beschluß des Akademischen Senats, die Polizei, um eine Versammlung gegen den Malfatti-Plan, gegen Repression und die Anwesenheit der Polizei in der Universität zu räumen. Während auf dieser Versammlung die „autonomi" noch eine isolierte Minderheit bilden, sind sie es, die am Nachmittag bei schwersten Auseinandersetzungen mit der Polizei der italienischen Studentenbewegung eine Niederlage bereiten. Denn als die Polizei anrückt, greifen die „autonomi" mit Molotow-Cocktails die Polizisten an, die mit Tränengas antworten. Eine Gruppe von „autonomi" zwingt mit vorgehaltener Pistole die Fahrgäste von drei Bussen, diese zu verlassen, die Busse werden als Barrikaden genutzt. In dieser Situation fallen tödliche Schüsse auf den Polizisten S. Passamonti. Hiernach ist die Verurteilung der „autonomi" auch innerhalb der Studentenbewegung Roms klar und eindeutig, so wie auch in anderen Städten wie Turin und Mailand die Isolierung der „autonomi" vorangetrieben wird. „Il manifesto" spricht von „kriminellen Provokationen der ‚autonomi'"[13]).

Am Wochenende vom 29. April bis 1. Mai findet in Bologna der 2. nationale Kongreß der Studentenbewegung statt. Die „autonomi" werden isoliert, so daß sie am Schlußtag auf die Teilnahme an der Versammlung verzichten. Jedoch war das politische Ziel der Zusammenkunft, die Möglichkeiten eines Generalstreiks an den Universitäten gegen den Malfatti-Plan zu diskutieren, nicht erreicht. Statt dessen verlor sich die Debatte in konfusen Auseinandersetzungen über die Frage der Gewaltanwendung, in denen zwar im Innern der Studentenbewegung die Gruppe der „autonomi" isoliert wurde – wohl die erste Voraussetzung dafür, politisch wieder Gehör zu finden –, an deren Ende jedoch eine Resolution abgelehnt wurde, die – obwohl selbst noch in Polemik – die Arbeit mit den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse empfahl. Die

13) „il manifesto" v. 24. 4. 1977.

Ablehnung dieser Resolution mußte die weitere Isolation der neuen Studentenbewegung zur Folge haben.

In einer Sitzung der Abgeordnetenkammer kündigt Innenminister Cossiga an, alle präventiven und repressiven Mittel einzusetzen, um schnell und entschlossen mit einer Lage fertig zu werden, die das Land in Angst und in Sorge um den demokratischen Bestand der Republik stürze. Mit dem Hinweis, daß es „nicht hingenommen werden kann, daß die Söhne von süditalienischen Bauern von Söhnen des römischen Bürgertums erschossen werden"[14]), spricht er davon, daß in Zukunft die Polizei auf dieselbe Art, also durch Schußwaffengebrauch, reagieren werde. Diese Äußerung und die Androhung des „Zurückschießens" alarmiert die linken Parteien. F. Cicchitto, Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei, warnt vor der Gefahr, daß die Polizei die Gewalt weiter eskaliert: „Wir bewegen uns hier in Richtung auf eine Lage ähnlich der deutschen. Dort hat der Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe dazu gedient, einen Polizeistaat zu schaffen: Hier droht dasselbe zu geschehen, wenn Cossiga, anstatt die Provokation zu beenden, die Freiheiten suspendiert."[15])

Die Bedrohung der demokratischen Freiheiten sehen die Parteien der Linken und die nationale Gewerkschaftsföderation in der Aufhebung des Demonstrationsrechts in Rom bis Ende Mai. Dieses lokale Demonstrationsverbot wird ein Problem der nationalen Politik, das die Beziehungen zwischen Regierung und PCI und PSI sowie der nationalen Gewerkschaftskonföderation CGIL-CISL-UIL belastet und verschlechtert: Das Demonstrationsverbot betrifft die Kundgebungen zum 1. Mai und vorher zum 25. April, dem Jahrestag der endgültigen Befreiung ganz Italiens im Jahre 1945 vom Faschismus und der deutschen Besatzung. Gleichzeitig protestiert auch die kleine Radikale Partei, vielleicht als radikal-demokratische Bürgerrechtspartei zu charakterisieren, die am 12. Mai eine Feier in Rom zum 2. Jahrestag des Sieges im Scheidungsreferendum veranstalten will. So findet zum erstenmal seit 1945 in Rom am 25. April 1977 keine Demonstration, keine Kundgebung und keine Feier zum Tag der Befreiung statt. Erst nach langen Verhandlungen war es schließlich den Gewerkschaften möglich, vom Innenministerium die Aufhebung des Demonstrationsverbots für den 1. Mai zu erwirken. Der 1. Mai in Rom bewies die Stärke der italienischen Gewerkschaftsbewegung als der Hauptkraft, die die Arbeiter und andere Schichten der Bevölkerung zusammenführen kann. Die Ereignisse der letzten Wochen ließen aber die Frage der Überwindung der Wirtschaftskrise und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Reden zurücktreten hinter die beherrschende Polemik gegen die neue Welle politischen Extremismus und gegen die Gewalt.

Am 5. Mai findet nach 30 Jahren die erste offizielle Begegnung zwischen der DC und dem PCI statt, Auftakt einer Serie von Gesprächen, die die DC mit den Parteien des „Verfassungsbogens", d. h. aller Parteien mit Ausnahme der Faschisten, führt, um eine programmatische Grundlage der Regierungstätigkeit zu entwickeln. Der Erfolg dieser Bemühungen wird zweifellos von den Über-

14) „La Repubblica" v. 23. 4. 1977.
15) „La Repubblica" v. 24.–25. 4. 1977.

einkünften abhängen, die DC und PCI aushandeln können. Die Verhandlungen gerade über die von der DC vorgeschlagenen Notstandsmaßnahmen – deren Notwendigkeit vom PCI nicht bestritten wird und in denen, trotz mancher unterschiedlicher Beurteilung, offensichtlich ein Kompromiß erzielt werden kann – werden noch einmal durch die Ereignisse des 12. Mai in Rom in den Vordergrund des Interesses gerückt. An diesem Tag will die Radikale Partei, unterstützt von Gruppen der „Democrazia proletaria" (Dp), in Rom den Jahrestag des Sieges im Scheidungsreferendum feiern. Innenminister Cossiga hält an seinem bis Ende Mai erlassenen Demonstrationsverbot für die Stadt jedoch fest. Trotzdem richten die Radikalen einen Stand ein. Die Polizei räumt gewaltsam den Platz, geht auch gegen die Kammer-Mitglieder M. Panella von der Radikalen Partei und mehrere Angehörige der Fraktion der Dp, unter ihnen M. Pinto und L. Magri, mit Schlagstöcken vor. Beunruhigend vor allem der Einsatz von Polizisten in Zivil, die sich schließlich mit den „autonomi" einen Schußwechsel liefern, in dessen Verlauf die 18jährige Studentin G. Masi, die „zwischen die Fronten" geraten war, erschossen wird. Am nächsten Tag folgen Demonstrationen der „autonomi" in Rom und Mailand – wie auch in anderen Städten –, und in Mailand wird ein Polizist, A. Costra, von einer Pistolenkugel so schwer verletzt, daß er am folgenden Tag stirbt.

III

Welche Schlußfolgerungen sind zu ziehen? Klar und eindeutig ist inzwischen die Verurteilung der Gewaltaktionen und die Distanzierung von den „autonomi". Aber ist es *nur* der Fehler der Studentenbewegung gewesen, daß die Studenten so lange brauchten, um zu erkennen, daß die Gewalt der „autonomi" nicht zu legitimieren ist, daß sie sich von ihr politisch und endlich auch organisatorisch-praktisch trennen müssen? Ist es nicht begreiflich, daß das Verhalten der Polizei – und insbesondere die verwirrende Rolle der als Studenten verkleideten jungen Polizisten in Zivil – oft als provokatorisch empfunden wurde, so wie nach den römischen Ereignissen vom 12. Mai z. B. die Radikalen und die Vertreter der Dp in der folgenden Parlamentsdebatte von einer „Brutalisierung" der Auseinandersetzung durch die Polizei sprachen? Und haben nicht schließlich auch die Gewerkschaften in vielen Fällen die Psychologie der Studenten nicht begriffen und so ebenfalls einen von außen wirkenden Solidarisierungsdruck erzeugt? Wohlverstanden, die Aktionen der „autonomi" sind kriminell, und sie haben der Studentenbewegung politisch eine Niederlage beigebracht. Zweifellos sind die Ereignisse dieses Frühjahrs ein für die italienische Demokratie gefährliches Wiederaufleben der „Strategie der Spannung" und des Terrors[16]), und gewiß darf auch sein, daß in diesen Ereignissen nicht nur „autonomi", sondern auch faschistische Provokateure und wer sonst noch ihre Hände im Spiel hatten. Niemand darf die Möglichkeit beiseiteschieben, daß sich strategische Pläne von Gruppen weit außerhalb der Studentenbewegung in diesen Tagen realisierten, Pläne – wie es im Jargon heißt – zur „Destabilisierung" der Lage.

16) Zur Vervollständigung der Informationen zu diesem Punkt: Am 6. 2. wurde in einem Zug, der von Andreotti benutzt wurde, aufgrund einer telefonischen Warnung eine Bombe entdeckt. Die Urheber dieses Attentats sind der Öffentlichkeit unbekannt geblieben.

Richtig ist aber wohl auch, daß hier Symptome der Krise der italienischen Gesellschaft zutagetreten – und nicht deren Ursache. So wird jetzt gern modisch von der „zweiten Gesellschaft" Italiens geredet, in der die „zweite", das städtische Subproletariat, den „Untergrund" meint, in dem sich eine durch die Mafia und wen auch immer straff nach den Grundsätzen des Managements und militärischen Prinzipien organisierte „malavita" mit dem politischen Terrorismus – und nicht zu vergessen auch dem faschistischen – verbindet, die Mischung, die offenbar hinter der Entführung de Martinos steht und die, nutzt sie Massendemonstrationen zur Verfolgung ihrer Ziele, kaum zu kontrollieren ist. Aber tatsächlich ist Italien *eine* Gesellschaft, und die angeblich „zweite" ist nur der schlimmere Teil. Ursache und Symptom miteinander zu verwechseln, daran haben jedoch viele ein Interesse: die Universitäten, die mehr ein Chaos verwalten als eine Lehr- und Forschungsstätte; die Stadtverwaltungen, die lieber nicht an ihre verfehlten Planungen erinnert werden: an die Wohnungssituation, an die Gettos, in denen das malavita blüht und sich organisiert; die Democrazia Cristiana, weil all dies davon ablenkt, daß sie mit ihrer 30jährigen Politik wohl doch eine gewisse Verantwortung für den Zustand Italiens trägt; wiederum die DC, die hämisch die Angriffe auf den PCI sieht und seine „Unfähigkeit", diese „Massen" zu kontrollieren; ihre Regierung, die den Malfatti-Plan vorlegte und die eine weitere Möglichkeit gewann, sich an der Macht zu halten.

Aber – mit Verlaub – ist es nicht auch den linken Parteien und gerade auch dem PCI angenehm, wenn sie, unliebsam irritiert von einer von ihnen nicht beeinflußten Oppositionsbewegung an den Universitäten, diese unter der Rubrik „rechtes Komplott" [17]) abhandeln können? Ich sagte schon, sehr vieles bestätigt die Richtigkeit dieser Vermutung; dies ist eine Gefahr, die in Italien und im Ausland wachsam und sehr ernst zu beobachten ist. Aber trotzdem – die Provokation sucht sich ihr soziales Feld genau aus, und dieses soziale Feld bestand vorher: das städtische Subproletariat, zu dem die Studenten schon teilweise gehören. Und zuallererst waren da neben der „zweiten Gesellschaft" einmal Studenten, die versuchten, die Universitätsreform und, darüber hinausgehend, ihre Lebenssituation zu diskutieren; das war „die Masse" der Studenten, die heute politisch zurückgeworfen scheint. Sie wollten auf eine – sicherlich oft utopische – „neue" Art anfangen, Politik zu machen. Ihre Interessen selbst – ohne die Bevormundung durch die alten charismatischen Studentenführer – artikulieren oder überhaupt erst einmal entdecken. Studenten, die schließlich mißtrauisch waren gegenüber der Bürokratie des Staats-, Parteien- und Gewerkschaftsapparats, die nicht von vornherein davon ausgingen, daß ihre Interessen dort richtig aufgehoben sind. Sie wollten – und sie mußten schließlich – die Fehler begehen, aus denen historische Lehren gezogen werden, und hoffentlich ziehen sie sie.

17) Amendola formulierte in der ZK-Sitzung vom 14.–16. 3.: „Wir haben schon chilenische Zustände, dabei sind wir noch gar nicht in der Regierung" („La Repubblica" v. 16. 3. 1977). Die Äußerungen des Bürgermeisters von Bologna wurden bereits zitiert. Im Gespräch zwischen Berlinguer und Zaccagnini am 5. 5. wurde darüber gesprochen, daß es sich bei den letzten Ereignissen um den Plan ausländischer Geheimdienste handeln könne, Italien zu destabilisieren.

Sicher, die Selbstkritik des PCI war radikal, die eigenen Fehler wurden eingestanden. Aber der politische Effekt bestand darin, eine neue Runde von Verhandlungen mit der DC einzuleiten, Verhandlungen auf höchster Ebene, über deren Inhalte sich die mittleren Parteiebenen und erst recht das einfache Mitglied genau wie jeder andere in den Zeitungen informieren muß. Und hier liegt in meinen Augen die wichtigere Seite des Problems. Die Studenten, die, die in den letzten Wochen in Bewegung geraten sind, sind – insgesamt gesehen – weder das Fanal zur Niederschlagung der italienischen Demokratie noch der Anfang der Rebellion der „gegängelten Massen" gegen ihre „revisionistischen Führer". Aber sie sind Ausdruck eines tiefen Unbehagens, einer Unzufriedenheit – und dies nicht nur der Studenten, sondern auch sicher von Teilen der Arbeiterklasse – mit dem Zustand der innerparteilichen und innergewerkschaftlichen Demokratie. Dieses Unbehagen, das auch in anderen Ländern beobachtet werden kann, ist vielleicht deshalb in Italien so akzentuiert, weil hier nach 1969 eine stärkere und nachhaltigere Politisierung einsetzte, und die augenblickliche Art, Politik zu machen, Entscheidungen zu fällen, wird als Rückfall angesehen. Dabei scheint mir – auch wenn diese Unterscheidung künstlich erscheinen mag – die Kritik mehr auf die Art und die Form der Entscheidungsfindung als auf die Resultate der Politik bezogen zu sein.

Am deutlichsten erfuhr bisher die Sozialistische Partei die Unzufriedenheit ihrer Basis. Im Rahmen der Untersuchung des Lockheed-Bestechungsskandals hatte – zum ersten Mal in der Geschichte Italiens diese Möglichkeit der Verfassung nutzend und ein zugleich unübersehbares Zeichen für das Ende der politischen Vormachtstellung der DC – am 10. März die gemeinsame Versammlung von Abgeordnetenkammer und Senat die Immunität der ehemaligen Minister L. Gui (DC) und M. Tanassi (Psdi) aufgehoben, so daß beide vor dem Verfassungsgerichtshof angeklagt werden können. Aber die PSI hatte die Anklage gegen M. Rumor (DC), den ehemaligen Ministerpräsidenten, nicht unterstützt, eine Entscheidung, die in der Parlamentsfraktion des PSI mit 8 Stimmen Mehrheit getroffen worden war. Nach der „Rettung" M. Rumors durch den PSI wird der Parteisitz in Rom von der Basis mehr als eine Woche lang besetzt. In langen Versammlungen versucht die Parteileitung ihre Entscheidung zu rechtfertigen, doch die innerparteiliche Kritik am Stil der politischen Führung ist spektakulär deutlich geworden.

Auch im PCI sind Stimmen zu hören, die von einem Unverständnis der Basis gegenüber den politischen Entscheidungen und dem politischen Verhalten der Spitze reden. L. Longo hat dies im letzten Herbst bereits ausgedrückt; er sprach von dem „Bewußtsein dessen, was Tausende unserer Wähler – und unserer Sympathisanten und Mitglieder – sich von der Partei erwarten, nämlich nicht, daß eine Hand oder eine Unterstützung gereicht wird – ich zitiere wörtlich (aus der Rede E. Berlinguers; d. Verf.) – ‚zur Wiederherstellung der Vorherrschaft der großen Monopolgruppen, der hauptsächlich der gestörte Charakter der italienischen Wirtschaftsentwicklung und ihre unvermeidbare aktuelle Krise geschuldet ist'. Eine klare Position also. Wichtig ist aber zu fragen, ob wir in diesen Monaten der Alleinregierung Andreottis es geschafft haben,

sie vollständig den Arbeitern und den Volksmassen verständlich zu machen. Wir haben alle die Möglichkeit gehabt, den Puls der Partei und der öffentlichen Meinung zu fühlen. Und ich glaube, wir alle haben die Existenz von Zweifeln, Vorbehalten, in der Diskussion über unsere Linie bemerkt, und das muß reflektiert werden." [18])

Am 6. April mußten die Gewerkschaften in Mailand eine Versammlung im „Lirico" erleben, in der dreihundert Fabrikräte sich nicht allein gegen den ausgehandelten Gesetzentwurf über den costo del lavoro wandten, sondern gegen die Linie der Gewerkschaftskonföderation CGIL-CISL-UIL. Offiziell wurde diese Versammlung als spalterische Aktion verurteilt, aber auch wenn das richtig ist, bleibt sie dennoch auch gleichzeitig ein Zeichen für schwindendes Vertrauen in die innergewerkschaftliche Demokratie.

Der Generalsekretär der Federpubblici-CISL, Ponzi, sagte vor dem Generalrat seiner Gewerkschaft am 28. Februar: „Die Störung der öffentlichen Ordnung und die Wirtschaftskrise sind die zwei Aspekte eines identischen Phänomens, das nunmehr die Wachsamkeit aller Bürger fordert. Wenn die Gewerkschaft bis heute den Stoß der Ereignisse ausgehalten hat und wenn sie direkt beabsichtigt, sich auch für die Verteidigung der öffentlichen Ordnung – verstanden als demokratische Ordnung – einzusetzen, so ist dies geschehen teils wegen der Konsolidierung, die in der die drei Gewerkschaften vereinigenden föderativen Struktur erzielt wurde, teils weil die Verteidigung der scala mobile . . . bis jetzt das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitern und den gewerkschaftlichen Spitzen unverändert gelassen hat. Aber man sollte die Bedeutung des disziplinierten Verhaltens nicht gering veranschlagen, das die Mitglieder des PCI in der Gewerkschaft beibehalten . . ., das auch das Verhalten der anderen Arbeiter beeinflußt hat." [19]) Für die CGIL warnt ihr Sekretär L. Lama vor der Verbreitung von Resignation und Fatalismus und der Gefahr einer Entfremdung zwischen der italienischen Bevölkerung und ihren Organisationen. „Es droht sich auch im Süden Italiens eine Art Resignation, eine Art fatalistischen Abwartens Bahn zu brechen, die einen gefährlichen Raum läßt für wütende und isolierte Reaktionen, die das Land zu schweren Zusammenstößen führen könnte. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter und die demokratischen politischen Kräfte sich ganz klar das Beschäftigungsproblem als allererstes Problem stellen . . . wir müssen den Beweis erbringen, daß auch in diesem Feld Erfolge erkämpft werden können, um ein Vertrauen zu nähren, daß sich abzuschwächen droht." [20])

Seit zwei Jahren mindestens davon beeinflußt, daß Presse, Regierung und PCI immer wieder auf die Schwere der Krise und die Notwendigkeit der Austerity-Politik hinweisen, sind die Arbeiter bereit, Opfer zu bringen für den Wiederaufschwung der Wirtschaft, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Arbeitgeber versuchen z. Z. keine Offensive, denn die gestiegene Arbeitsproduktivität hat seit Sommer 1976 einen konjunkturellen Profitaufschwung ge-

18) „Unità" vom 21. 10. 1976.
19) Mskr. der Rede, S. 2 f (Consiglio Generale der Federpubblici-CISL, 28 febb. – 1° marzo 1977).
20) „Rinascita" v. 8. 4. 1977, S. 1.

bracht, sie erlauben eine „Atempause" wegen der schon erbrachten gewerkschaftlichen Zugeständnisse und schließlich wegen der politischen Lage. Aber diese Übergangsphase muß genutzt werden zur Entwicklung einer eigenen Strategie der Gewerkschaften, wie die Restrukturation der italienischen Wirtschaft vorgenommen werden soll. Alles deutet darauf, daß die Atempause für die Gewerkschaften zu Ende geht: Seit April sinkt die Produktion, Fabrikschließungen – besonders in Süditalien – häufen sich, weitere Arbeitsplätze gehen verloren. Zur Bewältigung der Probleme Italiens genügt weder eine Austerity-Politik noch der Ausbau des repressiven Instrumentariums des Staates, der Abbau der demokratischen Freiheiten, die der Inhalt der zu verteidigenden Ordnung sind. Mir scheinen die Probleme nur gelöst werden zu können, wenn mehr als bisher soziale und politische Phantasie darauf verwandt wird, nicht neue Formeln zu entwickeln, mit denen die parlamentarische Handlungsfähigkeit des Minderheitenkabinetts garantiert wird, sondern Initiativen zu entwickeln, die unmittelbar drängende soziale Mißstände angehen und konkrete soziale Ziele zur Erneuerung und Änderung der Gesellschaft weisen, Initiativen, die die Beteiligung der Bevölkerung zur Grundlage haben und die deshalb das Vertrauen in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bestätigen.

Die Ohnmacht der Diktatur und die Macht der Demokratie

Zur politischen Lage in Spanien nach den Parlamentswahlen

Von Sergio Vilar

Bei politischen Analysen empfiehlt sich Behutsamkeit, wenn es darum geht, Phänomene der politischen Konjunktur einzuschätzen. Wenn man ein Ereignis des Augenblicks nicht in Beziehung zu vorhergegangenen strukturellen Entwicklungen setzt, und wenn man nicht gleichzeitig die Tendenz beobachtet, die die Gesamtheit der sozialen Beziehungen der Gegenwart bei der Bildung einer neuen organischen Bewegung[1]) bestimmen kann, so ist seine Be-

1) Gramsci folgend, bezeichne ich als „organische Bewegung" den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Strukturen und Beziehungen von Klassen, die sich in einem langen Prozeß auf der ökonomischen, ideologischen und politischen Ebene konsolidiert haben und der nur durch zahlreiche wirksame konjunkturelle Bewegungen zu verändern ist und eine neue organische Bewegung mit einer eindeutigen Tendenz zur Hegemonie entwickeln kann.

deutung nicht vollkommen ersichtlich. Von nicht wenigen Soziologen, Historikern und Politologen werden die Geschehnisse auf eine oberflächlich-chronologische Weise abgehandelt; ebenso beunruhigend erscheint die „konjunkturelle" oder kurzzeitige Sichtweise, die bei vielen von ihnen vorherrscht: Pauschal und „für immer" werden Ereignisse als positive (und sogar „revolutionäre") Phänomene bewertet, deren Auswirkungen auf lange Sicht sehr unsichere, negative und sogar konterrevolutionäre Elemente enthalten. Meine Position ist diesen „Konjunkturalismen" entgegengesetzt und in diesem Sinne versuche ich, auch wenn ich – wie hier im Falle Spanien – die aktuelle Situation eines Landes untersuche, tiefer auf die Bedeutung und die Dialektik, die die Aktualität uns bei einer langzeitigen Sichtweise anbietet, einzugehen.

Die Ohnmacht der Diktatur

Die Diktatur Francos setzte sich mit Hilfe der Waffen durch, und wir, die Demokraten und Revolutionäre, haben die Demokratie durch das auf Massenaktionen gegründete Wort errungen. Die Absicht des Franquismus, ersichtlich aus zahlreichen Dokumenten, war es, folgende Hauptziele zu erreichen: den Liberalismus, das Freimaurertum, den Separatismus und den Kommunismus zu vernichten. Auf Grund dieser Quasi-Gespenster brach der Militäraufstand vom 18. Juli 1936 aus. Um Gespenster handelt es sich zumindest im Hinblick auf die letzten drei Fälle: die Ultrarechte verwechselte die gemäßigten Autonomiebestrebungen mit dem Separatismus; sie verwechselte die Sozialisten mit den Kommunisten; und die Freimaurer waren, entgegen den wirren Phantastereien des katholischen Integralismus, weit davon entfernt das politische Leben des Landes zu kontrollieren. Als wichtige Kraft bestand also nur die bedeutende liberale und fortschrittliche Strömung, die nach verschiedenen Versuchen während des 19. Jahrhunderts erneut versuchte, eine bürgerliche demokratische Revolution zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Die erste Phase der II. Republik (14. April bis 19. November 1933) ausgenommen, während der die Kommunisten einige linke Vorstöße unternahmen[2]), unterstützte auch die KP Spaniens diesen demokratisch-bürgerlichen Plan, was sie dazu zwang, sich gegen einige anarchistische und trotzkistische Gruppen zu wenden, die davon träumten „sofort" den „libertären Kommunismus" zu errichten.

Der auf die Unterdrückung dieser Gespenster abzielende „Aufstand" stellte sich somit in den Dienst der reaktionärsten Kräfte, die sich strikt weigerten, die Rationalisierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung Spaniens entsprechend den Richtlinien des in verschiedenen europäischen Ländern herrschenden liberalen kapitalistischen System durchzuführen. Das heißt, die Großgrundbesitzer und Bankiers, die Kirchenfürsten und Militaristen widersetzten sich aufs heftigste einer notwendigen Agrarreform, einer besseren Förderung der Industrialisierung des Landes und der Errich-

2) Einer der kommunistischen Slogans zu diesem Zeitpunkt war: „Nieder mit der bürgerlichen Republik, es leben die Sowjets!"

tung einer den infrastrukturellen Veränderungen entsprechenden Staatsform. Die systematische Unterdrückung der Liberalen, der Sozialisten, der Kommunisten, der Anarchisten und der Autonomisten setzte sich nach dem Krieg mindestens noch zwei Jahrzehnte (1939–1959) mit äußerster Härte fort. Bis 1975/76 haben die Franquisten weiterhin die repressiven Methoden angewandt, auch wenn man seit 1966 eine gewisse Toleranz bezüglich der gemäßigten Kräfte der Opposition beobachten konnte (aber sogar in dieser letzten Phase ist auch die Zahl der fortschrittlichen Christen, die verhaftet, mißhandelt und eingesperrt werden, beträchtlich. Trotzdem rufen Konterrevolutionen wie die franquistische, auf kurz oder lang, antagonistische Wirkungen bei den Unterdrückten hervor. In diesem Sinne ist der Fall der Diktatur Francos sehr aufschlußreich:

a) die Autonomiebestrebungen unter den Katalanen, den Basken und den Galiciern waren von 1931 bis 1936 gemäßigt, haben sich aber während des Franquismus entwickelt und zugespitzt, insbesondere im Baskenland, wo sie sich in der ETA organisiert haben, einer Bewegung, die den bewaffneten Kampf praktiziert. Etwas, das während des ersten Drittels des 20. Jhs. unvorstellbar war. Mehr noch: die Autonomiebestrebungen und föderalistischen Pläne haben sich auf andere iberische Gebiete ausgeweitet wie z. B. Valencia, Andalusien, Aragon, die Kanarischen Inseln, etc., die während der II. Republik kaum derartige administrative und politische Probleme aufgeworfen hatten.

b) auch wenn die Kommunisten von 1931 bis 1936 im Verhältnis zu den großen sozialistischen und anarchistischen Organisationen eine kleine Partei waren, so stellte die KP Spaniens in der Zeit des Franquismus die organisierte und militante Mehrheit der Linken dar (obwohl sie, wie wir später sehen werden, wenig Unterstützung bei den Wahlen erhalten hat).

c) wir können zwar keine genauen Statistiken über die Verbreitung der Ideen des Freimaurertums während des Franquismus anführen, es steht aber fest, daß die Massen sich dem Einflußbereich der katholischen Kirche allmählich entziehen.

d) der Francodiktatur ist es auch nicht gelungen, den Liberalismus zu unterdrücken. Im Gegenteil: Die Ironie der Geschichte geht soweit, daß heute viele der ehemaligen Minister, Staatssekretäre, Generaldirektoren und hohen Beamten der Diktatur als Liberale auftreten und sich scheinbar bereit zeigen, ein demokratisches ökonomisch-politisches System aufzubauen, womit man 1931 begonnen hatte und das sie selbst in einem langen blutigen Bürgerkrieg zerstört haben (1936–1939).

Man kann argumentieren, daß mit dem Sieg der Volksfront (Februar 1936) dieses bürgerlich-demokratische System sich auf fortschrittlichere soziale Formen und in Richtung auf eine sozialistischen Gesellschaft hin bewegte. Ich vertrete demgegenüber die Auffassung[3]) – daß unter der Bedingung der Ver-

3) Siehe meine Doktorarbeit in politischer Soziologie: „Dictature militaire et fascisme en Espagne – origines, reproduction, luttes", Universitè de Paris 1974.

wirklichung fortschrittlicher Reformen – die wirtschaftlich herrschenden Klassen Spaniens keinen bewaffneten Aufstand benötigten, um dieser Tendenz entgegenzuwirken und um danach in eine kapitalistische Produktionsweise einzupendeln. Die seit ihrem Entstehen im 19. Jahrhundert politisch und ideologisch schwache und verantwortungslose Großbourgeoisie ging den Weg der Waffen, um ihre Interessen zu verteidigen, obwohl sie meiner Ansicht nach ihre Interessen weiterhin auf zivilisierte Weise, durch Wahlen, hätte verteidigen können. Dies hätte Spanien den Bürgerkrieg und seine zerstörerischen Folgen erspart, die sich auf wirtschaftlicher Ebene noch bis in die fünfziger Jahre zeigen und an deren Beseitigung wir auf politischer Ebene noch heute arbeiten. Dies alles offenbart, daß Konterrevolutionen nicht nur bei den direkt Betroffenen antagonistische Effekte hervorrufen, sondern daß diese Diktaturen am Ende auch den kapitalistischen Interessen schaden, für deren Durchsetzung sie unternommen wurden. Mindestens seit 1966 fordern auf ihre Art und mit ihren Mitteln verschiedene bürgerliche, christdemokratische und sozialdemokratische Gruppen die Wiedererrichtung eines demokratischen Systems. Daher die Ohnmacht jeglicher Diktatur und jeglichen Staates, den der Versuch, die Dynamik der Geschichte aufzuhalten, blind macht. Zu meinen, man könnte die Geschichte zum Stehen bringen, ist, als hoffe man, die Landschaft mit Türen verschließen zu können.

Die Eroberung durch Worte

Ohne einen Schuß, ohne Gewalt, haben wir den Frieden erobert, die Demokratie erlangt. Die Wahlen vom 15. Juni 1977 sind der entscheidende Beweis. Das ist eine außerordentliche historische und politische Lehre, die um so bedeutender ist, als wir uns weigerten, Gewalt anzuwenden, obwohl wir seit Jahrzehnten auf Gewalt reagieren mußten: allen Kräften, die uns ohne Erbarmen und ohne jegliche Vernunft behandelt haben, haben wir vernünftige Argumente entgegengesetzt und eine friedliche Antwort gegeben. Auf die primitive Zerstörung haben wir mit zivilisierender Konstruktivität geantwortet. Zusammen mit den wichtigsten Führern der demokratischen Kräfte, von den fortschrittlichen Katholiken bis zu den Kommunisten, konnte ich Tag für Tag sehen, wie Worte sich Schritt für Schritt in materielle Präsenz wandelten. Wir haben gesehen, wie alle verbotenen Worte sich ihren Weg bahnten: von den Katakomben bis auf die erste Seite der Zeitungen, von der Krypta der Kirchen – wo viele von uns als Krypto-Marxisten begannen – bis in die Sportpaläste, die Stierkampfarenen, die Parks, wo die letzten Versammlungen stattfanden. Auf diese Weise verwandelten sich die Grüppchen, die wir anfangs bildeten, in Massenbewegungen; die Zusammenkünfte im Untergrund sind zu Versammlungen mit hunderttausenden von Menschen geworden. Die Worte haben die gesellschaftliche Wirklichkeit erobert. Manchmal trafen wir Leute, die diese Worte nicht einmal hören wollten: wenn wir Meinungsfreiheit forderten, wenn wir freie politische Parteien forderten, wurden sie wütend. Es gab Fortschritte und Rückschritte, aber man setzte immer erneut an, um wieder ein Stück voranzukommen (trotz der „Verluste", d. h. trotz neuer

Verhaftungen und Leuten, die ins Exil mußten). In einem Prozeß „friedlicher Penetration" fanden die demokratischen Worte ihren Eingang in die Redaktionen der Zeitschriften, in die Beschlüsse der Verwaltungsräte des Großkapitals, ja sogar in die Streitkräfte.

Sicher hielten uns einige für verrückt, mindestens für verklärt, für Träumer von sehr entfernten Wirklichkeiten die sich vor zwanzig Jahren, ja sogar vor zehn und fünf Jahren noch nirgends andeuteten. Es waren wirklich einige Tropfen „Wahnsinn", des Erträumens neuer gesellschaftlicher Realitäten notwendig, um das zu tun, was wir im vollen Bewußtsein taten, daß unser demokratisches Handeln uns am Ende ins Gefängnis, ins Exil oder in den Untergrund bringen würde. Unsere einzigen „Waffen" waren die Worte, die von „ihnen" mit der grausamsten Härte beantwortet wurden. Wir haben nie aufgehört – wenn nötig mit leiser Stimme, aber immer dem Sinn der Worte treu bleibend – von politischen Parteien zu reden. Begriffe, die von ihnen mehr als dreißig Jahre lang verdammt wurden, bis sie durch uns ihre Meinung ändern mußten, werden jetzt schon von den Franquisten selbst benutzt (und dies im schlechtesten Sinne des Wortes). Und zusammen mit den politischen Parteien erobern entsprechend andere Schlüsselworte, wie „Sozialismus", „Selbstbestimmung" etc. die Wirklichkeit, die auch jahrzehntelang gefesselt waren und die heute neu erblühen.

Die Grundlage unseres Marsches zur Erringung der politischen Macht ist die freie ideologische Betätigung, sind die schöpferischen Kontroversen im Innern jeder ideologischen Strömung und zwischen den verschiedenen Tendenzen des demokratischen Denkens. Aufgehalten werden kann diese Eroberung der demokratischen Begriffe durch die in den letzten Monaten sich häufenden Versuche, ihre grundlegende Bedeutung zu verdrehen. Die stellvertretenden Diktatoren, die sich heute als Demokraten ausgeben, sind zahlreich. Die Verdreher des Franquismus konnten den Vormarsch unserer Worte nicht bremsen; unseren Worten gegenüber konnten sie ihre Konzepte nicht behaupten; mit jedem unserer ideologischen Stöße wurden ihre Worte rissiger; ihre Begriffe waren so dürr, daß sie jetzt, da sie ohne „Führer", ohne „Quellen" und jedesmal schwächer sind, versuchen, die Fruchtbarkeit unserer Begriffe zu absorbieren und ihnen eine Bedeutung zu geben, die sie niemals hatten. Die franquistischen Gegner haben noch immer große Chancen, das verlorene Terrain zurückzuerobern. Und sie streben dies auf der Ebene unserer eigenen Begriffe, mittels der Übernahme fast aller unserer Worte an. Heutzutage bezeichnen sich viele der alten Franquisten nicht nur als „Demokraten", sondern auch als „Sozialdemokraten", als Anhänger der „Menschenrechte" und sogar auch als ein bißchen „sozialistisch" und „links". Die demokratischen Kräfte müssen sich sehr in acht nehmen vor all diesen konfusen Verdrehungen der Sprache. Vor allem, da die Franquisten noch nicht besiegt sind und sicherlich in vielen Fällen noch nicht überzeugt sind von dem fruchtbaren schöpferischen Frieden unserer Worte.

Eine „reforma rupturista"

So wie es vorhersehbar war, mündeten die Wahlen vom 15. Juni 1977 in einer „reforma rupturista"[4]) oder wenn man es lieber auf eine andere Weise bezeichnen möchte: eine „ruptura reformista" (ein reformistischer Bruch). Weder die Thesen, die die Franquisten – insbesondere nach dem Tod des Diktators (20. November 1975) – vorschlugen, noch die Vorschläge der demokratischen Opposition haben sich voll durchsetzen können. Auf seiten der Franquisten plante man nur eine Evolution, langsam und unentschlossen, hin zu pseudo-demokratischen Formen; auf seiten der Opposition forderte man den demokratischen Bruch, die sofortige Wiedereinsetzung aller allgemeinen Freiheiten und die Konstituierung einer provisorischen Regierung, die volle Wiederherstellung der Demokratie sichern soll. Auch wenn es die Franquisten waren und weiterhin sind, die Stück für Stück Terrain aufgeben mußten, die ihre neo-diktatorischen Positionen verlassen haben, so haben sie es mit genügender Gewandtheit getan, um nicht alles, was die Führer der demokratischen Parteien forderten, zugestehen zu müssen. Mehr noch: Auch wenn es die Franquisten sind, die ihre despotischen Strukturen zurücklassen mußten und sich in das Terrain der Opposition, auf den Boden der Demokratie, begeben mußten; auch wenn sie selbst zur endgültigen Zerstörung der Institutionen der Diktatur beitragen mußten, so machen sie es mit einer auffälligen Gewandtheit, die es ihnen erlaubt, weiterhin auf allen Ebenen des Staates die politische Macht zu behalten. Die Gesellschaft hat sich demokratisiert, der Staat beginnt, demokratisch zu funktionieren und in den nächsten Monaten kann dieser Staat zu einem mehr oder weniger echten (innerhalb der bürgerlichen Charakteristika) demokratischen Staat werden, aber mit der beunruhigenden Besonderheit, daß in ihm, von den Ministern bis zu den Beamten, weiterhin die alten Franquisten die wichtigsten Zentren der tatsächlichen Macht innehaben.

Scheinbar hat sich in der aktuellen politischen Situation eine „Lösung" für den Gegensatz zwischen Reform und Bruch ergeben. Ohne im geringsten in Pessimismus zu verfallen, müssen wir zugeben, daß eine gewisse reformistische Tendenz im Staat vorherrscht. Wir befinden uns daher in einer etwas paradoxen Lage: trotz der starken Mobilisierung des Volkes zugunsten der Wiederherstellung einer authentischen Demokratie ist es nicht gelungen, im Staat momentan mehr als nur reformistische Ergebnisse zu erreichen. Warum? Diese komplexe Dialektik der politischen Wirklichkeit Spaniens entkräftet keineswegs die Thesen vom „demokratischen Bruch", die m. E. im Gegenteil erneut auf die Tagesordnung zu setzen sind. Wir müssen sie subtiler und auf lange Sicht hin entwerfen.

Niemand sollte sich über die relative Vorherrschaft des Reformismus wundern. Wenn wir mit einer gewissen Perspektive analysieren, so können wir beobachten, daß diese Tendenz zur Vorherrschaft des Reformismus eine lange

4) *(Anmerkung des Übersetzers:)* „reforma rupturista" ist nicht übersetzbar. Der Autor meint wohl damit die halbherzige Umsetzung der Forderungen der Opposition nach einem „demokratischen Bruch". Es handelt sich dabei um den 1. Teil eines Wortspiels, der 2. Teil „ruptura reformista" ist der Bedeutung nach dem ersten etwa gleichzusetzen.

Tradition hat. In anderen Texten[5]) habe ich ein Hauptursprungsdatum festgesetzt: das Jahr 1966. Nicht seit Monaten, sondern seit Jahren „öffnen" sich die Franquisten, ohne auf die Anwendung der einen oder anderen Unterdrükkungsformen zu verzichten, einer „Liberalisierung", einem Rhythmus entsprechend, bei dem sie sich fähig fühlen, die demokratischen Kräfte, zumindest die gemäßigtsten, in ihre Bewegung zu integrieren. Wenn der Franquismus es geschafft hat, die demokratischen Kräfte zu bremsen, hat er gleichzeitig eine Reihe pseudo-demokratischer Substitute angeboten (die Liste ist lang: Vom „Wettbewerb der Kriterien" zum „Kontrast der Urteile"; von der „Loyalen Opposition" zum Projekt der Schaffung von „politischen Vereinigungen", etc.) Nachdem sie die politischen Parteien bis zum letzten Augenblick angegriffen haben, zeigen sich die Franquisten ihnen gewogen, wenn: a) die Opposition droht, die Diktatur friedlich aus den Angeln zu heben; und wenn: b) die Franquisten sich in der Lage sehen, ihre eigenen „politischen Parteien" vorzustellen. Zusammengefaßt: die stellvertretenden „Caudillos" haben, wenn auch oft widerwillig, ihre reformistischen Pläne lange vorbereitet, und dies mit den mächtigen Mitteln, über die heute jeder moderne Staat verfügt. Bis zu einem gewissen Punkt müßte man ihnen gratulieren, daß sie endlich „entdeckt" haben, was viele Spanier seit vierzig und mehr Jahren predigen: daß das demokratische System eine der Diktatur überlegene gesellschaftliche Organisationsform ist. Aber die Franquisten, die weiterhin an der Macht sind, werden sicherlich versuchen, zusammen mit demokratischen, aber rechten Kräften neue Verkleidungen oder Fassaden für alte Despotismen aufzubauen.

Aus all diesen Gründen sind demokratische „Brüche" noch notwendig und entscheidend. Im Augenblick hat sich nur *ein* (relativer) Bruch auf der Ebene der Legislative vollzogen: Seit dem 15. Juni können wir mit zahlreichen Abgeordneten im Parlament rechnen, die Demokraten sind; die Mehrheit wird allerdings von den alten Franquisten kontrolliert. Und wenn es auch zutrifft, daß die Franquisten es verstanden haben, ihre politische Sprache zu ändern und sich die demokratische Terminologie anzueignen, so muß man noch abwarten, ob sie auch fähig sind, ihre praktisches Verhalten zu ändern. Und das werden wir in den nächsten Monaten sehen, wenn wir weitere „Brüche" durchzuführen haben: die Restrukturierung des Staates in Formen regionaler Autonomie oder bundesstaatlicher Organisation; die Suche nach Lösungsformen für die schweren sozio-ökonomischen Probleme; die grundlegende Reorganisierung des Ausbildungswesen usw.

Die mit dem demokratischen Bruch verbundenen Thesen stellen einen revolutionären Plan dar, einen Plan der friedlichen und auf den politischen Überbau beschränkten Revolution. Vom ersten Augenblick an habe ich mit all meinen Kräften diese Thesen unterstützt. Aber ich war immer gegen den Schematismus dieser (und anderer) Thesen, gegen ihre vereinfachende Prognostizierung der historischen Veränderungsprozesse, gegen ihre explizit oder implizit auf ein festes Datum bezogene Problemstellung. Der „demokra-

5) Vgl. meine Analyse über „Die Natur des Franquismus", Ediciones Peninsula, Barcelona 1977, S. 217 ff.

tische Bruch" läßt theoretische Einflüsse aus anderen historischen Prozessen (das Rußland von 1917, die europäischen Länder zum Ende des Zweiten Weltkrieges, etc.) durchsickern, in denen grundlegende Probleme des politischen Übergangs aufgrund objektiver Bedingungen in einer relativ kurzen Zeit gelöst werden konnten. Die objektiven Bedingungen der 70er Jahre und auch das Bündnissystem zwischen den politischen Tendenzen und den sozialen Klassen in Spanien bilden eine andere strukturelle Einheit, die nicht dieselben Ergebnisse hervorrufen kann. Da diese Situation gegeben ist (für deren Entstehung die demokratischen Kräfte mitverantwortlich sind), hätte man niemals nur einen, sondern mehrere „Brüche" vorschlagen sollen; ich bestehe darauf vor allem jetzt, wo sich die im Zusammenhang mit den „Brüchen" erforderlichen Schritte auf den verschiedenen Ebenen vervielfachen.

Welche Bedeutung haben die Ergebnisse der Wahlen?

Daß das „Partei" genannte bürokratische Machwerk UCD (Union der demokratischen Mitte), eine von Regierungspräsident Adolfo Suarez und einer Gruppe alter Franquisten im letzten Augenblick „erfundene" Partei, die Wahlen gewinnen würde, war leicht vorherzusehen. Was ist die UCD? Es ist augenscheinlich, daß sich hinter dem Wort „Mitte" die Mehrheit der ehemalig franquistischen Rechten versteckt, die sich entschlossen hat, sich dem demokratischen Spiel anzuschließen. Aber man muß dies tiefergehend analysieren: Die UCD setzt sich aus dem Hauptkern der Vertreter des staatsmonopolistischen Kapitals zusammen. Der relative Sieg dieser Männer des staatsmonopolistischen Kapitals bedeutet gleichzeitig die Verfestigung der Vorherrschaft der wirtschaftlichen und politischen Interessen des nordamerikanischen Imperialismus. Wie man weiß, hat die Mannschaft Präsident Carters ihre Außenpolitik neu formuliert (Kritiken und Ermahnungen an die Adresse der lateinamerikanischen Diktaturen; Verurteilung der Interventionen vorhergehender amerikanischer Regierungen in anderen Ländern – z. B. Chile –; und neue, scheinbar tolerantere Erklärungen im Hinblick auf eine mögliche Beteiligung von Kommunisten an westeuropäischen Linksregierungen). Deswegen setzt Carter in Spanien, mit Hilfe eines geschickten konservativen Politikers wie Suarez, auf die Karte der Demokratie.

Die unversöhnlichsten der Franquisten, die von der Zeit, in der wir leben, nichts wissen wollen und nicht einmal diese gewisse Veränderung in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten bemerkt haben, haben sich unter der Parteibezeichnung „Alianza Popular" (Volksallianz) zusammengeschlossen; sie haben eine Niederlage bei den Wahlen einstecken müssen, obwohl sie die meisten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit hatten. Dies muß man hervorheben, denn wenn diese Franquisten gewonnen hätten, hätten sie wieder ein diktatorisches System eingerichtet.

Die anderen großen Verlierer sind die Christdemokraten. Dies bedeutete für viele eine Überraschung, aber es war vorherzusehen. Schon seit längerer Zeit stellen sich die spanischen Christdemokraten als „linke" Kraft dar (vor allem im Vergleich zu den deutschen und italienischen Christdemokraten), die so-

gar mit dem Marxismus kokettiert. Kurz vor den Wahlen vollzogen die spanischen Christdemokraten eine Drehung nach rechts: zu spät aber, um die bürgerlichen Massen, die kleine und mittlere Bourgeoisie, die auf die eine oder andere Weise die Stütze der Diktatur Francos waren, anzuziehen. Zu der Zerstörung der christdemokratischen Kräfte, die sich seit Jahrzehnten in der Opposition befinden, hat auch der direkte oder indirekte Druck des staatsmonopolistischen Kapitals und des Imperialismus beigetragen. Dies ist ein weiteres praktisches Beispiel dafür, wie der Monopolkapitalismus nicht nur die Arbeiter benachteiligt, sondern auch die nicht-monopolistische Bourgeoisie und ihre politischen Vertreter, die eine in gewissen Grenzen fortschrittlichere Politik vorschlagen. (Die einzigen wirklichen Zentrumskräfte – Christdemokraten im Baskenland und Sozialdemokraten in Katalonien – haben bei den Wahlen dank ihrer guten Aussagen über die nationalen Probleme dieser Regionen besser abgeschnitten).

Die KP Spaniens hat einen bescheidenen dritten Platz erringen können, und das vor allem dank des überwältigenden Erfolgs, den die Kommunisten Kataloniens, die Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens (PSUC), erreicht haben. Während die Kommunisten in Katalonien 20% der Stimmen erhielten und damit bewiesen, daß sie die stärkste Partei ganz Kataloniens sind (da es sich bei den anderen um Koalitionen handelte), erreichten die Kommunisten im restlichen Spanien nicht mehr als 5%. Von den 20 Abgeordneten, die die KP insgesamt in Spanien durchgebracht hat, sind 8 aus Katalonien, während sie in Gebieten mit einer langen Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung, wie dem Baskenland, keinen einzigen durchbringen konnte; in einem Gebiet mit nationaler Problematik wie Galicien, wo sich Industriezentren entwickeln, hat die KP ebenfalls keinen Abgeordneten durchgebracht. Andererseits sind die 3 kommunistischen Abgeordneten, die sie in Madrid erhielt, wenig im Vergleich zu ihrer Kampfkraft in dieser Stadt, denn Madrid ist nicht nur eine Beamtenstadt, es hat sich in den letzten Jahren hauptsächlich in eine Industriestadt verwandelt, in der die Arbeiterklasse die zahlenmäßig wichtigste Klasse ist. Die sehr unterschiedlichen Ergebnisse der KP Spaniens und der PSUC erfordern eine genaue Analyse der Führungsformen der einen und der anderen Partei und ebenso die Analyse ihres Verhältnisses zu den Massen. Wenn man diese Ergebnisse nur mit den vierzig Jahren antikommunistischer Propaganda begründet, so ist dies eine sehr oberflächliche Erklärung und in jeder Hinsicht ungenügend.

Der zweite große Sieger der Wahlen ist die PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei). Diese Partei hat 119 Abgeordnete erhalten. Die PSOE ist die älteste Arbeiterpartei Spaniens. Bis zu den Jahren 1972–1974 konnte sich die Partei auf eine nur geringe Mitgliederzahl stützen; danach ist die Zahl ihrer Mitglieder schnell angewachsen. Gleichzeitig hat die PSOE umfangreiche Hilfe der SPD und anderer sozialistischer und sozialdemokratischer Kreise aus dem Ausland erhalten. Diese Mittel sind während der Wahlkampagne besonders deutlich sichtbar geworden, bei der die Sozialisten eine Propaganda größten Ausmaßes durchführten. Trotz dieser Einflüsse von außen existieren in der PSOE starke Strömungen marxistischer Mitglieder, die in der Zukunft

die PSOE auf Positionen bringen können, die sicherlich im Widerspruch zu den Plänen Willy Brandts und Helmut Schmidts stehen.

Eine andere sozialistische Partei, die PSP (Sozialistische Volkspartei) hat 6 Abgeordnete erhalten. Die PSP, die zur Einheit mit den anderen Sozialisten auffordert, unterhält Beziehungen zu ähnlichen Organisationen, insbesondere in Ländern der Dritten Welt, und möglicherweise orientiert sie sich in Richtung einer Partei nach dem Stil der französischen PSU (in der PSP befinden sich hervorragende marxistische Intellektuelle.)

Zusammenfassend kann festgehalten werden: die von jeher demokratischen Kräfte stellen eine wichtige Minderheit dar gegenüber der relativen Mehrheit der „zivilisierten" Rechten (d. h. derjenigen, die sich als „Mitte" darstellen möchten, um besser die franquistische Vergangenheit zu vertuschen) und der expliziten oder impliziten Unterstützung, mit der diese seitens der Abgeordneten der „Alianza Popular" rechnen können, die weiterhin eindeutig, aber jeden Tag kraftloser und mit weniger Enthusiasmus, die franquistische Vergangenheit zurückfordern. Das jetzige spanische Parlament ist folgendermaßen zusammengesetzt: Die Linke (Sozialisten und Kommunisten) verfügt über 37,4% der Abgeordneten; die echte Mitte (d. h. die baskische und die katalonische Nationalistische Partei und die Christdemokraten) über 6,3%; und die Rechte (die UDC des Präsidenten Suarez und die anderen alten Franquisten der Alianza Popular) über 53,3%. – Die wahrhaft demokratische Minderheit hat also 44%. In großen Zügen ähnelt das neue demokratische Parlament Spaniens sehr den Parlamenten anderer Länder des südlichen Europas, insbesondere denen Frankreichs und Italiens. In Frankreich hat die Linke 37,3%, die Mitte 11,5% und die Rechte 51,0%. In Italien besitzt die Linke 46,8% der Parlamentssitze, die Mitte 4,6% und die Rechte 48,5%. Es ist lehrreich, sich bewußt zu machen, daß in Spanien und in Frankreich die Hauptkraft der Linken im Parlament die sozialistischen Abgeordneten sind, während in Italien es die Kommunisten sind, die die bedeutendste Gruppe der Linken anführen.

Die neue organische Bewegung der Demokratie

Der mit Francos Diktatur unternommene Versuch, die freie Dynamik der Geschichte eines ganzen Volkes in eine erstickende Umklammerung zu nehmen, erwies sich als wirkungslos. Weder der Bürgerkrieg noch die jahrzehntelange systematische Unterdrückung konnten den ständig zunehmenden und massiven Vormarsch der demokratischen und revolutionären Avantgarden bremsen. Auf diese Weise öffnen wir in Spanien der Zukunft erneut die Türen, aber die Demokratie muß noch aufgebaut werden. Trotz der ermutigenden Ergebnisse der Wahlen bleibt noch fast alles zu tun. Ohne Zweifel gibt es in der Gesellschaft genügend fortschrittliche Kräfte, um die endgültige Errichtung der Demokratie durchzusetzen. In den Bereichen des staatlichen Überbaus sind diese Kräfte aber noch schwach. Andererseits muß man sich bewußt machen, daß die beginnende bürgerliche Hegemonie schwach, ohne echte demokratische Praxis und noch schwankend ist.

In den nächsten Wochen und in nicht fernen anderen Konjunkturen werden wir beobachten können, inwieweit der Wandel der politischen Terminologie, den zahlreiche Franquisten und andere rechtsstehende Personen vor kurzem vollzogen haben, einem wirklichen Wandel in dem sozio-ökonomischen und institutionellen Verhalten entspricht. Wir werden das bald erfahren – angesichts der schweren wirtschaftlichen Krise, die sich noch erheblich verschärft: die Inflation[6]) sowie die Zahl der Arbeitslosen[7]) ist etwa doppelt so hoch wie die der anderen europäischen Länder. Wenn das Eindringen des imperialistischen Kapitals sich weiter zuspitzt, wird sich die Zurückdrängung des nationalen Kapitals, die technologische Abhängigkeit etc. verschärfen, und gleichzeitig werden sich der Handlungsspielraum und die Möglichkeiten für einen Kompromiß zwischen den verschiedenen sozialen Klassen verringern. Mit anderen Worten: die Wahrscheinlichkeit großer sozialer Konflikte wird zunehmen. Aus all diesen Gründen muß die Volksbewegung, vor allem die Linke, weiterhin wachsam bleiben, wenn wir erreichen wollen, daß die ultrakonservative und antidemokratische Last der Vergangenheit verringert wird und die neue organische Bewegung der Demokratie sich endgültig konsolidiert.

Humanisierte Arbeit?*)

Kritik sozialpsychologischer Strategien zur Humanisierung der Arbeitswelt

Von Holm Gottschalch

I

Die Flut von Publikationen zur Humanisierung der Arbeit nimmt kein Ende. Die ökonomische Krise der letzten beiden Jahre scheint sie nur geringfügig und vorübergehend zu dämmen. Allerorten in der Öffentlichkeit und in den Medien, einhellig von linker, liberaler oder auch konservativer Seite, von den

6) Zwischen Januar und April 1977 betrug der offizielle Preisanstieg in Spanien 9,23%, das bedeutet über 2% monatlich. Die wirkliche Prozentzahl ist sicherlich höher.
7) Wir nähern uns in Spanien einer Zahl von 10% Arbeitslosen.

*) In diesem Beitrag werden überarbeitete Teile meiner Diplomarbeit vorgelegt: „Die Psychologie des Job Design – Untersuchungen zum Charakter der Lohnarbeit am Beispiel motivationsgerechter Arbeitsgestaltung als Versuch der Systemsanierung" (1974).

Gewerkschaften und vom Kapital wird die Forderung erhoben, die Arbeitswelt menschlich zu gestalten, die Arbeit zu „humanisieren". Schon dieses Unisono ist ein sehr bedeutsamer und erklärungsbedürftiger politischer Vorgang. Es tauchen indes keine prinzipiell neuen Vorschläge zur Arbeitsorganisation mehr auf dem Feld und zum Zweck der Humanisierung auf. Vielmehr erscheinen nunmehr meist Fallstudien und Berichte über konkrete Versuche mit neuen Organisationsformen in Industrie und Verwaltung. Nach der Anfangsphase starker wissenschaftlicher und publizistischer Propagierung der neuen Organisationsformen in euphorischem Grundtenor in den ersten 70er Jahren wird nunmehr – unter anderem subventioniert durch die Millionenbeträge der Bundesregierung – in vielen Betrieben umgestellt und erprobt. Andererseits müssen die Formen der Arbeitshumanisierung im Sinne z. B. des Lohnrahmentarifvertrags für die Metallindustrie Nordwürttemberg-Nordbaden vom November 1973 gewerkschaftlich hartnäckig erkämpft und umgesetzt werden – diese Verbesserungen fallen den Arbeitenden nicht in den Schoß, werden ihnen nicht aufgedrängt. Mit diesen handfesten Formen der Humanisierung als Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen, als Festsetzung von Mindestlöhnen und Lohnformen, als Verhinderung der Intensivierung, Schutz der Arbeitskraftverausgabung und Qualifizierungsforderungen wollen wir uns hier nicht auseinandersetzen[1]). Hier sollen – bei gebotener Kürze recht thesenartig – nur die Probleme bestimmter *sozialpsychologisch begründeter Formen der Arbeitsorganisation* behandelt werden, die in den letzten Jahren hauptsächlich aus den USA bekannt wurden.

Inzwischen liegen einige Kritiken der Humanisierung als industrieller Sozialtechnik vor, auch solche, die mit dem Anspruch marxistischer Gesellschaftstheorie auftreten. Was kann eine nochmalige Kritik dieser Job Design Techniken nützen? Ist es für eine dieser „Humanisierungsbewegung" adäquate Gewerkschaftspolitik notwendig, darauf zurückzukommen? – Einige Bemerkungen und Thesen sind darum erforderlich, weil drei Probleme in der Diskussion bisher noch nicht hinreichend geklärt worden sind: die bestimmte historische *Ursachenkonstellation,* die zur Herausbildung der Humanisierungsbewegung seit Anfang der 70er Jahre führte und die ein Grundproblem des kapitalistischen Produktionsverhältnisses, das Motivieren, auf eine neue Weise stellte; sodann eine das wirklich Arbeitserleichternde vom bloß Integrativen sondierende Einschätzung der Arbeitsorganisationstechniken und ihrer *konkreten motivierenden Inhalte* im Zusammenhang der Produktivkraftentwicklung; schließlich die Bestimmung der historischen Bedeutung dieser Entwicklung von Arbeitsorganisationsformen der mechanisierten, taylorisierten Industriearbeit und ihrer Perspektive im *Verhältnis zur Umwälzung durch Automatisierung der Produktionsweise.* Alle drei Fragen sind grundlegend für eine gewerkschaftliche Humanisierungspolitik.

II

Die *Symptome* sind bekannt: in Industriebetrieben mit mechanisierter Massenfertigung, mit einfachen Hand- und Montagearbeiten und Fließbandproduktion treten Fluktuations-, Absentismus- und Krankheitsraten, Ausschuß-

produktion, Disziplinarfälle, Sabotage, Streiks und sogenannte „wilde" Streiks in einem Ausmaß auf, das die Rentabilität dieser Produktion überhaupt in Frage stellt. Die resultierenden Kosten für den variablen Kapitalanteil, für Ausschuß und Stillstand, für Kontrollen und Ersatzmaßnahmen übersteigen häufig das für das Kapital noch tragbare Maß. Die Berichte und Zahlen aus süd-, west- und nordeuropäischen Werken besonders des Automobilbaus oder der Konsumgüter und Büromaschinen montierenden Elektroindustrie vermitteln das Bild einer dahinsiechenden Produktion[2]). Die Arbeitsformen und Organisationsstrukturen der massenfertigenden und -montierenden Industriebetriebe werden menschenunzuträglich genannt. Die Dimensionen des Syndroms werden so groß eingeschätzt, daß nicht nur auf negative Folgen für den einzelnen Arbeitenden sowie das ihn anwendende Kapital hingewiesen wird, sondern auch für den Bestand der Gesellschaft insgesamt Kosten und Konsequenzen der nach tayloristischen Methoden organisierten Arbeit befürchtet werden.

Diese Meldungen werden nur noch übertroffen von Berichten über eine fast schon bürgerkriegsähnlich anmutende Situation in manchen Produktionszweigen in den USA. In der Studie „Work in America" eines 10köpfigen Autorenteams, das im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt der USA die sozialen Folgen der gegenwärtigen industriellen und verwaltenden Arbeitstätigkeiten und der „Arbeitswelt" allgemein untersuchte[3]), werden die bis zur Sinnlosigkeit aufgesplitterten Operationen, die stereotypen, monotonen Routinearbeiten bei Millionen von Arbeitskräften als Ursache für das Entstehen von Unzufriedenheit, Enttäuschung, Verbitterung und Entfremdung angesehen. Man unterscheidet zwei Reaktionsweisen auf diese Arbeitssituation: „. . . je demokratischer und selbstsicherer ein Individuum ist, desto weniger wird es eine langweilige, dehumanisierende und autoritäre Arbeit ertragen. Unter derartigen Bedingungen werden die Arbeiter entweder protestieren oder mit beträchtlichen Kosten für ihre psychische Gesundheit aufgeben. Ärger, welcher nicht ausbricht, wird gefroren in schizoiden, depressiven Charakteren, die in allgemeine Entfremdung, Drogen und Phantasien flüchten."[4]) Die subjektiven Folgen für das Individuum drücken sich – unübersetzbar – im „blue-collar blues" aus[5]). Damit ist ein Syndrom zahlreicher arbeitsplatzbedingter Pathologien gemeint: „Politische Entfremdung, gewalttätige Aggressionen gegen andere, Alkoholismus und Drogen-

1) Vgl. K. Stern, „Humanisierung der Arbeit" – Eine Erwiderung auf J. Hund, in: „Sozialistische Politik", 34/35, Mai 1976, S. 167.

2) Publizistisch in den Mittelpunkt der Humanisierungskampagne gerückt, ist das Fließband quantitativ ein Randproblem der Industriearbeit: „Nur fünf Prozent aller voll berufstätigen gewerblichen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik mit West-Berlin arbeiten am Fließband. Das geht aus einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hervor. Auf die Frage ‚Arbeiten Sie am Fließband?' antworteten 3 Prozent der befragten Arbeiter und 13 Prozent der befragten Arbeiterinnen mit ‚Ja'." „Blick durch die Wirtschaft" v. 3. 7. 1973. In der Metallindustrie arbeiten – nach Auskunft von Sprechern der Branche – weniger als 20% der Beschäftigten am Fließband; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 9. 4. 1974. „In den USA arbeiten etwa 2% der Werktätigen tatsächlich an Fließbändern im engeren Sinne, in der Bundesrepublik sind es maximal 3 bis 4%", schätzt E. Pieroth in: Die 8 Stunden am Tag, München 1974, S. 11.

3) Work in America; Report of a Special Task Force to the Secretary of Health, Education, and Welfare, prepared under the Auspices of the W. E. Upjohn Institute for Employment Research. Hrsg. Elliot L. Richardson, Cambridge/Massachusetts, and London, 1973. Deutsch: Die 8 Stunden am Tag, vgl. Anm. 2.

4) Work in America . . ., a.a.O., S. 22.

5) Work in America . ., a.a.O., S. 30.

mißbrauch, seelische Depression, eine ganze Reihe physischer Krankheiten."[6]) Die Zunahme von Arbeitsunfällen und unmittelbar arbeitsplatzbedingter psychischer Krankheiten dokumentieren die subjektive Unverträglichkeit der übermäßig rationalisierten Arbeit und Organisation. Der menschenunwürdige und -inadäquate Charakter der hochgradig zersplitterten Arbeitsoperationen schlägt sich in Demotivierung und neurotischen Reaktionen nieder[7]). In den USA scheinen die gesamtgesellschaftlich zu tragenden Kosten bis zu einem Ausmaß gestiegen zu sein, daß man sie mit den für den Umweltschutz und die Sicherung ökologischer Existenzbedingungen der Gattung notwendigen Aufwendungen vergleichen zu müssen glaubt. Die Sicherung der psychischen und physischen Gesundheit der arbeitenden Menschen ist zu einem vordringlichen Problem geworden. Darin liegt der besondere historische und politische Stellenwert der Studie des Gesundheitsministeriums der USA. Sie dokumentiert: der Gesellschaft werden die Folgelasten der rücksichtslosen kapitalistischen Ausplünderung gesellschaftlicher Produktivkräfte zu groß und langsam untragbar. Die Gesellschaft kann sich das Kapital nicht mehr leisten.

Aus den Katastrophenmeldungen geht hervor, daß die durch traditionelle Rationalisierungsmethoden entstandenen industriellen Arbeits- und Organisationsformen an eine historisch-moralisch bestimmte Grenze im Menschen selbst stoßen, die die der maximalen Ertragbarkeit genannt werden könnte. Jenseits dieser Grenze rufen weitere Belastungen psychische Krankheitssymptomatiken hervor, lösen Kurzschlußreaktionen bei der Arbeit aus oder haben bewußte, heimliche Sabotage zur Folge. Diese Grenze scheint heute erreicht und überschritten, wenn dem Menschen nur noch Lücken schließende, ergänzende Zureich- und Montagetätigkeiten in der mechanisierten und *teil*-automatisierten Produktion verbleiben. Die dabei zugedachten übriggebliebenen Arbeitsfunktionen unterfordern den Menschen durch Vereinseitigung offenbar unerträglich. Die Arbeitenden reagieren auf stumpfsinnige, eintönige, repetitive Teilarbeiten, besonders simple Montagetätigkeiten und eine Stellung zur Maschinerie als nur ergänzender Bestandteil oder Anhängsel mit der Symptomatik der industriellen Pathologie. Man könnte dies die Unvereinbarkeit übermäßig taylorisierter Arbeitsplätze mit der menschlichen Natur nennen.

III

Welche *Ursachen* trieben diese Symptome hervor? *Wofür* sind sie kennzeichnend? Es wurden bereits übermäßig vereinfachte, fragmentierte, anspruchslose Arbeitsformen genannt. Im Laufe der Produktivitäts- und Effizienzsteigerung der Arbeit durch die Entwicklung der industriellen Arbeitsteilung gemäß Taylors Prinzip des Primats der Maschine, an die die Menschen angepaßt und eingefügt werden, deren Anhängsel sie werden und deren Zwangsrhythmus ihnen aufgeherrscht wird, sind durch beständige Zerlegung und

6) Work in America . . ., a.a.O., S. 28.
7) In Work in America . . ., a.a.O., S. 219–253, findet sich eine Bibliographie der neueren Literatur zu diesem Themenkomplex.

Vereinfachung der Arbeitsprozesse an Maschinen, meist unter ständiger Aufsicht und strenger Vorschrift in der Betriebshierarchie, Arbeitsverrichtungen entstanden, die als kurzzyklisch, repetitiv, monoton, überspezialisiert, scheinbar bedeutungslos und langweilig qualifiziert werden. Diese Arbeitstätigkeiten beinhalten, insbesondere in der taktgebundenen Fließfertigung, minimale Fähigkeitsanforderungen und keinerlei Beanspruchung geistiger Art. Im Gegenteil, Taylors Arbeitsteilungsmethode besteht gerade darin, lebendige Arbeit dadurch einzusparen, daß Planungs- und Ausführungstätigkeiten systematisch voneinander getrennt werden. Durch wissenschaftliche Organisations- und Rationalisierungsmaßnahmen zur Reduktion des Arbeitsaufwands werden aus den Arbeitstätigkeiten alle Entscheidungs-, Erfahrungs-, Denk- und Selbständigkeitsmomente eliminiert. Nach den Regeln des „scientific management" finden diese Momente bis ins kleinste Detail ihre organisatorische oder auch maschineriemäßige Vergegenständlichung im Arbeitsausführungsplan; die Handarbeit wird aller Kopftätigkeiten entblößt[8]). Im Ökonomieprinzip von Gilbreth, welches alle nicht unmittelbar notwendigen Bewegungen als überflüssige qualifiziert und eliminiert, gipfelt die Auffassung von der menschlichen Arbeit als einer mechanischen Ergänzung der Maschinerie. Aus den Methoden der Arbeitsorganisation ergab sich ein entsprechendes Verhältnis des Management zu den Arbeitern, deren „natürliche Faulheit" und „systematische Arbeitszurückhaltung"[9]) bekämpft werden sollten: „Nur durch zwangsmäßige Einführung einheitlicher Arbeitsmethoden, durch zwangsmäßige Einführung der besten Arbeitsgeräte und Arbeitsbedingungen, durch zwangsmäßiges Zusammenwirken von Leitung und Arbeitern kann ein schnelleres Arbeitstempo gesichert werden. Die zwangsmäßige Einführung all dieser Dinge kann aber selbstredend nur Sache der Leitung sein."[10]) Derartige im Zuge der Mechanisierung und Teilautomatisierung entstandene Arbeitsarten sind nicht nur in der Industrie anzutreffen. Sie finden sich ebenso im Bereich der Büro-, Verwaltungs- und Dienstleistungsarbeit. Die sie ausübenden Menschen bezeichnen sie z. B. in einer Umfrage als „stumpfsinnig, belanglos, eintönig"; „ein Schwachsinniger könnte das tun"; sich selbst, der Persönlichkeit beraubt und die Initiative blockiert, nennen sie Automaten und Roboter[11]). In der taktgebundenen Fließbandfertigung – von Ford vor 60 Jahren eingeführt – findet die alle Arbeitsoperationen bis aufs einfachste zersetzende Arbeitsteilung ihren extremsten Ausdruck.

8) F. W. Taylor, The Principles of Scientific Management, 1912. Auch im Vergleich zu den neuesten westdeutschen, linkischen Versuchen der Taylor-Kritik (vgl. „Kursbuch" 43 und J. Mendner, Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M. 1975) ist die sorgfältig systembedingte, von produktivkraftbedingten Momenten sondierende Rezeption von J. Ermanski heute noch beispielhaft: Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylor-System, Berlin 1925, und: Theorie und Praxis der Rationalisierung, Wien 1928. Darstellung und Kritik des Taylorismus mit humanistischem Engagement findet sich klassisch bei G. Friedman, Grenzen der Arbeitsteilung, Frankfurt/M. 1959. Sehr nützlich neuerdings die differenzierte marxistische Analyse von D. M. Gvišiani, Management. Eine Analyse bürgerlicher Theorien von Organisation und Leitung, Frankfurt/M. 1974. Ferner nun auch in den USA eine marxistische Taylorismus-Kritik von H. Braverman, Labor and Monopoly Capital. The Degradation of Work in the Twentieth Century, „Monthly Review", 1974 Summer.

9) Taylor, zit. nach Braverman, a.a.O., S. 24.

10) Taylor, a.a.O., S. 86. Der Zwang war notwendig, insofern Taylor „im Arbeiter ein ausgesprochen irrationales Wesen (sah), das vorwiegend von Instinkten getrieben wird und nur unter dem Einfluß elementarer Stimuli, vor allem des Geldes, zu handeln vermag, weil seine Interessen sich angeblich auf physiologischer Ebene erschöpfen." Gvišiani, a.a.O., S. 265.

11) K. Gülden u. a., Humanisierung der Arbeit? Ansätze zur Veränderung von Form und Inhalt industrieller Arbeit, Berlin (West) 1973, S. 40f.

Aber tayloristische Arbeits- und Organisationsformen reichen als Erklärung für die Symptomatik nicht aus; sie entstanden schon im Laufe der vergangenen 70 Jahre im Zuge kapitalistischer Rationalisierung. Die in letzter Zeit häufige Erklärung für das Aufbegehren der Arbeitenden, die Arbeitsintensivierung und immer weitere Aufsplitterung, Schematisierung und Vereinfachung der Tätigkeiten sei gerade in den letzten Jahren sehr forciert worden[12]), die Belastungserhöhung sei überdies von Dequalifizierungsprozessen begleitet gewesen[13]), ist in Europa nicht zu verallgemeinern, in der BRD wenig wahrscheinlich und empirisch kaum oder nur ungenügend belegt; im übrigen kann auf diese Weise nicht die spezifische in Frage stehende Symptomatik erklärt werden. Der Erklärungsversuch, das reale sozialistische Vorbild beginne in den Kapitalismus hinein auszustrahlen, gewinne Überzeugungskraft als Alternative und fördere hierorts den Widerstand der Arbeitenden gegen ihre Produktionsbedingungen als kapitalistische[14]), entbehrt – obschon theoretisch vieles dafür spricht – eines Beweises und dürfte hier kaum ernstgenommen werden. Eine Ableitung der Symptome aus der *kapitalistischen Formbestimmtheit* des Produktionsprozesses erscheint vereinseitigt und nicht ausreichend; sie befriedigt weder in der Weise, daß eine Entstehung der Symptome aus „technologischen ‚Sachzwängen'" zurückgewiesen wird, indem man sagt, die Aufdeckung der Ursachen könne nur bedeuten, „zu den objektiven sozialökonomischen Wurzeln der unbefriedigenden Arbeitssituation, das heißt, zur ausgebeuteten, rechtlosen Stellung der Arbeiter vorzustoßen"[15]); und sie befriedigt erst recht nicht, wenn die Spezifika des industriellen Arbeitsprozesses (trotz gegenteiliger Definitionen und Beteuerungen) faktisch über die Gleichsetzung von Kapitalismus und Taylorismus durchgehend auf Herrschafts- und Verwertungsgesetzlichkeiten zurückgeführt werden (nach dem Schema: die kapitalistische Formbestimmung subsumiere sich den Arbeitsprozeß reell, so daß dieser als taylorisierter der Formbestimmung adäquat sei und selbst eine kapitalistische Formbestimmung erfahre)[16]); in beiden Ableitungen wird die in der marxistischen Theorie doppelte und widersprüchliche Bestimmtheit der kapitalistischen Produktion, eine Einheit von stofflichem Arbeits- und Produktivkraftentwicklungsprozeß mit bestimmten historischen Verwertungsprozeßformen zu sein, aufgelöst. Der die italienischen Verhältnisse kennzeichnende Widerspruch ist sicher nicht zu verallgemeinern in Europa: gerade die unqualifizierten Industriearbeitermassen, besonders die proletarisierten Landarbeiter und Kleinbauern aus dem Süden brächten aus ihrem bisherigen Leben Erwartungen, Bedürfnisse und Wertvorstellungen mit vorkapitalistischer Prägung mit in die Städte, die disparat seien zu der spezifiell in Italien besonders intensivierten, belastenden und restriktiven Arbeit und dem Zwang zur Unterordnung unter den Willen des Kapitals, so daß es zu einer „Kollision präkapitalistischer Normen mit kapitali-

12) Beispielsweise bei J. Mendner, Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Zweiter Teil, I. 6., S. 154–169, Frankfurt/M. 1975.
13) M. Schumann, Bestandsaufnahme, Analyse und Entwicklungstrends im Produktionsbereich, in: Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, Frankfurt/M. 1974, S. 41–55.
14) J. Groß, Profit kontra humane Arbeitswelt, Frankfurt/M. 1976.
15) J. Groß, a.a.O., S. 13.
16) J. Mendner, a.a.O., und in: „Humanisierung der Arbeit" als gewerkschaftspolitisches Problem, in: „Mehrwert", 9/1975.

stischen Verhaltenszumutungen" komme, zu einem „Aufeinanderprallen von systemdysfunktionalen Erwartungen und kapitalistischen Verhaltensansprüchen", welches – einhergehend mit einer starken basisorientierten und klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung – die Proteste hervorgetrieben habe. In der BRD verursache statt dessen der Widerspruch zwischen erhöhten Bildungsnormen (umfassendere Qualifikationen, Erwartung, das erworbene Qualifikationspotential tatsächlich nutzen zu können, und ein verstärktes Bedürfnis nach Selbständigkeit) und der kapitalistischen Arbeitsrealität (durch einseitige Produktionsprogramme und Herrschaftssicherung bedingte Beschränkung der Arbeitertätigkeiten auf Teilverrichtungen und Beschränkung auf produktionsnotwendige und kapitalverwertbare Qualifikationen) ein Konfliktpotential besonders unter jungen Arbeitern, das Träger von Humanisierungsforderungen sein kann; dieser Widerspruch zwischen Qualifikationsmöglichkeit und kapitalistischer Produktionswirklichkeit wird jedoch zu eng und einseitig gefaßt, insofern die Konfliktschranke schon in der kapitalistischen Herrschaftsform liegen soll und insofern das kapitalistische Herrschaftssicherungsinteresse die Qualifikation blockiere[17]). Ein anderer Erklärungsversuch geht von einer qualitativ neuen Stufe der *Produktivkraftentwicklung* aus: Mechanisierung und Automatisierung brächten Überwachungs- und Steuerungstätigkeiten mit sich, für die man einen Handlungs- und Ermessensspielraum lassen müsse, was tayloristischer Zerlegung widerspräche; gleichzeitig seien Erwartungen, Selbstsicherheit und teilweise auch Organisationsgrad der Arbeiter gestiegen, es würden nachdrücklich Forderungen nach Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle vertreten, der Spielraum sei somit nicht nur nötig, sondern auch erwünscht und entspreche den entstandenen Qualifikationen, jedoch rufe sein Nichtvorhandensein Monotonie und Unlust hervor[18]); wobei lediglich zu fragen wäre, ob nicht gerade die permanenten Steuer-, Regel- und Überwachungstätigkeiten bei Automation durch den Computer wegfallen zugunsten der der unmittelbaren Produktion vor- und übergeordneten Planungs-, Kontroll-, Dispositions- und Koordinationstätigkeiten und ob diese neuen Tätigkeiten wirklich gerade in einem „Spielraum" stattfinden werden, der nun auch von allen anderen Arbeitern beansprucht wird. Die Humanisierungsforderungen werden auch zurückgeführt auf einen zunächst bei einer Minderheit von Arbeitern erfolgten Wandel der Haltungen und Bedürfnisse, der aus der technologischen Weiterentwicklung resultiere, insofern für diese eine selbstverantwortliche Planung und Gestaltung der Arbeit kennzeichnend sei; diese Haltungen und Bedürfnisse würden aber *als Forderung – wie,* bleibt indes unklar – von immer mehr Arbeitern *übernommen,* sie fordern nunmehr auch für sich, wie bei einem Bewußtseinsakt, „immer weitergehende objektive Möglichkeiten einer selbstverantwortlichen Planung und Gestaltung der Arbeit" wie bei der Au-

17) H. Kern/M. Schumann, Zum politischen Verhaltenspotential der Arbeiterklasse; in: Gesellschaftsstrukturen, Hrsg.: K. Meschkat/O. Negt, Frankfurt/M. 1973, S. 137–149 Italien, S. 149–160 BRD, besonders S. 156 f. – Die gegenteilige Position zur Bildungsreform kann hier nicht dargestellt werden; sie wird entwickelt in: Projektgruppe Automation und Qualifikation, Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, in: „Das Argument" 80, 1973, S. 13 ff. – Eine Kritik der hier dargestellten Position Kern/Schumanns zur Bildungsreform ist möglich mit Chr. Ohm/I. Schütte/G. Zimmer, Ist die Bildungsreform zu Ende? Die Verbreitung von Resignation in der Bildungsreform durch Martin Baethge, in: „Demokratische Erziehung", 6/1975, S. 28 ff.

18) W. Volpert, Lohnarbeitspsychologie, Frankfurt/M. 1975, S. 51 ff.

tomation[19]); die antizipierende Übernahme von Haltungen und Bedürfnissen anderer als Forderungen der tayloristischen Arbeitsplätzen gegenüberstehenden Mehrheit ist ein kaum irgend vorstellbarer Prozeß.

Wenn diese Erklärungen als einzelne oder auch teilweise zusammengenommen nicht hinreichen, so muß eine bestimmte für alle genannten Länder zu verallgemeinernde Faktoren- und Ursachenkonstellation angegeben werden können. Zweifellos hat über das letzte Jahrzehnt der gewerkschaftliche und politische Organisationsgrad und das Klassenbewußtsein außerordentlich zugenommen; in der BRD drückt sich dies in den immer unabweisbareren Mitbestimmungsforderungen und Massenstreiks aus. Hinzukommt eine allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere in den letzten zehn Jahren, also für die junge Arbeitergeneration. Der Lebensstandard, das Befriedigungsniveau konsumtiver, reproduktiver Bedürfnisse hat bedeutend zugenommen und stagniert erst in den letzten Jahren. Diese Steigerung ging über lange Jahre einher mit weitgehender Arbeitsplatzsicherheit, d. h. einer starken Arbeitskraftnachfrage auf dem Markt, so daß die Beschäftigten „in größerem Umfang über echte Arbeitsplatzalternativen verfügen und dadurch leichter zu einer distanzierten Beurteilung ihrer bisher ausgeübten Arbeit kommen können"[20]). Damit wuchsen die Ansprüche an Arbeitstätigkeiten, die man suchte und auszuführen bereit war[21]). Bedingen diese Entwicklungen in ihrer Konstellation schon eine Disparität der Ansprüche und Bedürfnisse der Arbeitenden zu einer Vielzahl der vorfindlichen Industriearbeitsplätze, so kommt durch die seit einem Jahrzehnt stark einsetzende wissenschaftlich-technische Umwälzung der Produktionsweise[22]) und die aus ihr resultierende Umstrukturierung der Produktions- und Verwaltungstätigkeiten in einem immer umfassenderen Ausmaß ein Vergleichsmaß anspruchsvollerer Arbeitstätigkeiten hinzu, das viele einfache und routinehafte Industriearbeiten ohne jegliche Qualifikationsanforderungen doppelt unzumutbar erscheinen läßt: Einerseits weil sie dem insgesamt angehobenen wissenschaftlich-technischen Niveau der Arbeit hinterherhinken, im Vergleich zu diesem besonders anspruchslos erscheinen, ande-

19) U. Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1, Frankfurt/M., New York 1975, S. 31 ff. – Die in diesem Absatz zitierten Autoren sind in ihren unterschiedlichen Positionen keineswegs hinreichend und in ihrer Erklärung der Genese der Humanisierungsbewegung nicht vollständig dargestellt oder kritisiert worden; es sollten hier nur einige Erklärungsfragmente gesammelt werden.

20) H. Kern u. a., Neue Formen betrieblicher Arbeitsgestaltung, Göttingen 1975, S. 161.

21) Treffen die Ansprüche auf Fließbandarbeit im Automobilbau, so kann auch Arbeitslosigkeit nicht schrekken: „Einen deutlichen Beweis dafür, daß das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit nicht mehr seine frühere disziplinierende Macht über die Arbeiter hat, gaben die amerikanischen Automobilarbeiter während der ökonomischen Rezession von 1970/71, als trotz einer nationalen Arbeitslosigkeitsrate von manchmal mehr als 6% dennoch zugleich der Absentismus von Fließbandarbeitsplätzen Rekordhöhen erreichte und zuweilen 13% überschritt." S. W. Gellerman, Behavioral Science in Management, Harmondsworth 1974, S. 43. – Andererseits weisen Daten aus der schwedischen metallverarbeitenden Industrie darauf hin, daß zwar der Absentismus trotz schwach steigender Arbeitslosigkeit langsam zunimmt, daß aber zugleich die Fluktuation sehr stark fällt; aus diesen Daten und anderen Beobachtungen über den Abbau der Humanisierungsversuche in der gegenwärtigen ökonomischen Krise schließen B. und H. Kern vom SOFI auf „die disziplinierenden Wirkungen, die von der größeren Arbeitsplatzunsicherheit auf das Verhalten der Arbeiter ausgehen, und sie lassen die Gefahr erkennen, daß die Beschäftigten unter diesen Bedingungen eher zur Hinnahme schlechter Arbeit in der Hoffnung neigen, wenigstens die Arbeitsplätze und damit einen gewissen Standard materieller Reproduktion sichern zu können." in: Krise des Taylorismus? Bemerkungen zur „Humanisierung der Arbeit", afa-Informationen, 3/1976, S. 27 und 29.

22) Vgl. Projektgruppe Automation und Qualifikation, Automation in der BRD, „Argument"-Sonderband 7, Berlin (West) ^{2}1976.

rerseits, weil sie den Fähigkeiten und Qualifikationen besonders der jüngeren Arbeitenden, die im Zuge der allgemeinen Bildungsbewegung berufstätig wurden, unangemessen sind und sie unterfordern. Damit aber *tatsächlich* ein Prozeß der Enttaylorisierung oder Humanisierung zustandekommt, müssen nach den Ergebnissen des Göttinger Soziologischen Forschungsinstituts die Forderungen und Verweigerungen der Arbeiter zusammenfallen mit Kapitalinteressen nach elastischer und flexibler Organisation vor allem bei Produktion kleinerer und häufig wechselnder Serien, eine Bedingung, die sich aus zehn untersuchten Beispielen ergibt, aber wahrscheinlich zu eng definiert ist[23]).

Die Symptome der heutigen industriellen Pathologie werden also, modifiziert durch vielfältige nationale Besonderheiten, von dem Widerspruch hervorgetrieben zwischen Bedürfnissen, Ansprüchen und Qualifikationen der Arbeitenden einerseits und den ihnen entgegenstehenden Formen und Bedingungen der Arbeit und ihrer kapitalistisch-hierarchischen Organisation andererseits. In einem exklusiven bürgerlichen Wirtschaftsorgan heißt es lakonisch: „Es muß sich . . . im Geschäft mit der Arbeit irgend etwas grundlegend geändert haben, entweder die Qualität des Arbeitsplatzangebotes – oder dessen Abnehmer. Es ist der letztere."[24]) Der grundlegende Wandel des Bewußtseins, des subjektiven Faktors der Produktion insgesamt, drücke sich aus in wachsender und sich zuspitzender Unzufriedenheit im Arbeitsbereich, in einer Umschichtung und Erweiterung der Interessen, gewachsenen Ansprüchen an eine vielseitige und abwechslungsreiche Arbeit, in Weiterqualifizierungsforderungen, im Anspruch auf Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit in der Arbeit, schließlich in der Suche nach Kontakt, Kommunikation und Mitsprache im sozialen Gefüge des Betriebes[25]). Im Verhältnis des Arbeitenden zu seinen Arbeitsbedingungen hätten sich die letzteren nicht schnell genug verändert und weiterentwickelt, um den tiefgreifenden und weitreichenden Veränderungen des „Sozialcharakters" des amerikanischen Arbeiters oder seines Bewußtseins und seiner Bedürfnisse aufgrund des gestiegenen Lebensstandards und seines Bildungsgrades noch zu entsprechen[26]). Darüber hinaus habe sich auch das subjektive Verhältnis zur Arbeits*organisation* gewandelt. Das „autoritär-hierarchische Aufbauprinzip", welches das „Prinzip der systematischen Arbeitsteilung" nach Taylor ergänzt und die vertikale Struktur des Betriebes bestimmt, indem Planen und Ausführen voneinander losgerissen sind und sich fremd gegenüberstehen, sei subjektiv immer unzuträglicher geworden, so daß ein „Konflikt zwischen der veränderten Motiva-

23) H. Kern u. a., a.a.O., S. 160f.
24) Chr. Lauterburg in seiner Artikelserie: Produktivität und Motivation, Teil 8: Anatomie der Entfremdung, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 23. 11. 1973.
25) Ebd.
26) Work in America, a.a.O., S. 23. – Eine methodische Bemerkung zum Untersuchungsvorgehen: Es werden prägnante Äußerungen von herausragend wichtigen Sozialwissenschaftlern oder Kapitalvertretern zum Ausgangspunkt einer ideologiekritischen Interpretation genommen. Dabei wird angenommen, daß sich in ihnen als Vertretern des Kapitalstandpunkts exemplarisch und typischerweise der reale historische Prozeß widerspiegelt. Es sind Äußerungen von staatlichen und privatkapitalistischen Trägern des Produktionsverhältnisses, die an der zutreffenden Kenntnis und adäquaten Bewältigung der sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse äußerst interessiert sein müssen, weil Kostendruck und Konkurrenz sie dazu zwingen. Ihre Äußerungen sollen die Veränderung des „Sozialcharakters", beispielsweise, nicht als bewiesen unterstellen, aber sie können diesen Wandel indizieren.

tion des heutigen Arbeitnehmers und der organisatorischen Struktur" entstanden sei[27]). Die nach den traditionellen Organisationsprinzipien hochentwickelte Trennung von Denken und Tun in der Gesamtheit des Betriebes sowie in jeder einzelnen Arbeitstätigkeit werde vom Arbeitenden immer weniger ertragen[28]). Durch die Gleichzeitigkeit fortgesetzter tayloristischer Rationalisierung mit einer Qualifizierung und Anspruchs- und Bedürfnisentwicklung sei im Laufe der letzten Jahrzehnte die traditionelle Arbeitsorganisation unangemessen und anachronistisch geworden. Sie stellt – nach „Work in America" – eine „explosive und pathogene Mischung" dar[29]).

Vom Kapitalstandpunkt (den wir hier ausgiebig zu Wort kommen lassen, weil es im antagonistischen Produktionsverhältnis lehrreich und notwendig ist, die Probleme, Interessen und Strategien des Gegenpols, hier des Managements, zu kennen und von ihnen her sich selbst zu sehen) wird immer wieder mit aufgeregter Eindringlichkeit auf die Systemgefährdung hingewiesen, die aus dieser zunehmenden Unvereinbarkeit oder Inadäquatheit, die aus diesem Widerspruch der Arbeitsformen zu den im Verhältnis weiterentwickelten und anspruchsvolleren Arbeitshaltungen resultiert. Dieser Widerspruch müsse dringend und könne gelöst werden durch ein Redesign of Jobs, ein Programm zur Erneuerung der Arbeitswelt; die Arbeitstätigkeiten sollen bedürfnisgerecht und menschenadäquat umgestaltet, eben humanisiert werden. Dabei geht das Management und seine Wissenschaft selbstverständlich nicht an die historisch-formationsspezifischen Bedingungen fremdbestimmter Arbeit; auf dem Programm steht lediglich das Verschwinden der kostspieligen Symptome.

IV

Solange es freie, fremdbestimmte Arbeit gibt, d. h. eine systembedingt antagonistische und wechselseitig aufeinander angewiesene Interessen- und Bewußtseinskonstellation zwischen den Arbeitenden und den diese anwendenden Produktionsmitteleigentümern, gibt es auch das Problem der letzteren, die anderen *zu motivieren* und ihre Arbeitskraftverausgabung *zu organisieren*. Für das Kapital ist unter den heutigen veränderten Bedingungen der Produktivitätssteigerung das Problem entstanden, neue sozialpsychologische Methoden der Förderung und Bindung von Gebrauchswert-Orientierung, Arbeitsprozeß-Tugenden, Produktions- und Schöpferfreude, Selbständigkeit und Initiative, Verantwortlichkeit und Einsatzbereitschaft, kurz, alles in allem

27) Chr. Lauterburg, Produktivität und Motivation, Teil 15: Humanisierung als Prozeß, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 18. 12. 1973.
28) Dieser Konflikt ist Gegenstand der organisationspsychologischen Untersuchungen von Chr. Argyris; D. McGregor führte seine Thesen weiter. In S. W. Gellermans Rezeption der Theorie von Argyris, Motivation und Leistung – Die Wechselwirkung von Umwelt und Bedürfnissen des einzelnen auf Betriebsklima, Leistungssteigerung und Produktivität, Düsseldorf/Wien 1972, S. 84, heißt es: „Je mehr Personen in den Konflikt (zwischen Individuum und Organisation, d. Verf.) miteinbezogen werden, desto raffiniertere Kontrollmethoden werden einer zunehmend gerissenen und ungebändigten Arbeitnehmerschaft entgegengesetzt werden." Und über McGregors Theorie: ihr Kern sei, „daß die Industrieorganisationen mit ihrer herkömmlichen Art der Betriebsführung in verschiedenen wesentlichen Punkten an den normalen Bedürfnissen eines gereiften Erwachsenen gänzlich vorbeigehen" (S. 86).
29) Work in America, a.a.O., S. 23.

intrinsischer Motivierung[30]) anzuwenden, um den dargestellten Widerspruch zu überwinden oder zumindest zu lindern. Man kann drei historisch abgrenzbare Phasen der Motivierbarkeit der Arbeitenden in Abhängigkeit von der Entwicklung des subjektiven Verhältnisses zur Arbeit und seiner produktivkraftbestimmten Beschaffenheit unterscheiden[31]). „Während das *paternalistische Management* annahm, daß die Menschen aus einem Gefühl der Dankbarkeit gegenüber dem Betriebssystem zur Arbeit veranlaßt werden könnten" (wobei also Geldanreize lediglich zur Anwerbung und Bindung an das besondere Kapital ausgesetzt werden und Lohnhöhe und Sondervergütungen von bloßer Organisationszugehörigkeit, nicht aber besonderer Leistung oder Motiviertheit abhängig waren, was Arbeitszufriedenheit, nicht aber Arbeitsmotivation gefördert haben mag, denn letztere muß nicht aus ersterer hervorgehen), „und während das äußerlich ansetzende Kontrollsystem im Zusammenhang des *wissenschaftlichen Managements* annahm, daß die Menschen durch Erwartung von Gewinn für das Verrichten und Erwartung von Verlust beim Unterlassen zur Arbeit veranlaßt werden könnten" (wobei der Lohn eine bedingte, von der Erfüllung äußerer, strikt autoritär kontrollierter Bedingungen abhängige Gestalt gewinnt und das Leistungsverhalten durch reinforcement in Form von Geldanreizen unterstützt, sozusagen erpreßt wird, aber nicht etwa Motivation zur Grundlage der Arbeitshaltung macht), „geht das *partizipative Management* von der Annahme aus, daß die Individuen aus der Verrichtung einer effektiven Arbeit an sich Zufriedenheit ziehen können. Sie können ich-verbunden (ego-involved) mit ihrer Arbeit werden, können sich emotional verpflichtet fühlen, sie besonders gut zu verrichten, und stolz darauf sein, daß sie offensichtlich effektiv für die Ziele des Betriebes förderlich tätig sind"[32]). In dem großbürgerlichen Wirtschaftsorgan wird dem im Vergleich zu den USA rückständigen bundesrepublikanischen Management die Kapitalkosten- und Verlustminimierung durch motivationsgerechte Arbeitsgestaltung wie folgt vorgerechnet: Der traditionellen Vorstellung und Praxis der beliebigen Manipulierbarkeit der Arbeitenden zu Leistungssteigerung durch Lohnanreize wird entgegengehalten: „Die bittere Realität ist vielmehr, daß das Individuum, als Wähler, Konsument oder Arbeitnehmer – derart autonome Antriebe aufweist, daß es letztlich wirtschaftlicher ist, die Umwelt des Individuums umzugestalten, als etwa seine Antriebe umlenken zu wollen."[33])

---

30) „Die intrinsische Belohnung ist innerlich vermittelt, insofern der Mensch sich selbst belohnt. Die Belohnung kann als höherrangige Bedürfnisse, wie Selbstachtung und Selbstverwirklichung, befriedigende verstanden werden. Sie enthalten das befriedigende Gefühl, etwas erreicht und etwas geleistet zu haben, und das Gefühl, die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten anwenden und entfalten zu können. Die Tatsache, daß diese Belohnungen innerlich vermittelt sind, setzt sie in bedeutsamer Weise von extrinsischen Belohnungen ab. Das heißt, die Verbindung zwischen ihrem Erhalt und der Leistung ist direkter als die Verbindung zwischen dem Erhalt äußerlich vermittelter Belohnungen und der Leistung. Somit können sie potentiell als ausgezeichnete Motivatoren dienen, da höhere Leistungslohnerwartungen an sie gebunden werden können als an äußerliche Belohnungen. Sie haben überdies den Vorteil, daß für viele Menschen Belohnungen dieser Art eine hohe positive Bedeutung haben." E. E. Lawler III, Job Design and Employee Motivation, zit. nach V. H. Vroom/E. L. Deci, Management and Motivation, Selected Readings, Harmondsworth 1970, S. 162.

31) Vgl. die Periodisierungen bei L. Baritz, The Servants of Power. A History of the Use of Social Science in American Industry, Middletown/Connecticut 1960. Ferner bei Volpert, a.a.O., Holzkamp-Osterkamp, a.a.O., und Braverman, a.a.O.

32) Vroom/Deci, a.a.O., S. 15; die Herausgeber haben eine Einleitung verfaßt: „An Overview of Work Motivation".

33) Lauterburg, Artikelserie: Motivation – Schlagwort und Tabu, Teil 2: Das Individuum im Banne der Organisation, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 17. 10. 1972.

So dürfe das Kapital den human gestalteten Arbeitsplatz nicht als zusätzlichen, mehr oder weniger überflüssigen negativen Kostenfaktor verstehen, sondern müsse ihn als Voraussetzung weiterer Produktivitätssteigerung begreifen, so daß damit diese Art der Humanität zur notwendigen Bedingung jeglicher Kapitalökonomie werde. Ein Psychologe im Management von IBM und Publizist derartiger Strategien sieht sogar die Überlebenschancen der kapitalistischen Länder auf lange Sicht weniger abhängig „von dem internationalen Kampf mit einer anderen (kommunistischen) Grundform der Industrieorganisation . . ., sondern vielmehr von ihrer Fähigkeit, sich an die Bedürfnisse des Menschen anzupassen"[34]). Die seit rund 50 Jahren angewendeten Leistungslohnverfahren, wie Akkord- und Gruppenakkordsysteme, die Arbeitsbewertungsmethoden und Führungstechniken können die entstandenen Probleme nicht mehr bewältigen[35]). Die vom Herrenreiter psychologisch geschickt vor die Nase des Esels gehängte Rübe veranlaßt diesen nicht mehr hinreichend zum Traben. In den in der Produktion angewandten Sozialwissenschaften verliert daher das Modell des Homo oeconomicus seine Brauchbarkeit. Die Sozialpsychologie entwickelt für die neuen Anpassungs- und Lenkungsstrategien das Modell eines von Produktions- und Selbstentfaltungsbedürfnissen getriebenen Menschen[36]), eine Art Homo psychologicus. Man geht von der Gestaltung der Bedingungen der Arbeit zur psychisch adäquaten, bedürfnisgerechten Gestaltung der Arbeit selbst über. Dabei lassen sich vier Anpassungs-Entwicklungen der Organisation der Arbeit durch Job Design an die gewandelte Bedürfnisstruktur unterscheiden.

Job Design Programme beanspruchen zunächst, die in immer stärkeren Gegensatz zum Bewußtsein und Verlangen nach Selbständigkeit und Anerkennung der Arbeitenden geratene *hierarchisch-autoritäre Organisationsstruktur* in ihrer Erscheinungsweise zu verändern. „Der junge Arbeiter revoltiert nicht gegen die Arbeit, sondern gegen das autoritäre System, welches die industriellen Sozialtechniker entwickelt haben in der Ansicht, daß ‚der Arbeiter dumm, übermäßig emotional, . . ., unzuverlässig und verantwortungsscheu' sei."[37]) Im Unterschied zu den noch sporadischen und fehlgeschlagenen Versuchen mit Delegation von Verantwortung müsse die Arbeit selbst verändert werden, und scheinbar antiautoritär heißt es, die entgegengesetzte Strategie zur Herabdelegation müsse zur Erneuerung der Arbeitsorganisation eingeschlagen werden: „Der Weg muß umgekehrt, von unten nach oben gegangen werden. Der erste und wichtigste Schritt besteht in der organisatorischen Gestaltung der Arbeit auf ausführender Ebene. Hier müssen die Motivatoren fest in die Aufgabe eingebaut werden. Dann – und nur dann – kann der Teufelskreis des Stresses gebrochen werden."[38]) Da es dem Kapital um eine gebrauchswertorientierte, selbstgesteuerte, leistungsbewußte Arbeitshaltung geht, wird erklärt: der Arbeitende „möchte seine Arbeit nicht einfach ‚abwik-

34) Gellerman, Motivation und Leistung, a.a.O., S. 95.
35) Der materialreichste historische Überblick, zugleich liberal-kritisch, findet sich bei Baritz.
36) Insbesondere die Motivationstheorien von A. Maslow und F. Herzberg sind allgemein bekannt geworden.
37) Campanis/Paul, You Are What You Work At, 1972; zit. nach Work in America . . ., S. 50.
38) Lauterburg, Produktivität und Motivation, Teil 5: AT&T – ein schon fast historisches Beispiel, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 13. 11. 1973.

keln', sondern in ihrer Bedeutung für die kollektive Leistung verstehen und mitgestalten, hier tut es ihm weh, wenn über seinen Kopf hinweg geplant, entschieden und kontrolliert wird – von Leuten, deren Job es nun einmal legitimerweise ist, für ihn zu denken und ihn zu überwachen"[39]).

Leistungsgerecht gestaltete Arbeit soll die vom Kapitalstandpunkt aus unökonomische und für die Arbeiter psychisch belastende und damit konfliktfördernde Disparität beseitigen zwischen qualifizierten Arbeitern einerseits und, ihnen gegenüber, Arbeitstätigkeiten, welche nur geringe, einseitige Fähigkeiten beanspruchen und durch eingeschränkte Lernmöglichkeiten, Entscheidungslosigkeit etc. gekennzeichnet seien. Insofern die Befriedigung des Produktionsbedürfnisses direkt aus der Aufgabe und aus der erbrachten Leistung resultiere, insofern der Arbeiter nicht primär für den Lohn oder zur Sicherung sozialer Kontakte arbeite, sondern „in erster Linie . . ., um zu arbeiten", müsse die Arbeit so organisiert werden, daß sie den Fähigkeiten und Interessen des Arbeiters entspreche, sie provoziere und zur Geltung kommen lasse[40]). Statt Lohnanreize für möglichst leistungsbewußtes Produktionsverhalten anzusetzen, ohne den (vermeintlich in der Natur des Arbeiters liegenden) Widerstand gegen die völlige Verausgabung der Leistungsfähigkeit zu brechen, soll versucht werden, „organisatorische Bedingungen zu schaffen, unter denen der Arbeitnehmer aufgrund seines natürlichen Leistungs- und Identifikationsbedürfnisses die unternehmerischen Zielsetzungen ganz von selbst anstrebt"[41]). Leistungsgerecht gestaltete Arbeit bedeutet das Ermöglichen der „Leistung als individuelles oder kollektives Erfolgserlebnis" oder den „Niederschlag des Leistungsfortschritts als Maßstab der eigenen Entwicklung"; die wachsende Gruppe der jungen und qualifizierten Arbeitskräfte sei nicht gegen die Leistung an sich eingenommen; für diese sei im Gegenteil die Möglichkeit der Verausgabung ihrer Arbeitskräfte nach Anreiz über das normale Maß hinaus ein Arbeitsmotiv; es seien vielmehr „die psychologischen und organisatorischen Streßfaktoren, nicht die Leistung oder deren Honorierung, von denen wir uns trennen müssen"[42]).

Zur Linderung des Widerspruchs soll die Arbeit ferner *motivationsgerecht* gestaltet sein. Nach Taylors Prinzip rigoroser Trennung von Planen und Ausführen wurden zwar rationelle und effektive Einzelarbeiten hervorgetrieben, aber diese sind, der Job Design-Literatur zufolge, abwechslungslos, anspruchslos, sinnlos, zusammenhanglos, unselbständig, sie enthalten – wie man in der angelsächsischen Psychologie sagt – keinerlei „challenge" mehr. Gerade dieser zu weit getriebenen Trennung, Zersetzung, Aufsplitterung der Arbeit wird die belastende und negative Auswirkung auf die psychische Verfassung zugeschrieben. Alle diese Attribute der Arbeit wiederum zu negieren, die Trennung von Denken und Tun wieder rückgängig zu machen, sie wieder miteinander zu verbinden, müsse Ziel motivationsgerechter Arbeitsgestaltung sein. Es sollen Möglichkeiten der Anwendung geistiger Fähigkeiten ge-

39) Ebd., Teil 2: Die sogenannte Selbstverwirklichung, „Blick durch die Wirtschaft" v. 2. 11. 1973.
40) Ebd.
41) Lauterburg, Produktivität und Motivation, Teil 14: Die sogenannte Humanisierung, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 14. 12. 1973.
42) Ebd.

boten werden. Ein wichtiger Sprecher des westdeutschen Kapitals, Hanns Martin Schleyer, formuliert die allgemeine Strategie: Es gehe darum, „die Arbeitsbedingungen den Bedürfnissen der menschlichen Person soweit anzupassen, daß der Arbeiter seine Tätigkeit am Arbeitsplatz als sinnvoll *empfindet* und daß er offen wird für ein Erlebnis, das heute nicht mehr selbstverständlich zur menschlichen Existenz gehört: die Arbeitsfreude"[43]).

Letztlich habe der Arbeitende über das Bedürfnis nach Routinefreiheit, Beanspruchung, Anerkennung, Lernmöglichkeiten, Spaß und Sinn in der interessant gestalteten Arbeit hinaus ein Verlangen nach mehr *Selbständigkeit* bei der Planung und Durchführung der Arbeitstätigkeit, also einem in die Vorgesetztenebene abgespalteten Arbeitscharakteristikum. Die sogenannten höheren Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung, nicht nur der einzelnen Arbeit, sondern auch der Arbeitsgruppe, das Bedürfnis nach „‚*privater*' Wertschätzung" der Arbeit[44]), also individualistischen, d. h. nicht gesellschaftlich vermittelten Arbeitsbedürfnissen, erforderten die arbeitsorganisatorische Gewährleistung von – *Autonomie*.

Alle vier Intentionen werden wie folgt zusammengefaßt: „Job Design ist Umgestaltung, Maßschneiderei. Der Aufgabenbereich muß auf die heutige Motivationsstruktur des Arbeitnehmers zugeschnitten werden. Dies bedeutet im wesentlichen eine Anreicherung mit Autonomie. Dem Stelleninhaber muß vermehrte Selbständigkeit in der Disposition und Abwicklung seiner Tätigkeit eingeräumt werden."[45]) Am schönsten wäre es, wenn sie sich wie Manager verhielten und Unternehmerstolz zeigten, meint der IBM-Psychologe[46]). Gut gestaltete Arbeitsaufgaben sollen während der Tätigkeit Bedürfnisse wecken und binden[47]). Es sollen Bedingungen geschaffen werden, unter denen eine effektive Leistung ein Ziel sein kann und nicht ein Mittel zum Erreichen irgendeines anderen Ziels; insgesamt wird Selbst-Kontrolle und Selbst-Regulation angestrebt statt der traditionellen Kontrollen durch die Organisation des Betriebs[48]). Die Organisationsformen der Arbeit sollen so verändert werden, daß sie imstande sind, Kenntnisse, Fähigkeiten, Qualifikationen einerseits und Haltungen wie Initiative, Selbständigkeit, Verantwortlichkeit, Motiviertheit, Eingriffs- und Risikobereitschaft andererseits auf sich zu ziehen und zu binden.

(Zweiter Teil folgt)

---

43) H. M. Schleyer, Das Soziale Modell, Stuttgart 1973, S. 220 (Hervorhebung v. Verf.). Schleyer diagnostiziert einen Bewußtseinswandel, den er als „Personalisierung" und „Steigerung des Selbstwertbewußtseins" bezeichnet. Er meint, daß aufgrund des Schwindens der Angst vor drohender Arbeitslosigkeit „auch das Motiv, sich Bedingungen zu fügen, die man freiwillig nicht akzeptieren würde" heute fehle. „Die lebensgestaltenden Sinnvorstellungen haben sich gewandelt; die Ausbildung ist besser, die kritische Fähigkeit geschärft worden." S. 217 f.

44) Work in America, a.a.O., S. 50 (Hervorhebung v. Verf.).

45) Lauterburg, Motivation – Schlagwort und Tabu, Teil 6: Produktivität contra Seelenfrieden?, in: „Blick durch die Wirtschaft" v. 27. 10. 1972.

46) Gellerman, Behavioral Science in Management, a.a.O., S. 50.

47) E. E. Lawler III, Motivation in Work Organizations, Monterey/California 1973, S. 157.

48) Ebd., S. 201.

Keine Chance für den Frieden?

Zur Lage im Nahen Osten

Von Horst J. Andel

Wird 1977 das „Jahr der Entscheidung" im Nahen Osten? Folgt auf einen durch die UN-Resolution vom 29. November 1947 ausgelösten dreißigjährigen Kalten Krieg und die drei „heißen" Kriege von 1948, 1956, 1967 und 1973 ein gerechter und dauerhafter Friedensschluß?

Geht es nach dem Willen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, den Vereinten Nationen, den arabischen „Konfrontationsstaaten" sowie – allerdings, wie wir noch sehen werden, nur in beschränktem Maß – nach Israel und der „Palästinensischen Befreiungs-Organisation" (PLO), kommt es noch in diesem Jahr zur Wiederaufnahme der Ende 1973 nach den Eröffnungssitzungen unterbrochenen arabisch-israelischen Friedensverhandlungen unter der Ko-Präsidentschaft der USA und der UdSSR. Washington und Moskau sind sich, so unterschiedlich ihre Beweggründe sein mögen, offensichtlich einig über eine Art „Friedensdiktat" für diesen ewigen Krisenherd der Weltpolitik. Die Tatsache, daß die am Nahostkonflikt unmittelbar beteiligten Parteien jetzt endlich bereit sind, sich an einen Tisch zu setzen und miteinander zu verhandeln, ist – scheinbar – schon ein Fortschritt in die richtige Richtung. Ob er zu dem vorgeblich angestrebten gerechten und dauerhaften Frieden führt, bleibt jedoch eine offene Frage.

Alle Beteiligten haben, wenn sie sich an den Genfer Verhandlungstisch setzen, offenkundig ihre Hintergedanken. Den Vereinigten Staaten geht es vor allem um die Sicherung ihrer eigenen und der westeuropäischen Rohölversorgung. Die Sowjetunion sieht in einem künftigen selbständigen Staat Palästina möglicherweise den zuverlässigsten regionalen politischen Partner der Zukunft. Die Araber wollen, nachdem sie ihn zwar nicht verlieren, aber auch nicht gewinnen konnten, um ihrer überständigen inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprobleme willen den Rückzug aus diesem Konflikt.

Bemerkenswerterweise fragen die wenigsten nach dem Willen der eigentlichen Kontrahenten. Man glaubt vielmehr, mit ihnen könne man leicht fertig werden. In Wirklichkeit jedoch setzten Palästinenser auf der einen und Zionisten auf der anderen Seite auf dem Weg nach Genf bereits gefährliche Stolpersteine für die Friedenskonferenz.

Im Zeitalter „globaler Lösungen" entscheidet man allzuleicht und allzugern über die Köpfe der Betroffenen hinweg und ignoriert deren bloß „lokale" Hoffnungen, Leidenschaften und vor allem Unterschiede und Gegensätze. Im Nahen Osten heißt das, ein Friedensschluß ist möglich nur bei gleichzeitiger Überwindung des nach wie vor bestehenden unvereinbaren Gegensatzes

zwischen Zionismus und Palästina-Nationalismus. Wie unvereinbar er noch immer ist, zeigen zwei Ereignisse: Am 20. März 1977 bekräftigte der als Exilparlament der Freischärlerbewegung fungierende „Palästinensische Nationalrat" in Kairo sein Ziel einer Befreiung nicht nur der seit dem Sechstagefeldzug vom Juni 1967 israelisch besetzten arabischen Gebiete, sondern ganz Palästinas. Am 17. Mai 1977 wählte über die Hälfte der israelischen Stimmbürger anstelle der kompromißbereiter scheinenden sozialdemokratisch geführten bisherigen Regierung eine rechtsextremistische Koalition unter dem ehemaligen Terroristenführer Menachim Begin an die Spitze des Landes. Begin erhob sofort seinerseits Anspruch auf ganz Palästina und sprach, damit weitere Expansionsforderungen implizierend, von den im biblischen Sinn „befreiten jüdischen Gebieten".

Dieser Tatsachen muß man sich bewußt sein, um die Lösungsmöglichkeiten für den Nahostkonflikt realistisch einschätzen zu können. In Genf zweifellos erzwungen werden kann eine formelle Beendigung des Kriegszustandes zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite, die Räumung besetzter arabischer Gebiete durch Israel, die gegenseitige Anerkennung der noch festzulegenden Grenzen und ein Friedensschluß, abgesichert durch eine Garantieerklärung der Supermächte. Läßt man einmal außer acht, ob die keineswegs sonderlich stabilen Regimes in Kairo, Amman und Damaskus eine solche notwendigerweise mit Gebietsverzichten verbundene Entwicklung innerpolitisch verkraften können und wie die an den Verhandlungen nicht beteiligten rivalisierenden Regimes in Algier, Tripolis und Bagdad darauf reagieren, bleiben noch immer zwei grundlegende Probleme.

Erstens: Was geschieht mit „Rest-Palästina"? Jordanien bemüht sich bekanntlich seit dem Sechstagefeldzug, mit vorwiegend propagandistisch motivierten Unterbrechungen, um eine Rückkehr der sogenannten Westbank des Jordans in seinen Staatsverband. Nun ist aber bekannt, daß die Palästinenser unter der haschimitischen Krone, von der sie nach 1948 gegen ihren eigenen und den Willen der Arabischen Liga annektiert worden waren, politisch und wirtschaftlich erheblich benachteiligt wurden und sie wegen ihrer durchweg republikanischen Gesinnung stets ein gefährliches inneres Unruheelement für die Monarchie darstellten. Zudem ist zu fragen, ob dann auch der bis 1967 ägyptisch verwaltete Gazastreifen gleichfalls an Jordanien fallen soll? Syrien äußerte sich bislang nicht klar zu diesem Problem. Nachdem Damaskus im Libanon gegen die Palästinenser Partei ergriff, um sie an einer Machtübernahme an der Levanteküste zu hindern, kann vermutet werden, daß man sich dort nur ungern mit einem sehr wahrscheinlich revolutionär ausgerichteten selbständigen Palästina vor der eigenen Haustür abfinden würde. In Israel denkt man ganz ähnlich und würde, wenn man das besetzte Gebiet schon nicht behalten kann, es am liebsten an Jordanien zurückgeben. Nur Ägypten ist bislang konsequent für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Doch wäre ein solcher Staat überhaupt lebensfähig? Dafür spricht nur wenig und dagegen umso mehr. Der neue Staat bestünde aus zwei unzusammenhängenden Gebietsteilen und brauchte einen Korridor durch Israel. Wie die Beispiele Danzig und Berlin zeigen, ginge das wohl kaum ohne ständige

Schwierigkeiten ab. In diesen Kleinstaat würden mehrere Millionen Flüchtlinge aus den arabischen Nachbarstaaten einströmen, ohne auf die für ihre soziale, wirtschaftliche und politische Eingliederung notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen zu treffen. Ganz abgesehen von den zu erwartenden Reibereien mit der eingesessenen Bevölkerung wäre Voraussetzung für die Eingliederung und Ernährung dieses Millionenpotentiales entwurzelter und arbeitsentwöhnter Menschen ein großzügiges und langfristiges internationales Hilfsprogramm auf der einen und die Anwendung kollektivistischer Methoden auf der anderen Seite. Hier schließt nicht nur das eine das andere möglicherweise aus; es gibt bislang auch keinerlei Ansatzpunkte für eventuelle flankierende Maßnahmen zu diesbezüglichen Genfer Beschlüssen.

Zweitens: Wie lautet dazu die Meinung der eigentlich Betroffenen? Die Bevölkerung des früher zeitweilig jordanischen und seitdem israelisch besetzten Gebietes erhielt bislang keine Möglichkeit zur Meinungsäußerung. Seit 1967 sind hier jedoch drei Meinungsphasen feststellbar: Zunächst war man ganz allgemein froh über das Verschwinden des als drückend empfundenen haschimitischen Joches. Die Notablen freuten sich über die nationale Dimensionen erst gar nicht anvisierende wiedergewonnene lokale Selbständigkeit und kollaborierten mehr oder weniger offen mit der israelischen Besatzungsmacht. Erleichtert wurde ihnen das durch die von dem damaligen israelischen Verteidigungsminister und Militärgouverneur General Mosche Dajan eingeführte „Politik der offenen Brücken" zu Jordanien. Die Wende brachte die bald darauf einsetzende zionistische Siedlungspolitik. Jetzt erschien die Rückkehr zur haschimitischen Krone plötzlich wieder als das kleinere Übel. Überlagert wurde dieser Meinungswandel jedoch durch einen Generationswechsel im lokalen politischen Leben des besetzten Gebietes. Die letzten Kommunalwahlen erbrachten fast überall mehr oder weniger eindrucksvolle Siege von PLO-Sympathisanten. Allerdings bestehen hierbei klare Unterschiede zwischen PLO und PLO. Die Lokalgrößen im westlichen Teil des Jordantales gehören durchweg zum gemäßigten PLO-Flügel, der zufrieden wäre mit einem selbständigen oder auch nur autonomen Rumpfstaat in diesem „Rest-Palästina".

Und die PLO? Westliche Massenmedien „beklagen" häufig die diametralen Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen PLO-Gruppen. Sie lassen außer acht, daß es sich bei der PLO um eine Dachorganisation handelt, in der sich die unterschiedlichsten ideologischen, politischen und ständischen Gruppen mit dem alleinigen Ziel der nationalen Befreiung zusammengeschlossen haben und in der man bestenfalls spekulative Ansätze für das mutmaßliche Parteienspektrum in einem unabhängigen Staat Palästina erkennen kann. Sicher ist bislang nur, daß die zitierten Kairorer Beschlüsse über das Festhalten am Ziel der „Befreiung ganz Palästinas" ein durch Kompromisse mehr oder weniger erzwungenes Maximalprogramm darstellen. Sicher ist auch, daß eine erdrückende PLO-Mehrheit sich mindestens durch die Fortsetzung der Guerillataktik gegen die Angliederung der jetzt noch israelisch besetzten Gebiete an einen arabischen Nachbarstaat ebenso wehren würde wie gegen die Fortdauer der israelischen Besatzung und insbesondere die Intensivierung der

zionistischen Besiedlungspolitik. Kommt es in Genf zur Gründung eines arabischen Staates Palästina, was wohl die gegenwärtig erreichbare Maximallösung wäre, bleibt jedoch unsicher, welche politische Richtung innerhalb der PLO schließlich obsiegen würde – eine „minimalistische", die sich mit dem Erreichten abfindet, oder eine „maximalistische", die das Erreichte lediglich als Basis für die Befreiung ganz Palästinas ansieht.

Diese Tatsachen reichen aus, um ahnen zu lassen, welche Folgeprobleme jedweder Genfer Beschluß in der eigentlichen Kernfrage des Nahostkonfliktes nach sich ziehen dürfte. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß weder ein – vielleicht erzwingbarer – totaler Rückzug Israels auf die Grenzen vom 5. Juni 1967 noch eine – wohl keineswegs zu erwartende – Amputation Israels auf die Grenzen des UN-Teilungsplanes vom 29. November 1947 die palästinensischen Maximalisten, die ja in Wirklichkeit Legitimisten sind, zufriedenstellen und daß kein völkerrechtlich wirksamer Verzicht der Palästinenser auf die Rückeroberung Israels dieses von der Furcht vor künftigen palästinensischen Expansionsversuchen befreien kann.

In Genf wird man sich das Problem vermutlich wesentlich einfacher machen. Ausgangspunkt aller Überlegungen der USA und der UdSSR ist seit dreißig Jahren, wie unterschiedlich man das Problem sonst beurteilen mag, im Nahen Osten die schon erwähnte UN-Resolution vom 29. November 1947. Pate standen bei ihr sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion, und sie stützt sich auf das nie ausdrücklich widerrufene Votum einer sicheren Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten. Diese Resolution sah die Teilung Palästinas und die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates innerhalb der Grenzen des ehemaligen britischen Völkerbundsmandates vor. Oberflächlich betrachtet, läßt sich das Problem jetzt endlich dadurch regeln, daß man dem bereits erfolgten Teilvollzug der Resolution, nämlich der Gründung Israels, die Gründung eines arabischen Staates Palästina folgen läßt. Das Haupthindernis dafür ist beseitigt, seit diejenigen arabischen UN-Mitglieder, die der UN-Resolution damals widersprachen und seitdem in vier Kriege mit Israel verwickelt waren, jetzt zu dessen Anerkennung bereit zu sein scheinen. Die völkerrechtliche Verbindlichkeit dieser Resolution läßt sich indessen ebensowenig schlüssig begründen wie die völkerrechtliche Verbindlichkeit aller anderen Israel betreffenden Willenserklärungen.

Um klarzumachen, was damit gemeint ist, gibt es kein besseres Beispiel als Deutschland. Die Teilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen und die Abtrennung von Gebieten im Osten wie im Westen beruhte auf zwar moralisch, aber keineswegs völkerrechtlich eindeutig zu begründendem Siegerrecht. Sie geschahen ohne Mitwirkung der Betroffenen. Im streng juristischen Sinn fehlte daher sowohl der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auch die eigentliche staats- und völkerrechtliche Grundlage. Volksbefragungen dazu gab es ebensowenig wie das geltende Staats- und Völkerrecht brechende revolutionäre Akte. Legalisiert wurden Teilung, Gebietsabtrennungen und Exi-

stenz der beiden deutschen Staaten erst durch die West- und Ostverträge beider deutscher Regierungen und den deutsch-deutschen Grundvertrag.

Im Nahen Osten war es ganz ähnlich. Nur fehlt hier noch immer die im Völkerrecht zwar auch noch nachträglich mögliche, aber immerhin doch unerläßliche Legalisierung.

Israel beruft sich, geht es um seine Existenzberechtigung, auf ausschließlich religiös, aber keineswegs völkerrechtlich motivierbare biblische Aussagen und Verheißungen. Seine Entstehung verdankt es zudem keineswegs der allenfalls noch als das Völkerrecht brechenden revolutionären Akt auszulegenden zionistischen Einwanderung seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, sondern sie ist eine direkte Folge der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen an den Juden. Diese sind freilich ein starkes Argument. Doch von Belang ist es ausschließlich für die Deutschen, aber keinesfalls für die Araber.

Der Antisemitismus war und ist, so argumentiert man arabischerseits moralisch wie rechtlich gleichermaßen unanfechtbar, ein abendländisches und kein morgenländisches Phänomen. Nun gibt es freilich auch dagegen ein nicht leicht widerlegbares Argument. Legt man die ursprünglichen Zahlen, soweit sie unbestritten sind, zugrunde, verließen nach der Gründung Israels am 15. Mai 1948 rund 700 000 Araber gezwungenermaßen oder freiwillig Palästina. Die Zahl der nach Israel eingewanderten arabischen Juden betrug ursprünglich ebenfalls knapp 700 000 Seelen. Das Resultat war also ein ziemlich genau gegeneinander aufrechenbarer Bevölkerungsaustausch. Käme es in Genf zu einer grundlegenden gegenseitigen Aufrechnung, was freilich nicht zu erwarten steht, Israel hätte vermutlich noch nachweisbare finanzielle Forderungen an die Araber. Die Palästinenser, die seither in den Flüchtlingslagern leben müssen, waren nämlich häufig arme Landpächter oder Landarbeiter ohne nennenswerten eigenen Besitz. Die Juden gehörten in ihren arabischen Heimatländern jedoch zur mehr oder weniger begüterten Mittel- und Oberschicht. Bei der Auswanderung verloren sie meistens ihren gesamten Besitz – wie etwa die 1948 noch rund 50 000 Personen starke jüdische Kolonie im Jemen, die geschlossen nach Israel ausgewiesen wurde, die fünftausend Jahre alte jüdische Gemeinde im Irak und die ägyptischen Juden. Die Araberstaaten fordern von Israel bekanntlich als Bestandteil einer Friedensregelung das Recht auf Rückkehr für die Palästina-Flüchtlinge und die Entschädigung der nicht mehr Rückkehrwilligen. Das wäre aus den erwähnten Gründen für die Araber sehr wahrscheinlich ein denkbar schlechtes Geschäft.

Bei Licht besehen, sind aber auch diese Überlegungen wenig von Belang. Der Judenexodus war nämlich lediglich eine Folgeerscheinung der Gründung Israels. Die Araberstaaten bemühen sich in letzter Zeit übrigens mit erstaunlichem Erfolg um die Rückwanderung dieser Juden. Entsprechende Angebote ergingen aus Marokko, Ägypten, Jemen und dem Irak. Die Krisenerscheinungen politischer und wirtschaftlicher Natur und ihr Status als Bürger zweiter Klasse veranlaßte denn auch bereits nicht wenige Juden, darunter junge Menschen mit erstklassigen beruflichen Qualifikationen, zur Remigration vor allem nach Marokko.

Auf ähnlich schwachen Füßen stehen die völkerrechtlich wertbaren Voraussetzungen für die Gründung Israels. Die sogenannte „Balfour-Deklaration" über die Gründung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina erging Ende 1917. Zu diesem Zeitpunkt war das bis dahin „Groß-Syrien" zugerechnete spätere Palästina Kolonie des Osmanischen Reiches. Großbritannien verfügte also über etwas, was ihm überhaupt nicht gehörte, was es insgeheim vorher schon auch den Arabern versprochen hatte und hernach mit den Franzosen unter sich aufteilte. Dem Teilungsplan von Ende 1947 widersprachen bekanntlich alle arabischen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Israel ist somit wahrscheinlich der einzige existierende Staat der Erde ohne allgemein akzeptierte Rechtsgrundlage. In Israel weiß man denn auch ganz genau, daß es den Arabern und insbesondere den Palästinensern keineswegs bloß um Grenzziehungen geht, sondern daß sie dem Judenstaat die Existenzberechtigung an sich absprechen.

Auch wenn man diesen Standpunkt nicht teilt, wie ihn ja auch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion keineswegs teilen, muß man zugeben, daß er sich auf unwiderlegliche moralische und juristische Argumente stützen kann.

Dies ist die eine Tatsache. Die andere ist die Existenz der Palästinenser. In Israel neigt man leicht zu der Auffassung, eine völkerrechtliche Entität Palästina habe es (im Gegensatz zum vorrömischen Israel) nie gegeben und daher gebe es auch keine Palästinenser. Golda Meir hat einmal behauptet, sie habe noch nie einen Palästinenser getroffen und zwischen Israel und Transjordanien gebe es keinen Platz für einen dritten Staat. Nun war, was man heute (in den ziemlich willkürlich gezogenen Grenzen des britischen Völkerbundsmandates) Palästina nennt, zweifelsohne nie ein völkerrechtlich selbständiges Gebilde. Unter arabischer Herrschaft war es ein integrierender Bestandteil Syriens. Unter türkischer Herrschaft gehörte es gleichfalls zum Verwaltungsbezirk Damaskus. Das macht ja erst verständlich, warum sich ein spezifisch palästinensischer Nationalismus erst so spät und so zögernd entwickelte. Das macht auch verständlich, warum die Freischärlerbewegung noch bis zum Sechstagefeldzug vom Juni 1967 kein rechtes Eigengewicht entwickelte, sondern nichts anderes war als der verlängerte Arm der etablierten Regimes in den arabischen Nachbarstaaten. Ihr Eigengewicht gewann die „Palästinensische Befreiungs-Organisation" (PLO) erst in der doppelten Abwehr gegen den Zionismus auf der einen und die arabischen Gängelversuche auf der anderen Seite. 1967 erst stellte sich heraus, daß die Araberstaaten auf unabsehbare Zeit hinaus zu schwach sein würden für eine gewaltsame Revision der 1948 geschaffenen vollendeten Tatsachen. Den Flüchtlingen dämmerte zudem, daß sie es vielleicht auch gar nicht wollten.

Erinnern wir uns der Tatsachen: Transjordanien okkupierte, nach dem Zionismus, den Rest Palästinas. Ägypten behandelte den ihm lediglich durch das Kriegsglück zugefallenen Gazastreifen wie eine Kolonie. Syrien betrachtet bis heute nicht einmal die zweifellos nur durch die französische Kolonialherrschaft ermöglichte Abspaltung des Libanons zu einem selbständigen Staat als endgültig, und Damaskus unterhielt zu Beirut nie ordentliche diplomatische

Beziehungen. Die Syrer betrachten auch Palästina in vieler Hinsicht noch immer als eigentlich zu ihnen gehöriges Gebiet.

Das Nationalgefühl der Palästinenser entwickelte sich also, wie gesagt, nicht nur gegen den Zionismus, sondern auch gegen die Araber. Aber es entwikkelte sich, und zwar insbesondere innerhalb des letzten Jahrzehntes, in geradezu explosiver Stärke. Was freilich nicht gelang, ist seine eindeutige Hinwendung auf „Palästina". PLO-Chef Jassir Arafat, „Gemäßigte" wie „Radikale" in der Dachorganisation sind sich in ihrer Strategie denkbar uneinig, nicht aber in ihrem Ziel. Kein Dokument des palästinensischen Widerstandes läßt bislang darauf hoffen, die PLO akzeptiere schließlich die vollendete Tatsache der Existenz Israels und begnüge sich mit einer Staatsgründung in Rest-Palästina. Im Gegenteil: Der „Schwarze September" 1970 in Transjordanien wie der Bürgerkrieg 1975–1976 im Libanon weisen auf noch viel weitergehende Ziele. Eben weil die Palästinenser sich nicht in erster Linie als Palästinenser fühlen, sondern als Araber, sehen viele von ihnen – besonders die durch das Flüchtlingsdasein Entwurzelten – ihr eigentliches Schlachtfeld in ganz Arabien. Weder im Amman von 1970 noch im Beirut von 1975 ging es ja um die Errichtung einer „palästinensischen Vorherrschaft" über Transjordanien oder den Libanon. Es ging vielmehr um die revolutionäre Veränderung der dortigen politischen und sozialen Verhältnisse als Voraussetzung zur Revolution in Palästina. Die PLO oder doch die PLO-Linke ist daher eine permanente Bedrohung ja nicht nur für Israel, sondern auch für die arabischen Regimes.

Wie richtig das ist, zeigt eine Äußerung des Chefs der linksgerichteten „Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PDFLP), Nedschif Hauetmie. Von ihm stammt die verblüffende Feststellung, es gehe gar nicht um nationale und Grenzziehungsprobleme. Hauetmie sprach einmal ganz offen von einem späteren friedlichen Neben- und Miteinander „einer marxistischen arabischen Umwelt mit einem marxistischen Israel".

In Genf wird man ganz sicher dies alles ignorieren. Dort erreichbar ist allenfalls ein sehr oberflächlicher Friedensschluß, bestehend aus einer gegenseitigen Anerkennung der Existenz und der Grenzen der bestehenden Staaten, abgesichert durch Garantien der Supermächte. Die Supermächte trauen sich offenbar zu, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Die Araberstaaten folgen mehr oder weniger offen der Überlegung, nachdem sie den Palästinakonflikt nicht hätten lösen können, müßten ihn die eigentlich in ihn verstrickten Parteien jetzt unter sich ausmachen.

Und was bleibt in diesem „Globalpoker" für die Palästinenser? Wohlmeinende in West und Ost und in den Araberstaaten raten ihnen zu einer Art „historischem Kompromiß": „Gebt euch zufrieden mit dem euch verbleibenden Rest eurer Heimat, kehrt dorthin zurück, bebaut eure Äcker und macht euren Frieden mit dem Zionismus!" Gegenwärtig ist denn auch sicher nicht mehr herauszuholen als ein mehr oder weniger selbständiger Kleinstaat auf dem Westufer des Jordans und im Gazastreifen.

Wer unhistorisch denkt, mag darauf vertrauen, daß eine solche Lösung die revolutionären Energien der Guerilleros schließlich doch in die friedlichen Bahnen des inneren nationalen Aufbaues lenken werde. Doch alle weltgeschichtlichen Erfahrungen sprechen dagegen. Die Teilung Deutschlands wurde herbeigeführt und blieb bestehen ja nicht nur durch einen verlorenen Weltkrieg, nicht nur durch die zunächst einmal von den Siegermächten geschaffenen unterschiedlichen ideologischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, sondern unter anderem auch durch die schon immer vorhandenen tiefen Gegensätze beispielsweise zwischen, sagen wir, Sachsen und Bayern, Ostpreußen und Süddeutschen. Man erlaube mir, obwohl ich weder Jude bin noch Prophet, eine Prophezeiung: Eher kann ich mir vorstellen, daß Israel, wie schon einmal, wieder in zwei Staaten zerfällt, als daß die Gründung eines arabischen Staates Palästina den Palästinakonflikt ein für allemal löst.

Warum? Für ersteres sprechen einige Anzeichen. Es gibt ja nicht ein, sondern es gibt zwei oder sogar drei Israel, das Israel der osteuropäischen und überhaupt der europäischen Einwandererelite, das Israel der in vieler Hinsicht benachteiligten arabischen Juden und schließlich das Israel der in ihm lebenden Araber. Wie sich die Gegensätze zwischen ihnen, vor allem zwischen dem zunehmenden arabischen und dem stagnierenden jüdischen Bevölkerungsanteil auswirken werden, wenn einmal der permanente äußere Druck wegfallen sollte, weiß kein Mensch. Gegen das zweite sprechen jedoch beinahe alle Vorzeichen. Ist ein Staat existenzfähig, der – wie schon erwähnt – aus zwei unzusammenhängenden Gebietsteilen bestehen würde? Welche Folgen hätte der unvermeidliche Aufeinanderprall von maximal rund drei Millionen Flüchtlingen auf höchstens eineinhalb Millionen Ansässige? Und was geschieht mit der übrigbleibenden palästinensichen „Irredenta" in Transjordanien und Israel? Hinter der heutigen transjordanischen Grenze leben schätzungsweise auch noch rund 500 000 Palästinenser. Das von ihnen bewohnte Gebiet einem neuzugründenden Staat Palästina anzugliedern, wäre praktisch gleichbedeutend mit der Auflösung Transjordaniens. In Israel gibt es bald eine Million Araber. Dort wie hier sind sie Menschen zweiter Klasse. Wer mag sich ernsthaft einreden wollen, sie dränge es nach der Konstituierung eines eigenen Staates für ihre Landsleute nicht auch in dieses „Palästina"?

Dies ist der Kern des Problemes: Wie reagieren die voraussichtlichen Signatar- und Garantiemächte eines wie immer gearteten Genfer Friedensabkommens, wenn einerseits palästinensische Freischärler vom dann eigener Jurisdiktion unterstehenden Gebiet aus Angriffe gegen das benachbarte Israel unternehmen und dieses zu „Strafexpeditionen" in das Nachbarland provozieren? Wie reagieren sie, wenn die Palästinenser in Transjordanien und Israel den „Anschluß" an den Staat ihrer Brüder verlangen? Jede, aber auch jede in Genf erreichbare Lösung birgt in sich die Gefahr eines „heißen" Krieges zwischen den Nachbarstaaten Israel und Palästina. Geht man erst einmal aus von den augenblicklichen und wohl noch eine Zeitlang konstanten Kräfteverhältnissen, wäre das Ergebnis ein neuer Sieg Israels und eine neue Besetzung ganz Palästinas.

Glaubt jemand im Ernst, die Araberstaaten blieben dann auch noch bei ihrer für Genf selbstauferlegten Disengagementpolitik? Besteht dann nicht auch die akute Gefahr einer direkten Konfrontation der Supermächte und damit eines dritten Weltkrieges?

Das politische Establishment in West und Ost neigt seit Beendigung des sogenannten „kalten Krieges" zunehmend zu, wie man so schön sagt, pragmatischen Lösungen. Mit anderen Worten: Eine Scheinlösung hält man für besser als gar keine Lösung. Diese Gefahr besteht auch für die Genfer Nahostkonferenz.

Keine Chance also, so lautete unsere Frage, für den Frieden im Nahen Osten? „Vielleicht" zu sagen, wäre eine Euphorie. Angebracht ist vielmehr ein hartes „Nein".

Der Nahostkonflikt läßt sich lösen nicht am Genfer Verhandlungstisch, dort schafft man bei viel Glück allenfalls gewissen Voraussetzungen, er läßt sich lösen nur im Nahen Osten. Aber wie? Zwei Kronzeugen, wie sie gegensätzlicher nicht denkbar sind, liefern die Antwort auf diese Schlüsselfrage. David Ben-Gurion forderte einmal, ohne bislang gehört worden zu sein, Israel müsse sich in Einklang setzen mit seiner orientalischen Umwelt. Nedschif Hauetmie, der schon zitiert wurde, sieht kein Hindernis für ein friedliches Zusammenleben zwischen einem marxistischen Israel und einem marxistischen Arabien. Ein Marxist muß man keineswegs sein, um zu erkennen, wie meilenweit der Zionismus sich inzwischen entfernt hat von seinen sozialrevolutionären Gründeridealen und wie meilenweit die arabischen Nachbarstaaten noch entfernt sind von politischer Freiheit für alle und sozialer Gerechtigkeit. Eine Konfliktlösung wäre also wahrscheinlich nur bei vorheriger oder doch gleichzeitiger Überwindung der nationalen Gegensätze möglich. Israel müßte aufhören, seine orientalischen Bürger jüdischer und arabischer Herkunft zu benachteiligen. Wie will es künftig noch rechtfertigen, daß es für die wachsende arabische Minderheit nur einen Staatssekretär, nicht einmal einen Minister gibt und daß dieser auch noch immer jüdischer Konfession ist? Wie will es erklären, daß die orientalischen Juden längst die Bevölkerungsmehrheit bilden, aber immer noch nur über denkbar geringen politischen Einfluß verfügen? Von den Palästinensern aber darf niemand erwarten oder sogar verlangen, daß sie sich jemals mit einem Staat Klein- oder Rest-Palästina abfinden. Ihre Herkunft aus dem nach-mohammedanischen Herzen der arabischen Welt ebenso wie der vom Zionismus wie von den künstlich geschaffenen arabischen Nationalstaaten ausgegangene Druck machte sie zur revolutionären Hefe des Nahen Ostens. Hat man je die Hefe dafür verantwortlich gemacht, daß sie gärt?

These: Israel muß sich infrage stellen lassen, um zu überleben. Der Staat Israel überschätzt sich selbst, wenn er sich für unverzichtbar hält. Die Juden werden gebraucht, aber nicht notwendigerweise ihr Staat. Frieden im Nahen Osten ist nur möglich beim Verzicht auf nationale Vorbedingungen, die hier genausowenig je Fuß fassen konnten, wie sie sich anderswo längst überlebt haben. Kein Araber spricht mehr ernsthaft von der wohl auch nie ernst gemeinten Ab-

sicht, die Juden ins Meer zu werfen, Menachim Begin, der niemals bestrafte Gewaltverbrecher aber unbelehrbar von den „befreiten jüdischen Gebieten". Wer Ohren hat, der höre, sagt die Bibel. Und Jassir Arafat spricht: Wir wollen ein Palästina ohne nationale, religiöse oder rassische Schranken für Araber und Israelis, Juden, Christen und Moslems. Das allein wäre sie, die Lösung.

Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung (II)*)

Von Joachim Eisbach

V

Den Aufschwung charakterisiert eine Belebung der Nachfrage sowie eine Zunahme der Auslastung des Produktionspotentials, begleitet von steigenden Raten der Inflation. Die verbesserte Auslastung der vorhandenen Kapazitäten steigert den Gewinn preisadministrierender Unternehmen in zweierlei Hinsicht – einmal über die erhöhte Absatzmenge, zweitens durch die auslastungsbedingte Kostendegression, die die fixen Kosten pro Stück sinken läßt. Eine Preissenkung bei Aufrechterhaltung der Zielverzinsung scheint möglich. Sie unterbleibt jedoch; der Gewinn wird nicht nur mitgenommen, sondern, im Gegenteil, mit einer Preisanhebung in der Phase zunehmender Nachfrage handelt man in Übereinstimmung mit den Marktmodellen der herrschenden Theorie. Die administrierten Preise steigen „marktsensitiv"[65]).

Mit der Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs beginnen die Kosten zu steigen – Rohstoffpreise infolge vermehrter Nachfrage, Löhne infolge höherer Tarifabschlüsse und außertariflicher Zulagen –, die eine Revision der Kalkulation und eine abermalige Preiserhöhung im Interesse des Unternehmensprofits als notwendig erscheinen lassen. Die zyklusübergreifenden Preissteigerungen sind demnach in der Rezession auslastungsbedingt, im anfänglichen Aufschwung nachfragebedingt und in späteren Phasen der Hochkonjunktur kostenbedingt[66]). Die Fiskalpolitik versucht nun – unterstützt von einer restriktiven Geldpolitik –, der Inflation auf zweierlei Weise Herr zu

*) Vgl. Heft 6/1977, S. 726ff.

65) H. Rieter, Die gegenwärtigen Inflationstheorien und ihre Ansätze im Werk von Thomas Tooke, Berlin (West) 1971, S. 52. In Anlehnung an den Begriff „Lohndrift" prägt er die Bezeichnung „Preisdrift" (a.a.O. S. 95).

66) „Die Preispolitik überrascht nur, wenn man von dem Denken in Preisabsatzfunktionen ausgeht und die Ertragsseite vernachlässigt." A. Diekmann, in: „Wirtschaftswoche", 4/1972, S. 61.

werden, neben der nur in geringem Maße möglichen und wirksamen Haushaltsbegrenzung. *Erstens* durch eine Kürzung der verfügbaren Einkommen. Daß damit noch keine Einschränkung der Nachfrage einhergehen muß, ist bereits angedeutet worden. Doch selbst bei einer gelungenen Beschneidung der Nachfrage – und dies schließt eine Erweiterung des fiskalpolitischen Instrumentariums ein – ist deren Wirkung auf die Preise eher in aufwärts, denn in abwärts weisender Richtung zu erwarten, da mit der Abnahme von Nachfrage und Umsatz die fixen Stückkosten steigen.

Zweitens: Versteuerung der Investitionen durch Steuererhöhung und Zinsanhebung. Abgesehen davon, daß beide Maßnahmen sich zum Teil gegenseitig beeinträchtigen, da die Zinsen als Kosten den steuerbaren Gewinn mildern, stellen doch Steuern wie Zinsen Kosten dar, deren Erhöhung Preissteigerungen nach sich ziehen. Die Überwälzung der gestiegenen Kosten im Preis scheint gewiß, da alle Unternehmen gleichzeitig und gleichmäßig betroffen werden, mithin keine Gegenmaßnahmen der Konkurrenten befürchtet werden müssen. Wahrscheinlich werden die zusätzlichen Belastungen sogar „das bestehende solidarische Verhalten festigen oder ein solches begründen helfen"[67]).

Die Stabilisierungspolitik hätte demnach ihr Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern zu dessen weiterer Verletzung beigetragen. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu den erklärten Absichten.

Die wiederholte Anwendung derartiger Instrumente läßt die aufgewiesenen Konsequenzen nicht als Fehlentwicklung erscheinen, sondern wirft die Frage nach der ihnen konzeptionell zugedachten Rolle auf. Der Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung bedingt die Rentabilität der Einzelkapitalien. Der Staat wird folglich eine Politik betreiben müssen, die den Unternehmen auskömmliche Gewinne beläßt[68]). Der Gewinn errechnet sich aus Preis mal Menge der abgesetzten Güter abzüglich der Kosten ihrer Produktion. Die Menge scheidet konzeptionell als Aktionsgröße der Konjunkturpolitik aus. Dann aber „bleibt das Kernproblem der Stabilisierungspolitik die Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus"[69]). Diese Verknüpfung macht zweierlei deutlich:

Einmal ist die Bekämpfung der konjunkturell bedingten Preissteigerungen im Aufschwung, die eine Besserung der Gewinnerwartungen signalisieren und die Investitionsbereitschaft anregen, der Stabilitätspolitik nicht als Aufgabe gestellt. Diese Preissteigerungen sind systemnotwendig und den Zyklen immanent.

Sie macht zweitens deutlich, wann der Zeitpunkt für stabilitätspolitische Maßnahmen gekommen ist – dann nämlich, wenn die Preise kostengetrieben

67) H. Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, Berlin (West) 1966, S. 152.
68) Vgl. SVR, Jg. 1971, Ziff. 347, und K. Schiller, Kennedy zitierend: „Unsere Staatseinkünfte und damit der Erfolg der Staatsführung hängen davon ab, daß unsere Unternehmen mit Gewinn arbeiten . . . Weit entfernt, natürliche Gegner zu sein, sind Regierung und Unternehmerschaft notwendigerweise Verbündete" („Bulletin" v. 8. 9. 1967, S. 826).
69) SVR, Jg. 1971, Ziff. 333. An anderer Stelle: „Das Problem der Geldwertstabilität ist daher identisch (!) mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus" (SVR, Jg. 1964, Ziff. 248).

sind, wenn Preisanhebungen nur noch der Verteidigung der Gewinnmargen dienen. Die ständige preisliche Kompensation der Kostensteigerungen kann auf Dauer nicht hingenommen werden, birgt sie doch die Gefahr der Beschleunigung der Inflation und damit die Gefährdung der Exporte in sich.

Folglich bleibt nur die Alternative der Kostensenkung bzw. die, den Kostenauftrieb zu beenden. Da konzeptionsgemäß Finanzierungskosten und Steuern erhöht werden, sich die Rohstoffpreise der Beeinflussung durch eine binnenwirtschaftliche Konjunkturpolitik weitgehend entziehen, kommen vorrangig die Lohnkosten in Betracht.

Die Art und Weise ihrer Beeinflussung muß auf dem Hintergrund der fortschreitenden Stornierung der staatlichen Verantwortung für die Erhaltung der Vollbeschäftigung nachgezeichnet werden.

Rief 1967 Schiller noch Kennedy zum Zeugen für die Vollbeschäftigungsverantwortung des Staates an: „Jeder, der ehrlich Arbeit sucht und keine finden kann, verdient, daß sich die Bundesregierung und das ganze Volk um ihn kümmern"[70]), und der ließ SVR 1970 keinen Zweifel darüber aufkommen, daß „die Erhaltung der Vollbeschäftigung . . . zur Aufgabe der Konjunkturpolitik" gehört[71]), so zeichnete sich 1971 bereits eine Kehrtwendung ab: „Bei der jetzt gegebenen und für die nächsten Monate abzusehenden Arbeitslosigkeit kann diese Sicherungsfunktion angesichts der anhaltenden Gefährdung des Geldwertes das Handeln des Staates nicht allein bestimmen."[72]) Sie ist 1973 mit dem Vorschlag vollzogen, eine restriktive Geldpolitik und eine konjunkturneutrale Finanzpolitik in eine Strategie zu binden, „die die Risiken eines Konflikts zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität zwar nicht leicht nimmt, aber auch nicht von vornherein scheut"[73]). In der Tat hat die bundesdeutsche Stabilitätspolitik nicht gescheut: „Wohl hat sie ihre Möglichkeiten ausgereizt, bis hin zur Inkaufnahme einer Spitzenarbeitslosigkeit von rund 1 Million Arbeitslose."[74])

Die Höhe der Beschäftigung ist fortan keine Verpflichtung der Politik mehr, sondern Ergebnis des Marktprozesses. Das Beschäftigungsrisiko ist reprivatisiert.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung und unter Berücksichtigung der fehlenden instrumentellen Absicherung der Ziele „außenwirtschaftliches Gleichgewicht" und „Wachstum" erhält § 1 StabG eine andere Lesart: „Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung zur Stabilisierung des Lohnkostenniveaus beitragen." Institutionell vollzog sich dieser Wandel in der Verlagerung stabilitätspolitischer Kompetenzen auf die Geldpolitik, die gesetzlich auf die Geldwertsicherung eingeschworen ist.

---

70) K. Schiller in „Bulletin" v. 8. 9. 1967, S. 824.
71) SVR, Jg. 1970, Ziff. 213.
72) SVR, Jg. 1971, Ziff. 324.
73) SVR, Jg. 1973, Ziff. 333.
74) SVR, Sondergutachten, August 1975, Ziff. 13.

Die stabilitätspolitischen Strategien sind abhängig von der aufgewiesenen Entwicklung. Verbot die Orientierung auf einen hohen Beschäftigungsstand die Lohnkostensenkung durch eine gewollte Rezession, so schien nur der Weg einer präventiven Lohneinkommenspolitik gangbar, der Versuch also, die Kosten erst gar nicht steigen zu lassen, d. h., die Lohnerhöhungen an einem kostenniveauneutralen Maß zu orientieren. War das Kernproblem die Stabilisierung des Kostenniveaus, so lautet die daraus gestellte Aufgabe, „einen Prozeß der Inflationsgewöhnung zu beenden"[75]), die darin besteht, daß die Dispositionen in der Erwartung zukünftiger Preissteigerungen vorgenommen werden.

Sie zu brechen heißt, den Unternehmen das Vertrauen in die Möglichkeit preislicher Überwälzung von Kostensteigerungen zu nehmen und die Gewerkschaften zu bewegen, in ihren Lohnforderungen einen zukünftigen Erfolg der Stabilisierungspolitik zu antizipieren[76]). Das Problem der Preisniveaustabilisierung spitzt sich damit auf eine dementsprechende Einkommenspolitik zu. Der Staat signalisiert der Lohnpolitik seine stabilisierungspolitischen Wünsche durch die restriktive Beeinflussung der Nachfrage[77]). Da man Signale beachten kann oder nicht – ungeachtet der Folgen –, müssen die ergriffenen Maßnahmen „glaubwürdig" hinsichtlich eines baldigen Erfolgs bei der Inflationsbekämpfung sein. „Denn diese (die Einkommenspolitik – d. Verf.) lebt von der Glaubwürdigkeit der sie fundierenden Globalsteuerung."[78]) Soweit erfolgt der Einsatz des nachfragesteuernden Instrumentariums in der Absicht, Glaubwürdigkeit zu signalisieren; die Gewerkschaften halten sich im Vertrauen auf baldige Stabilisierungserfolge in ihren Lohnforderungen zurück. Der Anstieg des Lohnkostenniveaus wäre gebremst. Bei der Einsicht in die stabilitätsgerechte Zurückhaltung leistet der SVR Hilfestellung: „Die öffentliche Diskussion über die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Lohnvereinbarungen ist daher die einzige derzeit mögliche Form der Kontrolle der dabei ausgeübten Macht."[79]) Kein Wort über die Thematisierung der Preispolitik der Unternehmen.

Mit der zunehmenden Auszehrung des Beschäftigungsziels tritt eine weitere Möglichkeit hinzu: die Zuweisung der Verantwortung für Beschäftigungsrisiken. Mit dem Scheitern der fiskalischen Stabilisierungspolitik, das sich in steigenden Inflationsraten anfangs der 70er Jahre manifestierte, und dem Einzug neoklassischen Denkens in die wirtschaftspolitische Beratung ging die finanzpolitische Verpflichtung auf die Ziele des § 1 StabG ein. Die Geldpolitik setzte sich aufgrund gewandelter Möglichkeiten der Geldmengensteuerung stärker in Szene[80]). Sie trieb bis weit in die Krise hinein eine stark

75) SVR, Jg. 1972, Ziff. 410.
76) SVR, Jg. 1972, Ziff. 377.
77) SVR, Jg. 1974, Ziff. 336.
78) SVR, Jg. 1972, Ziff. 371.
79) SVR, Jg. 1973, Ziff. 325.
80) Der in 1973 vollzogene Strategiewechsel der Bundesbankpolitik ist oft mit dem Schlagwort „von der Bankenliquidität zur Geldbasis" belegt worden. Sehr vereinfacht hat es damit folgendes auf sich: Zentralbankgeld entsteht durch die Monetisierung von Zentralbankaktiva. Die Bundesbank kauft Aktiva, die nicht Geld sind, und bezahlt mit Verbindlichkeiten gegen sich selbst, dem Notenbankgeld. Die Kreditgewährung der Geschäftsbanken ist an die Verfügung über Zentralbankgeld gebunden, das sie sich durch den Verkauf von Aktiva

restriktive Politik, deren Konsequenzen der SVR so sieht: „Bei konsequenter Geldpolitik wird aber der Konflikt auf jeden Fall zu Lasten der Beschäftigung gehen."[81]) Dem wäre hinzuzufügen: Und zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen, wie die Statistik der Insolvenzen zeigt[82]).

Der in der jüngsten Krise anschwellenden Arbeitslosigkeit wurde nicht nur nicht entgegengesteuert; vielmehr wurde sie bewußt als Mittel zur Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus in Kauf genommen[83]). Die Arbeitslosigkeit bremst die Erhöhung der Tariflöhne, senkt die Lohnsumme und steigert mit zunehmender Arbeitsdisziplin und dem Rückgang des Krankenstandes die Produktivität. Unter diesem Blickwinkel erweisen sich die restriktiven Maßnahmen „keineswegs als Folge mangelhafter Einsicht in den Wirtschaftsprozeß", sie sind, im Gegenteil, völlig konsequent: „Am Ende stehen ein verringerter Kapazitätszuwachs und gesunkene Stückkosten."[84])

Die Entwicklung des Kostenniveaus ergibt sich letztlich durch den Ausgang der Tarifverhandlungen. Ist die praktizierte Konjunkturpolitik darauf angelegt, die Position der Arbeitnehmerseite zu schwächen, so folgt konsequent, daß der Widerstand der Unternehmen gegen die vorgebrachten Lohnforderungen einen Beitrag zur Stabilisierung darstellt[85]). Die stabilitätspolitischen Instrumente tragen zur Stärkung dieses Widerstands bei, indem sie die spätere Überwälzung der Kostensteigerungen erschweren.

Konzeptionell hängt also der Erfolg der Stabilitätspolitik nicht so sehr von der Effizienz der Instrumente ab, als vielmehr von der Entwicklung des Kostenniveaus, die durch den Ausgang der Tarifrunden (mit-)bestimmt wird. Seine jeweilige Lösung findet dann das „Kernproblem" der Stabilisierungspolitik in dem Kräfteverhältnis der Tarifparteien. Damit aber ist die strukturelle Voraussetzung des stabilitätspolitischen Erfolgs nicht mehr der Wettbewerb der Anbieter, sondern, im Gegenteil, deren Organisiertheit – nicht mehr die Ohnmacht des einzelnen Konkurrenten sondern die Nachfragemacht der Unternehmensverbände am Arbeitsmarkt.

Eben diese privatwirtschaftliche Macht hat die „Konzertierte Aktion" zur Voraussetzung. In diesem Gremium werden die makroökonomischen Orientierungsdaten abgestimmt. Die ökonomische Macht stellt nun gleichsam den Transmissionsmechanismus dar, der die Umsetzung der Makrodezisionen in

---

an die Bundesbank beschaffen. Deren Ankauf konnte die Bundesbank aufgrund internationaler Vereinbarungen größtenteils nicht verweigern. Mit der Einführung flexibler Wechselkurse gegenüber dem Dollar und dem Verlust solcher Papiere, deren Ankauf die Bundesbank zugesagt hat, seitens der Banken ist der Entscheidungsspielraum der Bundesbank bzgl. des Ankaufs von Aktiva gestiegen und damit die Möglichkeit der autonomen Beeinflussung der Geldversorgung.

81) SVR, Jg. 1974, Ziff. 392.

82) Die überwiegende Betroffenheit kleiner und mittlerer Unternehmen wird anschaulich belegt durch die Statistik „Beantragte Konkurs- und eröffnete Vergleichsverfahren nach Rechtsformen", nach der von 9195 Insolvenzfällen in 1975 ganze 18 auf AG und KGaA entfielen (Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, S. 192).

83) Vom Beginn der konjunkturellen Abschwächung im Sommer 1973 bis zu dem eher zaghaften Investitionsprogramm vom Dezember 1974 vergingen eineinhalb Jahre. Die Arbeitslosigkeit überstieg mit 2,8% im 2. Halbjahr deutlich die des Jahres 1967.

84) W. Glastetter, Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie, Köln 1971, S. 269.

85) „Die Arbeitgeber sollen aus Eigeninteresse Widerstand leisten bei stabilitätswidrigen Lohnforderungen und dabei als Nebenprodukt ihres Eigeninteresses einen Beitrag zur Stabilität erbringen" (SVR, Jg. 1973, Ziff. 329).

Mikrodezisionen gewährleistet, indem „die privaten Machtzentren . . . ihre Dispositionen so treffen, daß die weniger mächtigen und abhängigen Wirtschaftssubjekte zu plankonformen Entscheidungen gezwungen werden"[86]). Das aber heißt, daß die Plangrößen nur dann Aussicht auf Verwirklichung haben, wenn sie die Zustimmung der beteiligten Verbände finden und damit „die Regierungspläne selbst nichts anderes sind als die gesamtwirtschaftlichen Wünsche der mächtigen Wirtschaftsorganisationen"[87]).

Sollte bis hierher der Eindruck von der Richtigkeit des vom SVR unterstellten Zusammenhangs von Kosten- und Preisniveau (Lohn-Preis-Spirale) aufgekommen sein, so wird er durch die Entwicklung des letzten Jahres wie durch den SVR selbst korrigiert, wenn dieser schreibt: „Zurückhaltung in der Lohnpolitik führt nicht schon von selbst zu einer entsprechenden Beruhigung des Preisauftriebs."[88])

Fazit: Mit zunehmender Monopolisierung werden die Preise als strategische Gewinnvariablen eingesetzt. Ihre Entwicklung ist der über den Markt vermittelten Konkurrenz entzogen. Die Globalsteuerung errichtet kein neues, außerhalb der Unternehmen stehendes Korrektiv, da ihre Maßnahmen über den Markt wirken, dessen maßgebenden Einflüssen sich die Unternehmen gerade zu entziehen suchen. Indem die privaten Investitionen seitens der Wirtschaftspolitik gewollt sind, muß sie die auf ihrer Grundlage kalkulierten Preise als vom unternehmerischen Gewinnstandpunkt aus erforderlich akzeptieren. Da sie der Stabilisierung des Preisniveaus in der Folge des Kostenniveaus nicht gewiß sein kann, wirkt sie in erster Linie profitsteigernd.

Der scheinbar widersinnige konjunkturpolitische Kurs einer restriktiven Geld- und einer zurückhaltenden Fiskalpolitik in der Rezession wird auf dem Hintergrund der exportlastigen Produktionsstruktur der BRD insgesamt und der Großunternehmen im besonderen verständlich[89]). Will die Stabilitätspolitik die Absatzchancen der bundesdeutschen Industrie im Ausland nicht gefährden, so ist sie gezwungen, die Rate der binnenwirtschaftlichen Preissteigerungen und die des Auslands zu drücken. Dazu war jedes Mittel recht. „Die Restriktionspolitik mußte, wenn sie eine bestimmte Gesamtwirkung erzielen wollte, die Binnennachfrage so stark und so nachhaltig treffen, weil großen Teilbereichen der Volkswirtschaft die Aussicht offen stand, mehr zu exportieren."[90]) Mit der Verbesserung der Kapitalverwertung im Inland wurde zugleich die Verbesserung der äußeren Realisation angestrebt. Der SVR qualifiziert diese Strategie als „eine Stabilisierungsstrategie des Alleingangs"[91]), setzt sie doch voraus, daß sie international keine Nachahmer findet.

Die praktizierte Politik steht im Gegensatz zu offiziellen Bekundungen, nach denen die „weltweite" Rezession nur durch die westlichen Industriestaaten

86) J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt/M. 1969, S. 124.
87) Ders., a.a.O., S. 127.
88) SVR, Jg. 1972, Ziff. 412.
89) Vgl. Hopf/Mayr, Destabilisierung durch den Weltmarkt?, in: Huffschmid/Schui (Hrsg.), Gesellschaft . . ., S. 137ff.
90) SVR, Jg. 1974, Ziff. 303.
91) SVR, Sondergutachten, August 1975, Ziff. 10.

gemeinsam überwunden werden kann. Die starke Dämpfung der Binnennachfrage trifft in erster Linie Unternehmen der Verbrauchsgüterbranchen, denen die Aussicht, mehr zu exportieren, verschlossen ist, so daß die nach abgeschlossener konjunkturpolitischer Roßkur erwartete „Normalisierung der Binnennachfrage"[92]) weniger durch die nachfrageseitige Kräftigung, als vielmehr durch das Ausscheiden kleiner Unternehmen als Anbieter erfolgt, wodurch in der Tat der Absatz der überlebenden Unternehmen zunimmt. Die Wirtschaftspolitik hat damit einen Beitrag zur wirtschaftlichen Konzentration geleistet.

VI

Die angelegte Entwicklung, aus verschiedenen Richtungen Druck auf die Lohnkosten auszuüben oder dem nachzuhelfen, „daß diejenigen, die arbeiten wollen, für ihre Arbeit nicht mehr verlangen als das Ergebnis dieser Arbeit"[93]), auf der einen Seite, bei fortgesetzter Entlastung bzw. Subventionierung nicht tarifvertraglicher Kosten auf der anderen Seite findet ihre Fortsetzung in einer Reihe dem neoklassischen Boden entwachsener Vorschläge. Deren Auflistung erfolgt in der Auffassung, daß ihre Kenntnis für die Propagierung sozial verpflichteter wirtschaftspolitischer Alternativen von Belang ist. Zu den Alternativen selbst ist in den „Blättern" bereits wiederholt Stellung bezogen worden[94]).

Dem schon immer gekannten engen Zusammenhang von Kostenniveau- und Preisniveauentwicklung fügt der SVR in seinen letzten Gutachten die Behauptung eines engen Zusammenhangs von Reallohnniveau und Beschäftigung („Lohn-Unterbeschäftigungs-Spirale") hinzu[95]). Ein nicht konjunkturell bedingter Teil der Arbeitslosigkeit ist dadurch bedingt, „daß sich das Kostenniveau einer Volkswirtschaft nicht vollbeschäftigungskonform entwikkelt"[96]). Ihr Name: „Mindestlohnarbeitslosigkeit"[97]). Aus dieser Diagnose schlußfolgert der SVR die Therapie der Anpassung des „aktuellen" Lohns an den „marktgerechten" bzw., es soll „staatlicherseits dafür gesorgt werden (. . .), daß der einmal gegebene Lohn marktgerecht wird"[98]). In der Vorstellung des SVR führt der Weg dorthin über die öffentliche Förderung der Erhöhung der Produktivität bei dahinter zurückbleibenden Löhnen[99]).

Die Frage ist nun, mittels welcher Maßnahmen das unterproportionale Wachstum der Löhne durchgesetzt werden soll. Von Weintraub und Wallich stammt der Vorschlag, den Lohnforderungen der Gewerkschaften einen verstärkten Widerstand der Unternehmen entgegenzusetzen, indem Unterneh-

92) Ebd.
93) SVR, Jg. 1975, Ziff. 44+.
94) Vgl. u. a. J. Huffschmid, Alternativen wirksamer und sozialer Wirtschaftspolitik, in: „Blätter", 12/1975, S. 1318ff.; Ders., Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft, in: „Blätter", 3/1976, S. 243ff.; Ders., Alternativen und Perspektiven im Kampf gegen die Krise, in: Huffschmid/Schui (Hrsg.), a.a.O., S. 473ff.
95) Vgl. J. Priewe, Die beschäftigungstheoretische und -politische Konzeption des Sachverständigenrates in seinem Jahresgutachten 1975/76, in: „WSI-Mitteilungen", 9/1976, S. 512f.
96) SVR, Jg. 1976, Ziff. 278. – Die Formulierung läßt vermuten, daß die Lohnkostenentwicklung entwaige Erhöhungen anderer Kostenbestandteile kompensieren muß, will sie „vollbeschäftigungskonform" sein.
97) Ebd.
98) SVR, Jg. 1976, Ziff. 281.
99) SVR, Jg. 1976, Ziff. 298.

men, die Lohnerhöhungen gewähren, die eine vorgegebene Lohnleitlinie übersteigen, mit einer erhöhten Gewinnbesteuerung (Strafsteuer) belegt werden. Unter der Voraussetzung nicht vollständiger Überwälzbarkeit werden die Unternehmen versuchen, die Lohnerhöhungen zu begrenzen, um keine Gewinneinbußen hinnehmen zu müssen[100]).

Die gleiche Wirkung zielt die Überlegung an, „ob nicht die Tarifpartner konsequenterweise die Finanzierung und Verwaltung der Arbeitslosenversicherung übernehmen sollten"[101]). Die Unternehmen sähen sich veranlaßt, aufgrund des (erwarteten) Mittelabflusses durch die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an solche Arbeitnehmer, die sie nicht einstellen, ihren Widerstand gegen Lohnerhöhungen zu verstärken. Die Gewerkschaften gerieten unter den Zwang, bei den Lohnforderungen kurzzutreten, um die Fortzehrung ihrer finanziellen Reserven einzuschränken.

In neoklassischer Sicht ist die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt – verstanden als „die Fähigkeit der Arbeitskraft . . ., die Notwendigkeit einer Lohnreaktion und ihre Richtung zu erkennen sowie die Bereitschaft, diese vorzunehmen"[102]) – durch institutionell oder gesetzliche Rigiditäten gehemmt. Diese resultieren aus den Daten, aufgrund deren sich die Lohnerwartungen bilden. Als derartige Daten anzusehen sind die Arbeitslosenunterstützung und die Berufsförderung, deren Inanspruchnahme stets die beste Alternative zur Beschäftigung darstellt und den Verdienstausfall mindert und die Aufnahme einer geringer bezahlten Arbeit als wenig attraktiv erscheinen läßt. Ihnen sei es zuzuschreiben, daß die Arbeitskräfte sich nicht daran orientieren, „was sie am Markt durchsetzen können"[103]). Zum anderen sind es gerade die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz erwerbstätiger Frauen und Auszubildender (Jugendarbeitsschutzgesetz, Ausbildungsgesetz), die, indem sie die Kosten erhöhen, das Beschäftigungsrisiko eben dieser Arbeitnehmergruppen erhöhen. Zu Lasten jugendlicher Arbeitskräfte wirken sich nicht nur die sie betreffenden Vorschriften aus, sondern auch solche zum Schutz älterer Arbeiter (allgemeiner Kündigungsschutz, Rationalisierungsschutz u. ä.). Der Abbau von Arbeitslosigkeit muß demnach mit dem Abbau dieser Arbeitsmarkthemmnisse einhergehen. „Mit anderen Worten geht es darum, das System der sozialen Sicherung so zu konstruieren, daß der Konflikt mit anderen Zielen, insbesondere dem Ziel der Vollbeschäftigung, minimiert wird."[104])

Als ein weiteres Element erhöhter Arbeitsmarktflexibilität wird die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifvereinbarungen vorgestellt. Dadurch soll sich die Möglichkeit eröffnen, „daß von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte durch Lohnzugeständnisse ihren Arbeitsplatz sichern können oder Arbeitslose durch eine geringere Lohnforderung ihre Arbeitskraft attrak-

100) Vgl. D. Cansier, Geld- und finanzpolitische Beeinflussung des Trade-Off zwischen Preisniveaustabilität und Unterbeschäftigung, in: „Kredit und Kapital", 1/1973, S. 66 ff.
101) Nehring/Soltwedel, Probleme der Beschäftigungspolitik, in: „Konjunkturpolitik", 4/1976, S. 220 (Original teilweise kursiv).
102) Ebd., S. 211.
103) Ebd.
104) Ebd., S. 219.

tiv machen"[105]). Hiermit würde ein Arbeitsplatzpoker herausgefordert werden, in dem die Unternehmer stets die Trümpfe in der Hand hielten.

Wie schon des öftern, bietet der SVR ein Gewinnbeteiligungskonzept feil. Diesmal mit der Illusion werbend, die Arbeitnehmer könnten „einen Teil ihres Arbeitsplatzrisikos in Einkommensrisiko transformieren"[106]). Die Gewerkschaften schließen unterhalb der als „marktgerecht" erachteten Lohnsteigerung ab, um am Ende des Tarifzeitraums eine Abschlußzahlung nach Maßgabe der Höhe des Gewinns zu erhalten, die höher, aber auch geringer als der vorgeleistete Verzicht sein kann, ohne jedoch die Arbeitnehmer an den Entscheidungen über dessen Zustandekommen zu beteiligen. Praktisch wird damit der Verzicht verewigt und die Abschlußzahlung auf unbestimmte Zeit verschoben: Die eingesparten Mittel erlauben die Finanzierung weiterer Investitionen, aus deren Erträgen wiederum Investitionen getätigt werden und folglich nicht ausgezahlt werden können, andernfalls die Investitionsneigung erlahme. Bei der Geltendmachung der Ansprüche auf Teile des Gewinns befänden sich die Arbeitnehmer in Rivalität zum Staat, der seinerseits durch die Gewährung einer erhöhten degressiven Abschreibung ebenfalls anfänglichen Steuerverzicht geübt und einen nachträglichen Anspruch begründet hat[107]).

Den referierten Vorschlägen ist gemeinsam, eine Verbesserung der Unternehmensgewinne zu Lasten des (relativen) Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung bewirken zu wollen. Das, der Kaschierung durchscheinender Unternehmensinteressen wegen behauptete enge Substitutionsverhältnis zwischen Löhnen und Beschäftigungshöhe ist tatsächlich äußerst brüchig, da der wirkliche Zusammenhang weder theoretisch noch empirisch als abgesichert gelten kann[108]). Die ausschließlich an der Verwertung des Kapitals orientierte Betrachtung ignoriert die Realisationsproblematik. Eine Lohnsenkung geht nun einmal mit sinkender Endnachfrage einher. Das, was der Unternehmer an Verbesserung der Rendite auf das Stück erzielt, verliert er durch den Rückgang des Umsatzes.

Umgekehrt können Lohnerhöhungen unter gewissen Bedingungen positive Beschäftigungseffekte bewirken. Im Gefolge von Lohnerhöhungen steigt die Nachfrage. Mit der Umsatzausweitung sinkt der Fixkostenanteil, womit eine teilweise Kompensation der anfänglichen Kostenerhöhung erfolgt. Der geringere Stückgewinn wird zudem von der steigenden Gewinnsumme aus der erhöhten Menge überkompensiert.

Es spricht einiges dafür, daß die vom SVR behauptete Substitutionsbeziehung von Löhnen und Beschäftigung sich tatsächlich als Komplementärbeziehung von Reallohnsenkung und Unterbeschäftigung ausweisen wird. Die lohnab-

105) Ebd., S. 220.
106) SVR, Jg. 1976, Ziff. 361.
107) Wobei die Aussichten auf die nachträgliche Vergütung aus dem Gewinn durch die Bilanzpolitik der Unternehmen zudem getrübt werden; z. B. haben die Rückstellungen in den letzten Jahren progressiv zugenommen und eine „unverhältnismäßige" Höhe erreicht. „Weiter ist festzustellen, daß die Rückstellungen jeweils dann besonders hoch ausfallen, wenn gut verdient worden ist" (HB v. 19. 10. 1976).
108) Vgl. J. Priewe, a.a.O., S. 516ff.

hängige Bevölkerung hat also keinen Grund, auf diese Vorschläge einzugehen.

Der Vergleich der Perioden des Aufschwungs 1968 und 1976 zeigt noch eines: Die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand ist zwar eine erwünschte, aber keineswegs notwendige Begleiterscheinung steigender Unternehmereinkommen und zunehmender Investitionstätigkeit. 1976 hat sich dieser, 1968 gekannte, Zusammenhang gelöst. Die Konjunktur verläuft gespalten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit der Entwicklung alternativer Strategien zur Hebung der Beschäftigung und des Lebensstandards der Bevölkerung.

Soeben erschienen

Spuren des Prometheus

Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte

Großformat mit 114 Farb- und 8 SW-Fotos, 138 farbigen und 11 SW-Abbildungen.
Leinen mit farbigem Schutzumschlag, 272 Seiten, DM 29,80

In diesem Buch wird die Entfaltung der menschlichen Wesenskräfte im weltgeschichtlichen Entwicklungsprozeß von der Menschwerdung bis ins Zeitalter der frühbürgerlichen Revolutionen dargestellt. Weltgeschichte wird nicht in Länderbereichen, sondern unter menschheitsgeschichtlichem Aspekt dargeboten. Die im naturhistorischen und sozialgeschichtlichen Prozeß sich vollziehende Herausbildung und Entwicklung des Menschen und der menschlichen Gesellschaft wird in ihren wichtigsten Linienführungen verdeutlicht. Diese Konzentration auf die großen Entwicklungszentren und Entwicklungsabschnitte der Menschheitsgeschichte läßt die Gesetzmäßigkeiten, Schwerpunkte und bedeutenden Zäsuren des Geschichtsablaufes hervortreten und schafft einen hohen Erkenntniswert.

Pahl-Rugenstein

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 1977

1. Bruttosozialprodukt (BSP) (in Preisen von 1962)

	1. Vierteljahr in Mrd. DM	*Veränderung gegen 4. Vierteljahr 1976*	*1. Vierteljahr 1976*
BSP (real)	*149,2*	*– 8,0*	*+3,5*
Bruttolohn- und -gehaltssumme (nominal)	*126,6*	*– 9,4*	*+8,5*
Nettolohn- und -gehaltssumme (nominal)	*92,1*	*– 2,0*	*+7,3*
Bruttoeinkommen aus Unternermertätigkeit und Abschreibungen (nominal)	*97,5*	*–11,1*	*+5,4*
Privater Verbrauch (real)	*85,9*	*–14,6*	*+3,1*
Öffentlicher Verbrauch (real)	*21,6*	*–11,1*	*+2,4*
Anlageinvestitionen (real)	*31,7*	*–19,1*	*+3,6*
Export (real)	*58,4*	*– 4,9*	*+9,0*

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 21/1977, S. 181ff.

Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik hat sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres nur wenig verändert. Die konjunkturelle Unsicherheit hält an, wobei die pessimistischen Erwartungen insgesamt jedoch zugenommen haben. Verstärkt werden die Unsicherheiten durch statistische Mängel, die sich aus der Umstellung der Industriestatistik ergeben. So hat das DIW aufgrund von nachträglich korrigierten Zahlen seine oben dargestellten Ergebnisse jüngst leicht nach oben korrigiert, wobei jedoch keine wesentlichen Verschiebungen eingetreten sind.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Auftragseingangsstatistiken – nachträgliche statistische Korrekturen sind möglich – deuten eher auf eine Verstärkung der stagnativen Tendenzen hin.

Industrielle Auftragseingänge

	Die ersten 4 Monate 1977 in % gegen gleiche Vorjahreszeit
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	*+3,0*
Grundstoff- und Produktionsgüter	*–4,0*
Investitionsgüter	*+8,9*
Verbrauchsgüter	*–0,6*
Aus dem Inland	*+1,5*
Aus dem Ausland	*+7,0*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 6/1977, S. 66*.

Stellt man in Rechnung, daß diese Daten nicht preisbereinigt sind, so haben sich die Auftragseingänge real nicht mehr erhöht. Die relativ günstige Situation der Investitionsgüterindustrie ist vor allem auf die Auslandsnachfrage und auf die Entwicklung im Automobilbereich zurückzuführen. Die inländische Investitionstätigkeit hat sich tatsächlich kaum belebt.

Die Industrieproduktion als wichtigster Konjunkturindikator steigt langsam an, wobei sich das Tempo aber anscheinend – hier sind die Statistiken zur Zeit besonders unsicher – verlangsamt.

Industrieproduktion

	Die ersten 4 Monate 1977 in % gegen gleiche Vorjahreszeit
Produzierendes Gewerbe insgesamt	*+5,5*
Grundstoff- und Produktionsgüter	*+4,1*
Investitionsgüter	*+8,1*
Verbrauchsgüter	*+7,8*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 6/1977, S. 65 *.

Die Produktionsentwicklung ist dabei zu einem großen Teil von der Vorratsbildung bestimmt. Um mehr als die Hälfte des Zuwachses des BSP, um rund 10 Mrd. DM, wurden im ersten Quartal 1977 die Lager aufgestockt.

Das dürfte teilweise mit der relativ schwachen Entwicklung der privaten Verbrauchsnachfrage zusammenhängen. Trotz der immer noch guten Absatzlage der Automobilindustrie erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz – nach Auskunft der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels – in den ersten 4 Monaten des Jahres nominal nur um 3%. Real sank er sogar um 1%.

Dafür ist wesentlich die immer noch langsame Entwicklung der Löhne und Gehälter verantwortlich. Die oben angegebene Steigerungsrate der Nettoarbeitseinkommen von 7,3%, die um die Preissteigerungsrate des privaten Verbrauchs in Höhe von 4% korrigiert werden müßte, spricht nicht dagegen: dieser Lohnzuwachs ist zu einem Teil der saisonal leicht erhöhten Beschäftigung und der im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangenen Kurzarbeit zu verdanken. Dem entspricht jedoch auch ein kräftiger Rückgang von Arbeitslosenunterstützungen und Kurzarbeitergeld, so daß sich die finanzielle Situation der Arbeiterklasse insgesamt weitaus weniger verbessert hat, als es die oben angegebene Zahl auszudrücken scheint.

Das zeigt auch die Entwicklung der Tarifeinkommen. In den ersten 4 Monaten 1977 erhöhte sich der Index der Tarifeinkommen auf Monatsbasis um etwa 6,7%, nur 1% mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Zudem haben sich die Hoffnungen, die die Konjunkturforscher auf die freiwerdenden Mittel aus den vermögenswirksamen Spareinlagen gesetzt hatten, nicht erfüllt. Bisher sind nach vorliegenden Ermittlungen der Sparkassen nur 14% der Gelder tatsächlich in den Konsum geflossen. Umgerechnet auf das ganze Jahr, wären das 3,5 Mrd. DM, die zusätzlich in den Konsum fließen: weniger als 1% der Löhne und Gehälter.

Noch langsamer als der private Verbrauch haben die öffentlichen Haushalte expandiert. Nach den bisher vorliegenden Haushaltsplänen wird sich das auch in der nächsten Zeit nicht ändern: die Steigerungsrate des Bundeshaushalts wird 1977 voraussichtlich unter 6% liegen. Die zusätzlichen Mittel aus dem Investitionsprogramm der Bundesregierung werden daran nicht viel ändern. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, daß solche zusätzlichen Konjunkturprogramme durch Investitionszurückhaltung in anderen Bereichen – vor allem seitens der Gemeinden – in ihren Auswirkungen konterkariert werden. Da das „Steuerpaket" mit seinen Steuersenkungen für Unternehmer vor allem die Gemeinden trifft, sind die Einschränkungen von der Finanzierungsseite aus bereits programmiert.

Auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat sich nur wenig belebt. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat in seiner jüngsten Investitionsbefragung einen voraussichtlichen realen Investitionszuwachs der Industrie von 4% im Jahre 1977 ermittelt, nach 2% 1976. Wie die Zielsetzung der Investitionen zeigt, wachsen vor allem die Ersatzbeschaffungen.

Zielsetzung der Investitionen in % [1])

	1974	*1975*	*1976*	*1977[2])*
Erweiterung	*34*	*24*	*24*	*25*
Rationalisierung	*45*	*50*	*45*	*43*
Ersatz	*21*	*26*	*31*	*32*

1) In der Industrie.
2) Schätzung.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 17/1977, S. 13.

Rationalisierung und Ersatzbeschaffung sind nur schwer auseinanderzuhalten. Daher ist noch ein weiteres Befragungsergebnis interessant: der Anteil der Investitionen, der der Einführung neuartiger Produktionsmethoden dient, steigt ständig an. 1973 waren es erst 39%, 1976 schon 44 und 1977 sollen es 47% sein.

Das wichtigste Investitionsmotiv bleibt also die Rationalisierung. Das wird sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern. Geht man davon aus, daß Erweiterungsinvestitionen nur im Zuge einer kräftigen Erhöhung der Kapazitätsauslastung zu erwarten sind, so haben sich die Aussichten sogar wieder verschlechtert. Denn die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nach Auskunft des Bundesministeriums für Wirtschaft zwischen Januar und April 1977 von 83,5 auf 83% leicht zurückgegangen.

Der Export der BRD hat – entgegen allen anderen Nachfragebereichen – sein Expansionstempo beibehalten. Der Exportüberschuß stieg in den ersten 5 Monaten des Jahres auf 15,5 Mrd. DM, immerhin 8% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das ist umso bemerkenswerter, als sich die wirtschaftliche Situation in den wichtigsten „Partnerländern" nicht wesentlich von der der BRD unterscheidet – soweit die Konjunkturtendenzen in Betracht kommen. Das Expansionstempo hat sich auch dort wesentlich verlangsamt. Auch die immer noch vorherrschende Aufwertungstendenz der DM hat diesen Prozeß nicht wesentlich berührt. Dafür dürfte vor allem der relative Preisvorteil verantwortlich sein. Für 1977 rechnet das DIW mit Preissteigerungen von 4% in der BRD, von 9% bei den Handelspartnern der BRD. Da diese Differenz durch die Aufwertung der DM nicht voll ausgeglichen werden dürfte, errechnet sich daraus ein Außenhandelsvorteil für die Bundesrepublik. Die Schätzung des DIW zeigt, daß sich die Preissituation im Inland nur wenig geändert hat.

Preise in den ersten 4 Monaten 1977

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Lebenshaltungskosten[1])	*+4,0*
Industriepreise	*+3,8*
Einzelhandelspreise	*+3,7*

1) Alle Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 5/1977, S. 338.

Während bei den Lebenshaltungskosten nach den letzten Meldungen mit einer leichten Verstärkung der Auftriebstendenzen zu rechnen ist, sind bei den industriellen Erzeugerpreisen eher Verlangsamungstendenzen spürbar. Das dürfte unter anderem auch mit der Entwicklung der Rohstoffpreise und der Importpreise zusammenhängen, die sich in der jüngeren Vergangenheit etwas stabilisiert haben. Während die Konjunktur sich insgesamt noch – bei verstärkten Stagnationstendenzen in weiten Bereichen – aufwärts entwickelt, bleibt die Arbeitsmarktlage unverändert schlecht.

Arbeitsmarkt in den ersten 5 Monaten 1977[1])

	In 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr*
Arbeitslose	*1106*	*– 81*
Kurzarbeiter	*273*	*–196*
Offene Stellen	*232*	*– 1*

1) Monatsdurchschnitte.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 6/1977, S. 65*.

Der Abstand zur Vorjahreszeit ist immer mehr zurückgegangen. Seit Mai/Juni bewegen sich die registrierten Arbeitslosenzahlen auf Vorjahreshöhe, die Kurzarbeiterzahlen sind sogar höher. Berücksichtigt man die Tatsache, daß die Ausländerzahlen um mehr als 100 000 unter dem Vorjahresstand liegen, so zeigt sich, daß die Arbeitslosigkeit tatsächlich gegenwärtig höher ist als im Vorjahr. Doch auch die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt weit über 900 000 liegen und alle Prognosen übertreffen.

Damit hält die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung nun schon 4 Jahre an – ohne daß auch nur einer der vielen diskutierten arbeitsmarktpolitischen Vorschläge realisiert wurde. Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit beschränken sich auf traditionelle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – so wie sie zu Zeiten annähernder Vollbeschäftigung entwickelt wurden. Umschulungen, Mobilitätshilfen und eine qualitativ verbesserte Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter sind sicher teilweise notwendige Maßnahmen – angesichts eines globalen Beschäftigungsmangels aber bewirken sie kaum etwas. Dagegen verschärfen Arbeitsämter und Unternehmer den Druck auf die Arbeitslosen, die Bundesregierung verteilt freigebig alle möglichen Subventionen an die Unternehmer, ohne damit bindende Beschäftigungsauflagen zu verknüpfen. So dienen auch diese Maßnahmen den Unternehmern lediglich zu einer „Umschichtung" der Beschäftigten mit dem Effekt einer Lohnkostensenkung – wobei die dabei entstehenden Kosten durch die Arbeitsämter in Form von Einstellungsprämien praktisch abgedeckt werden. Damit orientiert sich die Wirtschaftspolitik an Vorstellungen, die Arbeitslosigkeit auf angeblich zu hohe Löhne zurückzuführen – ein Konzept, das nun seit mehreren Jahren auch praktisch seine Unrichtigkeit belegen konnte.

Jörg Goldberg

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

77 *Haug* **Kritik des Absurdismus.** J.-P. Sartre. 256 S. DM 9,80
81 *Kahl* **Positivismus als Konservatismus.** 301 S. DM 14,80
82 *Butterwegge* **Alternativen der Wirtschaftslenkung.** 155 S. DM 9,80
83 *Mayer/Stuby (Hg.)* **Das lädierte Grundgesetz.** 356 S. DM 14,80
84 *Hinrichs/Peter* **Industrieller Friede?** 298 S. DM 12,80
86 *Bayertz/Schleifstein* **„Kritische Vernunft": Popper.** 270 S. DM 14,80
87 *Menschik* **Feminismus.** 358 S. DM 12,80
88 *Kühnl/Hardach* **Zerstörung der Weimarer Republik.** 290 S. DM 12,80
89 *Apel* **Umfrage UdSSR.** Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
91 *Preiß* **Humanisierung der Arbeitswelt.** 132 S. DM 12,80
94 *Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch.** 142 S. DM 9,80
96 *Sandkühler (Hg.)* **Betr.: Althusser.** 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Dokumente zum Zeitgeschehen

Französisch-sowjetische Deklaration vom 22. Juni 1977

(Wortlaut)

Auf Einladung des Präsidenten der Französischen Republik, V. Giscard d'Estaing, weilte der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breschnew, vom 20. bis zum 22. Juni 1977 zu einem offiziellen Besuch in Frankreich.

An den Gesprächen in Rambouillet nahmen teil: Von sowjetischer Seite: A. A. Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, N. S. Patolitschew, Minister für Außenhandel der UdSSR, B. P. Bugajew, Minister für zivile Luftfahrt der UdSSR, S. W. Tscherwonenko, Botschafter der UdSSR in Frankreich, A. M. Alexandrow und A. I. Blatow, Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, W. W. Sagladin, 1. Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, L .M. Samjatin, Generaldirektor von TASS. A. G. Kowaljow, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, und J. W. Dubinin, Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR;

Von französischer Seite: R. Barre, Premierminister und Minister für Wirtschaft und Finanzen, L. de Guiringaud, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, R. Boulin, delegierter Minister für Wirtschaft und Finanzen, A. Rossi, Minister für Außenhandel, J.-F. Poncet, Generalsekretär der Präsidialkanzlei, B. de Leusse, Botschafter Frankreichs in der UdSSR, J. P. Lecat, Sprecher der Präsidialkanzlei, J.-P. Dutet, Berater der Präsidialkanzlei, G. Robin, Berater der Präsidialkanzlei, B. Larrera de Morel, Direktor für Außenwirtschaftsbeziehungen im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, H. Froment-Meurice, Direktor für Wirtschafts- und Finanzfragen im Außenministerium, und J. Andreani, Leiter der Europaabteilung im Außenministerium.

Die Gespräche verliefen in einer Atmosphäre großer Herzlichkeit, die den freundschaftlichen Beziehungen und den historischen Bindungen entspricht, die zwischen beiden Ländern bestehen und die sich aus mehr als zehnjähriger Zusammenarbeit ergibt. Sie ermöglichten einen nützlichen und tiefgehenden Meinungsaustausch zu den wichtigsten internationalen Problemen sowie zu Fragen der sowjetisch-französischen Beziehungen.

L. I. Breschnew und V. Giscard d'Estaing würdigten erneut die Bedeutung der Dokumente, die in letzter Zeit wichtige Marksteine auf dem Wege der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit waren, insbesondere der sowjetisch-französichen Erklärung von 1966, des Protokolls über politische Konsultationen von 1970, der Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich von 1971 und der Erklärung über die weitere Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit von 1975. Sie betonten, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich nach wie vor ein wichtiger und ständiger Bestandteil ihrer Außenpolitik sein wird.

Im Geiste dieser Dokumente bekräftigen die Seiten ferner ihr Bestreben, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten fortzusetzen und einen gemeinsamen Beitrag zur Festigung und Vertiefung der Entspannung zu leisten. Sie bekunden ihre Absicht, auf diese Weise dazu beizutragen, daß die Entspannung in den internationalen Beziehungen beschleunigt und mit konkretem materiellen Inhalt erfüllt wird.

Als Ergebnis der Verhandlungen bekundeten der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Präsident Frankreichs in einem gesonderten Dokument – der Gemeinsamen sowjetisch-französischen Erklärung über die Minde-

rung der internationalen Spannung – die tiefe Treue der Sowjetunion und Frankreichs zur Politik der Entspannung.

Internationale Probleme

L. I. Breschnew und V. Giscard d'Estaing widmeten der Lage in Europa und den weiteren Schritten nach der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren Schlußakte sie am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet haben, große Aufmerksamkeit.

Die Seiten heben hervor, daß sich in dieser Zeit die Lage in Europa zum Besseren gewandelt hat; in politischen, ökonomischen, kulturellen und anderen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten wurde ein bestimmter Fortschritt erreicht.

Der Sache der vollen und dynamischen Verwirklichung der Helsinkier Schlußakte tief verpflichtet, sind die UdSSR und Frankreich fest entschlossen, für die effektive Verwirklichung aller ihrer Grundsätze zu wirken. Sie sind der Meinung, daß der unablässige Fortschritt in den bilateralen zwischenstaatlichen Beziehungen auf allen Gebieten, die in der Schlußakte genannt werden, eine der grundlegenden Voraussetzungen zur Gewährleistung der Verwirklichung dieses langfristigen Aktionsprogramms darstellt.

Die Seiten tauschten Meinungen über das Treffen der Vertreter der Außenminister in Belgrad aus, dessen Durchführung in der Schlußakte vorgesehen ist. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Treffen in konstruktivem Geiste verlaufen und einen konkreten Beitrag zum Vorwärtsschreiten auf dem Weg der Realisierung der Grundsätze der Schlußakte und damit zur Festigung der Entspannung leisten wird.

Die Seiten tauschten ihre Meinungen über die Diskussion eines Planes zur Durchführung einer Beratung auf hoher Ebene über den Umweltschutz in der UNO-Wirtschaftskommission für Europa aus sowie über den Stand der Erörterung von Vorschlägen zur Organisierung gesamteuropäischer Kongresse zu Fragen des Verkehrs und der Energie.

Die UdSSR und Frankreich stellten fest, daß die Entspannung in dem Falle richtig zur Entfaltung kommen kann, wenn alle Staaten, die die Schlußakte von Helsinki unterzeichneten, sich an der Verwirklichung der in ihr vereinbarten Ziele beteiligen und ihre Handlungen in allen Teilen der Welt mit den Erfordernissen der Entspannung in Übereinstimmung bringen.

Die Seiten unterstrichen die große Bedeutung, die sie dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 beimessen, dessen strikte Einhaltung und volle Anwendung eine Garantie für die Stabilität in dem entsprechenden Gebiet ist und dadurch eines der wichtigen Elemente der Förderung der Entspannung in Europa darstellt.

Die Seiten betonen die Übereinstimmung ihrer Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit, das Zypernproblem auf der Grundlage der vollen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Republik Zypern zu regeln. Eine solche gerechte und dauerhafte Regelung muß auf dem Verhandlungsweg gefunden werden. Sie treten für den schnellsten Abzug aller ausländischen Truppen aus der Republik Zypern ein.

Sie haben die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Bevölkerungsteilen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs der UNO in Übereinstimmung mit deren Resolutionen zur Kenntnis genommen.

Die Seiten stellten fest, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt günstigere Bedingungen gibt, um auf dem Wege zu einer umfassenden Regelung im Nahen Osten voranzukommen. Die Seiten bringen ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß ihre Positionen zu den Hauptaspekten einer Regelung – an denen sie seit langem festhalten – nunmehr allgemeine Billigung finden. Sie meinen, daß die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens beruhen muß auf dem Abzug der israelischen Truppen aus allen 1967 okkupierten arabischen Territorien, auf der Sicherung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina – einschließlich seines Rechts, eine nationale Heimatstatt zu haben –, auf der Wahrung des Rechts auf unabhängige Existenz aller Staaten dieses Gebiets – einschließlich Israels – sowie auf sicheren und anerkannten Grenzen.

Die UdSSR und Frankreich bringen ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die Genfer Friedenskonferenz bis Ende des laufenden Jahres unter gleichberechtigter Teilnahme aller interessierten Seiten – darunter auch von Vertretern des arabischen Volkes von Palästina – erneut ihre Arbeit aufnehmen wird.

Die Seiten widmeten der Lage in Afrika ihre Aufmerksamkeit.

Die UdSSR und Frankreich bekräftigten im Geiste der Entspannung die Bedeutung, die sie, mit dem Ziel der Festigung des Friedens auf dem afrikanischen Kontinent, der Achtung von Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität der afrikanischen Staaten sowie der Verwirklichung des Rechts der Völker Afrikas beimessen, selbst frei, ohne Einmischung von außen, über ihr Schicksal zu entscheiden.

Die Sowjetunion und Frankreich bringen Genugtuung über die bevorstehende Unabhängigkeit Djiboutis zum Ausdruck und hoffen, daß alle Staaten die Souveränität und territoriale Integrität des neuen Staates achten.

Die Seiten treten dafür ein, daß die Völker Zimbabwes und Namibias so schnell wie möglich ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß den Prinzipien und Resolutionen der UNO verwirklichen können. Sie äußern ihr Bedauern über die Apartheid-Politik in Südafrika und verurteilen diese Politik.

Die UdSSR und Frankreich erklären, daß sie unter Berücksichtigung der bedeutenden Rolle, die beide Länder in der Welt bei der Entspannung und Sicherheit spielen, gewillt sind, sich mit Initiative an den Abrüstungsbemühungen zu beteiligen.

Geleitet von dem Bestreben, jede Initiative zu fördern, die zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, einschließlich der nuklearen Abrüstung, unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle beitragen kann, haben die Seiten bereits einer Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen zugestimmt. Sie werden alle Anstrengungen unternehmen, damit die Erörterung dieser Fragen zu positiven und konkreten Ergebnissen führt. Diese werden es ermöglichen, der Abrüstung einen neuen Anstoß zu geben, um die Welt von den Gefahren des Wettrüstens sowohl mit Kern- als auch mit konventionellen Waffen zu befreien.

Gleichzeitig sind die Seiten der Ansicht, daß die Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen, deren Hauptaufgabe die Festlegung prinzipieller Positionen zum Abrüstungsproblem und der Hauptrichtungen für vorrangige Anstrengungen auf diesem Gebiet sowie die Erhöhung der Effektivität des vorhandenen Verhandlungsmechanismus sein wird, ihr Interesse an der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz keineswegs schmälern wird. Sie bringen den Wunsch zum Ausdruck, daß die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Konferenz, insbesondere die Einbeziehung aller kernwaffenbesitzenden Mächte, in nächster Zukunft gewährleistet werden.

Die UdSSR und Frankreich geben erneut ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Die Seiten äußern sich befriedigt über die Unterzeichnung der sowjetisch-französischen Deklaration über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, in der ihr gemeinsames Streben nach diesem Ziel hervorgehoben wird. Sie anerkennen dabei die Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie für die Länder, die ihrer bedürfen.

Die französische Seite setzt mit Interesse die Prüfung des Vorschlages der sowjetischen Seite über ein Verbot der Entwicklung und der Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme dieser Waffen fort.

Die Sowjetunion und Frankreich, die ihre Treue zu den Zielen und Grundsätzen der Organisation der Vereinten Nationen bestätigen, betonten ihre Entschlossenheit, deren Autorität und Wirksamkeit bei der Vertiefung der Entspannung, der Festigung des Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit durch eine vollständigere Nutzung der Möglichkeiten zu erhöhen, die in deren Charta liegen.

Die Seiten gelangten zu einer Übereinstimmung über die Notwendigkeit, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen unter Berücksichtigung des Rechtes der Entwicklungsländer so umzugestalten, daß diese in den weltwirtschaftlichen Fortschritt einbezogen werden, dessen Früchte

auf einer gerechteren Grundlage genießen und außerdem auf die Wahl der Wege Einfluß nehmen können, von denen dieser Fortschritt abhängt.

Sie erklärten ihre Entschlossenheit, den konstruktiven Dialog in dieser Richtung fortzusetzen und im Interesse der Erweiterung der allseitigen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wie auch der Festigung der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten auf gleichberechtigter Grundlage zu handeln.

Die bilateralen Beziehungen

Gegenstand einer ausführlichen und gründlichen Erörterung waren jene Fragen, die die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich betreffen. Die Seiten vermerkten mit Befriedigung, daß die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Frankreich beiden Ländern Nutzen bringt und ein Beitrag zur Verbesserung der Lage in Europa und in der ganzen Welt ist.

Die Seiten unterstrichen die besondere Bedeutung, die ihrer Meinung nach die Begegnungen auf höchster Ebene vom Standpunkt der Festlegung der Hauptrichtungen und des Rahmens für ihre Zusammenarbeit sowie der Auslösung neuer Impulse gewinnen.

Sie konstatierten mit Befriedigung die Rolle, die die Kontakte zwischen den Ministern beider Regierungen bei der Verwirklichung des im Ergebnis dieser Begegnungen erarbeiteten Kurses spielen. Sie hoben die große Bedeutung hervor, die die Fortsetzung der Praxis vertiefter politischer Konsultationen und der diesen Konsultationen zunehmend verliehene systematische Charakter für das bessere gegenseitige Kennenlernen und nach Möglichkeit für die Abstimmung der beiderseitigen Positionen haben.

Die Seiten brachten ihre Befriedigung über den am 16. Juli 1976 erfolgten Briefwechsel zwischen den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und Frankreichs bezüglich der Verhütung zufälliger oder nichtsanktionierter Anwendung von Kernwaffen zum Ausdruck.

Die Seiten brachten den ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Ländern große Aufmerksamkeit entgegen und bekräftigten erneut die Bedeutung ihrer Entwicklung und Ausweitung.

Mit Befriedigung konstatierten sie, daß der Umfang des Warenaustauschs unablässig wächst und daß dies die Möglichkeit bietet, neue Perspektiven abzustecken. Das Wachstumstempo im gegenseitigen Handel betrug 1975 und 1976 rund 30% jährlich, und sein Umfang erreichte in den genannten zwei Jahren etwa den des Warenaustausches vom vorangegangenen Jahrfünft 1970 bis 1974. Unter Berücksichtigung, daß das im Dezember 1974 in Rambouillet festgelegte Ziel der Verdoppelung des Warenaustausches im Zeitraum von 1975 bis 1979 allem Anschein nach erreicht und sogar überboten wird, haben die Seiten beschlossen, alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung einer Verdreifachung des Warenaustausches einzuleiten. Darüber hinaus kamen sie überein, die Anstrengungen zur Gewährleistung einer harmonischeren Entwicklung des Handels zwischen ihnen fortzusetzen.

Mit Aufmerksamkeit ist des weiteren die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit erörtert worden, die – wie erneut unterstrichen wurde – eine der wesentlichen Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden Ländern ist. Die Seiten konstatierten, daß das am 10. Juli 1973 in Moskau unterzeichnete Zehnjahresprogramm und das Zusatzprotokoll vom 6. Dezember 1974 beiden Ländern ermöglichten, viele Industrieprojekte zu verwirklichen – insbesondere auf dem Gebiet der Errichtung großer Industrieobjekte. Sie unterstrichen, daß der erfolgreiche Abschluß der zwischen interessierten Betrieben und Organisationen beider Länder laufenden Verhandlungen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung ihrer Zusammenarbeit leisten wird.

Die Seiten beschlossen, die Realisierung neuer Projekte zu fördern, und unterzeichneten zu diesem Zweck ein neues Protokoll zum Programm der Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie für einen Zeitraum von zehn Jahren; darin ist die vereinbarte Zusatzliste der Projekte eingeschlossen.

Die Seiten kamen überein, die Ausarbeitung eines neuen langfristigen Programms zur Vertiefung der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie für den Zeitraum bis 1990 in Angriff zu nehmen.

Die Seiten brachten ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß im Ergebnis des Besuchs ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chemie und ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Verkehrswesen unterzeichnet wurden.

Die Seiten unternehmen Anstrengungen zur Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, wobei sie sich auf die bereits gewonnenen Erfahrungen stützen und ihre konzentrierte Aufmerksamkeit auf die perspektivreichsten Themen und Projekte lenken, um ihre Beziehungen auf diesem Gebiet noch effektiver und ausgewogener zu gestalten. Sie sind übereingekommen, jene Bemühungen fortzusetzen, die auf die immer umfassendere Koordinierung der wissenschaftlich-technischen wie auch der industriellen und ökonomischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten, wo dies möglich ist, gerichtet sind. Besondere Beachtung wird der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie, der Erforschung des Kosmos, der Rechentechnik, des Umweltschutzes, der Landwirtschaft, der Medizin, aber auch verschiedenen Aspekten der Grundlagenforschung zu Problemen der Astronomie, der physikalisch-chemischen Grundlagen des Lebens, der Erdbebenkunde, der Katalyse, der Festkörpermechanik, der Quantenelektronik sowie der nichtlinearen Optik geschenkt werden.

Beiderseits wurde hervorgehoben, daß sich die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie seit einer Reihe von Jahren erfolgreich entwickelt, und es wurde die Meinung geäußert, daß die Möglichkeit ihrer weiteren Ausdehnung besteht, insbesondere was Kernkraftwerke und Brutreaktoren anbelangt.

Es wurde besonders betont, daß die sowjetisch-französische Zusammenarbeit im Bereich des Kosmos, die sich im Laufe der letzten zehn Jahre mit ständigem Erfolg entwickelt hat, durch den Start des französischen Sputniks „Sneg 3" mit Hilfe eines sowjetischen Trägers gekennzeichnet war und sich während der folgenden Monate in der Mitwirkung französischer Wissenschaftler an dem von der Sowjetunion durchgeführten Programm zur Erforschung der Venus ausdrücken wird.

Die Seiten werden auch künftig den Austausch zwischen beiden Ländern qualitativ verbessern und dafür sorgen, daß die sowjetisch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildung, Kultur, Kunst und Wissenschaft effektiver gestaltet wird.

Die Seiten bekunden ihre Entschlossenheit, neue Bemühungen um die Entwicklung des Russischunterrichts in Frankreich und des Französischunterrichts in der Sowjetunion sowohl an den Ober- und Hochschulen als auch im Rahmen der Erwachsenenbildung zu unternehmen. Ihrer Ansicht nach wäre es zum Beispiel wünschenswert, zu diesem Zweck die Möglichkeit für eine Vergrößerung der Zahl der Dozenten und Assistenten im jeweiligen Land zu prüfen.

Die Seiten beschlossen, regelmäßige Jugendtreffen beider Länder, einschließlich Treffen der lernenden Jugend, zu fördern.

Die Seiten äußerten ihre Genugtuung über den am 7. Juni dieses Jahres erfolgten Austausch von Schreiben zwischen den Außenministern der UdSSR und Frankreichs über die Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen sowjetischer Spezialisten in Frankreich und französischer Spezialisten in der UdSSR im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit.

Hervorgehoben wurde die Nützlichkeit der Kontakte auf militärischem Gebiet. Die Seiten äußerten die Bereitschaft zur Fortsetzung und nach Möglichkeit zum Ausbau solcher Kontakte und Austausche, da sie der Meinung sind, diese sollten die Stärkung der traditionellen Gefühle der Achtung fördern, die die Streitkräfte der Sowjetunion und Frankreichs füreinander hegen.

Die Seiten erachten es nach wie vor als wichtig, die Gefühle der Achtung, gegenseitigen Sympathie und Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und Frankreichs zu entwickeln. Sie sind der Ansicht, daß die Entwicklung des gegenseitigen Kennenlernens der Kultur und Errungenschaften des sowjetischen und französischen Volkes und der Kontakte zwischen den Sowjetmenschen und Franzosen zur Festigung dieser Gefühle beitragen wird. Sie sind der Meinung, daß auf diese Weise die Schaffung einer günstigen Atmosphäre fortgesetzt werden wird, um wichtige Fragen zu lösen, die sich die Sowjetunion und Frankreich sowohl auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen als auch bei der Festigung des Friedens in der Welt gemeinsam gestellt haben.

Die Seiten sind der Auffassung, daß der Besuch L. I. Breschnews in Frankreich und die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche fruchtbringend waren. Sie sind davon überzeugt, daß die Ergebnisse dieses Besuchs die Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich fördern und ein Beitrag zur Verbesserung der Lage in Europa und auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens insgesamt sein werden.

L. I. Breschnew hat im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR und der sowjetischen Regierung den Präsidenten Frankreichs, V. Giscard d'Estaing, eingeladen, der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abzustatten. Der Präsident Frankreichs hat diese Einladung mit Befriedigung angenommen.

Rambouillet, den 22. Juni 1977

Präsident der Französischen Republik: V. Giscard d'Estaing

Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR: L. Breschnew

Offener Brief von Dr. Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann und 145 weiteren Persönlichkeiten an die Bundestagsabgeordneten von SPD und FDP anläßlich der Beratung des Rüstungsetats im Mai/Juni 1977

(Wortlaut)

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

wir Unterzeichner – Wissenschaftler, Künstler und Publizisten – haben uns in den vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit wiederholt und mit Nachdruck für die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition in Bonn ausgesprochen.

In den zurückliegenden Wahlkämpfen und auch bei anderen Gelegenheiten haben wir uns in der öffentlichen Diskussion immer wieder argumentativ für die Regierungspolitik der Kanzler Brandt und Schmidt eingesetzt, wobei von unserer Seite immer wieder auf die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Entspannungspolitik hingewiesen worden ist.

Umso alarmierender ist es für uns, daß in den letzten Jahren, d. h. von 1970 bis einschließlich 1976, der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik um 84,49% gestiegen ist, im Jahresdurchschnitt sind die Rüstungsausgaben also um 12,07% gewachsen, was weder durch die Inflationsrate erklärbar ist, noch durch eine ja keineswegs vorhandene außenpolitische Krise. Selbst wenn man nur den Einzelplan 14 betrachtet, so ergibt sich für die Zeit von 1970 bis 1976 eine kontinuierliche Steigerung um insgesamt 63,9%. Unter Bundeskanzler Erhard und in den Jahren der Großen Koalition stieg der Verteidigungshaushalt dagegen nur um knapp 11%, im Jahresdurchschnitt um 1,8%. Es bleibt uns also nur die Schlußfolgerung, daß die von uns als Vorkämpferin der Entspannung propagierte sozialliberale Koalition den Rüstungsetat um ein Vielfaches mehr erhöht hat als frühere CDU-geführten Regierungen.

Wir appellieren deshalb an Sie, keiner weiteren Erhöhung der Ausgaben im Bereich des Verteidigungshaushaltes mehr zuzustimmen und damit international mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Bundesrepublik mit den absolut höchsten Rüstungsausgaben im europäischen Bereich

des westlichen Bündnisses kann es sich ohne Gefahr für ihre Sicherheit leisten, auf weitere Steigerungen zu verzichten. Sie erhält damit nicht nur ein überzeugendes Argument für ihren Friedenswillen und für ihr Drängen auf internationale Verminderung der Rüstungsausgaben; vielmehr könnten die einzusparenden Mittel endlich für vordringliche Aufgaben, sowohl im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch gezielte Maßnahmen, als auch beispielsweise für kulturelle Zwecke verwendet werden.

Die Unterzeichner richten daher an Sie die dringende Aufforderung, sich in Ihrer Fraktion, in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum energisch für eine Begrenzung der Ausgaben im Verteidigungsbereich, zumindest auf den Vorjahresstand, einzusetzen.

Antwortschreiben von 24 Bundestagsabgeordneten an Dr. Ingeborg Drewitz und Bernt Engelmann vom 23. Juni 1977

(Wortlaut)

Mit Datum vom 23. 6. 1977 erhielten die Initiatoren des vorstehenden Briefes ein Schreiben der SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen, das von weiteren 22 Abgeordneten des Deutschen Bundestages unterzeichnet ist, so z. B. von Dr. Rudolf Schöfberger, Klaus Thüsing, Erich Meinike, Brigitte Erler, Peter Conradi, Klaus-Dieter Kuehbacher, und in dem diese Abgeordneten begründen, weshalb sie trotz erheblicher Bedenken dem „Einzelplan 14" des Rüstungshaushaltes ihre Zustimmung gaben. Nachstehend der Wortlaut. D. Red.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Bundestagsabgeordnete, die dem Wehretat kritisch gegenüberstehen, möchten wir uns bei Ihnen für Ihr Engagement bedanken. Ihr Schreiben macht deutlich, daß immer mehr Wissenschaftler, Künstler, Publizisten die Sinnwidrigkeit des ständigen Ansteigens der Rüstungsausgaben erkennen und bereit sind, dagegen Stellung zu beziehen. Wir empfinden diese Bereitschaft als eine wertvolle Unterstützung für unsere politische Arbeit.

In diesen Tagen hatten wir im Rahmen der Haushaltsberatungen auch über den Wehretat zu beschließen. Dabei stellte sich für uns die Frage, ob wir dem „Einzelplan 14" unsere Zustimmung verweigern sollten. Einige von uns haben das in den vergangenen Jahren schon mehrfach getan. Das Problem stellte sich allerdings diesesmal etwas anders dar als in den letzten Jahren. Die CSU/CDU lehnte diesmal den Wehretat ab, und zwar vor allem aus zwei Gründen:

– die Liberalisierung des Kriegsdienstverweigerungsrechts bedeute die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht;

– Der Verteidigungsminister gebe zu sehr dem „Druck" der SPD-Linken nach („Generalsaffäre").

Beide Aussagen der CDU/CSU sind zwar falsch und nur aus der ideologischen Verklemmung der Opposition zu verstehen. Dennoch wäre es eine Verkehrung der Fronten, wenn unter diesen Umständen auch kritische Sozialdemokraten gegen den Wehretat stimmen und damit den Verteidigungsminister dazu drängen würden, in Zukunft eine mehr auf die Wünsche der Opposition eingehende Politik zu machen.

Hinzu kommt, daß wir die Initiatoren dieser Liberalisierung des Kriegsdienstverweigerungsrechts sind und deshalb mit Nachdruck für ihre Verwirklichung eintreten.

Das ändert nichts daran, daß wir nach wie vor den Wehretat für zu hoch halten. Mit Sorge beobachten wir auch die Tendenz, durch zusätzliche Rüstungsaufträge Arbeitsplätze zu schaffen, die zwangsläufig unsicher sind und damit eine notwendige allmähliche Umstellung von militärischer auf zivile Produktion hinausgeschoben wird. Es gäbe sinnvollere Möglichkeiten, die entsprechenden finanziellen Mittel zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit zu verwenden. Kritik dürfte auch im Hinblick auf die Beschaffung neuer Waffen (z. B. Tornado, Alpha Jet) angebracht sein, deren Kosten in keinem Verhältnis zu ihrem etwaigen Nutzen stehen. Im übrigen teilen wir die in ihrem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die Bundesrepublik ohne Gefahr für ihre Sicherheit ihren Verteidigungshaushalt einschränken könnte. Wir werden uns dafür im Rahmen der politischen Möglichkeiten einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen:

24 Bundestagsabgeordnete

Entschließung des Ortsvereins Bonn-Poppelsdorf/ Venusberg der SPD zu den Parteiordnungsverfahren wegen der Mitarbeit im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 30. Juni 1977

(Wortlaut)

Der SPD-Ortsverein Poppelsdorf/Venusberg fordert den Parteivorstand auf, Sozialdemokraten, die das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit unterstützt haben und unterstützen, nicht wegen dieser Mitarbeit mit Parteiordnungsverfahren zu bedrohen und bereits aus diesem Grunde eingeleitete Verfahren insbesondere gegen die Genossen Mechthild Jansen, Prof. Gerhard Kade und Prof. Gerhard Stuby zurückzunehmen. Die Beteiligung von Kommunisten darf für Sozialdemokraten kein Hinderungsgrund sein, in einem Gremium mitzuarbeiten und für eine Sache zu wirken, die sozialdemokratischen Werten und Forderungen entspricht. Eine solche sachbezogene Mitarbeit beinhaltet keineswegs eine prinzipielle Bündnisaussage. Das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit hat sowohl durch seine personelle Zusammensetzung (z. B. Martin Niemöller, Uta Ranke-Heinemann, Dieter Hildebrandt) als auch durch seine Sachaussagen (z. B. gleichmäßige Abrüstung im Westen und Osten) gezeigt, daß die Behauptungen nicht zutreffen, es sei kommunistisch gelenkt und vertrete die sowjetische Außenpolitik. Die Aufstellung, Verbreitung und Auswertung solcher Behauptungen vor allem durch die CDU/CSU und die Rechtspresse machen deutlich, daß damit letztlich die von der SPD eingeleitete Entspannungspolitik selbst getroffen werden soll; es herrscht in unserem Lande leider ein Klima, in dem es ausreicht, eine Sache als „kommunistisch" zu kennzeichnen, um sie diffamieren und sich Argumente ersparen zu können. Dem hier ausgeübten Druck darf die SPD um der Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Politik willen nicht nachgeben.

Der SPD-Ortsverein Poppelsdorf/Venusberg fordert die Aufnahme einer von Druck und Ausschlußdrohungen freien inhaltlichen Diskussion in der Partei über die Frage, wie die sozialdemo-

kratischen Anstrengungen für Frieden, Entspannung und Abrüstung verstärkt wiederaufgenommen und fortgeführt werden sollen.

Verabschiedet auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Bonn-Poppelsdorf/Venusberg mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen (30. Juni 1977).

Artikel des ehemaligen Generalbundesanwalts Max Güde über Berufsverbote und Verbotsdrohungen gegen DKP und „K-Gruppen" in der „Stuttgarter Zeitung" vom 5. Juli 1977

(Wortlaut)

In einem am 5. Juli 1977 in der „Stuttgarter Zeitung" erschienenen Artikel wendet sich der frühere Generalbundesanwalt und langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Max Güde gegen die Forderung seines Parteifreundes Filbinger und anderer nach einem Verbot sogenannter K-Gruppen. Güdes weit ausgreifende Kritik, die auch die gegenwärtige Praxis der Berufsverbote und die Haltung des Bundesverfassungsgerichts trifft, erscheint als ein aufschlußreiches Dokument dafür, daß angesichts des wachsenden internationalen Widerstandes gegen die Politik der Berufsverbote diese Politik immer problematischer selbst für jene Kräfte wird, die ihr Pate gestanden haben. Die Sorge Güdes, der ausdrücklich auf seine einschlägige Kompetenz in Sachen „Staatsschutz" seit 1951 hinweist und sich über jeden „Linksverdacht" erhaben weiß, gilt offenbar vor allem zwei absehbaren Entwicklungen: 1. Die „deutsche Rolle in einem dynamischen Prozeß von weltgeschichtlichem Rang" ist gefährdet, wenn das Ausland sich fragt, „. . . ob bei uns ein Rückfall in nationalsozialistische Unterdrückung der Gesinnung stattfindet . . .". 2. Die Praxis der Berufsverbote könnte „dem Gegner" bei der „Integration und Sammlung einer deutschen Linken" helfen. Ohne auf Stereotype wie die „Moskauabhängigkeit" der DKP oder auf traditionelle, seit Brzezinski/Carter aber revitalisierte Wunschvorstellungen vom zwangsläufigen Zerfall des Kommunismus zu verzichten (Güde scheint dabei eher auf die Cartersche als auf die Straußsche Variante von „Freiheit statt Sozialismus" zu setzen), versucht der Artikel, das Argumentationsarsenal der „Staatsschützer" aufzubessern, der seit dem KPD-Verbot veränderten Weltlage anzupassen und unhaltbar gewordene Positionen auszusondern sowie der CDU, aber wohl nicht nur ihr, einige objektiv bedingte Grenzen ihres antikommunistischen Spielraums warnend in Erinnerung zu rufen. – Wir werden in einem der nächsten Hefte näher auf diesen Komplex eingehen. Nachstehend dokumentieren wir den Wortlaut des Güde-Artikels. D. Red.

„WIR BRAUCHEN VERTRAUEN IN DIE FREIHEIT"

Gegen neue Verbote von „K-Gruppen" – Der Staatsschutz hat andere Möglichkeiten

Ministerpräsident Dr. Filbinger hat in seiner Pressekonferenz vom 16. 6. 1977 das Verbot der „K-Gruppen" gefordert. Spätestens im Herbst will er zusammen mit den anderen Unions-regierten Ländern eine Verbotsinitiative im Bundesrat einbringen, damit dieser einen Antrag nach Art. 21 II GG beim Bundesverfassungsgericht stellt.

Die Botschaft ist nicht neu. Auch in der Publizistik ist der Schrei nach neuen Verboten immer wieder zu hören. Kürzlich hat in der FAZ Dr. Fromme ähnlich wie jetzt Dr. Filbinger seinem Wunsch nach einem Verbot aller „K-Gruppen" Ausdruck gegeben, ist aber bei der Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß die praktische Unverbietbarkeit der DKP dem Verbot auch der übrigen kommunistischen Splitter im Wege stehe. Aber was zwingt denn zu der Mystifikation, von „K-Gruppen" zu sprechen, anstatt die kommunistische Bewegung mit unterscheidbarem Namen zu nennen? Wie in allen westlichen Ländern ist auch in der Bundesrepublik der hergebrachte Kommunismus aufgesplittert in Parteien (die sich zur Wahl stellen), Gruppen und Verbände, beschrieben und unterscheidbar bewertet, wie in der Politik üblich? Von diesem zunehmend sich wandelnden Kommunismus glaube ich etwas mehr zu verstehen als andere Zeitgenossen, weil ich mich 1951 bis 1961 als Bundesanwalt und Generalbundesanwalt und wiederum von 1961 bis 1969 als Abgeordneter und Vorsitzender des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform mit ihm beschäftigt und manche seiner führenden Männer auch kennengelernt habe. Im KPD-Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht war ich der Prozeßdelegation und der Bundesregierung zur rechtlichen Beratung beigeordnet.

In jenem KPD-Prozeß hat bekanntlich das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Bundesregierung durch Urteil vom 17. 8. 1956 die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst. Durch das gleiche Urteil hat es das Bundesverfassungsgericht verboten, Ersatzorganisationen für die KPD zu schaffen. Als eine solche Ersatzorganisation jedoch muß man wohl die DKP ansehen, die von ihren Hintermännern bewußt anstelle der KPD gegründet worden ist; sie ist abhängig und ausgehalten von Moskau und Ostberlin, zudem toleriert von der Bundesregierung. Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Tolerierung in den deutsch-deutschen Ostverhandlungen von Bahr und Brandt zugesichert und beispielsweise beim Besuch Breschnjews zur Schau gestellt worden ist. Auf diese Sonderstellung der DKP bezieht sich die Äußerung Dr. Filbingers, daß noch zu prüfen sei, ob auch sie in den angekündigten Verbotsantrag einbezogen werden soll. Zu prüfen ist dabei nicht ihre „Gefährlichkeit", die Dr. Filbinger voll bejaht, sondern wohl nur die Opportunität und Durchsetzbarkeit eines etwaigen Verbots gegenüber den östlichen Schutzmächten der DKP. Hier zeichnet sich eine peinliche Ungleichheit in der Behandlung der „K-Gruppen" ab, die dem etwaigen Verbot der übrigen die Glaubwürdigkeit nehmen müßte.

Unsere „starken Männer", die im Verbot halbtoter Parteien ihre Kraft beweisen wollen, meinen vielleicht, daß es Dr. Adenauer bei seinem Verbotsantrag im Jahre 1950 in erster Linie um die Ausschaltung der KPD ging. In Wirklichkeit war der Ablauf der Ereignisse folgendermaßen: Die aus dem Besatzungsstatut zur Selbständigkeit entlassene Bundesrepublik hatte nicht nur Freunde in der Welt. Ihre Nachbarn argwöhnten die Wiedergeburt des Nationalsozialismus. Der vorübergehende Erfolg der SRP schien ihnen recht zu geben. Sie ließ es sich auch etwas kosten, diesen Argwohn anzuheizen. Im Beginn der fünfziger Jahre gelang es nachzuweisen, daß die SRP in einem bestimmten Bundesland von einem fremden Nachrichtendienst finanziert und geführt war, und als Oberst Rudel zum ersten Mal durch Deutschland fuhr und Anhänger warb, wußte er nicht, daß er auf seiner ganzen Reise von Bremen nach Bremen von Agenten eines anderen fremden Nachrichtendienstes begleitet worden war, deren tägliche Berichte an ihre Auftraggeber in unsere Hände fielen.

Die in den frühen fünfziger Jahren – vor und nach der Genfer Konferenz – betriebene Warnung vor dem wiederkehrenden Nationalsozialismus war es, die im Ausland Unruhe und Angst vor dem alten und neuen Nationalsozialismus erregte und Dr. Adenauers werdende Außenpolitik zu diffamieren drohte. Dieser seiner Sorge entsprang primär der Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die SRP, nicht so sehr, weil sie eine innere Gefahr war, sondern weil sie durch ihr Vorhandensein eine äußere Gefährdung der Bundesrepublik auf sich zog. Als nun damit eine Gefahr von rechts plakatiert war, schien das innere Gleichgewicht, wie so oft, die Aufzeigung einer Gefahr von links zu erfordern, um den ausgewogenen mittleren Kurs der Bundesrepublik darzutun. Erst der Rückstoß aus der Abwehr nach rechts erzeugte den kompensierenden Verbotsantrag nach links gegen die KPD. Dr. Adenauer ließ sich in seiner Nüchternheit auch dabei nicht zur ideologischen Aufwertung des Antrags gegen die KPD und also in die Rolle des Vorkämpfers gegen den Weltkommunismus verleiten. Auf den am 16. 11. 1951 gestellten Antrag entwickelte sich das Verfahren gegen die KPD fast zögernd. Die mündliche Verhandlung vor dem Verfassungsgericht fand erst in der Zeit vom 23. 11. 1954 bis zum 14. 7. 1955 statt. Die Zeit, in der die Genfer Kon-

ferenz stattfand, war auf Wunsch Dr. Adenauers ausgespart geblieben, weil er fürchtete, daß die Verhandlung des KPD-Prozesses als versuchte Störung der Genfer Konferenz ausgelegt würde. Es zeigt sich hier als dauernde Konstellation für die Bundesrepublik, daß im Begriff der Gefahr sich für sie*) außen- und innenpolitische Elemente unlösbar vermischen. Der Antrag gegen die KPD im Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung nicht gerade der klassische Anwendungsfall für die Anwendung des Parteiverbots nach Artikel 21 II GG. Man ist eher geneigt zu sagen, daß dieses Verbot keiner drängenden Gefahr Rechnung trug. Das Verbot war rechtlich möglich, aber nicht für die Abwehr einer drohenden Gefahr für die Existenz der Bundesrepublik lebensnotwendig.

Kein Verbot des Kommunismus

Das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 hat über das Verbot der KPD und ihrer etwaigen Ersatzorganisationen hinaus keine Rechtswirkung, so daß es an sich schon durch dieses Urteil verboten wäre, Kommunist zu sein. Das Urteil gibt also nicht ohne weiteres die Möglichkeit, neue Erscheinungen auf der deutschen Linken zu bekämpfen, nur weil sie Gedankengut des Kommunismus zum Ausdruck bringen oder gar weil und wenn sie das Wort Kommunismus verwenden oder sich als kommunistisch bezeichnen. Verboten ist also durch das KPD-Urteil nicht der Kommunismus als Idee, Lehre, Ideologie, Weltanschauung, sondern nur die konkrete Partei KPD, wie sie sich aus der Vergangenheit als geschichtlich geworden darstellt. Jede neue Erscheinung, die sich kommunistisch nennt oder sich als kommunistisch darstellt, muß geprüft werden, ob sie eine Ersatzorganisation der verbotenen KPD ist oder ob sie von sich aus in ihrer Grundhaltung darauf ausgeht, die bestehende Ordnung zu untergraben und dann zu beseitigen. Dabei sind als „Ziele" im Sinne von Art. 21 II GG nur die Vorstellungsbilder dessen zu betrachten, was die neue Partei „hic et nunc" zu erreichen beabsichtigt. Die Formel „hic et nunc" trennt abstrakte „Fernziele von den Vorstellungsbildern" dessen, was die Partei im zeitgenössischen Staat der Gegenwart konkret zu verwirklichen beabsichtigt. Die Formel „hic et nunc" (hier und heute) ist eine Mäßigung der alten Hochverratsrechtsprechung des Reichsgerichts.

Im alten Recht war das Unternehmen der „Vorbereitung zum Hochverrat" unter Strafe gestellt, und die Rechtsprechung hatte jeden, wenn auch noch so unbedeutenden Beitrag zum angenommenen Endziel des gewaltsamen Umsturzes in die Strafbarkeit einbezogen. Auf diese Weise war der „ideologische Hochverrat" begründet worden, hinter dem sich der literarische, künstlerische und geistige Hochverrat verbarg, wenn auch nur ein gedachter Schritt auf dem Wege zum Umsturz mit ihm getan war. Der Fanatismus in der Verfolgung der „Leugner" des gottähnlichen Staates verbunden mit der juristischen Unfähigkeit, den Kausalitätsfaden auf der Jagd zum Endziel abzuschneiden, bevor seine Identität unfaßbar wird, trieb beispielsweise den Henkersknecht Freisler dazu, einen Eintrag ins Tagebuch zur Grundlage von Todesurteilen zu machen.

In unseren Tagen scheint sich im Begriff der Verfassungswidrigkeit ein Rückfall in den alten Exzeß anzubahnen. Dabei ist augenscheinlich die Verfassungswidrigkeit im Fortgang der Überlieferung eine neue Variante des Hochverräterischen und Staatsfeindlichen der Vergangenheit und vom Sog seiner Vorläufer bedroht. Ihr innerer Gehalt besteht notwendig in ihrer Gefährlichkeit für den Staat und seine Ordnung; ihr Mißbrauch bestände demnach in der Ersetzung der konkreten Gefährdung „hic et nunc" durch abstrakte Gefährdung in Gedanken, Theorie und Ideologie.

Es war kürzlich von einer Diskussion zwischen Deutschen und Italienern in der Goethe-Gesellschaft in Rom zu lesen über unsere verfassungsrechtliche Handhabung dessen, was man vulgär „Berufsverbot" nennt. Dabei warf ein italienischer Verfassungsrechtler den Deutschen vor, bei ihnen werde eine „falsche" Ideologie unterdrückt, in Italien auf jeden Fall nur ein „Verhalten". Der Vorwurf, der uns dabei gemacht wird, ist die Verletzung der Meinungsfreiheit durch die Poenalisierung eines „delit d'opinion", das die übereinstimmende Meinung des modernen Europa seit der Aufklärung als grundrechtswidrig und als Zeichen der Unfreiheit verwirft. Man fragt überall, ob unser Staatsschutzrecht auf den gemeinsamen legitimen Grundlagen des freien Europa beruht, das die Abwehr einer konkreten Gefahr voraussetzt, oder ob bei uns ein Rückfall in

*) An dieser Stelle bricht in der Vorlage der Satz unvermittelt ab, und es folgt, offenkundig infolge einer versehentlichen Vertauschung, die Schlußpassage Güdes („. . . am Beispiel Spaniens . . .") D. Red.

nationalsozialistische Unterdrückung der Gesinnung stattfindet. Unsere Antwort ist einer grundsätzlichen Prüfung wert, weil dabei unser Ansehen im Kreis der freien Völker auf dem Spiele steht.

Keine Anzeichen für einen Umsturz

Nach meiner Meinung hat der Kommunismus in der Bundesrepublik seit 1950 die verfassungsmäßige Ordnung nicht ernsthaft bedroht. Dabei gehe ich davon aus, daß revolutionäre Phrasen, die niemand ernst nimmt, die verfassungsmäßige Ordnung nicht zu beeinträchtigen, zu gefährden oder gar zu beseitigen vermögen. Ernsthafte Anzeichen für einen kommunistischen Umsturzversuch hat es nie gegeben. Diese Feststellung schließt nicht aus, daß 1951 Sorge vor einem Umsturzversuch bestanden hat. Sie enthält auch keine Gewähr dafür, daß bei einer ungünstigeren sozialen, wirtschaftlichen und allgemeinpolitischen Entwicklung die KPD sich ebenso ruhig verhalten hätte. Sie schließt auch nicht aus, daß in Zukunft der Kommunismus von günstigeren Bedingungen Gebrauch machen könnte, um allein oder zusammen mit anderen Kräften nach der Macht im Staate zu greifen.

Die Chancen des Kommunismus erscheinen freilich in der gegenwärtigen Geschichtsstunde geringer als je zuvor in der Nachkriegszeit. Der Kommunismus im freien Europa findet sich augenscheinlich in einer Krise. Er hat wohl in manchen Ländern zahlenmäßig zugenommen, aber dafür an innerer Geschlossenheit verloren. In den romanischen Ländern Italien, Frankreich, Spanien und Portugal lockert der „Eurokommunismus" die Bindung an Moskau und mindert die Schlagkraft der einzelnen Parteien. In der Bundesrepublik hat eine Aufsplitterung des Kommunismus in Gruppen stattgefunden, die sich heftig befehden; die DKP, die sich allein zu Moskau bekennt, hat wenig Aussicht, die anderen Anhänger des Kommunismus zu sammeln. Auch das Gespenst des „Marxismus", das eine Zeitlang zur Dramatisierung der deutschen Szene verwendet worden ist, beginnt in seiner Schreckwirkung zu verblassen, seit prominente Besucher wie z. B. auch Herr Dr. Filbinger von recht positiven Eindrücken im kommunistischen China berichten.

Das Beispiel China zeigt, daß die Szene der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus seit November 1951, als die Bundesregierung ihren Verbotsantrag gegen die KPD stellte, weltweit verändert ist. Es ist ein Anachronismus sich vorzustellen, daß es für einen Verbotsantrag heute ausreichte, das KPD-Urteil von 1956, das auf einem Bild aus dem Beginn der fünfziger Jahre beruht, ohne neue geistige Bemühungen – sozusagen als zweite unveränderte Auflage eines Handbuchs für die Bürokratie – zur Grundlage der deutschen Rolle in einem dynamischen Prozeß von weltgeschichtlichem Rang zu machen.

In den vergangenen Jahren seit 1972 hat sich die Bekämpfung des Kommunismus nahezu ausschließlich unter dem Stichwort „Treupflichtverletzung" in das Beamten- und Disziplinarrecht verlagert. Die allgemeine strafrechtliche Verfolgung stagniert, aber die neuen Instanzen von Verwaltungsbehörden, Verwaltungs- und Disziplinargerichten bieten ein chaotisches Bild von planlosem und verworrenem Staatsschutz, der sich mit Gespenstern aus dem neunzehnten Jahrhundert abgibt. Seit das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 22. 5. 1975 sein Entscheidungsmonopol zum Parteiverbot in einem – offenkundigen und daher nicht bindenden – obiter dictum unbedacht in Frage gestellt hat und die Verwaltungs- und Disziplinargerichte – „vorsätzlich, jedoch ohne Überlegung" – sich zu blindem Gehorsam gegenüber dem Bundesverfassungsgericht bereit gezeigt haben, wird die Feststellung der Verfassungswidrigkeit von den Verwaltungs- und Disziplinarinstanzen mit seitenlangen Zitaten aus Marx und seinen vulgären Verbreitern begründet, so daß sich der Inhalt dieser Verfassungswidrigkeit auf ein Sammelsurium von Schlagworten beschränkt wie „Klassenkampf, Diktatur des Proletariats", „Zerschlagung des kapitalistischen Staats". Im dürftigsten Niveau heißt das entscheidende Argument im Bezug auf die Partei wie auf ihre Anhänger: „Er hat von Gewalt gesprochen." Den armen Bürokraten ist entgangen, daß es den Kommunismus, den sie gleich einer tibetanischen Gebetsmühle reproduzieren, schon lange nicht mehr gibt. In der Zeitschrift der Schweizer Jesuiten, „Orientierung", war im Oktober 1976 ein Aufsatz zu lesen mit dem Titel: „Von einem Marxismus zu den vielen Marxismen." In ihm wird der Verschleiß der kommunistischen Lehre geschildert und belegt. Das Fazit lautet so: „Wenn antikommunistische Kreise des Westens auch heute noch undifferenziert sämtliche marxistischen Auffächerungen unter den Begriff ‚Kommunismus' subsumieren und diesen mit dem Sowjetkommunismus identifizieren, so sind sie damit sicherlich schlecht be-

raten, denn sie schaffen auf diese Weise eine Einheit, die schon lange nicht mehr besteht. Es existiert heute nicht mehr ein Marxismus, sondern eine Vielzahl von Marxismen, die eigenständige Tradition entwickelten und sich teilweise von den Grundintentionen des von Engels formulierten Marxismus soweit entfernten, daß sie kaum mehr als den Namen gemeinsam haben."

„Pappkameraden"

Die Schweizer Jesuiten lieben den Kommunismus so wenig wie ich. Es geht ihnen darum, seine Realität ins Auge zu fassen, um ihm wirksam zu begegnen, so weit es notwendig ist. Aber „Pappkameraden" aus dem neunzehnten Jahrhundert oder aus den Jahrzehnten vor dem zweiten Weltkrieg zu beschießen, ist nicht nur unnütz und unwirksam, sondern schädlich, weil es politische Kräfte an falsche Vorstellungen verschwendet. Schädlich ist es auch deswegen, weil es dem Gegner eine Rolle zuweist, die ihm nicht zukommt, indem sie ihm zur Integration und Sammlung einer deutschen Linken hilft. Der Gedanke an neue Verbote ist abzulehnen, nicht überhaupt und für immer, wohl aber für eine Zeit, in der die konkrete Gefahr auf jeden Fall mit geringeren Mitteln abgewehrt werden kann.

Von einem Kalifen in Damaskus wird der Ausspruch überliefert: „Ich brauche mein Schwert nicht, wenn meine Peitsche genügt, und auch meine Peitsche nicht, wenn mein Wort genügt." In einem halbwegs geordneten Staat sollten Parteiverbote Ausnahme- und Notmaßnahme sein; sie zur Routine und Dauermaßnahme zu machen, ist die Erfindung einer sterilen Bürokratie, die an ihren eigenen Sinnspruch glaubt: „quod non est in actis, non est in mundo", d. h. was in den Akten der Bürokratie nicht existiert, das gibt es gar nicht. Die Bürokratie glaubt mit dem Verbot einer Partei all das Vielfältige getan zu haben, was zur Aufspaltung der gegnerischen Anhänger, zur Gewinnung der verlorenen Söhne und zur unbefangeneren Bekämpfung des harten Kerns angebracht ist. Was hat uns etwa das Verbot der KPD genützt? Ich rühre nicht an jenem rechtskräftigen Urteil, aber ich frage, da man neue Verbote plant, welche Vorteile man sich davon verspricht?

Das Verbot der KPD hat dem kommunistischen Gegner in der Illegalität größere und billigere Beweglichkeit verschafft, die der abwehrende Staat mit größeren Schwierigkeiten in der Aufspürung und Verfolgung bezahlen mußte. Daß die Lücke am Platz der alten KPD sich mit dem Chaos der „Neuen Linken" füllte, beruhte nicht auf bürokratischer List, sondern auf den Induktionsströmen des sich zersetzenden Altkommunismus in aller Welt. Vor allem aber muß man sich gegen den Ruf nach neuen Verboten deshalb wenden, weil damit der jungen Generation neue Fallen gestellt werden. Und mit welchem Erfolg? Seit Jahren wird die Schule von einer eifernden Schulverwaltung heimgesucht; sie rechtfertigt ihre Exzesse mit der Behauptung, daß sie die Schule vor der Verführung der „Linken" und den Staat vor seinen Feinden bewahren müsse. Aber Jahr für Jahr entsenden diese Schulen neue Scharen, die den Extremisten an den Hochschulen Nachschub bringen. Soll man sich über diesen Mißerfolg der Schule wundern? Auch wir, zumindestens ich, würden uns einer aufdringlichen Indoktrinierung die auf der Voraussetzung unserer Schwäche beruht, entschlossen widersetzen.

Radbruch spricht einmal von den untergründigen Bezügen zwischen den Kriminellen und ihren polizeilichen Verfolgern, so daß sie sich spiegelartig ähnlich werden. Die oft erschreckende Gewalttätigkeit ist ihr vielleicht eingebleut, auch wenn sie nicht körperlich mißhandelt wird, aber die nötigende Tendenz ihrer Erziehung ist in ihren Nachwirkungen zu spüren. Auf jeden Fall braucht die pädagogische Provinz, die ja am meisten unter unnatürlichem Druck steht, keine neuen Verbote; sie würden die chaotische Verwirrung noch steigern und erst recht unlösbar machen. Was nottut, ist eine Minderung und Lockerung des beengenden Drucks auf den Menschen. Die Regierungen und die Gesetzgeber sind durch die gegenwärtige Rechtsnot aufgerufen, das Feld der Auseinandersetzungen zu räumen und zu ordnen. Wenn man liest, daß seit 1972 etwa fünfhunderttausend bis sechshunderttausend Bewerber einer politischen Zuverlässigkeitsprüfung unterzogen worden sind, so weiß man, daß diese Prüfungen nur mangelhaft, schematisch – und in ihrem Ergebnis unglaubwürdig gewesen sein müssen.

Die konkreten Fälle, die uns durch Entscheidungsveröffentlichung oder auf andere Weise bekannt werden, bestätigen unser Mißtrauen. Die Bewerbungen sind in ein unzulängliches verwaltungsgerichtliches Verfahren gepreßt, das der Existenzfrage solcher Prozesse nicht gerecht wird. Das Prozeßspiel zwischen und Widerlegungspflicht ist nicht geeignet, der Wahrheit und Gerech-

tigkeit zum Sieg zu verhelfen. Das Verfahren des Bewerbers ist derzeit noch ungeordnet. Es bedarf der Koordinierung mit dem Gesamtkomplex der Fernhaltung und Entfernung politisch ungeeigneter Personen. Der Koordinierung bedürfen vor allem die angewendeten Begriffe, die allein eine gleichmäßige und einheitliche Rechtsprechung sichern. Die Disziplinarverfahren kranken an der mangelhaften Prozeßführung, weil die bürokratischen Kräfte der Verwaltungen weder Erfahrung noch Verständnis für den Strafprozeß haben, den sie anwenden sollen. Dazu kommt die beherrschende Stellung der Verwaltungsbürokratie im Disziplinarverfahren, so daß der Vorgesetzte – etwa der Präsident eines Oberschulamtes – durch seine Untergebenen die Vorbereitung des Verfahrens in der Hand hat und auch in der Disziplinarkammer einen ihm untergebenen Beamten als Richter sitzen hat.

In einer solchen Organisation der Gerichte ein freies Spiel der Kräfte und einen „fairen Prozeß" zu erwarten, wäre Selbsttäuschung. Statt neuer Verbote, die aus Angst und Mißtrauen erwachsen, sollten wir das Beamten- und Disziplinarrecht, das eine zurückgebliebene Provinz unseres Rechts ist, belastet mit Rückständen des Obrigkeitsstaates und vernarbt von den Deformationen des nationalsozialistischen Staates, in einem großzügigen Vorgriff auf die Freiheit neu schaffen. Das wäre ein wirksamer Staatsschutz, der der Freiheit Freunde schüfe. In diesen unseren Tagen hat Europa am Beispiel Spaniens erlebt, wie großartig in einem mutigen Volk ein Vorschuß auf die Freiheit zurückbezahlt wird. Spanien hat, als es nach vierzig Jahren wieder zu freien Wahlen aufgerufen war, die Verbote aufgehoben und ist mit einer gefestigten Freiheit belohnt worden. Nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen; nicht Verbote, sondern der Vorstoß auf die Freiheit verdienen die Freiheit. Auch wir sollten Vorschuß auf die Freiheit geben und nehmen, um eine vollkommenere Freiheit zu verdienen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Autoren dieses Heftes

MASKE, Achim, geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *KRÜER-BUCHHOLZ, Wiebke,* geb. 1949, Betriebswirt (grad.), Studium in Bremen, Doktorand an der Universität Bremen. *** *IPSEN, Dr. Dirk,* geb. 1939 in Königsberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie an der Technischen Hochschule Darmstadt, Zeitschriftenveröffentlichungen zur Wirtschaftskybernetik und ökonomischen Stabilitätsfragen. *** *FALK, Rainer,* geb. 1952 in Edenkoben/Pfalz, Studium der Soziologie, wissenschaftlichen Politik, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg und Marburg, Mitglied der Redaktion des Antiimperialistischen Informationsbüros; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BONI, Manfred,* geb. 1947 in Düsseldorf, Studium der Soziologie an den Universitäten Bochum, Berlin (FU) und Marburg, Promotion in Politischer Wissenschaft, z. Z. am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. *** *VILAR, Sergio,* geb. 1936, Professor für Politische Soziologie an der Universität Paris (Sorbonne). Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Die spanische Opposition (Köln 1971). *** *GOTTSCHALCH, Holm,* geb. 1945, Diplompsychologie, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Psychologie der Technischen Universität Berlin (West). *** *ANDEL, Horst J.,* geb. 1933, Journalist, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Züricher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976) und Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976). *** *EISBACH, Joachim,* geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln. *** *GOLDBERG, Jörg,* geb. 1943 in Wittenberge, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, Promotion 1973, wissenschaftlicher Mitarbeiter; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

In Heft 6/1976 veröffentlichten wir unter dem Titel „Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß. Partnerschaft trotz Antagonismus" einen Vortrag, den Generalleutnant a.D. Wolf Graf v. Baudissin am 5. Mai 1977 im Rahmen der „Bonner Friedenswoche '77" gehalten hat und den er für den Abdruck in den „Blättern" zur Verfügung stellte. Durch ein umbruchtechnisches Versehen wurde dieser Hinweis auf Veranstaltungsort und -datum in Heft 6/1977 leider vergessen. D. Red.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Argument"-Verlags bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS 0548
80311

RETHELSTR 147

4000 DUESSELDORF 1

Preisli

Von allen in der Zeitschrift „Blätt [illegible] veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–

Autoren dieses Heftes

MASKE, Achim, geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *KRÜER-BUCHHOLZ, Wiebke,* geb. 1949, Betriebswirt (grad.), Studium in Bremen, Doktorand an der Universität Bremen. *** *IPSEN, Dr. Dirk,* geb. 1939 in Königsberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie an der Technischen Hochschule Darmstadt, Zeitschriftenveröffentlichungen zur Wirtschaftskybernetik und ökonomischen Stabilitätsfragen. *** *FALK, Rainer,* geb. 1952 in Edenkoben/Pfalz, Studium der Soziologie, wissenschaftlichen Politik, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg und Marburg, Mitglied der Redaktion des Antiimperialistischen Informationsbüros; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BONI, Manfred,* geb. 1947 in Düsseldorf, Studium der Soziologie an den Universitäten Bochum, Berlin (FU) und Marburg, Promotion in Politischer Wissenschaft, z. Z. am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. *** *VILAR, Sergio,* geb. 1936, Professor für Politische Soziologie an der Universität Paris (Sorbonne). Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Die spanische Opposition (Köln 1971). *** *GOTTSCHALCH, Holm,* geb. 1945, Diplompsychologie, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Psychologie der Technischen Universität Berlin (West). *** *ANDEL, Horst J.,* geb. 1933, Journalist, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Züricher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976) und Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976). *** *EISBACH, Joachim,* geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln. *** *GOLDBERG, Jörg,* geb. 1943 in Wittenberge, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, Promotion 1973, wissenschaftlicher Mitarbeiter; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

In Heft 6/1976 veröffentlichten wir unter dem Titel „Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß. Partnerschaft trotz Antagonismus" einen Vortrag, den Generalleutnant a.D. Wolf Graf v. Baudissin am 5. Mai 1977 im Rahmen der „Bonner Friedenswoche '77" gehalten hat und den er für den Abdruck in den „Blättern" zur Verfügung stellte. Durch ein umbruchtechnisches Versehen wurde dieser Hinweis auf Veranstaltungsort und -datum in Heft 6/1977 leider vergessen. D. Red.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Argument"-Verlags bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.